AUFRISSE - BUCH
Band 3

WALTER SAUER/THERESIA ZESCHIN (Hg.)

DIE APARTHEID-CONNECTION
ÖSTERREICHS BEDEUTUNG FÜR SÜDAFRIKA

Herausgegeben vom Verein Kritische Sozialwissenschaft und Politische Bildung

ISBN 3-900351-31-7

Umschlaggestaltung: Walter Stach

Druck: rema-print, Langegasse 42, 1080 Wien

Walter Sauer/Theresia Zeschin

Die Apartheid-Connection

Österreichs Bedeutung für Südafrika

Verlag für
Gesellschaftskritik



INHALT

VORWORT

„Die Apartheid-Connection" - das ist die Verstrickung Österreichs in Beziehungen zu Südafrika. Dieses Buch stellt diese Verbindungen erstmalig dar und tritt für ihren vollständigen Abbruch, also für umfassende österreichische Sanktionen gegen Südafrika ein.

Das 1969 verabschiedete Programm des Weltkirchenrats zur Bekämpfung des Rassismus gab den ersten Anstoß zur Beschäftigung mit diesem Thema. Der Aufruf der Vereinten Nationen, 1982 zum Jahr der Mobilisierung für Sanktionen gegen Südafrika werden zu lassen, ließ den Gedanken einer Publikation in den Vordergrund treten.

Recherchen wurden in Österreich, der BRD, in Großbritannien und nicht zuletzt in Südafrika durchgeführt. Zahlreichen Personen und Institutionen danken wir für wertvolle Hinweise, so z. B. Wolff Geisler (Bonn), Horst Kleinschmidt (London), Margaret Ling (London), Abdul S. Minty (Oslo), dem International Defence and Aid Fund for Southern Africa (London), der Informationsstelle Südliches Afrika (Bonn) sowie Alois Ecker und zahlreichen weiteren Mitarbeitern der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich.

Der lückenlose Boykott der Apartheid ist eine wichtige Hilfe für den Kampf der Befreiungsbewegungen, des African National Congress of South Africa und der South West African People's Organisation of Namibia. Wir verstehen dieses Buch als einen Beitrag dazu.

Victory is Certain!
Amandla!

Wien, im April 1984 — Die Herausgeber

Walter Sauer/Theresia Zeschin

Zur Einführung: Österreich und die Sanktionen gegen Südafrika

In Österreich tunlichst verschwiegen, stehen sie dennoch auf der Tagesordnung der Weltpolitik: verbindliche internationale Sanktionen gegen Südafrika. Diese langjährige Forderung der demokratischen Opposition gegen Apartheid bestimmt heute den Gang der Verhandlungen in den Vereinten Nationen und die offizielle Außenpolitik zahlreicher Staaten; in anderen Ländern ist ihre Verwirklichung immerhin zum Gegenstand innenpolitischer Kontroversen geworden. Zwar ist es erst in einem Fall - dem 1977 verhängten Waffenembargo - zu einem bindenden Sanktionsbeschluß des Sicherheitsrates gekommen; auf Empfehlung der UN-Generalversammlung hingegen wurden verschiedenste Maßnahmen zur Isolierung des Landes verwirklicht: Handelsbeziehungen abgebaut, Kredite und Investitionen verweigert, touristische, sportliche und kulturelle Verbindungen eingeschränkt. Von einem Gründungsmitglied der Vereinten Nationen ist Südafrika zu einem Paria der Völkergemeinschaft geworden.

Völkerrechtlich liegt den Sanktionen Kapitel VII der UNO-Charta zugrunde, das koordinierte Maßnahmen zur Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit vorsieht. Angesichts der fortdauernden illegalen Besetzung Namibias, der militärischen Aggressivität des Apartheidstaates nach außen und der Instrumentalisierung seines Gesellschaftssystems für globalstrategische Zwecke ist diese Bedrohung ohne Zweifel gegeben. Sanktionen gegen Südafrika sind somit - anders als etwa der Boykott Argentiniens durch Großbritannien oder der Polens durch die Vereinigten Staaten - kein Mittel zur Austragung bilateraler Konflikte. Sie bringen vielmehr die Ablehnung seiner rassistischen Staatsdoktrin durch die überwältigende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft zum Ausdruck.

Als erstes Land hatte Indien schon in den 1940er Jahren seinen Handelsverkehr mit Südafrika eingestellt. 1959 traf Jamaica dieselbe Entscheidung, ab 1960 folgten die unabhängig werdenden afrikanischen Länder. 25 Staaten hatten Ende 1963 Südafrika offiziell

den Boykott erklärt, zahlreiche andere führten teilweise Sanktionen durch, 43 Länder bekannten sich zu einem freiwilligen Waffenembargo.

Seit 1960 befaßten sich auch die Gremien der Vereinten Nationen immer wieder mit der Apartheid. Um dieser harten Kritik zu entgehen, zog sich Südafrika selbst aus manchen internationalen Institutionen zurück, so 1964 aus der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); aus anderen wurde es ausgeschlossen oder ihm - wie seit 1974 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen - die Teilnahme an Sitzungen nicht mehr gestattet.

Maßnahmen regionaler Staatengruppen trugen wesentlich zur Verstärkung der Isolierung Südafrikas bei. Seit 1979 - der Revolution im Iran - ist es ihm nicht mehr möglich, aus OPEC-Ländern Öl zu erhalten; nur durch Lieferungen transnationaler Konzerne kann der Bedarf noch gedeckt werden. Ähnlich wichtig ist der Versuch der 1975 unabhängig gewordenen portugiesischen Kolonien und der übrigen Länder des Südlichen Afrika, sich aus der wirtschaftlichen Umklammerung des Apartheidstaates zu lösen und ihre Unabhängigkeit auch ökonomisch zu sichern; Südafrikas Konzept einer *Constellation of States* unter weißer Vorherrschaft ist damit unrealisierbar geworden.

Während sich so die ärmeren Länder um eine Verwirklichung von Sanktionen bemühen, ist es zu einer eindeutigen und einheitlichen Haltung der Industriestaaten noch nicht gekommen. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, der BRD oder Großbritannien, die nach wie vor weitgehend auf das Apartheidsystem setzen, haben etwa die skandinavischen Länder, Kanada oder Australien zumindest in Teilbereichen Boykottmaßnahmen ergriffen. Jahrelanges Bemühen von Anti-Apartheid-Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen oder lokalen Gemeinden konnte diese Erfolge verzeichnen. Zum ersten Mal wurde 1958 (vom Gemeinderat des englischen Städtchens Longbenton) der lokale Verkauf südafrikanischer Produkte verboten; ein Jahr darauf wurde die britische Anti-Apartheid-Bewegung gegründet, rief der Internationale Bund Freier Gewerkschaften seine Mitglieder erstmals zum Boykott auf.

Im kirchlichen Raum wurde die Diskussion über Apartheid 1969 mit der Verabschiedung des Anti-Rassismus-Programms des Weltkirchenrats intensiviert. Anfang der 1970er Jahre begann sich eine koordinierte europäische Boykottbewegung herauszubilden, die sich vor allem gegen den Verkauf südafrikanischer Früchte und Gold-

münzen, gegen die Vergabe von Bankkrediten und gegen die Intensivierung kultureller und sportlicher Kontakte zum Apartheidstaat wendet.

Antwort auf Apartheid

Diese weltweite Mobilisierung für Sanktionen ist die Antwort der internationalen Gemeinschaft auf die Verstärkung der Repression in Südafrika; nicht zufällig fallen die jeweils gesetzten Aktionen mit einzelnen Phasen der Verwirklichung der rassistischen Konzeptionen, aber auch mit den Etappen des inneren Widerstandes zusammen.

Daß friedliche Bürgerrechtsproteste und Petitionen, wie sie der *African National Congress* seit 1912 praktizierte, ohne internationale Hilfe nicht ausreichen würden, um die Regierung zum Abbau der Rassendiskriminierung zu zwingen, ergab sich spätestens 1948 mit der Machtübernahme des faschistischen Flügels der *National Party*. Der zwei Jahre später erlassene *Group Areas Act* bekräftigte die seit 1913 gültige Verteilung des Landes (13 % für die schwarze Bevölkerungsmehrheit, 87 % für die Weißen) und führte zu einer Welle meist gewaltsamer Umsiedlungen der Schwarzen in Homelands; Rückwanderungen wurden durch die Verschärfung der Paßgesetze und ihre Ausdehnung auf Frauen 1952 - 1955 gedrosselt. Noch spärlich vorhandene politische Rechte von Nichtweißen wurden eingeschränkt und 1959 ganz abgeschafft. Als erste Organisation wurde die Kommunistische Partei 1950 verboten, die demokratischen Zeitungen folgten. Sicherheitsgesetze begannen die Rechts- und Justizordnung zu unterminieren. Mit einer Reihe von Bestimmungen über getrennte Verkehrs-, Sanitär- und Kultureinrichtungen für Weiße und Schwarze und dem Verbot von Mischehen wurde der alltägliche Rassismus zum Staatsgesetz. Ein zweitklassiges Schulwesen für die „rassisch minderwertigen Bantus“ wurde aufgebaut, deren Arbeitsbedingungen wurden u. a. durch die Beschränkung auf nichtqualifizierte Tätigkeiten und die Abschaffung der Versicherungen verschlechtert.

Aber auch der Widerstand des südafrikanischen Volkes begann die traditionellen Grenzen zu überschreiten. In der *Congress Alliance* vereinigten sich die Organisationen der Schwarzen, der Inder und der demokratischen Weißen zum politischen Kampf gegen Apartheid; die Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit ohne Rück-

sicht auf rassische Zugehörigkeit und weltanschauliche Überzeugung wurde 1955 vom Volkskongreß in Kliptown bestätigt: „Südafrika gehört allen, die darin leben, Weißen und Schwarzen gemeinsam…" (*Freiheitscharta*). Ein Jahr darauf überschwemmten 20.000 schwarze und weiße Frauen den Amtssitz des Premiers in Pretoria, um gegen die Paßgesetze zu demonstrieren. Schon 1952/53 hatten 9.000 Freiwillige in der *Defiance Campaign* mit der absichtlichen und öffentlichen Übertretung der Rassistengesetze begonnen. Nun wurde der organisierte Boykott erst recht zum wichtigsten Kampfmittel eines politisch rechtlosen Volkes.

Die Regierung antwortete 1960 mit der Verhängung des Ausnahmezustands und dem Verbot aller demokratischen Organisationen. Eine friedliche Demonstration gegen die Paßgesetze in Sharpeville wurde zu einem Massaker. So sie nicht fliehen konnten, wurden die Führer der Opposition entweder gebannt oder in politischen Schauprozessen zu vieljährigen Kerkerstrafen verurteilt; der bis heute wohl bekannteste von ihnen ist der in Pollsmoor bei Kapstadt inhaftierte Vorsitzende der ANC-Jugendliga, Nelson Mandela. Die vollkommene Illegalisierung jeder Opposition gegen Apartheid und der zunehmende Einsatz von Polizei und Militär zum Schutz dieser Gesellschaft verstärkten die internationalen Proteste. 1963 rief, wie erwähnt, der UN-Sicherheitsrat zur Beendigung von Waffenlieferungen an das Regime in Südafrika auf.

Daß es Pretoria im Verlauf der 1960er Jahre dennoch gelang, sein System der Bantustans, des institutionalisierten Rassismus und der Militarisierung des Alltags zu konsolidieren, hängt vor allem mit zwei Faktoren zusammen: zum einen mit dem zunehmenden Engagement transnationaler Konzerne, die das Regime mit notwendigen Krediten und Technologien versorgten und dadurch einen langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung bewirkten; ohne diese internationalen Mäzene wäre Apartheid wohl nicht überlebensfähig gewesen. Zum anderen machte die Zuspitzung der Lage in den portugiesischen Kolonien eine mittelfristige Verlagerung des Interesses auf diese Region nötig. Erst der Streik von 100.000 Arbeitern indischer Herkunft 1973 und der Aufstand der schwarzen Schüler Sowetos 1976 riefen die fortdauernde Repression in Südafrika in Erinnerung und ließen das Vorhandensein starker illegaler Oppositionskräfte erkennen. Trotz der etwa 1000 Toten von Soweto und der Bannung von 17 unliebsamen Institutionen sowie zweier Zeitungen im darauffolgenden Jahr hat sich dieser Widerstand seither drastisch gesteigert.



Soweto 1976: Der Widerstand gegen Apartheid zeigt eine unerwartete Breite...

Auch die Aberkennung des UNO-Mandats über Namibia und das 1971 ergangene Urteil des Internationalen Gerichtshofs, Südafrikas Präsenz in diesem Gebiet sei als illegal zu betrachten, verschärften die Lage.

Zusammen mit den verhängten Sanktionen haben diese Faktoren das Regime in die Defensive gedrängt. Zwar wurden vier Homelands für „unabhängig" erklärt, werden die Umsiedlungsprogramme verstärkt fortgesetzt. Der Aufschwung der nichtrassistischen Gewerkschaftsbewegung, die Zunahme von Boykotten, politische Manifestationen und der bewaffneten Aktivitäten des African National Congress war aber dadurch nicht zu verhindern. Erstmals seit den 1950er Jahren ist heute die organisatorische Basis für eine politische Alternative gegeben: durch die Gründung der auf der Freiheitscharta aufbauenden *United Democratic Front* (UDF). Auch die Situation in Namibia ist für Südafrika - nicht zuletzt infolge der Aktivitäten der South West African People's Organisation (SWAPO) - nur mehr schwer kontrollierbar.

Das Regime reagiert auf zweifache Weise. Um die dringend benötigte weitere Unterstützung des Auslands zu erhalten, werden „Liberalisierungen" der Apartheid vorgetäuscht, die in Wahrheit eine Perfektionierung des Konzepts der Rassentrennung bedeuten; wie die Ergebnisse des Referendums vom 2. November 1983 belegen, ist die Mehrheit der Weißen trotz erheblicher Differenzen für diese Politik zu gewinnen. Zugleich aber zeigt sich, daß die Unterstützung des Auslands - Kredite, technische Verfahren, Öl, Propaganda - dem militärischen Aggressionskurs Pretorias gegen die benachbarten Staaten zugute kommt. Selbst eine Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit gemäß den vom Sicherheitsrat dafür vorgesehenen Modalitäten steht nach wie vor in weiter Ferne. Schärfer denn je stellt sich der internationalen Gemeinschaft - und in ihr vor allem den westlichen Ländern - die Frage, wielange sie die Rassenpolitik Südafrikas noch toleriert, wann sie endlich weitere bindende Sanktionen verhängen wird.

Wem schaden Sanktionen?

Daß eine Vervollständigung der Isolierung Südafrikas das Apartheidregime entscheidend schwächen würde, ist im Prinzip unbestritten. Nicht nur die betroffene schwarze Bevölkerung, sondern auch außenstehende Beobachter der Lage und nicht zuletzt die südafrikanische Regierung selbst sind dieser Meinung; sie würde sonst nicht derart verzweifelte Bemühungen unternehmen, um den schon jetzt wirksamen Boykott zu durchbrechen. Kernstück der darauf gerichteten Propagandastrategie ist es, die Wirksamkeit eines Embargos in Frage zu stellen oder sich um mögliche negative Folgewirkungen zu sorgen. Eine kurze Auseinandersetzung mit diesen Argumenten ist daher angebracht.

Staatliche Maßnahmen zur Beschränkung des Südafrikahandels würden, so sagt man, der westlichen Auffassung der freien Marktwirtschaft widersprechen. Niemand von den Vertretern dieser Argumentation würde einem notorischen Verbrecher die für ihn nötige Ausrüstung beschaffen. Geht es allerdings um Apartheid, das „Verbrechen gegen die Menschlichkeit", ist die persönliche Moral einer angeblichen Trennung von Politik und Handel gewichen. Würden darüber hinaus Wirtschaftsbeziehungen zu rassistischen und faschistischen Staaten tatsächlich ein Kriterium für die Freiheit der Marktwirtschaft bilden, so stünde der demokratische Wert dieses Grund-

satzes in Frage. Nicht zuletzt ist zu bedenken, daß es sich im Falle Südafrikas um keine freie Marktwirtschaft handelt; abgesehen von den Beschränkungen durch die Apartheid ist die Ökonomie durch eine enge Zusammenarbeit staatseigener Firmen mit privaten Konzernen charakterisiert; sie ist zudem kriegswirtschaftlichen Produktionsbestimmungen - etwa dem *National Key Point's Act* - unterworfen.

Im Rohstoffbereich, so wird argumentiert, würde ein Wirtschaftsboykott eher die Käufer als das Lieferland treffen. Ohne Zweifel wäre ein solcher Schritt mit komplizierten Begleitmaßnahmen (mehr Recycling, sparsameres Umgehen mit Rohmaterialien) verbunden. Gerade der Verlauf der sogenannten Ölkrise nach 1973 macht jedoch deutlich, daß es bei einigem politischen Willen möglich ist, eine solche Lage zu meistern. Weiters wird übersehen, daß ein Rohstoffembargo in erster Linie zum Nachteil Südafrikas wäre. Pflanzliche, tierische und mineralische Rohstoffe sind nach wie vor die größten Devisenbringer des Landes. Ein Embargo in dieser Hinsicht würde nicht nur Landwirtschaft, Bergbau und Industrie, sondern auch die Finanzierungsmöglichkeiten Südafrikas drastisch beschränken.

Würde ein solcher Boykott nicht in erster Linie die schwarze Bevölkerung treffen? Dieser Ansicht stehen die Erfahrungen aus bisherigen Aktivitäten entgegen. So hat der Früchteboykott in Europa bereits in manchen Fällen zu einer Verbilligung des Obstes auf den südafrikanischen Inlandsmärkten geführt und dadurch die Ernährungslage der Menschen verbessert. Die Weigerung der Dockarbeiter von Alabamba (USA), südafrikanische Kohletransporte zu löschen, gab 1974 den Anstoß zur Abschaffung des *Masters and Servants Act*, der eine Art von Leibeigenschaft für die Arbeiter in Haushalt, Bergbau und Landwirtschaft vorsah. Selbst wenn in einzelnen Fällen negative Auswirkungen nicht ausgeschlossen werden könnten, würden die positiven Wirkungen eines Embargos für die schwarze Bevölkerung weit überwiegen.

Beitrag zum Kampf gegen Rassismus

Sanktionen gegen Südafrika sind nicht nur Ausdruck der Solidarität mit dem Widerstand gegen Apartheid. Ihre Verwirklichung setzt vielmehr auch die Auseinandersetzung mit rassistischen und daher pro-südafrikanischen Tendenzen in unseren Ländern voraus. Kollaboration mit Südafrika ist nur in einem Klima der Verharmlosung

möglich; propagandistisch kommt dies in der verbreiteten Meinung zum Ausdruck, Apartheidvertreter seien als normale Geschäftspartner, Sportsfreunde oder Feriengäste zu sehen.

Am Beispiel Österreichs ist dieser Zusammenhang klar ersichtlich. Führende Unternehmer im Geschäft mit Südafrika sind zugleich als Vorstandsmitglieder der *Österreichisch-Südafrikanischen Clubs* tätig. Wirtschaftsnahe Zeitungen geben Apartheidpropaganda unkommentiert weiter. Der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Probst hält die Gesellschaftsordnung Südafrikas für „ein gangbares Modell".

Was für Südafrika gangbar ist, erscheint manchen auch für Österreich wünschenswert. So tritt der *Österreichische Turnerbund* unter Hinweis auf die Apartheid gegen den Grundsatz der Gleichheit der Menschen auf. Und für ANR und NDP ist die „Solidarität mit Weißafrika" ohnehin selbstverständlich. Information über Apartheid und über die Notwendigkeit internationaler Sanktionen ist angesichts dessen vom Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus in Österreich selbst nicht zu trennen.

Österreichs Funktion für Südafrika

Über die Beziehungen Österreichs zu Südafrika ist im In- wie im Ausland wenig bekannt. Eine intensive Kollaboration mit dem Apartheidregime wird unserem demokratischen, neutralen Land, dessen Außenpolitik sich an der Wahrung der Menschenrechte orientiert und aus diesem Grund weltweit hohes Ansehen genießt, nicht zugetraut. Jedoch - der erste Eindruck täuscht.

Österreich spielt für die Aufrechterhaltung des Apartheidsystems eine im Vergleich zu seiner Größe und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit überdurchschnittlich wichtige Rolle. Gerade die geringe internationale Beachtung und das niedrige öffentliche Bewußtsein in Sachen Apartheid ermöglichen es Südafrika, Österreichkontakte zur Durchbrechung seiner zunehmenden Isolation zu benützen. In mehreren Bereichen ist dies gelungen, z. B.

- kommt Österreich eine Schlüsselfunktion bei der diplomatischen und wirtschaftlichen Aufwertung der Transkei zu;
- können Kriegswaffen und -materialien entgegen dem UN-Waffenembargo und nur aufgrund lückenhafter Gesetze über unser Land verschoben werden;

- ist die VOEST Teil eines Rüstungskartells, dem außer einzelnen NATO-Ländern, Taiwan und Israel auch Südafrika angehört;
- sind südafrikanische Krügerrands außer in Luxemburg nur noch in Österreich mehrwertsteuerfrei zu erhalten;
- vergibt Österreich modernste Lizenzen für Rohstoffverarbeitung und Stahlerzeugung an den Apartheidstaat;
- werden Wettkämpfe in einzelnen Sportarten nur aufgrund der Intervention Österreichs in Südafrika abgehalten.

In all diesen Bereichen kommt Österreich eine Art Vorreiterrolle zur Stärkung und Aufwertung des Apartheidregimes zu. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat unser Land dadurch einen wichtigen Stellenwert für die Überlebensstrategie der Apartheid gewonnen. Ist dies tatsächlich mit den demokratischen, an der Wahrung der Menschenrechte orientierten Grundsätzen der österreichischen Außenpolitik zu vereinen?

Zudem haben sich auch die laufenden wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Südafrika seit Beginn der 1970er Jahre merklich verbreitert. Eine Ausdehnung des Handelsvolumens, steigende Kredite und Investitionen sowie vermehrte Apartheidpropaganda sind Kennzeichen dieser Entwicklung. Auch der Austausch von Wissenschaftlern und Spezialisten - ein Problem, dem wir in diesem Buch nicht nachgehen konnten - hat sich merklich vergrößert; der Klagenfurter Pädagoge Edmund van Trotsenburg, Berater der südafrikanischen Regierung für Bildungsfragen und wahrscheinlich zukünftiger Vorsitzender des *Kärntner Süd- und Südwestafrikanischen Clubs*, ist dafür ein typisches Beispiel.

Angesichts dieser Entwicklung sollte man sich die Gründe, die auch in Österreich für einen Boykott Südafrikas sprechen, nachdrücklich in Erinnerung rufen: völkerrechtlich und außenpolitisch gesehen entfernt sich Österreich durch seine Apartheid-Connection immer stärker von der internationalen Gemeinschaft. Wirtschaftlich gesehen sind bei Aufrechterhaltung des Südafrikahandels Probleme mit schwarz-afrikanischen Staaten wahrscheinlich, erst kürzlich hat etwa Nigeria wiederum Maßnahmen gegen Südafrikas Partner in Aussicht gestellt. Und nicht zuletzt ist die Unterstützung des Apartheidregimes und die Propagierung rassistischer Werte im Inland auch von einer gesellschaftspolitischen und ethischen Warte aus fraglich.

Eine aktive Rolle Österreichs in Sachen Sanktionen gegen Südafrika ist daher - aus den genannten politischen, wirtschaftlichen und

ethischen Gründen - unabdingbar. Erste Schritte wurden seitens der *Anti-Apartheid-Bewegung* und der *Aktionsgruppe Früchteboykott Südafrika* bereits gesetzt. Darüber hinaus ist freilich auch eine Haltungsänderung der Bundesregierung unerläßlich. Erste staatliche Schritte zur Verwirklichung eines Südafrika-Boykotts könnten umfassen:

- Angleichung der österreichischen Waffenexportbestimmungen an das internationale Waffenembargo (vor allem durch den Erlaß einer § 4-Verordnung und die Schließung der Zollfreizonen für Waffentransporte);
- Einstellung aller Beziehungen Österreichs zur Transkei und den übrigen „unabhängigen" Homelands;
- keine Erteilung von Einreisevisa an Militär- und Polizeipersonal, Sportler und Propagandisten des Apartheidsystems;
- keine weitere Vergabe von Krediten an Südafrika;
- Einstellung der staatlichen Exportförderungen für den Südafrika-Handel;
- Einstellung des Verkaufs von Krügerrands durch in Österreich tätige Banken;
- Schließung der österreichischen Außenhandelsstelle in Johannesburg;
- aktives Eintreten Österreichs im Rahmen der Vereinten Nationen zugunsten von weiteren bindenden Sanktionen gegen Südafrika;
- Errichtung einer für Boykottangelegenheiten zuständigen Ministerialabteilung im Außenamt.

Verbindliche internationale Sanktionen stehen auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Sie müssen auch auf die Tagesordnung der österreichischen Innenpolitik gesetzt werden. Hier wird sich nicht nur die Glaubwürdigkeit Österreichs in Sachen Rassismus und Menschenrechte entscheiden, sondern - darüber hinaus - auch das Verhältnis eines zukünftigen freien Südafrika zu Österreich.

1
„Korrekt gegenüber Apartheid?“
Die staatliche Außenpolitik und Südafrika

Österreichs diplomatische Beziehungen zu Südafrika sind „korrekt“, d. h. - nach österreichischer Ansicht - auf ein notwendiges Mindestmaß beschränkt. Für Südafrika bietet diese Korrektheit freilich die Möglichkeit, Österreich als politisches und propagandistisches Sprungbrett zu nutzen. Staatliche Schranken, etwa eine strengere Handhabung des Visumvertrags, gibt es nicht. Im Gegenteil: im Fall der 1976 „unabhängig“ gewordenen Transkei hat sich Österreich voll in den Dienst der Apartheid gestellt: offensichtlich aus geschäftlichen Gründen.

Wolfgang Benedek/Christine Ainetter

Die politischen Beziehungen Österreichs zu Südafrika

Südafrika ist in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere seit der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* von 1948 zu einem Kristallisationspunkt der Menschenrechtsanstrengungen und der Entkolonisierungsbemühungen geworden. Die Aufrechterhaltung der Politik der Apartheid und die Verweigerung der Unabhängigkeit für Namibia haben das von einer weißen Minderheit beherrschte Südafrika zum schwarzen Schaf der Völkerfamilie gemacht, das schließlich aus deren Zusammenkünften ausgestoßen wurde und sich heute einer weitgehenden Isolierung in der Staatengemeinschaft ausgesetzt sieht.

Angesichts der Bedeutung dieses Problems für die Menschenrechte und den Weltfrieden, aber auch angesichts der Interessen und Emotionen, die die Diskussion darüber bestimmen, ist es wichtig, verläßliche Grundlagen für die notwendigen politischen Strategien der Veränderung zu schaffen. Dies soll im folgenden einerseits durch die Untersuchung der bilateralen Beziehungen Österreichs zu Südafrika, andererseits durch die Darstellung des Verhaltens unseres Landes im multilateralen Rahmen der Vereinten Nationen geschehen.

Eine Minimaldoktrin der österreichischen Südafrikapolitik

Aus den offiziellen Aussagen, wie sie sich zum Beispiel in den seit 1979 jährlich veröffentlichten „Außenpolitischen Berichten" des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten finden, ergibt sich eine Art von Doktrin für die politischen Beziehungen Österreichs zu Südafrika: „Zwischen Österreich und Südafrika bestehen korrekte diplomatische Beziehungen, nach wie vor ist jedoch deren Entwicklung durch die Apartheid-Politik und die illegale Verwaltung Namibias behindert. Die von Südafrika formell in die ‚Unabhängigkeit' entlassenen Stammesgebiete (auch Homelands, Bantustans oder Autonomstaaten genannt) werden von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt" (1).

Diese wortkarge Standardformel wird in allen außenpolitischen Berichten der letzten Jahre nahezu unverändert wiederholt. Nahezu unverändert deshalb, weil z. B. 1979 an dieser Stelle noch ausdrücklich auf die Verurteilung der Apartheid-Politik durch Österreich hingewiesen wurde. Auch die bis 1981 darauffolgende Bewertung der aktuellen Entwicklung in Südafrika wurde 1982 weggelassen. Schließlich läßt die Formulierung „werden von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt" unnötig offen, ob dies auch die österreichische Politik darstellt. Österreich hat dies freilich an anderer Stelle deutlich gemacht (2).

Insgesamt läßt sich die Tendenz zu einer Art *Minimaldoktrin* feststellen. In der für die österreichische Öffentlichkeit bestimmten Selbstdarstellung fehlen Aussagen zu wesentlichen Fragen der politischen Südafrikabeziehungen wie z. B. zum Waffenembargo, zur Frage anderer Sanktionen oder zur in der UNO berichteten Entmutigung österreichischer Sportkontakte (3). In der offiziellen Beschreibung der österreichischen Beziehungen zu Südafrika ist somit eine merkliche Zurückhaltung festzustellen.

Die diplomatischen Beziehungen

Die diplomatischen Beziehungen werden vom österreichischen Außenministerium als „korrekt" bezeichnet. Dieser Begriff wird sonst nur noch für die Beziehungen zu Uruguay verwendet und bedeutet eine weitgehende Beschränkung auf die formale Ebene. Damit wird ohne Zweifel eine Distanz zum Apartheid-System Südafrikas zum Ausdruck gebracht. Hervorgehoben wird dabei die Behinderung der Entwicklung der diplomatischen Beziehungen durch die Apartheidpolitik und die illegale Verwaltung Namibias.

Dennoch hat Österreich, anders als z. B. viele Staaten der Dritten Welt, die institutionalisierte Rassendiskriminierung Südafrikas nicht zum Anlaß genommen, seine diplomatischen Beziehungen mit diesem Staat abzubrechen. Dies wird in der Regel mit einer prinzipiellen Erwägung begründet: wollte Österreich seine Beziehungen zu all denjenigen Staaten abbrechen, in denen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, so würde es sich eines wichtigen Instruments der selbständigen Beobachtung, der Interessenswahrnehmung und der Einflußnahme entledigen, ohne dafür eine Alternative zu besitzen. So hat die österreichische Botschaft in Santiago während des Putsches 1973 chilenische Flüchtlinge auf-

genommen, und der österreichische Botschafter in Südafrika wird immer wieder für Vorstellungen bei der südafrikanischen Regierung zugunsten von Apartheid-Gegnern eingesetzt. Dazu kommt, daß es in Südafrika etwa 18.000 sogenannte „Paßösterreicher“ gibt und insgesamt etwa 50.000 ehemalige Österreicher dort leben (4).

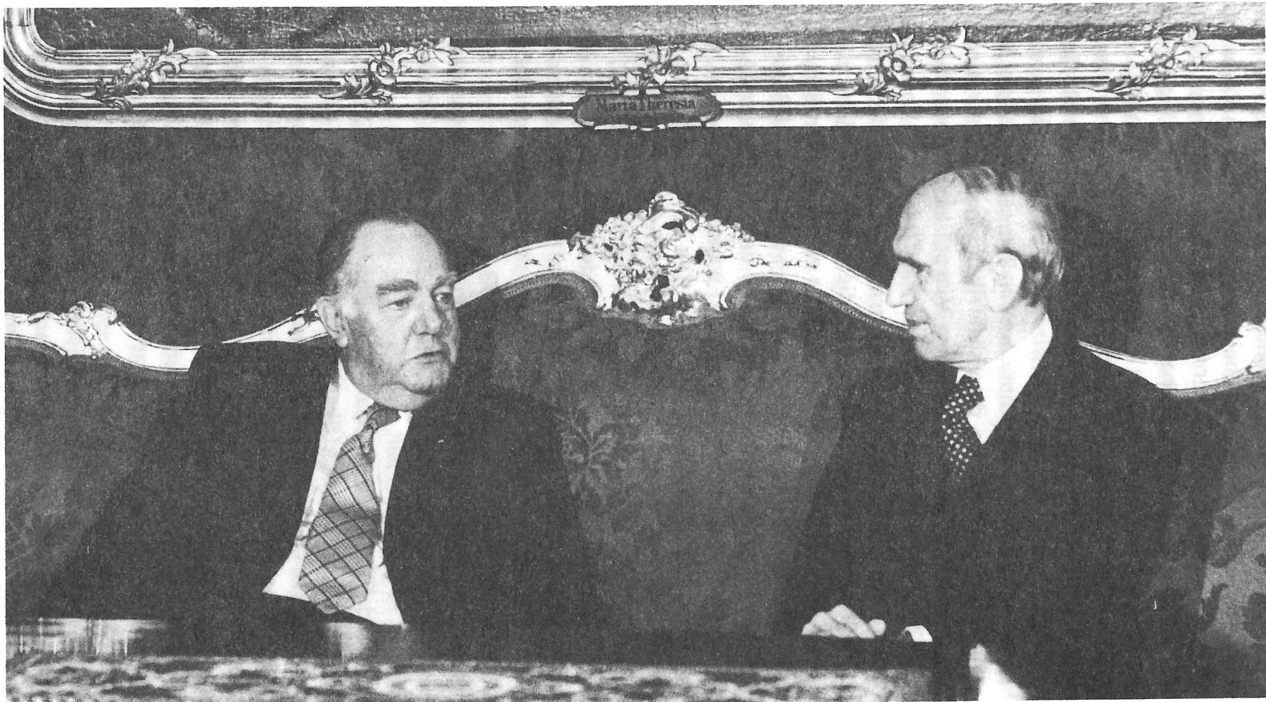
Schließlich ist es fast ein Grundsatz der österreichischen Außenpolitik, formale Beziehungen auch mit Ländern, deren Gesellschaftssystem von Österreich abgelehnt wird, zu erhalten, um im Bedarfsfall gute Dienste anbieten zu können. Dazu kam es zum Beispiel beim Zusammentreffen zwischen dem südafrikanischen Premierminister Vorster und dem US-amerikanischen Vizepräsidenten Mondale im Mai 1977 in Wien, in dem Mondale den Auftrag hatte, Vorster die Carter'sche Südafrikapolitik näherzubringen. Österreich bemühte sich um einen angenehmen Rahmen für die Konferenz, nicht zuletzt um seiner international angesehenen Rolle einer „zweiten Schweiz“ zu entsprechen; allerdings war es nicht zu verhindern, daß das Zusammentreffen Vorsters mit Kirchschläger und Kreisky vom Apartheid-Regime propagandistisch ausgenützt wurde (5).

Österreich ist in Südafrika (siehe Kasten S. 19) mit einer Botschaft in Pretoria, dem Regierungssitz, sowie mit Konsulaten in Durban, Johannesburg und Kapstadt vertreten. In Kapstadt, dem Sitz des südafrikanischen Parlaments, handelt es sich um eine Konsularabteilung der österreichischen Botschaft, das Generalkonsulat in Johannesburg und das Konsulat in Durban werden von südafrikanischen Honorarkonsuln geleitet.

Südafrika unterhält eine Botschaft in Wien sowie Konsulate in Graz und Innsbruck, die mit österreichischen Honorarkonsuln besetzt sind.

Während Österreich in Südafrika insgesamt nur vier Diplomaten eingesetzt hat, ist die südafrikanische Botschaft in Wien wesentlich stärker ausgebaut. Sie verfügt über eine eigene Presse- und Informationsabteilung, eine Abteilung für Einwanderungswerber, eine Handelsabteilung und einen Kulturattache. Insgesamt waren 1983 elf Diplomaten hier tätig. Dazu kommen noch ein derzeit offenbar unbesetztes Büro des Militär- und Luftattaches und eine wissenschaftlich Abteilung, deren Personal zwar in Wien akkreditiert, jedoch in Bonn ansässig ist.

Dieser Aufwand erscheint angesichts der weitgehend eingefrorenen diplomatischen Beziehungen beachtlich. In der Tat dürften die Hauptagenden der südafrikanischen Diplomaten weniger im Verkehr



„Gute Dienste" für das SA-US-amerikanische Verhältnis: Ministerpräsident Vorster 1977 in Wien (Foto: Votava)

Die diplomatische Infrastruktur

Südafrika in Österreich

Die südafrikanische Botschaft in Österreich befindet sich in 1190 Wien, Sandgasse 33 (Tel. 0222/32 64 93). Botschafter ist seit 1981 Willem Retief.

Weiters existieren Honorarkonsulate in Graz (8010 Graz, Villefortgasse 13/2, Tel. 0316/37 6 71) und in Innsbruck (6020 Innsbruck, Franz Fischer-Straße 2, Tel. 05222/24 4 82). Südafrikanische Konsuln sind Ing. Herbert Depisch (Firma Decometall, Fürstenfeld) für die Steiermark bzw. Dr. Carl Reissigl (ÖVP-Landtagsabgeordneter und Handelsunternehmer) für Tirol und Vorarlberg.

Österreich in Südafrika

Die österreichische Botschaft in Südafrika befindet sich in Pretoria (Apollo Center, 405 Church Street, P.O. Box 851). Seit 1983 ist Dr. Johann Plattner der österreichische Botschafter.

Österreichische Konsulate bestehen in Kapstadt (1012, Capetown Center, Herrengracht), in Durban (103 Salisbury House, Smith Street) und in Johannesburg (Libertas Building, 62 Marshall Street, 2107 Marshall Town).

Übrigens: nur 22 Staaten unterhielten 1983 Botschaften in Südafrika, darunter je ein einziges afrikanisches (Malawi) und asiatisches Land (Taiwan). Die skandinavischen Staaten sind in Pretoria nur auf konsularischer Basis vertreten.

mit den österreichischen Behörden als in der Vertretung südafrikanischer Interessen in den verschiedensten Bereichen, von der Wirtschaft bis zur Wissenschaft und natürlich in der Propagierung der Sicht der südafrikanischen Regierung zu den Ereignissen in Südafrika liegen. Schließlich zählt dazu mangels offizieller staatlicher Ansprechpartner auch die Betreuung der verschiedenen Südafrika-Clubs und Vereine im Vorfeld südafrikanischer Interessen, z. B. des Vereins *Flüchtlingshilfe für Ovamboland*. Dazu kommt die Anbahnung und Organisation von Gratisreisen für Politiker, Journalisten und andere Personen des öffentlichen Lebens, um ihnen einen „selbständigen" Eindruck von der Realität Südafrikas zu vermitteln.

Ein Zeichen der reduzierten Rolle der diplomatischen Beziehungen Österreichs in Südafrika wie auch einer Reorientierung im gesamten Südlichen Afrika kann in der 1982/83 erfolgten Ausgliederung von Lesotho und Swaziland aus dem Amtsbereich der österreichischen Botschaft in Pretoria und ihrer Zuordnung an die Botschaft in Harare/Zimbabwe gesehen werden. Dies geschah, obwohl diese Staaten wirtschaftlich von Südafrika völlig abhängig und mit diesem auch durch die Südafrikanische Zollunion verbunden sind - ein Indiz für die stärkere Hinwendung Österreichs zu den sogenannten Frontstaaten, auf die wir später noch eingehen werden.

Die Vertragsbeziehungen

Die unterkühlten offiziellen Beziehungen zwischen Österreich und Südafrika kommen auch im niedrigen Stand der Vertragsbeziehungen zum Ausdruck. Als einziger bestehender Vertrag ist jener über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken vom 11. 5. 1981, in Kraft getreten am 1.5.1982, zu nennen (BGBl. 161/1982). Dieses Abkommen ist von seiner Vorgeschichte her von Interesse. Es wurde anstelle des seit 1962 bestehenden Vertrags über die Aufhebung des Visazwangs ausgehandelt, nachdem dieser in Reaktion auf Empfehlungen der Vereinten Nationen im Jahr 1979 von Österreich gekündigt worden war (BGBl. 178/1979); die visafreie Einreise ist Südafrika heute nur mehr in acht Staaten der Welt möglich (6).

Allerdings wurde hier wieder einmal eine „österreichische Lösung" gefunden. Gegenüber den Vereinten Nationen konnte man stolz die Kündigung des Abkommens als Maßnahme im Sinn der UNO-Forderungen nach einer Isolierung des südafrikanischen Regi-

mes vorweisen (7), materiell änderte sich jedoch wenig. In keinem einzigen bekannten Fall wurde Südafrikanern bisher ein Einreisevisum verweigert.

Besuchsaustausch

Besuche österreichischer Regierungsmitglieder in Südafrika sind angesichts der von den Vereinten Nationen betriebenen internationalen Isolierung des Apartheid-Staates undenkbar. Dementsprechend heißt es im Außenpolitischen Bericht 1980: „Besuchsniveau und -frequenz spiegeln nach wie vor den durch die Apartheid-Politik belasteten Stand der Beziehungen wider: 1980 kam es lediglich zu Kontakten von Presse- und Wirtschaftsvertretern" (8).

Dies mag für österreichische Besucher in Südafrika gelten, in der Gegenrichtung ist es jedoch eine beachtliche Untertreibung. Abgesehen vom schon erwähnten Besuch Vorsters fand gerade im Jahr 1980 eine Visite des südafrikanischen Finanzministers Horwood auf Einladung seines österreichischen Kollegen Androsch in Wien statt. Der Besuch wurde zwar als privater Höflichkeitsbesuch dargestellt, der ohne Wissen des Außenministeriums oder Bundeskanzleramts zustande gekommen sei; dennoch nimmt man einem Finanzminister, der nebenbei auch die Funktion des Vizekanzlers bekleidet, soviel Naivität nicht ab. Androsch verhandelte auch tatsächlich in seiner Eigenschaft als Finanzminister mit dem südafrikanischen Besucher (9).

Das Bekanntwerden des ursprünglich geheimgehaltenen Besuchs führte zu einer Vielzahl von Protesten und Vorstellungen verschiedener Gruppen in der österreichischen Öffentlichkeit. Diese wiesen auf die Verschärfung der Situation in Südafrika hin, wo wenige Wochen zuvor bei Unruhen anläßlich des Jahrestages des Soweto-Aufstandes an die 60 Menschen getötet worden waren. An Minister Androsch wurde appelliert, in den Gesprächen die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Beachtung der Menschenrechte und die Beendigung der Apartheidpolitik zu fordern (10).

Das Ganze war für die Bundesregierung umso peinlicher, als erst wenige Wochen zuvor andere Besucher aus Südafrika, nämlich eine Delegation des dort verbotenen *African National Congress,* in Wien geweilt hatten und ihnen das Entgegenkommen des Bundeskanzlers für die Eröffnung eines Informationsbüros zugesichert worden war (11).

Österreichs Haltung gegenüber den südafrikanischen Befreiungsbewegungen

Eine wichtige Reaktionsmöglichkeit auf andauernde Menschenrechts- bzw. Völkerrechtsverletzungen durch eine Regierung ist es, dieser die Anerkennung ihrer Legitimität zu entziehen und zugleich diejenigen Kräfte zu unterstützen, die auf eine Veränderung der Situation hinarbeiten (12). Im Falle Südafrikas verweigert die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Abgesandten der südafrikanischen Regierung seit 1974 die Anerkennung ihrer Legitimität zur Vertretung des südafrikanischen Volkes (13); andere Organisationen sind diesem Beispiel gefolgt. In ähnlicher Weise haben mehrere Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Südafrika abgebrochen; andere, wie etwa Österreich, unterhalten nur beschränkte diplomatische Beziehungen, was auf eine Einschränkung der Anerkennung der Legitimität der südafrikanischen Regierung hinweist.

Ein wichtiger weiterer Schritt wäre die Anerkennung und Unterstützung der Kräfte der Veränderung, insbesondere der Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat den *African National Congress* (ANC) und den von ihm 1959 abgespaltenen *Pan Africanist Congress* (PAC) als Vertreter des südafrikanischen Volkes sowie die *South West African People's Organisation* (SWAPO) als Vertreterin des namibianischen Volkes anerkannt und ihnen vollen Beobachterstatus in allen ihren Sitzungen und Konferenzen gewährt (14). Österreich hat dieser Resolution zugestimmt und zeigte sich im Gefolge seiner Anerkennung der PLO im März 1980 (15) auch bereit, anderen Befreiungsbewegungen wie dem ANC entgegenzukommen.

Bereits im April 1980 sondierte eine ANC-Delegation die Möglichkeit der Eröffnung eines Büros in Wien, das nicht zuletzt aufgrund der dort ansässigen UNO-Organisationen einen wichtigen Standort darstellt (16). Sie stieß dabei durchwegs auf wohlwollende Aufnahme, eine Finanzierung des Büros aus privaten Mitteln erschien denkbar. Im November 1980 besuchte schließlich der Präsident des ANC, Oliver Tambo, die Bundeshauptstadt, wo er u. a. vor dem *Karl-Renner-Institut* ein vielbeachtetes Referat hielt und um Solidarität im Kampf gegen das Apartheid-Regime warb. Der Vortrag wurde von SP-Klubobmann Dr. Heinz Fischer eingeleitet, der die Initiative der Sozialistischen Internationale für den seit 1962 von Südafrika inhaftierten unbestrittenen Führer des ANC, Nelson Mandela, hervor-

hob und schließlich feststellte, daß Österreich keinerlei Einwände gegen die Einrichtung eines Informationsbüros des ANC in Wien habe (17).

Wenn es auch bisher noch nicht zur Errichtung eines solchen Büros gekommen ist, so bleibt doch das Faktum wesentlich, daß österreichische Regierungsmitglieder und Spitzenpolitiker den ANC als die wichtigste Befreiungsbewegung Südafrikas mehrfach empfangen und damit persönlich einen demonstrativen Akt der Anerkennung gesetzt haben.

Eine noch stärkere Unterstreichung fand dieses Engagement in der Zuerkennung des seit 1979 alle zwei Jahre vergebenen *Kreisky-Preises für Menschenrechte* an zwei hervorragende Exponenten des Widerstands in Südafrika: im Jahre 1979 an den ehemaligen Direktor des von der südafrikanischen Regierung verbotenen *Christlichen Instituts*, den mit einem Bann belegten weißen Geistlichen Beyers Naude, und im Jahre 1981 an den schwarzen ANC-Führer Nelson Mandela, den bedeutendsten politischen Gefangenen Südafrikas (18).

Auf einer ähnlichen Linie der Unterstützung oppositioneller Aktivitäten auf regionaler Ebene liegt die österreichische Unterstützung für die Staaten der *Südafrikanischen Entwicklungskoordinierungskonferenz* (SADCC) (19), die aus den ehemaligen Frontstaaten gegen Rhodesien hervorgegangen ist. Als positive Kehrseite des immer wieder geforderten Wirtschaftsboykotts gegen Südafrika ist die aktive Unterstützung Österreichs für diese neuartige Integrationsform, die die Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit der Nachbarstaaten Südafrikas stärken soll, von eminenter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung (20).

Humanitäre Aktivitäten Österreichs

Konkret unterstützte Österreich aus Entwicklungshilfemitteln den Ankauf von Medikamenten und Landmaschinen sowie den Ausbau der Wasserversorgung für eine ANC-Farm für südafrikanische Flüchtlinge in Morogoro/Tanzania in der Höhe von bisher 7,5 Millionen Schilling. Zusätzlich förderte das Bundeskanzleramt im Rahmen seiner Verdoppelungsaktionen mit einem namhaften Betrag ein Projekt des *Solidaritätsfonds für Kinder der Dritten Welt*, das die Errichtung einer Volksschule und eines Colleges für Flüchtlingskinder in Morogoro vorsieht; weitere Projekte sind in Planung (21).



Hilfe für Befreiungsbewegungen: Bundeskanzler Kreisky nimmt „Solidaritätsbleistifte" für das ANC-College in Morogoro/Tansania entgegen. Die Bundesregierung fördert dieses Projekt heute mit beachtenswerten Beträgen. *(Foto: Stach)*

In verschiedenen Fällen, wie z. B. im Fall von Solomon Mahlangu im Jahre 1979 oder dreier ANC-Angehöriger im Jahre 1983, hat die österreichische Bundesregierung gegen die geplante Hinrichtung südafrikanischer Freiheitskämpfer protestiert bzw. Gnadenappelle an Regierungskollegen in Südafrika gerichtet, die meistens freilich ohne Erfolg blieben. Wiederholt haben sich Regierungsmitglieder auch für die Freilassung Nelson Mandelas und anderer politischer Gefangener eingesetzt.

Schattenministerbesuche

Angesichts dieses Engagements der österreichischen Bundesregierung bzw. einzelner ihrer Mitglieder verwundert es nicht, daß Südafrika verstärkte Anstrengungen unternimmt, um zumindest in Teilen der österreichischen Öffentlichkeit Anerkennung für seine Position zu finden. Zu diesem Zweck hat Südafrika im Laufe der Jahre bereits eine größere Zahl österreichischer Parlamentarier, Journalisten und anderer Meinungsbildner zu wohl kostenlosen (22) Erkundungsreisen eingeladen.

In verschiedenen Fällen tritt dabei als Einlader nicht die südafrikanische Regierung selbst, sondern die *South Africa Foundation* auf, eine finanzstarke Organisation der südafrikanischen Wirtschaft, deren Hauptziel es ist, die Isolierung Südafrikas zu verhindern.

Das Programm solcher Reisen ist immer attraktiv. Neben organisierten Zusammentreffen mit verschiedenen südafrikanischen Politikern und Institutionen, auf besonderen Wunsch auch mit Oppositionellen, ist in der Regel ein mehrtägiger Besuch im Krüger Nationalpark Bestandteil des Angebots. Solche Reisen finden sowohl in Form von Einzel- als auch Gruppenreisen statt. Unter den Parlamentariern, die auf diese Weise Südafrika kennengelernt haben, finden sich die ÖVP-Abgeordneten König, Schambeck, Höchtl und Steiner, aber auch der ehemalige Grazer Bürgermeister Alexander Götz (FPÖ) oder der ÖVP-Parteichef Alois Mock. Dafür gibt es dann auch einmal einen Empfang für eine Delegation südafrikanischer Parlamentarier im österreichischen Parlament (23). Der ehemalige außenpolitische Sprecher der FPÖ, Otto Scrinzi, übernahm in der Folge sogar die Präsidentschaft des neugegründeten Kärntner *Süd- und Südwestafrikanischen Clubs* in Klagenfurt.

Die Bereitschaft, solchen Einladungen Folge zu leisten, wird von den südafrikanischen Stellen genau registriert. Diese Reisen oder

Begegnungen haben für das von offiziellen Kontakten weitgehend ausgeschlossene Südafrika eine wichtige Ersatzfunktion. Manche wissen eine solche Gastfreundschaft besonders zu schätzen und lassen sich zu Erklärungen hinreißen, die sie sich zu Hause vielleicht zweimal überlegt hätten. So stellte der als österreichischer „Schattenminister" herumgereichte außenpolitische Sprecher der ÖVP, Ludwig Steiner, Anfang 1982 im südafrikanischen Fernsehen in Aussicht, daß Österreich unter einer zukünftigen ÖVP-Mehrheit seine Haltung gegenüber dem Apartheid-Staat revidieren werde. Die südafrikanischen Regierungsstellen mögen darin eine Bestätigung für ihre Politik gesehen haben, während verblüffte südafrikanische Oppositionelle an Österreich zu zweifeln begannen (24). Gerade von einem ehemaligen politischen Direktor des Außenministeriums hätte man sich dies nicht erwartet.

Im Ergebnis sind solche Politikerreisen, auch wenn damit ein legitimes Informationsinteresse verbunden sein sollte, eine Durchbrechung der internationalen Isolation Südafrikas. Sie ermöglichen es, ein Netz quasi-offizieller Beziehungen zu knüpfen. Auch wenn die Politiker als Privatleute reisen, können sie ihr öffentliches Amt dabei nicht einfach ablegen, und dies umso weniger, als sie ja gerade wegen dieser Stellung eingeladen wurden.

Österreichs Haltung zu Südafrika in den Vereinten Nationen

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen nimmt jährlich in mehreren Resolutionen zum Problembereich Südafrika Stellung, wobei die Themen von vorwiegend politischen bis hin zu wirtschaftlichen und humanitären Fragen reichen. Grundsätzlich hat die offizielle österreichische Politik bei zahlreichen Anlässen dieser Art die Apartheid als Verletzung menschlicher Grundrechte und menschlicher Moral bezeichnet (25). Kolonialismus, Rassismus und Apartheidpolitik in all ihren Formen werden klar als unvereinbar mit der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Dekolonisierungsdeklaration von 1960 verurteilt.

So erklärte Außenminister Pahr vor der 32. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 5. 10. 1977, daß „das System der Apartheid eine Beleidigung unserer höchsten Werte darstellt". Die südafrikanische Regierung müsse „endlich erkennen, daß ein friedliches Zusammenleben der Völker im südlichen Afrika ausgeschlossen ist,

solange der großen Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung der volle und gleiche Genuß politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Rechte verweigert wird. Es läge im wohlverstandenen, langfristigen Eigeninteresse der weißen Bevölkerung Südafrikas, die unmenschliche Politik der Apartheid aufzugeben" (26).

Auch im Außenpolitischen Bericht 1982, um noch ein Beispiel zu nennen, heißt es, daß Österreich „im Sinne seiner politischen Grundsätze an der Schaffung stabiler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse, an der Respektierung der Menschenrechte und einer Beteiligung der Bevölkerung am Prozeß der politischen Willensbildung interessiert ist. Aus diesem Grunde verurteilt Österreich auch die Apartheid-Politik Südafrikas als institutionalisierte Form der Verletzung der Menschenrechte sowie die Schaffung künstlicher ‚Bantustans' " (27).

1973

wurden zwei von den sieben Resolutionen, die von der Generalversammlung als „Mantel"- oder „Omnibusresolution" (28) verabschiedet wurden, von Österreich miteingebracht. Inhaltlich ging es dabei um das Arbeitsprogramm des Komitees gegen Apartheid und den UN-Treuhandfonds für Südafrika (29). Auch bei vier weiteren Resolutionen (30) stimmte Österreich positiv. Bei der siebenten Entschließung allerdings übte es Stimmenthaltung (31). Es ging dabei um die Beschreibung der Situation in Südafrika als einer ernsten Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit und um die Verurteilung der „unheiligen Allianz" zwischen dem protugiesischen Kolonialismus, dem südafrikanischen Rassismus und dem Zionismus bzw. israelischen Imperialismus. Der Kampf des südafrikanischen Volkes gegen die Rassenpolitik „mit allen vorhandenen Mitteln" wurde als legitim bezeichnet, der Sicherheitsrat aufgefordert, Sanktionen gemäß Kapitel VII der UNO-Charta zu verhängen. Schließlich wurde dem südafrikanischen Regime das Vertretungsrecht für das südafrikanische Volk abgesprochen und gleichzeitig die UNO mit ihren Spezialorganisationen und andere internationale Organisationen eingeladen, als rechtmäßige Vertreter Südafrikas die von der OAU anerkannten Befreiungsbewegungen anzuerkennen.

Am 10. Dezember 1973 wurde weiters die *Erste Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung* ausgeru-

fen (32). Die zugrundeliegende, einstimmig angenommene Resolution war auch von Österreich miteingebracht worden.

Im Bereich der allgemeinen Entkolonisierungsfragen nahm die Generalversammlung 1973 drei Resolutionen an (33), wobei u. a. das Recht der Kolonialvölker, ihre Freiheit mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen, bestätigt wurde. Zum positiven österreichischen Stimmverhalten erklärte der österreichische Delegierte vor dem Plenum, daß man lediglich dem Grundtenor der Resolution und der Unvereinbarkeit von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid mit der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zustimme, jedoch weiterhin für den Einsatz friedlicher Mittel zur Erreichung der in der Resolution formulierten Ziele plädiere (34). In weiteren Resolutionen zum Selbstbestimmungsrecht, in denen ebenfalls der Kampf „by all means" als legitim bezeichnet wird, enthielt sich Österreich der Stimme.

Miteingebracht hat Österreich schließlich einen Resolutionsentwurf über ein Ausbildungs- und Erziehungsprogramm für das Südliche Afrika, im Rahmen dessen im Berichtsjahr (1973) 874 Stipendien vergeben wurden (35). Ein weiterer miteingebrachter Resolutionsantrag betraf politische Gefangene in Südafrika (36). In einer Erklärung zu dieser Resolution stimmte Österreich dem Appell des Vorsitzenden des Sonderausschusses gegen Apartheid, den 11. 10. 1973 als Tag der Solidarität mit den politischen Häftlingen Südafrikas zu begehen, ausdrücklich zu und bedauerte, daß Menschen wegen ihres Eintretens für die Beendigung der Apartheidpolitik verfolgt und inhaftiert würden. Österreich würde sich weiterhin nachdrücklich für alle Bestrebungen, die die Freilassung derartiger Gefangener betreffen, einsetzen (37).

In den geschilderten UNO-Resolutionen des Jahres 1973 lassen sich also mehrere Bereiche identifizieren, in denen Österreich ein spezifisches Stimmverhalten aufweist.

- Resolutionen humanitären Charakters werden von Österreich unterstützt, manchmal sogar miteingebracht;
- Resolutionen, in denen in allgemeiner Form die Apartheidpolitik verurteilt wird, finden ebenfalls die österreichische Zustimmung;
- bei Resolutionen, in denen es zu einer namentlichen Verurteilung einzelner Staaten kommt, oder deren Zusammenarbeit mit Südafrika angeprangert wird, übt Österreich Stimmenthaltung;

- bei Resolutionen, die den Kampf der Völker „by all means" als gerechtfertigt erklären, enthält sich Österreich ebenfalls der Stimme.

1977

Die Durchsicht der Resolutionen der folgenden Jahre läßt eine deutliche Kontinuität im österreichischen Stimmverhalten erkennen. Von den hier aufgezeigten Positionen wird kaum abgegangen; es ist typisch, daß Themen, die kaum Anlaß zu kontroversiellen Standpunkten bieten, von Österreich unterstützt werden. Man bewegt sich also auf „sicherem Boden" und übt bei umstritteneren Themen Zurückhaltung in Form von Stimmenthaltung.

1977 zum Beispiel brachte Österreich den Antrag über den UN-Treuhandfonds für Südafrika wiederum mit ein und stimmte für eine Reihe anderer Resolutionen, die humanitäre, technisch-finanzielle und allgemein politische Fragen - wie die Verurteilung der Bantustan-Politik (38) - betrafen. Hingegen enthielt es sich bei der „Internationalen Deklaration gegen Apartheid im Sport" der Stimme, da ihre „Anwendung weitreichende Eingriffe in das Leben der Sportverbände" mit sich gebracht hätte (39). Die Deklaration hatte vorgesehen, verbindliche Richtlinien für die nationalen Sportverbände zu erlassen, um sie von der Teilnahme an Apartheid-Sportveranstaltungen abzuhalten.

Stimmenthaltung übte Österreich ebenso bei den Resolutionen „Zur Lage in Südafrika", „Zur militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika" (hierin wurden u. a. „alle Staaten, insbesondere Frankreich, Großbritannien und die USA" zur Zusammenarbeit im Sinn von Kapitel VII der UN-Charta aufgefordert) und über die „Wirtschaftliche Kollaboration mit Südafrika" (40). Hierin wurde u. a. gefordert, Kredite und Investitionen in Südafrika zu verbieten, jede Art von Handelsförderung zu beenden, den Austausch von Handelsmissionen auszusetzen, ein Erdöl- und Erdölprodukteembargo auszusprechen und die Flug- und Schiffsverbindungen einzustellen. Auch hinsichtlich der Resolution zur „Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung Südafrikas", in der die Legitimität des Befreiungskampfes „mit allen zur Verfügung stehenden und geeigneten Mitteln, inklusive den bewaffneten Kampf" anerkannt wird, enthielt sich Österreich (41).

In zwei Fällen gab unser Land Gegenstimmen ab: als Israel wegen der fortgesetzten Zusammenarbeit mit Südafrika scharf verurteilt und zur Unterlassung dieser Zusammenarbeit vor allem im militärischen und nuklearen Bereich aufgefordert wurde (42) und bei einer im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrates ECOSOC vorbereiteten Resolution über die Menschenrechte politischer Gefangener (43). Israel und die rassistischen Minderheitenregimes im Südlichen Afrika wurden hierin zur sofortigen Freilassung von Gefangenen aufgefordert, die wegen ihres Kampfes gegen Apartheid, rassische Diskriminierung und Fremdherrschaft eingekerkert worden waren.

1983

In der Generalversammlung des Jahres 1983 (44) übte Österreich hinsichtlich der Sammelresolution Stimmenthaltung, weil Israel und die USA wegen der Verstärkung ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit dem rassistischen Regime Südafrikas namentlich verurteilt wurden und zudem die „all means clause" enthalten war.

Die Sanktionenresolution forderte den Sicherheitsrat auf, umfassende und verbindliche Sanktionen zu verhängen und das bereits verbindliche Waffenembargo zu verschärfen; sie ersuchte die Staaten, Maßnahmen gegen Unternehmen und Interessensgruppen zu ergreifen, die das verbindliche Waffenembargo verletzen. Österreich enthielt sich dazu der Stimme. Ebenso enthielt sich Österreich bei der Ermächtigung des Generalsekretärs, eine internationale Konferenz über die Verhängung eines bindenden Ölembargos durchzuführen und bei der nachdrücklichen Verurteilung westlicher Staaten und Israels, die dem rassistischen Regime „enorme Arsenale" an militärischer Ausrüstung und Technologie zur Verfügung gestellt hätten.

Positiv stimmte Österreich allerdings bei der Resolution über die Auswirkungen der Apartheid auf die Länder des südlichen Afrika, in der die Aggression gegen Angola, Lesotho und Mozambique verurteilt und der Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola sowie humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in Lesotho gefordert wurden. Ebenso fand eine Resolution, die den Sonderausschuß gegen Apartheid zur Fortsetzung seiner Tätigkeit ermächtigte und 400.000

Österreichs Stimmverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1981 - 1983

Titel der Resolution		Nummer	Abstimmungsergebnis (ja-nein-Enthaltung)	Österr.
Situation in South Africa	1981	36/172 A	115-12-16	Enth.
	1982	36/69 A	118-14-11	Enth.
	1983	38/39 A	124-16-10	Enth.
International Year of mobilisations for sanctions against South Africa	1981	36/172 B	130-8-8	Enth.
Acts of aggression by the Apartheid regime against Angola and other independent African States	1981	36/172 C	136-1-8	Ja
Comprehensive and mandatory sanctions against South Africa	1981	36/172 D	109-18-13	Enth.
	1982	37/69 C	114-10-19	Enth.
Sanctions against South Africa	1983	38/39 D	122-10-18	Enth.
Military and nuclear collaboration with South Africa	1981	36/172 E	119-9-4	Enth.
	1982	37/69 D	120-8-16	Enth.
	1983	38/39 G	122-9-17	Enth.
Arms embargo against South Africa	1981	36/172 F	138-0-7	Ja
Oil embargo against South Africa	1981	36/172 G	126-7-12	Enth.
	1982	37/69 J	125-6-13	Enth.
	1983	38/39 J	130-6-14	Enth.
International conference of Trade Unions on Sanctions against South Africa	1981	36/172 H	129-2-12	Ja
Academic, cultural and sports boycotts of South Africa	1981	36/172 I	124-5-14	Enth.
Political prisoners in South Africa	1981	36/172 J	per Akklamation angenommen	
Women and children unter Apartheid	1981	36/172 K	145-0-2	Ja
Public information and public action against Apartheid and role of mass media in the struggle against Apartheid	1981	36/172 L	126-2-19	Enth.
Programme of work of the Special Committee against Apartheid	1981	36/172 N	139-1-5	Ja
	1982	37/69 E	142-1-3	Ja
	1983	38/39 E	149-1-2	Ja
Investments in South Africa	1981	36/172 O	138-1-7	Ja
	1982	37/69 H	134-1-9	Ja
	1983	38/39 I	140-1-9	Ja
United Nations Trust Fund for South Africa	1981	36/172 P	jeweils per	
	1982	37/69 I	Akklamation	
	1983	38/39 H	angenommen	
Concerted International Action for the Elimination of Apartheid	1982	37/39 B	135-3-8	Ja
Apartheid in Sports	1982	37/69 G	138-1-7	Ja
	1983	38/39 K	145-1-6	Ja
Programme of Action against Apartheid	1983	38/39 B	128-2-22	Enth.
Effects of Apartheid on the countries of Southern Africa	1983	38/39 C	146-2-4	Ja
Relations between Israel and South Africa	1981	36/172 M	104-19-17	Nein
	1982	37/69 F	113-18-10	Nein
	1983	38/39 F	106-18-17	Nein

Dollar für Sondervorhaben für 1984 bewilligte, Österreichs Zustimmung.

Der Ausschuß für die Ausarbeitung einer *Internationalen Konvention gegen Apartheid im Sport* wurde aufgefordert, seine Arbeiten weiterzuführen und 1984 einen Entwurf vorzulegen, wozu Österreich ebenfalls mit Ja stimmte. Auch die Aufforderung an den Sicherheitsrat, entsprechende Schritte zur Unterbindung von Investitionen und Kreditvergabe einzuleiten, wurde von Österreich positiv unterstützt. Ein Appell für mehr Mittel an den UN-Treuhandfonds wurde im Konsens verabschiedet.

Schließlich stimmte Österreich auch für eine Resolution, mit der die neuen Verfassungsvorschläge Südafrikas zurückgewiesen wurden und betont wird, daß die Ergebnisse des Referendums vom 2. November keine Gültigkeit hätten.

Österreichs Haltung in Konferenzen der Vereinten Nationen zu Südafrika

Aufschlüsse über die österreichischen Positionen gegenüber Südafrika ergeben sich auch aus dem Abstimmungsverhalten und den Erklärungen Österreichs bei besonderen UNO-Konferenzen zum Südafrika- bzw. Apartheidproblem, wobei hier nur auf wenige beispielhaft eingegangen werden kann.

So hat Österreich vor der „Internationalen Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika" vom 20. bis 27. Mai 1981 in Paris die Apartheid als institutionalisierte Form des Rassismus und als systematische Verletzung der Menschenrechte verurteilt. Hinsichtlich der Maßnahmen gegen die Apartheid bekannte es sich zum Waffenembargo gegen Südafrika und wies auf seinen Widerruf des Visaabkommens und die Schritte zur Entmutigung von Sportkontakten österreichischer Staatsbürger mit Südafrika hin. Darüber hinaus wurde die Beteiligung an den internationalen Anstrengungen zur Befreiung politischer Gefangener und die Zurückweisung der südafrikanischen Bantustanpolitik zum Ausdruck gebracht.

Auf die Frage wirtschaftlicher Sanktionen als dem eigentlichen Ziel dieser Konferenz ging der österreichische Vertreter jedoch mit keinem Wort ein. Zur im Konsens angenommenen Abschlußerklärung der Konferenz gab Österreich eine interpretative Erklärung ab, in der es seine bekannten Vorbehalte hinsichtlich des bewaffneten Kampfes, der Nennung einzelner verantwortlicher Länder und

der Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte österreichischer Bürger und Organisationen wiederholte und festhielt, daß umfassende Sanktionen einer Beschlußfassung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bedürften (45). Dieselben Vorbehalte finden sich fast wortgleich auch bei den nordischen Staaten, die allerdings eine ungleich aktivere Position in der Frage eines Wirtschaftsboykotts einnahmen.

Immerhin hat Österreich an dieser Konferenz, anders als die USA, die EG-Staaten und einige andere westliche Länder, teilgenommen und damit eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit für deren Anliegen zum Ausdruck gebracht.

An einer anderen internationalen Konferenz, nämlich der vom Sonderausschuß gegen Apartheid vom 11. bis 13. Juli 1983 im Internationalen Zentrum in Wien abgehaltenen „Konferenz über die Allianz zwischen Israel und Südafrika" nahm Österreich, so wie die anderen westlichen Ländern, nicht teil.

Eindruck machte Österreich hingegen durch seine aktive Mitarbeit in der „Zweiten Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung", die vom 1. bis 12. August 1983 in Genf abgehalten wurde (46). In der Generaldebatte bekannte sich der österreichische Vertreter u. a. zu den rechtlichen Maßnahmen und Verfahren im Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung, wie sie in der Rassendiskriminierungskonvention gegeben seien, und hob die Bedeutung der Menschenrechtserziehung hervor. Schließlich stimmte Österreich sowohl für die Abschlußerklärung als auch das Aktionsprogramm als Ganzes, enthielt sich jedoch zu den Abschnitten über Empfehlungen zur Bekämpfung der Apartheid, die Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Israel und die Praktiken rassischer Diskriminierung in den besetzten arabischen Gebieten der Stimme. Die Konferenz verabschiedete auch eine Solidaritätserklärung für Nelson Mandela und die nationalen Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias, der Österreich ebenfalls zustimmte.

Zusammenfassend

kann hinsichtlich des österreichischen Stimmverhaltens in den Organen oder Konferenzen der Vereinten Nationen zum Problemkreis Südafrika also folgendes festgehalten werden:

Österreich beruft sich zur Erklärung seiner Stimmabgaben wiederholt auf seinen Status der immerwährenden Neutralität und auf

die innerstaatliche Verfassungsrechtslage. Daher lehnt es Resolutionen, in denen Staaten wegen ihrer Zusammenarbeit mit Südafrika auf verschiedenen Gebieten namentlich scharf verurteilt werden, meistens ab.

Zurückhaltung legt Österreich an den Tag, wenn der bewaffnete Kampf als legitimes Mittel zur Erlangung der Freiheit unterdrückter Völker anerkannt wird. Die „all means clause" ist regelmäßig Anlaß für Stimmenthaltungen, im Falle einer Ja-Stimme wird ein entsprechender Vorbehalt gemacht. Ebenso enthält sich Österreich, wenn konkrete Aktionen gegen Apartheid gefordert werden, zum Beispiel Wirtschaftssanktionen oder das staatliche Unterbinden von Sportkontakten. Derartige Maßnahmen würden nicht zu vertretende Eingriffe in die persönliche Freiheit österreichischer Staatsbürger darstellen. Ebenfalls vorsichtig ist das österreichische Verhalten im Bereich der Beurteilung der Lage in Südafrika und der Rechtmäßigkeit der weißen Minderheitsregierung.

Schließlich trägt Österreich seinem Eintreten für Menschenrechte und Grundfreiheiten durch positive Stimmabgabe und/oder Miteinbringung von Resolutionen zu diesem Themenbereich Rechnung. Gerade auf dem Gebiet humanitärer Aspekte und Hilfe tritt Österreich immer wieder durch klare Stellungnahmen hervor. Anzumerken ist hier aber, daß diese Resolutionen generell breite Zustimmung bzw. Konsens in der Generalversammlung finden. Die österreichische Haltung zeichnet sich dabei durch große Kontinuität und Berechenbarkeit aus. Andererseits ist doch festzuhalten, daß sich Österreich nur in humanitären Fragen hervortut, jedoch bei kontroversiellen politischen oder wirtschaftlichen Fragen deutliche Zurückhaltung zeigt.

Handlungsmöglichkeiten der österreichischen Außenpolitik noch lange nicht ausgeschöpft

Die österreichische Außenpolitik im bilateralen Verhältnis gegenüber Südafrika kann generell als kritisch-distanziert gekennzeichnet werden. Im multilateralen Bereich der Vereinten Nationen ist Österreich vor allem in allgemeinen politischen und humanitären Fragen aktiv, zeigt aber Zurückhaltung, wenn es um konkrete Maßnahmen geht.

Selbst die wenigen ergriffenen Maßnahmen sind in der Regel halbherziger Natur. So wurden z. B. nach der Kündigung des Visaab-

kommens Erleichterungen im Reiseverkehr durch das Abkommen über die gebührenfreie Sichtvermerkserteilung geschaffen. Die erklärte Politik der Entmutigung von Sportkontakten mit Südafrika ist einer breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt, und selbst im Falle des von Österreich befolgten Waffenembargos wurde bisher von der im Kriegsmaterialgesetz vorgesehenen Möglichkeit einer Sonderverordnung, mit der eine effektivere Gestaltung des Embargos möglich wäre, nicht Gebrauch gemacht.

Es besteht daher eine gewisse Diskrepanz zwischen den österreichischen Verurteilungen der Apartheidpolitik auf der multilateralen Ebene und den konkreten Schritten im bilateralen Bereich, wo die Möglichkeiten der Druckausübung auf die südafrikanische Regierung sowohl hinsichtlich ihrer Isolierung in den zwischenstaatlichen Beziehungen als auch im Bereich der positiven Unterstützung der Kräfte gegen die Apartheid noch lange nicht ausgeschöpft erscheinen.

So wäre z. B. angesichts der wiederholten Verweigerung der Einreise für Apartheidgegner durch Südafrika auch von österreichischer Seite im Rahmen der Sichtvermerkserteilung zu prüfen, ob nicht auch erklärten Befürwortern des südafrikanischen Apartheidsystems die Einreise nach Österreich verweigert werden sollte, was nicht zuletzt auch aus Gegenseitigkeitsüberlegungen erfolgen könnte. Dies erschiene insbesondere in solchen Fällen angebracht, wo solche Befürworter nach Österreich kommen, um für ihr System zu werben. Hinsichtlich der Entmutigung von Sportkontakten könnte die österreichische Politik in Form von Erlässen an alle Stellen der Bundesverwaltung vermittelt werden, um eine entsprechende Information und ein koordiniertes Vorgehen sicherzustellen.

Wenn man allerdings Sportkontakte von öffentlicher Seite entmutigt, so dürfte auch die bestehende Praxis der Politikerreisen die zuständigen Stellen nicht gleichgültig lassen. Eine entsprechende Information und Beratung solcher Erkundungsreisender z. B. von seiten des Außenministeriums erschiene angebracht. Hinsichtlich der international geforderten Boykottmaßnahmen könnte der von Österreich wiederholt hervorgehobenen freiwilligen Einhaltung des unverbindlichen Waffenboykotts seit 1963 in gewisser Hinsicht auch Präzedenzcharakter für ähnliche Aktivitäten in anderen Bereichen zukommen.

Unausgeschöpfte Spielräume österreichischer Politik bestehen jedoch nicht nur im Bereich isolierender Maßnahmen gegen das

Apartheidregime. Ebenso bedeutsam erscheinen die positiven Maßnahmen zur Unterstützung des Widerstands wie die bereits beschriebenen humanitären Aktivitäten, die Unterstützung von oppositionellen Bewegungen innerhalb Südafrikas, die politische Aufwertung der Befreiungsbewegungen und die Förderung der wirtschaftlichen Aufbau- und Unabhängigkeitsbemühungen der Länder der Entwicklungskoordinierungskonferenz des Südlichen Afrika (SADCC), die massiven Destabilisierungsversuchen von seiten Südafrikas ausgesetzt sind. Diese Aktivitäten könnten noch wesentlich verstärkt werden.

Eine wichtige positive Maßnahme wäre die Unterstützung von Aktivitäten gegen die Apartheid bzw. von Apartheidgegnern - nicht nur im Rahmen der Vereinten Nationen - sondern auch in Österreich. Hier besteht z. B. ein weitgehendes Informationsdefizit über die österreichische Politik und ihre Beweggründe. Zwar tritt Österreich in den Vereinten Nationen regelmäßig für die Verbreitung von Informationen gegen die Apartheid und für verstärkte Menschenrechtserziehung in dieser Hinsicht ein. Entsprechende Aktivitäten innerhalb Österreichs fehlen jedoch weitgehend. Eine bessere Information der Öffentlichkeit sowie die Unterstützung diesbezüglicher Aktivitäten in der politischen Bildung erscheint jedoch als eine grundlegende Voraussetzung für die Sicherung einer konsistenten österreichischen Südafrikapolitik. Angesichts der massiven Versuche der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch südafrikanische Propagandamedien gilt dies umso mehr.

Insgesamt ist der österreichischen Außenpolitik gegenüber Südafrika sowohl in den multilateralen wie in den bilateralen Beziehungen weitgehende Konsistenz zu bescheinigen; im Sinne einer größeren Glaubwürdigkeit der österreichischen Politik ist jedoch eine engere Verbindung zwischen den in internationalen Gremien geäußerten Einsichten und der konkreten Politik auf bilateraler Ebene, insbesondere jedoch in Österreich selbst zu fordern. Ohne Zweifel zeichnet sich heute die Haltung vieler Staaten gegenüber dem Südafrikaproblem durch Zynismus und Doppelbödigkeit aus. Österreich als neutraler Kleinstaat, der sich in seiner Außenpolitik immer wieder zu den Menschenrechten bekennt, sollte sich jedoch nicht an den schwarzen Schafen der Staatengemeinschaft orientieren, sondern um ein höheres Maß an Moralität in den internationalen Beziehungen und in seiner eigenen Politik bemühen. Diese wird letztlich nicht an den internationalen Lippenbekenntnissen, sondern an den

konkreten Maßnahmen gegen das System der Apartheid in Südafrika gemessen werden.

Anmerkungen

(1) Außenpolitischer Bericht 1982. Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (Wien 1983), S. 405; siehe auch die Außenpolitischen Berichte der Jahre 1979 (S. 368), 1980 (S. 369) und 1981 (S. 404).
(2) So durch die österreichischen Erklärungen in der UNO sowie im Außenpolitischen Bericht 1982, S. 46
(3) Measures taken by Member States and Intergovernmental Organizations in the Light of the United Nations Resolutions on Apartheid (UN-Doc. A/CONF. 107/5/Add. 4) vom 12. Juni 1981.
(4) Außenpolitischer Bericht 1982, S. 203
(5) The Star (Johannesburg), 21. 5. 1977; andererseits wurde auch der Protestdemonstration der Anti-Apartheid-Bewegung, an der Kanzler-Sohn Peter Kreisky teilnahm, große Aufmerksamkeit gewidmet (Rand Daily Mail, Johannesburg, 20. 5. 1977).
(6) Es sind dies: Griechenland, Irland, Liechtenstein, die Schweiz, Mauritius, Seycheilen, Großbritannien und die BRD (Rand Daily Mail, Johannesburg, 10. 9. 1982).
(7) So der österreichische Bericht an die Internationale Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika (Anm. 3).
(8) Außenpolitischer Bericht 1980, S. 370
(9) Profil (Wien), 21. 7. 1980
(10) Arbeiter-Zeitung (Wien) und Salzburger Nachrichten (Salzburg), beide 3. 7. 1980
(11) Profil (Wien), 21. 7. 1980
(12) Konrad Ginther sieht einen wichtigen Weg der Förderung der Selbstbestimmung des südafrikanischen Volkes in der Aberkennung der Legitimität der südafrikanischen Regierung, die nur mehr als de facto-Regime aufzufassen sei; er schlägt dafür die Anerkennung der nationalen Befreiungsbewegungen und anderer Selbsthilfegruppen als de iure-Vertreter der Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung vor. Konrad Ginther, Das Anerkennungsverbot der Homelands, Überlegungen zur Anerkennungsproblematik im südlichen Afrika, in: Jahrbuch für Internationales Recht 23 (Berlin 1980), S. 323 - 352

(13) Die südafrikanische Delegation wurde von der Generalversammlung am 12. November 1974 durch eine Verfügung des Präsidenten der Generalversammlung ausgeschlossen, die auf die vorhergehende Verweigerung der Anerkennung ihrer Legitimation durch das Credentials Committee und die Generalversammlung Bezug nahm. Versuche im selben Jahr Südafrika aus den Vereinten Nationen auszuschließen, scheiterten im Sicherheitsrat, wobei Österreich als dessen Mitglied zu dieser Zeit sich mit dem Argument des Prinzips der Universalität der Organisation der Stimme enthielt.

(14) GV-Res. 3280 (XXIX) vom 10. 12. 1974. Siehe dazu Konrad Ginther, Die völkerrechtliche Stellung nationaler Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht 32 (Wien 1982), S. 131 - 157

(15) Näheres dazu bei Wolfgang Benedek, Die Anerkennung der PLO durch Österreich, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Bd. 40 (Stuttgart 1980), S. 841 - 857. Kritisch zur verfassungsrechtlichen Beurteilung Helmut Tichy, Die Anerkennung der PLO durch Österreich als verfassungsrechtliches Problem, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht 33 (Wien 1982), S. 53 - 73

(16) Die Presse (Wien), 28. 4. 1980

(17) Arbeiter-Zeitung (Wien), 22. 11. 1980

(18) Wiener Zeitung (Wien) und Arbeiter-Zeitung (Wien), beide 16. 1. 1982

(19) Wiener Zeitung (Wien), 5. 2. 1983; Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe 1984 - 1986 (Wien 1983), S. 49 und 56; grundsätzlich Konrad Ginther, Non-Alignment and Neutrality in the Context of National Liberation in Southern Africa, in: K. Ginther/W. Benedek (Hg.), New Perspectives and Conceptions of International Law. An Afro-European Dialogue (Wien 1983), S. 199 - 212

(20) Interview mit Außenminister Erwin Lanc, in: Entwicklungspolitische Nachrichten (Wien), 2. 1. 1984

(21) Schreiben von Bundeskanzler Sinowatz an die Anti-Apartheid-Bewegung, 17. 10. 1983 und Auskunft der Gruppe Entwicklungshilfe im Bundeskanzleramt

(22) Zur Einladungspraxis der südafrikanischen Regierung an Politiker vgl. Vorwärts (Bonn), 8. 10. 1981

(23) Wochenpresse (Wien), 15. 11. 1980

(24) Persönliche Eindrücke von W. Benedek anläßlich eines Südafrikaaufenthaltes im Februar 1982; vgl. auch Die Presse (Wien), 2. 2. 1982

(25) Bericht des BMfAA über die XXVIII. Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York 18. 9 . bis 18. 12. 1973), S. 91; Bericht des BMfAA über die XXIX. Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 17. 9. bis 18. 12. 1974), S. 125; Außenpolitischer Bericht 1977, S. 137

(26) ebda., S. 247

(27) Außenpolitischer Bericht 1982, S. 46

(28) Mantelresolutionen umfassen mehrere Resolutionen, von denen zunächst jede einzeln zur Abstimmung gelangt und zum Schluß dann die Mantelresolution selbst abgestimmt wird.

(29) GV-Res. 3151 B (XXVIII) und GV-Res. 3151 F (XXVIII)
(30) Dies betraf die Fragen von Gewerkschaftsaktionen gegen Apartheid, der Informationsweitergabe, der Intensivierung der Tätigkeit der Vereinten Nationen und die Rolle der Nicht-Regierungs-Organisationen (GV-Res. 3151 A, C, D, E (XXVIII).
(31) GV-Res. 3151 G (XXVIII)
(32) GV-Res. 3057 (XXVIII)
(33) GV-Res. 3161, 3164, 3165 (XXVIII)
(34) Bericht des BMfAA über die XXVIII. Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 18. 9. bis 18. 12. 1973), S. 51
(35) ebda., S. 50. Österreich hat zu diesem Programm 1973 erstmals einen Beitrag von 5.000 US-Dollar geleistet.
(36) GV-Res. 3055 (XXVIII)
(37) Bericht des BMfAA über die XXVIII. Generalversammlung, S. 21 und 108
(38) United Nations Yearbook (New York 1977), S. 163 ff. Es sei vermerkt, daß in der Bantustan-Resolution von 1975 (GV-Res. 4311 D (XXX) die „by all means" - Klausel enthalten war, worauf Österreich mit Stimmenthaltung reagierte. 1977 fehlte ein derartiger Passus.
(39) GV-Res. 32/105 M (XXXII). Vgl. Außenpolitischer Berich 1977, S. 138
(40) GV-Res. 32/105 K, F und G (XXXII)
(41) GV-Res. 32/105 J (XXXII)
(42) GV-Res. 32/105 D (XXXII)
(43) GV-Res. 32/122 (XXXII)
(44) Das folgende ist dem Informationsdienst der Vereinten Nationen /UNIS Nr. 706 (Wien), 7. 12. 1983, entnommen.
(45) International Conference on Sanctions against South Africa (New York 1983), S. 198 - 201 und S. 372
(46) UNIS Nr. 647, 16. 8. 1983; Report of the Second World Conference to Combat Racism and Racial Discrimination, UN Doc. A/CONF. 119/26, United Nations (New York 1983)

Walter Sauer

Österreichs diskrete Kontakte zur Transkei

„Apartheid - ein Experiment ist fehlgeschlagen". Selbst *Die Presse* hatte im April 1978 zu dieser Erkenntnis gefunden (1). Etwa eineinhalb Jahre zuvor war die Transkei als erstes südafrikanisches Homeland für „unabhängig" erklärt worden, hatte die von den weißen Rassisten jahrzehntelang verfolgte Bantustanpolitik zu ihrer letzten Vollendung gefunden. Seit dem *Native Land Act* von 1913 war den Schwarzen Schritt für Schritt der größte Teil ihres Grundbesitzes geraubt, waren ihre Aufenthaltsrechte auf kleine Teile Südafrikas beschränkt, Millionen Menschen in die zehn Homelands umgesiedelt worden. Die „Unabhängigkeits"erklärung dieser Gebiete bezweckte, die Schwarzen nun endgültig zu Fremden im eigenen Land zu degradieren und dafür noch völkerrechtliche und internationale Anerkennung zu finden (2).

Eine großangelegte Werbe- und Bestechungskampagne - bezahlt aus dem geheimen südafrikanischen Propagandafonds, dessen Aufdeckung 1978 zum Muldergate-Skandal führte (3) - war zu diesem Zweck durchgeführt worden. Eine Delegation der zukünftig „unabhängigen" Transkei unter Führung von George Matanzima hatte mehrere europäische Staaten besucht und war auch in Österreich nicht unfreundlich empfangen worden: „Gemessen an einem Idi Amin oder einem Bedel Bokassa von Zentralafrika wirken Matanzima und Co. als wahre Musterschüler reifer Staatskunst" (4). Die Aktion hatte Früchte getragen: als am 26. Oktober 1976 die „Unabhängigkeits"feier in Umtata von statten ging, waren immerhin 32 Parlamentarier aus neun westlichen Ländern bereit gewesen, dieser Krönung südafrikanischer Bantustanpolitik ein internationales Flair zu verleihen. Aus Österreich waren Marga Hubinek (ÖVP), Tassilo Broesigke und Gustav Zeilinger (beide FPÖ) anwesend gewesen (5).

Demokratische Abgeordnete als Ehrengäste bei der Zwangsausbürgerung von knapp vier Millionen - weniger in Österreich denn international war das Ausmaß dieses Skandals erkannt worden. An eben diesem 26. Oktober hatte die Generalversammlung der UNO die „Unabhängigkeit" der Transkei für ungültig erklärt und alle Staa-

ten der Welt aufgefordert, ihr jede Form der Anerkennung zu verweigern (6). Kein Staat hatte es nach diesem einstimmig - nur mit Stimmenthaltung der USA - gefaßten Beschluß gewagt, Beziehungen zur Transkei aufzunehmen. Berichte über das Menschenrechtsverständnis der „Musterschüler reifer Staatskunst" hatten selbst in ursprünglich wohlgesinnten Kreisen viele Illusionen zerstört: der seit 1960 geltende Ausnahmezustand war in Kraft geblieben, die innere Opposition mit Hilfe der umbenannten südafrikanischen Sicherheitsgesetze weitgehend zerschlagen (7). Terror und Korruption waren zu Markenzeichen des Regimes der Matanzima-Brüder geworden; die *Financial Times* in London schrieb: „Politische Selbstherrlichkeit und finanzielle Unfähigkeit führten das verarmte Stammesland rasch zur finanziellen Krise, oder auch zur Insolvenz" (8). Soziale Unruhen verstärkten die Konflikte innerhalb des Regimes, und von internationaler Anerkennung war nach wie vor keine Rede. Als die Transkei die Flucht nach vorn antrat und 1978 auch noch die Beziehungen zu Südafrika abbrach, galt das Bantustan-Experiment als gescheitert. „Völlig isoliert", schrieb *Die Presse* (9).

Österreich springt ein

Was folgte, erinnert an das Brecht'sche Wort: „Wo die Not am größten, ist die Hilfe am nächsten". Denn schon im Juli 1978 konnte die Johannesburger Tageszeitung *The Star* über einen geheimnisvollen Besucher berichten: „Ein österreichischer Regierungsbeamter befindet sich derzeit in geheimer Mission in der Transkei - Teil eines Versuchs des Staates, aus seiner diplomatischen Isolation auszubrechen" (10). Es handle sich überhaupt um den ersten bekannten Besuch eines westlichen Regierungsvertreters in der Transkei, und der Kontakt sei als Vorspiel für eine größere Investition der Firma *Steyr-Daimler-Puch* zu betrachten. „Es ist nicht anzunehmen, daß Österreich formelle diplomatische Beziehungen aufnehmen wird, aber der Besuch ist ein signifikanter ‚erster Schritt' für die Transkei in ihrer Suche nach diplomatischen Kontakten zur Welt".

Von transkeiischer Seite wurde diese Meldung sofort dementiert, und auch das österreichische Außenministerium antwortete auf eine diesbezügliche Anfrage eindeutig: „Über den Besuch eines Regierungsvertreters oder Angehörigen der österreichischen Botschaft in der Republik Transkei im Jahr 1978 ist weder dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten noch den anderen in Be-

tracht kommenden Stellen etwas bekannt" (11). Hat der *Star* also Austria mit Australia verwechselt? Oder hat sich ein Steyr-Manager als Vertreter der Republik Österreich ausgegeben?

Tatsache ist, daß die Präsenz der „Republik" Transkei in Österreich ab diesem Zeitpunkt schlagartig zunahm, mehr noch: daß Österreich - zusammen mit der Schweiz (12) - in zunehmendem Ausmaß als europäischer Brückenkopf des Marionettenregimes in Umtata fungierte. Im Juli 1978 hatte sich der „Stellvertretende Staatssekretär" der Transkei für Äußeres, A. Socikwa, uneingeladen an einer Veranstaltung des *Dialog-Kongresses* in Alpbach beteiligt und war erst nach einer Intervention afrikanischer Staaten entfernt worden; in Umtata wurde der Eklat als Sieg für die eigene Sache gefeiert, hatte doch ein höherer Beamter des *Foreign Office* bei dieser Gelegenheit den ersten Kontakt zwischen der Transkei und der britischen südafrikanischen Botschaft vermittelt (13). Auch auf wirtschaftlicher Ebene hieß die Drehscheibe Österreich; Geschäfte mit Firmen aus europäischen Staaten, in die Transkeier nicht einreisen durften, wurden hier abgeschlossen (14). Und das weltweit erste „objektive Radioprogramm" über die Transkei strahlte natürlich der ORF in den Äther: eine viertelstündige Schulfunksendung (!) des liechtensteinischen Schriftstellers Manfred Schlapp, der die „Verdienste" der Matanzimas äußerst lobend erwähnte (15).

Wohl den Höhepunkt erreichte die Strategie zur internationalen Aufwertung der Transkei, als „Präsident" Kaiser Matanzima, begleitet von seinem Geheimdienstchef und drei Ministern, im Juni 1979 zu einem „Staatsbesuch" in die Alpenrepublik aufbrach; Einlader und Zweck blieben im Dunklen (16). Vielleicht war es kein Zufall, daß zur selben Zeit das Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Carter und UdSSR-Staatsoberhaupt Breschnew in Wien stattfand. Und vielleicht war es weiter kein Zufall, daß sich 1979/80 die Kontakte der Transkei in die Vereinigten Staaten verstärkten (17). War das neutrale Österreich vielleicht ein geeigneter Platz, um ohne Wissen der amerikanischen Öffentlichkeit Gespräche mit US-Regierungsvertretern zu führen?

Diplomatisch de facto anerkannt?

Binnen weniger Monate hatte sich die Situation für das Regime in Umtata somit deutlich verbessert. Zur formellen diplomatischen Anerkennung durch andere Staaten war es zwar noch nicht gekom-

men (18), die wirtschaftliche Isolierung des Homelands war aber durchbrochen. Um die Attraktivität der Transkei für multinationale Konzerne zu steigern, wurde der Minimallohn für Frauen 1979 per Gesetz auf die Hälfte der Mindestentlohnung für Männer herabgedrückt (19); Gewerkschaften galten ohnehin schon seit langem als „unerwünscht und sogar schädlich für ein Entwicklungsland wie die Transkei" (20). In zunehmendem Ausmaß standen Kredite und Investitionen in Aussicht, und die Matanzima-Brüder konnten die Lage zu einer innenpolitischen Bereinigung nützen: mehr als dreißig politische Organisationen, der Südafrikanische Kirchenrat und die Methodistische Kirche wurden verboten, der als Sprecher der inneren Opposition hervorgetretene Tembu-Chief Sabata Dalindyebo in einem spektakulären Verfahren verurteilt (21). Die Transkei begann sich zu „stabilisieren".

Daß diese Entwicklung trotz der allgemeinen internationalen Ablehnung möglich war, stellte für Südafrikas Diplomatie, die südafrika-freundlichen Lobbies in den westlichen Ländern und die in der Region engagierten Konzerne unzweifelhaft einen Erfolg dar. Südafrika - das 1977 mit Bophutatswana ein weiteres Homeland für „unabhängig" erklärt hatte - konnte sich und der Welt die Durchführbarkeit der territorialen Apartheid beweisen. Allerdings waren dafür auch Handlangerdienste auf politischer Ebene nötig gewesen, die seitens einiger westlicher Staaten erbracht wurden: die Förderung oder zumindest Duldung transkeiischer Propaganda, die Ermöglichung des regen Reiseverkehrs durch die Anerkennung transkeiischer Pässe, das neutrale Hinwegsehen über die Aktivitäten der transkeiischen Vertreter im Ausland. Im Rahmen dieser wenigen Staaten spielte Österreich eine entscheidende Rolle.

Schon im November 1979 war südafrikanischen Journalisten ein transkeiischer Paß gezeigt worden, der mit einem österreichischen Sichtvermerksstempel versehen war (22). Der dichte Reiseverkehr, der sich rund um Matanzimas Visite zwischen Österreich und der Transkei entwickelte, ging offensichtlich auf der Basis transkeiischer, also nicht südafrikanischer Pässe vor sich. Für die Gegenwart wurde diese völkerrechtlich mehr als fragwürdige Praxis auch von österreichischer Seite bestätigt: „Auch haben die in der Transkei ausgestellten Pässe Gültigkeit für den österreichischen Rechtsbereich, wobei jedoch für die Einreise ein gültiger Sichtvermerk erforderlich ist..." (23). Österreich zählt damit zu den wenigen Staaten, die Reisedokumente des angeblich unabhängigen Bantustans akzeptieren.

Eines der Ziele transkeiischer Diplomatie ist damit erreicht: die Anerkennung von Pässen schließt eigentlich die Anerkennung des Ausstellers als Völkerrechtssubjekt ein. Seitens des Regimes in Umtata wurde genau dieser Zusammenhang immer wieder propagandistisch verwertet (24). Beteuerungen der österreichischen Regierung, die Transkei werde dennoch diplomatisch nicht anerkannt (25), verlieren angesichts dessen stark an Bedeutung.

Auch hinsichtlich des langfristigen Ziels der transkeiischen Außenpolitik - der Etablierung einer diplomatischen Präsenz in Europa - ist ihr Österreich weiter als andere Staaten entgegengekommen. Wie „Außenminister" Koyana im Juni 1980 bekanntgab, unterhielt die Transkei zu diesem Zeitpunkt bereits vier Lobbyisten im Ausland: in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in der Schweiz und in Österreich (26). Wien war zudem die erste europäische Hauptstadt, in der sich ein österreichisch-transkeiischer Freundschaftsverein konstituierte. Er trug bezeichnenderweise den Namen: *Transkei Trade and Information Office Vienna / Transkei Handels- und Informationsbüro Wien*.

Der Verein war im August 1980 durch den Wiener Rechtsanwalt Helmut Payrits - kurz zuvor Teilnehmer einer Delegation in die Transkei (27) - gegründet und vom Innenministerium nicht untersagt worden. Die mehrmalige Verwendung des Begriffs „Republik" Transkei in den Statuten hätte allerdings Anlaß für ein völkerrechtlich begründetes Einschreiten der Behörde geboten (28). Der Verein bezweckt „den Aufbau freundschaftlicher Kontakte und Beziehungen zwischen der Republik Transkei und der Republik Österreich in kulturellen, wirtschaftlichen, sportlichen, sozialen, humanitären und wissenschaftlichen Angelegenheiten" und weiters die Hilfe „in administrativen und organisatorischen Angelegenheiten für österreichische und transkeianische Staatsbürger" auf diesen Gebieten (29). Würde man die Aufgaben eines Konsulats nicht mit ähnlichen Worten beschreiben?

Die österreichische Bundesregierung bezieht gegenüber diesem als „Büro" titulierten Verein den formaljuridischen Standpunkt, die Transkei würde diplomatisch nicht anerkannt, weshalb es eine transkeiische Botschaft in Wien nicht geben könne; bei dem *Handels- und Informationsbüro* handle es sich nur um einen polizeilich registrierten Verein, „dem eine offizielle Funktion weder zukommt noch zusteht" (30). Allerdings unternimmt die Regierung keinerlei Schritte, um der südafrikanischen Propaganda im Ausland, die diesen

Verein sehr wohl als diplomatische Errungenschaft wertet, entgegenzutreten. Schon im Mai 1981 war in Umtata erklärt worden, mit der Eröffnung der Wiener Vertretung hätte die Transkei eine „diplomatische Präsenz" in Europa errichtet; von hier aus würde auch die Etablierung eines Londoner Büros angestrebt werden (31). Von österreichischer Seite blieb dies unwidersprochen. International mußte sich daher der Eindruck verstärken, Österreich weigere sich zwar in Worten, die Bantustanisierung Südafrikas zu akzeptieren, unterstütze sie jedoch in der Praxis (32).



Transkeis Möchte-Gern-Konsul in Österreich: Amos Somdaka

Obmann des Transkei-Vereins, der keine öffentlichen Aktivitäten entfaltet und für Anfragen auch nicht erreichbar ist, ist der Herausgeber der in Wien gedruckten Propagandazeitschrift *Transkei Today*, Amos Somdaka (33). Sein Stellvertreter heißt Peter Zimpel und ist Prokurist - bei *Steyr-Daimler-Puch*. Liegt hier der Schlüssel zur Erklärung der nachgiebigen politischen Haltung Österreichs gegenüber der Transkei?

Das Traktoren-Traumgeschäft

Offensichtlich waren die ersten Wirtschaftskontakte zwischen der Transkei und Steyr durch den fleißigen Delegierten Puxkandl angebahnt worden (34). 1978 berichtete die erwähnte Meldung des *Star* von einem größeren Investitionsvorhaben der österreichischen Firma zur Herstellung von Fahrrädern und landwirtschaftlichen Geräten sowie von Projekten, „über die sie nicht sprechen können"; der Aufbau einer Waffenproduktion in der Transkei war damit angeblich nicht gemeint (35). Das Vorhaben war für die damalige Zeit einzigartig; Ende 1978 nannte „Präsident" Matanzima auf die Frage, welche Staaten der Transkei technische Hilfe gewährten, nur Taiwan und Österreich (36).

1979 war der Ankauf von angeblich 300, anderen Quellen zufolge von 150 Steyr-Traktoren bereits abgemacht worden (37). Fünfundsiebzig von ihnen wurden im Juni nach East London geliefert (38). Transkeis „Landwirtschaftsminister" Ndzumo dankte dem Leiter der Steyr-Delegation, Dr. Gerald Zeiser, bei einem Cocktail in Umtata für die entgegenkommende Behandlung der Transkei: „Als wir Österreich wegen des Ankaufs besuchten, waren die Traktoren bereits einem anderen Land angeboten worden. Dennoch wurden sie an uns vergeben" (39). Der Preis soll 1,5 Millionen Rand ausgemacht haben.

Für Steyr bot das Transkei-Geschäft die offenbar willkommene Chance, sich unter Umgehung von Importrestriktionen auf dem südafrikanischen Markt zu etablieren (40). Um die Absatzmöglichkeiten auch für die Zukunft zu sichern, war es allerdings nötig, den Matanzima-Brüdern politisch unter die Arme zu greifen. Als eigentlicher Transkei-Vertreter für Österreich trat daher die Firma Steyr immer mehr in Erscheinung. Seit 1979 sorgte sie für die Ausbildung junger Transkeier zu Facharbeitern und Akademikern an österreichischen Schulen und Universitäten (41). Verhandlungen zwischen

der ÖIAG und der Transkei über österreichische Beteiligungen an Eisenbahnbauten wurden vermutlich auch über Steyr vermittelt (42). Und daß von Konzern-Seite aus ein gewisses Interesse an der problemfreien staatlichen Anerkennung der Transkei-Visa und des Transkei-Vereins bestand, bedarf keiner Begründung.

Auch Bophutatswana wußte das Steyr-Service zu nützen. Das seit 1977 ebenfalls „unabhängige" Homeland erstand - angeblich mit Hilfe des Wiener Landwirtschaftsministeriums - ebenfalls mehrere hundert Traktoren und ließ sich bei *Raiffeisen* in Sachen Genossenschaftswesen beraten (43). Bei der fünfjährigen „Unabhängigkeitsfeier" Bophutatswanas war Österreich - möglicherweise durch einen Steyr-Manager - vertreten (44).

Seit 1980 machen sich Steyrs gute Dienste für die Transkei besonders bezahlt. Gegen starke südafrikanische Konkurrenz konnte sich die Firma ein Jahrhundertgeschäft sichern: Lieferungen für das sogenannte Landwirtschaftsschema, das Herzstück transkeiischer „Gesellschaftspolitik".

Von Anfang an war das Regime in Umtata vor zwei grundlegenden innenpolitischen Problemen gestanden: die eigene Machtbasis mußte gegen den Widerstand des größten Teils der Bevölkerung gesichert, die trotz der Fruchtbarkeit des Landes desolate Landwirtschaft reorganisiert werden, um Hungeraufstände und eine unkontrollierte Abwanderung nach Südafrika zu vermeiden. Zur Erreichung beider Ziele bot sich die Zerschlagung der traditionellen Sozialstruktur durch eine sogenannte „Landreform" an: die Ausschaltung der Matanzima feindlich gesinnten bäuerlichen Genossenschaften durch politischen und wirtschaftlichen Druck, die Umwidmung von Dorfgemeinschaftseigentum zu privatem Großgrundbesitz. Damit sollte sowohl die landwirtschaftliche Produktion erhöht als auch die Stellung der ehemaligen Stammesautoritäten, der Chiefs, gestärkt werden, die für das Regime „eines der Schlüsselelemente der sozialen Kontrolle" vor allem der ländlichen Bevölkerung bilden (45).

Steyrs Traktoren sind das technologische Kernstück dieser Kampagne. Sie ermöglichen die rentable Bewirtschaftung ausgedehnter landwirtschaftlicher Flächen und sichern somit einen ökonomischen Vorteil für den Großgrundbesitz; zugleich wird dadurch die wirtschaftliche Basis für die politische Machtausübung der Chiefs hergestellt (46). Es tut nichts zur Sache, daß die gesamte Bevölkerung der erfaßten Gebiete über eine spezielle Haushaltssteuer von dreimal 20 Rand - derlei Sonderabgaben sind in der Transkei für „öffent-

liche" Aufgaben üblich - zur Finanzierung der Traktoren verpflichtet ist (47): die Kontrolle über ihre Verwendung bleibt in der Hand der Chiefs, die damit die Transformation der ländlichen Sozialstruktur zugunsten des Regimes steuern.

Achttausend - nach anderen Angaben sechstausend - Traktoren (Marke 658) im Gesamtwert von 80 Mio Rand (Mehr als 1,3 Mrd öS) wurden 1980 in Steyr bestellt (48). Die Firma hatte sich verpflichtet, bis zu dreißig Monate nachher kostenlos alle Ersatzteile zu liefern und die nötigen Reparaturen vorzunehmen. Die Fahrzeuge, von denen jährlich 500 Stück geliefert werden sollen, werden seit 1981 im entstehenden Industrieort Ezibeleni bei Queenstown unter Aufsicht von Steyr-Angestellten zusammengebaut (49). Im selben Jahr hatten die Chiefs der Transkei Gelegenheit, sich auf einer Studienreise nach Steyr mit den Anwendungsmöglichkeiten der Traktoren vertraut zu machen (50).

Zwei Jahre später konnte das in Harare erscheinende Nachrichtenmagazin *Moto* bereits über die Folgen berichten (51). Als eines der ersten Gebiete war der zur Transkei gehörige, jedoch abseits an der Grenze zur Ciskei gelegene Herschel-District mit dem Landwirtschaftsschema beglückt worden - eine für ihre schroffe Ablehnung der Matanzima-Diktatur bekannte Region (52). Die neue Steuer von 20 Rand trifft jeden Haushalt, egal ob mit Grundbesitz oder landlos; von ihrer Bezahlung hängt die Gewährung der Arbeitsgenehmigung in Südafrika ab. Wo früher Mais, Bohnen und Kürbisse die Versorgung der Bevölkerung notdürftig sicherten, muß nun Sorghumbier in Monokultur angebaut werden. Die Entscheidung darüber steht dem Traktorenprogramm zu. Riesige Flächen wurden ohne Zustimmung der Eigentümer gepflügt, andere wiederum brach liegen gelassen. Hunger und Verschuldung nehmen zu: ein Ergebnis der - wie *Moto* formuliert - „Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Transkei und der österreichischen Firma Steyr Traktoren".

Fazit: Nicht nur in der diplomatischen Aufwertung der Transkei hat Österreich eine Schlüsselrolle gespielt; auch für ihre innenpolitische Stabilisierung ist österreichische Qualität unentbehrlich.

Anmerkungen

(1) Die Presse (Wien), 12. 4. 1978
(2) Vgl. Gottfried Wellmer, Südafrikas Bantustans. Geschichte, Ideologie und Wirklichkeit (Bonn 1976); Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler, Südafrika. Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf. Eine Einführung (Köln 1978), vor allem S. 22 - 27; Barbara Rogers, D.I.V.I.D.E. and Rule. South Africas Bantustans (London 1980)
(3) Rogers, D.I.V.I.D.E. and Rule, S. 23
(4) Kurier (Wien), 25. 6. 1976
(5) Die Presse (Wien), 27. 10. 1976
(6) Resolution der UN-Generalversammlung Nr. 31/6 vom 26. 10. 1976
(7) Reinhard Brückner, Südafrikas schwarze Zukunft. Die Jugendunruhen seit 1976 - ihre Ursachen und Folgen (Frankfurt/Main 1977), S. 61; Rogers, D.I.V.I.D.E. and Rule, S. 84
(8) Financial Times (London), 10. 5. 1978
(9) Die Presse (Wien), 12. 4. 1978
(10) The Star (Johannesburg), 29. 7. 1978
(11) Brief des österreichischen Außenministeriums an den Verfasser vom 26 2. 1983. Man beachte: die Rede ist von der „Republik" Transkei!
(12) Hier war der Rechtsanwalt Dr. Bruno Becchio für die Interessen der Transkei tätig (Rand Daily Mail, Johannesburg, 29. 5. 1978)
(13) Die Presse (Wien), 17./18. 6. 1978; Daily Dispatch (East London), 2. 11. 1978
(14) The Argus (Kapstadt), 4. 12. 1979
(15) Daily Dispatch (East London), 31. 10. 1978
(16) ebda., 8. 6. 1979
(17) The Citizen (Johannesburg), 5. 6. 1980
(18) Über die verzweifelten Bemühungen der Transkei um internationale Anerkennung vgl. Barry Streek/Richard Wickstead, Render unto Kaiser. A Transkei Dossier (Johannesburg 1981), S. 199 ff.
(19) Rogers, D.I.V.I.D.E. and Rule, S. 114
(20) Brückner, Südafrikas schwarze Zukunft, S. 69
(21) Rogers, D. I.V.I.D.E. and Rule, S. 85 f.; Streek/Wickstead, Render unto Kaiser, S. 308 ff.
(22) Daily Dispatch (East London), 1. 11. 1979
(23) Schreiben des Innenministeriums an Frau Ruth Glasl vom 24. 6. 1983
(24) Z.B. Daily Dispatch (East London), 1. 11. 1979
(25) Z.B. Schreiben des Außenministers an Frau Ruth Glasl vom 11. 5. 1983
(26) The Citizen (Johannesburg), 5. 6. 1980
(27) The Argus (Kapstadt), 4. 12. 1979
(28) Der Begriff wurde bei einer Statutenänderung des Vereins 1981 nicht mehr verwendet.
(29) § 2 der Statuten (Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, Zl. 95.294/2-II/7/81)
(30) Schreiben des Außenministeriums an die Anti-Apartheid-Bewegung vom 17. 12. 1982
(31) Daily Dispatch (East London), 13. 5. 1981

(32) Stellungnahme des International Committee against Apartheid, Racism and Colonialism in Southern Africa (ICSA), Aug. 1983
(33) Daily Dispatch (East London), 5. 10. 1983. Transkei Today wird bei Waldheim-Eberle in Wien gedruckt.
(34) Internationale Wirtschaft (Wien), 6. 5. 1977
(35) The Star (Johannesburg), 29. 7. 1978
(36) Rogers, D.I.V.I.D.E. and Rule, S. 124
(37) Daily Dispatch (East London), 8. 6. 1979
(38) ebda., 7. 7. 1979
(39) ebda. Die österreichische Außenhandelsstatistik weist ab 1979 regelmäßige Traktorenexporte nach Südafrika aus.
(40) Internationale Wirtschaft (Wien), 4. 9. 1981
(41) Daily Dispatch (East London), 1. 11. 1979; The Argus (Kapstadt), 4. 12. 1979
(42) Kurier (Wien), 23. 11. 1979
(43) Raiffeisenzeitung (Wien), 31. 7. 1980; Sunday Times (Johannesburg), 26. 3. 1982
(44) Daily News (Durban), 3. 12. 1982
(45) Streek/Wecksteed, Render unto Kaiser, S. 17
(46) Duncan Innes/Dan O'Meara, Class Formation and Ideology: The Transkei Region, in: Review of African Political Economy 7 (London), September-December 1976, S. 71 - 74
(47) Daily Dispatch (East London), 16. 7. 1981. Von einem „eigenen Finanzierungsmodus" sprach sogar die Internationale Wirtschaft (Wien), 4. 9. 1981.
(48) Nachrichten für den Außenhandel (Bonn), 16. 3. 1982; Daily News (Durban), 10. 9. 1982
(49) Daily Dispatch (East London), 16. 7. 1981
(50) ebda.
(51) Moto (Harare), April 1983
(52) Vgl. Survey of Race Relations in South Africa 1976 (Johannesburg 1977), S. 245 f. Die Einbeziehung von Herschel District in das Landwirtschaftsschema erfolgte mit Regierungsverordnung Nr. 19/82 (Transkei Government Gazette, Umtata, 5. 2. 1982).

2

„Solange der Schilling rollt..."

Österreichs Handelsbeziehungen zu Südafrika

Als ein „Land der goldenen Möglichkeiten" wird der Rassistenstaat noch immer von mehr als 300 heimischen Unternehmern beurteilt. Österreichs Handelsvolumen mit Südafrika hat sich seit 1970 bedeutend vergrößert. Während die Importstruktur nach wie vor von pflanzlichen und mineralischen Rohstoffen bestimmt ist, werden in die Gegenrichtung in verstärktem Ausmaß technische Präzisionsgeräte geliefert, die Südafrikas industrielle Kapazität stärken. Die Aufrechterhaltung dieses schwungvollen Handels ist nicht nur politisch gesehen problematisch; auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wäre es sinnvoll, statt dessen die Beziehungen zu Schwarzafrika zu verstärken.

Margit Scherb

Handel mit Weiß- oder mit Schwarzafrika?

Zur wirtschaftlichen Entwicklung Südafrikas

Die Wirtschaftsgeschichte Südafrikas war bisher durch außerordentlich intensive Beziehungen zu den führenden westlichen Industriestaaten gekennzeichnet. Diese Außenwirtschaftsbeziehungen sind für Südafrika der Hebel, seine Wirtschaft mit den notwendigen finanziellen Mitteln, mit modernen Produktionsmitteln, fortgeschrittenen Technologien sowie mit Erdöl zu versorgen und Absatzmärkte für Rohstoffe und einige Industriegüter zu erhalten. Obwohl Südafrika ohne Zweifel die fortgeschrittenste wirtschaftliche Entwicklung auf dem gesamten afrikanischen Kontinent aufweist, ist es nach wie vor ein nur teilindustrialisiertes Land, für das ausländisches Kapital trotz der Schaffung halbstaatlicher Firmen (z. B. in den Bereichen Stahlerzeugung und Kohlehydrierung) nach wie vor einen für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung bestimmenden Faktor darstellt (1).

Das Funktionieren der Wirtschaft Südafrikas, die auf Grund der praktizierten „getrennten Entwicklung" der schwarzen und weißen Bevölkerungsgruppen naturgemäß eine Reihe von Disproportionalitäten aufweisen muß (z. B. Existenz einer hochentwickelten Wirtschaft in den „weißen" Gebieten und einer rückständigen Entwicklung in den Bantustans, extreme Polarisierung der Einkommensverhältnisse, des Bildungsniveaus, des Zugangs zu sozialen Einrichtungen aller Art), ist von der umfassenden Hilfe und Zusammenarbeit mit den westlichen Industrieländern abhängig. Infolge des durch die Apartheidpolitik verengten Binnenmarktes und des großen Bedarfs an modernen Produktionsmitteln und fortgeschrittenen Technologien ist die Abhängigkeit der Republik Südafrika vom Außenhandel wesentlich größer als bei anderen Staaten mit vergleichbarem Entwicklungsstand (2).

1980 beliefen sich die Importe (inklusive Waffen und Erdöl) auf 14,336 Millionen Rand (24 % des Bruttonationalprodukts zu laufenden Preisen). Trotz der seit 1948 praktizierten Forcierung des

Aufbaus von importsubstituierenden Industrien durch Schutzzölle und eines umfassenden Systems der Importkontrolle hat sich an der Abhängigkeit Südafrikas nicht viel geändert. Es erlebte vielmehr gerade in den letzten Jahren einen Importboom ohnegleichen. Die Einfuhren, die in den Jahren 1974 bis 1977 mit jeweils rund 6 Milliarden Rand stabil geblieben waren, stiegen in den Folgejahren ständig und erreichten 1981 schließlich 14,4 Milliarden Rand. Sie waren 1978 bis 1979 um 63,7 % (!) und 1979 bis 1980 um 57,6 % angewachsen. Nachdem es im Folgejahr noch zu einer Zunahme von 13,2 % gekommen war, stagnierten sie von 1981 auf 1982 (- 0,7 %), wenn auch auf sehr hohem Niveau (3).

Die Zusammensetzung der Importe hat sich im Verlauf der Jahre jedoch beträchtlich verändert: Machten 1910 Konsumgüter wie Lebensmittel, Getränke und Bekleidung 46 % aller Importe aus, ist ihr Anteil 1981 bei etwa 20 % gelegen. Gegenwärtig machen die in der Kategorie „Maschinen, mechanische und elektrische Anlagen" zusammengefaßten Waren und Kraftfahrzeuge an die 40 % aus. Mit der Position „unklassifizierte Waren und Zahlungsbilanzbereinigung", die strategische Güter wie z. B. Waffen und auch Erdöl enthalten dürfte, erhöht sich der Anteil der für die weitere industrielle Entwicklung dringend benötigten Industriegüter auf etwa 50 %.

Obwohl Südafrika in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen hat, nicht nur Importe zu substitutieren, sondern auch zu einem Exporteur von hochwertigen Industriegütern zu werden und damit den Status eines ausschließlichen Rohstoffexporteurs zu überwinden, finanziert es seine Importe nach wie vor zu einem beträchtlichen Teil durch Exporte von landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen. So stammten z. B. 1980 nahezu 50 % seiner Exporterlöse allein aus dem Verkauf von Gold (4).

Südafrika, das aus propagandistischen Gründen die Abhängigkeit der westlichen Industrieländer von seinen Rohstoffen stark überbewertet, ist selbst in einem wahrscheinlich weitaus größeren Ausmaß von den Erlösen aus Rohstoffexporten abhängig. So ist z. B. der durchschnittliche Goldpreis pro Feinunze, 1980 noch bei 613 US-Dollar gelegen, im Jahre 1982 auf 376 US-Dollar gefallen. Der Dollarwert des südafrikanischen Netto-Goldproduktion ist von 13 auf 7 Milliarden US-Dollar gesunken (5). Es waren nicht zuletzt die rückläufigen Einnahmen aus dem Goldverkauf, die Südafrika gezwungen haben, beim *Internationalen Währungsfonds* einen politisch äußerst umstrittenen Kredit in der Höhe von etwa 1 Mrd US-Dol-

lar aufzunehmen. Darüber hinaus hat die krisenhafte Entwicklung des Weltwirtschaftssystems auch zu Absatzschwierigkeiten bei anderen wichtigen Rohstoffen geführt.

Haupthandelspartner

Die geographische Verteilung der Handelsbeziehungen ist seit Jahren vergleichsweise stabil und auf die wichtigsten westlichen Industrieländer konzentriert. Die USA, die BRD, Großbritannien und Japan waren in den Jahren 1975 bis 1977 und 1980 bis 1981 die wichtigsten Lieferanten Südafrikas. 1978 und 1979 verdrängten die BRD und Großbritannien die USA auf den 3. Platz, während Japan seine Position behalten konnte. 1979 konzentrierten sich 65,66 % aller Importe auf diese vier Länder; zählt man Frankreich dazu, erhöht sich dieser Prozentsatz auf 73,45.

Bei den Exporten wurde Großbritannien als traditioneller Hauptabnehmer südafrikanischer Waren ab 1978 von den USA verdrängt. Insgesamt sind also auch bei den Exporten die vier westlichen Industrieländer USA, BRD, Großbritannien und Japan die wichtigsten Handelspartner. Seit 1979 spielt auch die Schweiz - vor allem als Abnehmer und Zwischenhändler von Diamanten - eine zunehmend wichtige Rolle. 1979 entfielen auf die genannten fünf Länder 56,76 % aller südafrikanischen Ausfuhren (6).

Darüber hinaus baute die Republik Südafrika in den Siebzigerjahren besonders zu jenen Ländern ihre Beziehungen aus, die wie sie selbst zu den industriellen und militärisch-atomaren Schwellenländern zählen und eine strikte, kompromißlos antikommunistische Innen- und Außenpolitik verfolgen. Die wichtigsten Verbündeten dieser Art sind Brasilien, Israel, Taiwan, Südkorea und in der Vergangenheit auch Argentinien (7).

„Land der goldenen Möglichkeiten"?

Wäre die Republik Südafrika ein Staat wie jeder andere auch, würde die Analyse der österreichisch-südafrikanischen Handelsbeziehungen ein Gefühl der Beruhigung rechtfertigen.

So haben sich im Zeitraum 1962 bis 1972 die Exporte knapp und die Importe mehr als verdreifacht; die nächsten zehn Jahre brachten immerhin noch eine annähernde Verdopplung des Exportvolumens und eine Vermehrung der Importe um das 2,4-fache. Die zum

Teil recht kräftig ausfallenden Handelsbilanzdefizite in den Jahren 1976 bis 1980 und 1982 könnten - beachtet man Südafrikas Rolle als Lieferant wichtiger Rohstoffe - durchaus hingenommen werden.

Bei den Importen wird die Milliardengrenze schon seit 1977 und bei den Exporten seit 1980 überschritten. Auch der Umstand, daß der Anteil Südafrikas am österreichischen Afrikahandel eine sinkende Tendenz aufweist, müßte angesichts des kräftig ausgeweiteten Handels mit dem gesamten Kontinent kein Grund zur Besorgnis sein (siehe Tabelle 1). Wenn auch die Republik Südafrika ihre Position als Spitzenreiter der österreichisch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen inzwischen eingebüßt hat, ist sie noch immer ein wichtiger und vor allem hochgeschätzter Handelspartner auf dem afrikanischen Kontinent. Gehören auf Grund des insgesamt ausgeweiteten Afrikahandels 30 %ige Anteile an den Afrikaimporten bzw. -exporten inzwischen auch der Vergangenheit an, können sich die Anteile zwischen 9 und 11 % noch immer sehen lassen.

Trotz internationaler Wirtschaftskrise, zunehmend protektionistischer Praktiken, heftig umkämpfter Absatzmärkte, ... könnte man also durchaus dem Werbespruch der südafrikanischen *Standard-Bank*, daß es noch immer ein „Land der goldenen Möglichkeiten" gibt, zustimmen.

Sicherlich, Südafrika ist ein „Land der goldenen Möglichkeiten" - für die weiße Minderheit, für transnationale Unternehmungen, für internationale und österreichische Banken, für internationale und österreichische Importeure und Exporteure. Südafrika ist jedoch kein Land wie jedes andere: Der Mehrheit der Bevölkerung, den Afrikanern, Indern und Farbigen werden systematisch alle Lebensmöglichkeiten geraubt. Auch wenn man von Hinrichtungen, Verhaftungen, Folter, Deportierungen und Umsiedlungen absieht, stellt die praktizierte Form der Rassentrennung eine Leugnung beinahe aller Artikel der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" dar.

Abgesehen davon, daß Geschäfte mit einem Wirtschaftssystem, das auf der Unterdrückung der Bevölkerung beruht, automatisch einen großen Unsicherheitsfaktor in sich bergen, sind die ausgezeichneten Handelsbeziehungen zur Republik Südafrika aus einem noch viel wichtigeren Grund Anlaß zu großer Besorgnis und Beunruhigung. Bedeutet doch die Wahrnehmung jeder einzelnen dieser „goldenen Möglichkeiten" einen weiteren Stein in der *„Mauer der Apartheid"*.

Tabelle 1

DER HANDEL ÖSTERREICHS MIT DER REPUBLIK SÜDAFRIKA

Importe aus der Republik Südafrika 1965-1982

Jahr	in 1.000 ÖS	Veränderung gegenüber d. Vorjahr in %	Anteil an Afrikaimp. in % (*)	Anteil an Gesamtimp. in %	Handelsbilanz
1965	246.966	---	21,45 (1)	0,45	+ 146.050
1970	565.138	---	27,46 (1)	0,61	- 43.228
1971	512.389	- 9,33	25,81 (1)	0,49	+ 86.015
1972	638.744	24,66	28,40 (1)	0,52	+ 32.363
1973	762.299	19,34	29,17 (1)	0,55	+ 52.070
1974	851.507	11,70	18,07 (1)	0,50	+ 196.543
1975	816.010	- 4,17	20,58 (2)	0,49	+ 134.299
1976	951.463	16,59	19,30 (2)	0,46	- 29.733
1977	1.131.444	18,91	22,28 (2)	0,48	- 289.869
1978	1.397.302	23,49	24,18 (2)	0,60	- 792.939
1979	1.125.018	- 19,49	14,42 (3)	0,41	- 337.892
1980	1.301.642	15,69	12,31 (4)	0,41	- 197.477
1981	1.157.732	- 11,06	9,25 (3)	0,34	+ 262.402
1982	1.339.102	15,67	10,74 (4)	0,40	- 84.527

Exporte in die Republik Südafrika 1965-1982

Jahr	in 1.000 ÖS	Veränderung gegenüber d. Vorjahr in %	Anteil an Afrikaexp. in % (*)	Anteil an Gesamtexp. in %
1965	393.046	---	37,93 (1)	0,94
1970	521.910	---	28,36 (1)	0,70
1971	598.404	14,66	30,10 (1)	0,76
1972	671.107	12,15	29,54 (1)	0,74
1973	814.369	21,34	30,57 (1)	0,79
1974	1.048.050	28,69	26,60 (1)	0,78
1975	950.309	- 9,27	17,88 (2)	0,72
1976	921.730	- 3,01	13,95 (2)	0,60
1977	841.575	- 8,70	12,12 (3)	0,52
1978	604.363	- 28,90	8,78 (5)	0,34
1979	787.126	30,24	9,79 (5)	0,38
1980	1.104.165	28,84	10,77 (5)	0,48
1981	1.420.134	28,61	9,85 (6)	0,56
1982	1.254.575	- 11,66	9,17 (6)	0,47

*) Rangordnung

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Außenhandelsstatistik, Serie 2

Tabelle 2

WICHTIGSTE ÖSTERREICHISCHE IMPORTGÜTER AUS SÜDAFRIK
(in 1.000 ÖS)

Bezeichnung (*)	1970	in %	1975	in %	1978
Anorgan. Elemente	---	---	---	---	247.408
Früchte, frisch, getr. (1)	22.120	3,91	111.414	13,65	159.176
Früchte, zubereitet (2)	9.506	1,68	53.114	6,51	95.657
Kupfer	108.881	19,27	113.846	13,95	148.924
NE-Abfälle, Schrott	1.440	0,25	---	---	---
NE-Erze	62.845	11,12	134.109	16,43	57.187
Nickel	7.586	1,34	11.304	1,39	26.983
and.miner.Rohstoffe	103.338	18,29	161.250	19,76	130.085
Baumwolle	---	---	2.340	0,29	31.723
Gold	---	---	---	---	296.270
Roheisen	41.692	7,38	90.400	11,08	68.098
Kohle, Torf	---	---	27	0,00	---

WICHTIGSTE ÖSTERREICHISCHE EXPORTGÜTER NACH SÜDAFR
(in 1.000 ÖS)

	1970	in %	1975	in %	1978
künstl. Spinnstoffe (3)	101.381	19,42	173.066	18,21	161.996
Traktoren	---	---	---	---	---
landw. Maschinen	337	0,06	4.579	0,48	3.594
Spezialmaschinen	13.385	2,56	20.202	2,13	30.265
Werkzeugmaschinen	---	---	---	---	10.761
Prüf-und Analyseinstrumente	---	---	---	---	6.453
Teile, Zubehör	---	---	---	---	33.428
Stabstahl, Profile (4)	15.966	3,06	26.841	2,82	24.819
and. Metallwaren	9.310	1,78	15.941	1,68	18.445
Schalter und Stecker	---	---	---	---	20.589
Werkzeuge	8.558	1,64	34.246	3,60	12.035
Baumaterialien (5)	637	0,12	1.739	0,18	19.473
Aufnahme- und Wiedergabegeräte	---	---	---	---	39.527
Aluminium	1.643	0,31	5.376	0,57	7.430
Hoch-u.Tiefbaumasch.	---	---	---	---	7.277
Metallverarb.masch.	10.215	1,96	12.715	1,34	1.724

(*) Im Rahmen der 2. Revision des SITC-Warenschemas im Jahr 1978 wurden verschiedene Warenposten umbenannt und/oder neu eingeteilt. Die Angaben für die Jahre 1970 und 1975 wurden daher dem Schema von 1978 sinngemäß zusammengestellt.

(1) Entspricht für die Jahre 1970 und 1975 den Warenposten „Obst, Frischnüsse" und „Früchte, getrocknet".

(2) Entspricht für die Jahre 1970 und 1975 dem Warenposten „Obst, konserviert".

A

in %	1979	in %	1980	in %	1981	in %	1982	in %
17,70	228.151	20,28	241.888	18,58	20.431	1,75	7.899	0,62
11,39	152.276	13,54	171.611	13,80	176.257	15,22	249.417	18,62
6,84	114.997	10,22	130.852	10,05	114.099	9,85	132.672	9,90
10,65	59.079	5,25	86.841	6,67	84.855	7,32	55.948	4,17
---	109.521	9,74	82.001	6,30	197.750	17,08	202.369	15,11
4,09	46.401	5,89	71.562	5.50	63.653	5,50	87.391	6,52
---	20.162	---	25.318	1,95	35.670	3,08	25.414	1,89
9,31	55.340	7,03	55.334	4,25	44.276	3,11	26.796	2,00
2,27	71.947	6,40	117.315	9,01	22.951	1,98	5.773	0,46
21,20	54.202	4,82	---	---	248.571	21,47	351.111	26,21
4,87	69.855	6,21	43.807	3,37	6.760	0,58	27.096	2,02
---	1.025	0,09	4.569	0,35	9.453	0,82	71.724	5,36

IKA

in %	1979	in %	1980	in %	1981	in %	1982	in %
26,80	145.914	18,53	210.235	19,04	196.002	13,80	215.667	17,19
---	67.007	8,51	47.304	4,28	65.059	4,58	82.206	6,55
0,59	16.713	2,12	3.434	0,31	32.960	2,32	19.972	1,59
5,00	53.582	6,81	99.095	8,97	106.680	7,51	106.886	8,51
1,78	20.112	2,55	40.670	3,68	206.443	14,53	49.815	3,97
1,06	6.584	0,83	12.259	1,11	18.452	1,30	18.617	1,48
5,53	40.540	5,15	43.261	3,91	51.804	3,64	54.032	4,30
4,10	38.894	4,94	78.757	7,13	50.594	3,56	29.822	2,37
3,05	23.064	2,93	44.945	4,07	37.767	2,66	46.491	3,68
3,40	15.649	1,99	18.982	1,72	24.466	1,72	24.229	1,93
1,99	17.124	2,17	21.220	1,92	24.156	1,70	24.065	1,91
3,22	30.272	3,84	30.179	2,73	36.123	2,54	20.881	1,66
6,54	16.334	2,07	27.705	2,51	15.069	1,06	20.233	1,61
1,23	11.258	1,43	8.604	0,78	19.345	1,36	19.774	1,58
1,20	29.135	3,70	13.872	1,26	14.752	1,04	29.171	2,33
0,29	3.108	0,39	22.560	2,04	18.736	1,32	23.502	1,87

(3) Entspricht für die Jahre 1970 und 1975 dem Warenposten „Synthetische und künstliche Fasern".

(4) Entspricht für die Jahre 1970 und 1975 dem Warenposten „Stab- und Formeisen".

(5) Entspricht für die Jahre 1970 und 1975 dem Warenposten „Kalk, Zement, Baustoffe".

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt,
Außenhandelsstatistik, Serie 2

Warenstruktur des Südafrika-Handels

Die Importstruktur des österreichischen Südafrika-Handels ist seit Beginn der 1970er Jahre im wesentlichen unverändert. Österreich importiert aus Südafrika vor allem anorganische Elemente, frische und zubereitete Früchte, Nichteisenabfälle und Schrott sowie diverse mineralische Rohstoffe. Wenn bei den Importen auch die landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffe eindeutig das Übergewicht haben - 95,1 Prozent aller Importe setzen sich aus den Warenobergruppen Ernährung, Rohstoffe, Brennstoffe (Kohle!), Nickel, Kupfer und Gold zusammen -, liefert Südafrika im Gegensatz zu anderen afrikanischen Staaten jedoch eine breite Palette von Gütern nach Österreich. So weist die österreichische Außenhandelsstatistik 1982 bei Südafrika 103, bei Nigeria 17, bei Zimbabwe 15 und bei Togo gar nur 2 Positionen aus.

Die überaus hohen Handelsbilanzdefizite der Jahre 1977, 1978 (knapp 793 Millionen Schilling!) und 1979 sind einerseits darauf zurückzuführen, daß sich auch österreichische Importeure nach den Ereignissen in Soweto im Jahre 1976 in Erwartung instabiler politischer und ökonomischer Verhältnisse mit Rohstoffen einzudecken versuchten und daß andererseits die österreichischen Exporte nach Südafrika im gleichen Zeitraum drastisch gesunken sind (Tabelle 2).

Die Importe von anorganischen Elementen, die in den Jahren 1977 bis 1980 die Statistik dominierten, sind 1981 und 1982 zu vernachlässigbaren Größen zusammengeschrumpft, während vor allem die Fruchtimporte ein kontinuierliches Wachstum aufweisen.

Nachdem die Goldimporte 1978 schon einmal mit 296 Millionen eine beträchtliche Höhe erreicht hatten, belasteten sie 1981 und 1982 erneut die Handelsbilanz in größerem Ausmaß.

Auch bei den Exporten, die sich im Vergleich zu den Importen weit weniger kontinuierlich entwickelt haben und 1978 ihren bisher schwersten Einbruch zu verzeichnen hatten, paßt Österreich in das südafrikanische Außenhandelsmuster. Zwar machen künstliche Spinnstoffe, ein Rohprodukt für die Textilerzeugung, nach wie vor den größten Einzelposten in der österreichischen Exportstatistik aus, insgesamt ist Österreich aber vor allem Lieferant von Fertigwaren und Maschinen sowie von Verkehrsmitteln, die 1982 immerhin 21,81 bzw. 47,18 % aller Exporte nach Südafrika ausmachten. Wurden zu Beginn der Siebzigerjahre noch überwiegend relativ einfache Konsumgüter exportiert, so sind diese nicht zuletzt durch die für

diese Güter errichteten Importrestriktionen und den großen Bedarf Südafrikas an moderner Technologie und technischen Ausrüstungen für Infrastruktureinrichtungen (wie z. B. Hafen- und Flughafeneinrichtungen, Teile von Kraftwerken, Maschinen für den Bahnbau, landwirtschaftlichen Maschinen, Traktoren und Geländefahrzeugen) abgelöst worden (8).

Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Praktiker und Analytiker des österreichischen Außenhandels weisen immer wieder darauf hin, daß der Export in Entwicklungsländer, in geographisch weit entfernte fremdsprachige Regionen nach wie vor durch eine Reihe von Faktoren erschwert wird: Die „Sogwirkung" des Marktes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Handel mit den sozialistischen Ländern („Osthandel"), der eine „einfachere" Alternative darstellt, fehlende Erfahrungen mit „exotischen" Märkten, das Nichtvorhandensein der notwendigen Infrastruktur (Absatzorganisationen, Handelshäuser, ausgebildete Exportkaufleute) werden immer wieder als Ursachen für die unbefriedigende Präsenz Österreichs auf diesen Märkten genannt (9).

Daß Österreich in Südafrika, einem weit entfernten „Schwellenland", keine Probleme mit seiner Präsenz hat - es nahm von 1977 bis 1981 immerhin den 17. Rang bei den Lieferanten Südafrikas ein (10) -, ist vor allem dem unermüdlichen Wirken der *Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft* zuzuschreiben.

Als gesetzlich verankerte Interessensvertretung der Unternehmer unterhält die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft als partielles Hilfsorgan des Staates in Form eines „übertragenen Wirkungsbereiches" eine Abteilung für „Handespolitik und Außenhandel", die die Aufgabe hat, den Außenhandel zu fördern. Es versteht sich von selbst, daß dabei dem Export besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die leistungsfähige Abteilung bietet den Kammermitgliedern eine breite Palette von Serviceleistungen, die von der Herausgabe eines Nachrichtendienstes und einer mit Außenhandelsfragen befaßten Zeitung (*Internationale Wirtschaft*) über Hilfestellungen bei internationalen Ausschreibungen und Ostkooperationen bis zu finanziellen Beihilfen für Auslandsmarktforschung und zur Ausbildung von Servicepersonal aus Entwicklungsländern reicht. Herzstück dieses Systems ist jedoch ein über die ganze Welt verstreutes Netz von

Außenhandelsstellen (Stand 15. Oktober 1982: 86), die gemeinsam mit den Länderreferaten unter anderem folgende Aufgaben haben:

- „individuelle Firmenberatung über die jeweiligen Auslandsmärkte in Export- und Importangelegenheiten;
- Kontaktherstellung bei Geschäftsanbahnung und Geschäftsabschluß;
- Unterstützung bei Markterkundung, Auslandsmarktbearbeitung, Wahl der Vertriebswege und Vertreterbesuche;
- kommerzielle und handelspolitische Beratung bei Auslandsveranstaltungen;
- Betreuung ausländischer Einkäufer;
- Vorbereitung von Wirtschaftsmissionen und Interessenmeetings;
- Teilnahme an Handelsvertragsverhandlungen und Gemischten Kommissionen;
- Kontakt mit offiziellen ausländischen Vertretungen und Kammern;
- Kooperationsberatung und Vermittlung von Partnerschaften" (11).

1982 unterhielt die Bundeswirtschaftskammer in Afrika insgesamt 14 Außenhandelsstellen. In den für Österreich besonders wichtigen Ländern Nigeria, Libyen, Algerien und Ägypten existiert je eine Außenhandelsstelle, die ausschließlich für das jeweilige Land zuständig ist. Im Gegensatz dazu müssen ein Handelsdelegierter und ein Sachbearbeiter von der Elfenbeinküste aus 10 weitere westafrikanische Länder betreuen. Obwohl in Angola seit 1981 eine neue Außenhandelsstelle geschaffen wurde und ein weiterer Handelsdelegierter von Zimbabwe aus Malawi, Mozambique und Sambia bearbeitet, wird Schwarzafrika im allgemeinen und West- und Ostafrika im Besonderen im Vergleich zu den arabischen Staaten weit weniger intensiv betreut (12).

Während bei den anderen afrikanischen Haupthandelspartnern Geschäfte größeren Ausmaßes häufig Ergebnis von Kontakten auf politischer Ebene sind und/oder mit der Entwicklungszusammenarbeit in Verbindung stehen, fehlen im Falle Südafrikas dank der doch bemerkbaren Zurückhaltung staatlicher Stellen die Mittel der Besuchdiplomatie und anderer Formen bilateraler Kontakte fast völlig. Der Handelsdelegierte in Südafrika, der auch Botswana, Lesotho, Swasiland und Namibia mitbetreuen sollte, übt seine Tätigkeit also in einem politischen Vakuum aus: Die österreichische Regierung

kann sich derzeit zwar nicht dazu durchringen, ihre diplomatischen Kontakte zu Südafrika abzubrechen, setzt andererseits aber auch keine großen Aktivitäten, existierende Kontakte auszubauen. Der Handelsdelegierte kann deshalb auch nicht im Rahmen des traditionellen diplomatischen Beziehungsgeflechtes seine Aktivitäten entfalten, sondern muß dies vielmehr durch vermehrte eigene Aktivitäten zu ersetzen versuchen. Dem langjährigen Handelsdelegierten in Südafrika, Dr. Lothar Puxkandl, ist dies im Verlauf seiner zehnjährigen Tätigkeit in hervorragendem Maß gelungen. Er war ein sorgfältiger Analytiker der politischen und ökonomischen Entwicklung Südafrikas und wurde nicht müde, die österreichische Wirtschaft auf die „Möglichkeiten" Südafrikas aufmerksam zu machen.

Handelsmissionen, „Abnehmermeetings" und Präsentationen von einzelnen Branchen und Warengruppen, regelmäßige Beteiligungen an der *Internationalen Rand Show* und ein von der Außenhandelsstelle herausgegebenes *Austria Trade Bulletin* sind wichtige Aktivitäten der Bundeswirtschaftskammer zur Förderung der österreichisch-südafrikanischen Handelsbeziehungen.

Auch sonst steht die Bundeswirtschaftskammer mit Rat und Tat zur Seite. So findet sich in einer von ihr im Jahr 1983 herausgegebenen Broschüre zum Thema „Exportwerbung" folgendes Fallbeispiel:

5.1. DER FALL „BADEMODE"

Die Textilfirma K. aus Wien hatte sich mit tragbaren modischen Damenbadeanzügen einen schönen Exportanteil am südafrikanischen Markt erobert. Eine großangelegte Werbekampagne mit Inseraten in Illustrierten und Postern für die Boutiquen sollte nun diesen Erfolg noch vergrößern. Ein junges, blondes, wohlgeformtes Mädchen, angetan mit dem Topmodell der Kollektion, posierte mit einem Drink in der Hand vor einem Strandkorb, ihm zur Seite eine ebenso attraktive farbige Schönheit in einem leuchtend roten Einteiler – weil schließlich die farbige Bevölkerung einen nicht unerheblichen Anteil der Kundschaft stellte.

Dazu der Slogan „Die zwei Schönsten von K."

In Wien war man begeistert, der Fotograf erntete ein Extralob und die Erwartungen des Marketings waren hochgeschraubt. Es war alles genau geplant und überdacht worden. Nur – auf die Apartheid hatte man vergessen! Mit diesem Motiv hatte man gegen ein Tabu verstoßen. Weiße und Farbige gemeinsam am selben Strand – undenkbar. Undenkbar auch, das Produkt einer Firma zu kaufen, die dieses Tabu verletzte. Was blieb der geschockten Firma anderes übrig, als die Werbung blitzartig zurückzuziehen. Die Poster hatten erst gar keine Abnehmer gefunden. Es bedurfte einiger Mühe des südafrikanischen Vertriebes, die Scharte wieder auszuwetzen, und man war dort mit Recht sauer, daß ihnen das Motiv nicht vorher zur Stellungnahme vorgelegt worden war. Einziger Trost: Das wunderschöne Motiv konnte mit einigem Erfolg in anderen Ländern eingesetzt werden.

Einmal mehr zeigt sich hier, daß die lokalen Gegebenheiten stärkste Beachtung verdienen. Ganz besonders bei der Werbegestaltung. Denn das war ganz eindeutig ein Mißton.

Exportwerbung, S. 47

Ja, es ist eindeutig ein Mißton, daß Apartheid von österreichischen Unternehmen nur dann zur Kenntnis genommen wird, wenn ihre Nichtbeachtung die Geschäfte zu stören droht!

In derselben Broschüre wird unter der Überschrift „Tips für alle Welt" auch noch geraten, bei Geschäften mit Nigeria den Hinweis auf Geschäftskontakte mit Südafrika besser zu unterlassen und bei Werbung für Lebens- und Genußmittel, die sich an die schwarze Bevölkerung in Südafrika richtet, die Aussage „kraftgebend" zu verwenden (13).

Dieser letzte „Tip" ist ein Beispiel dafür, daß (rassistische) Vorurteile in unseren Breitegraden noch immer die Einstellung zum afrikanischen Kontinent und seinen Bewohnern bestimmen. Unbewußt scheint dieser Rassismus eine wichtige Triebfeder der besonderen Anstrengungen zu sein, die Österreich zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika unternimmt. Südafrika ist ohne Zweifel das am weitesten entwickelte Land auf dem afrikanischen Kontinent. Es weist eine mit den Industrieländern vergleichbare kommerzielle Infrastruktur (Handel, Transport, Kommunikation) auf, die an die österreichischen Geschäftsleute keine besonderen Anforderungen stellt. Wichtig scheint dabei aber auch zu sein, daß „Südafrika *Afrika - und doch nicht Afrika*" ist, daß man unter sich bleibt.

Ein Teil der österreichischen Unternehmer unterhält Geschäftsbeziehungen zu Südafrika sicherlich auch ganz bewußt, wie ihre aktive Mitgliedschaft in den *Österreichisch-Südafrikanischen Clubs* zeigt. Die Aufforderung der südafrikanischen *Corporation for Economic Development*, südafrikanische Wesensart (offen, freundlich, großzügig, auf dem freien Unternehmertum basierend) zu teilen (14), fällt bei dieser Gruppe sicherlich auf fruchtbaren (ideologischen) Boden.

Veränderungen im Südlichen Afrika

Würden die österreichischen Unternehmen und ihre Interessensvertretung die Perspektiven der gewohnten und bequemen, eingefahrenen Gleise der österreichisch-südafrikanischen Wirtschaftsbeziehungen einmal kritisch evaluieren und/oder ihre ideologischen Präferenzen auch nur für einen Moment vergessen, sie wären vielleicht in der Lage, die Veränderungen, die sich in Südafrika selbst und in der gesamten Region des Südlichen Afrika abzuzeichnen beginnen,

zur Kenntnis zu nehmen und sich auf die sich verändernden Bedingungen einzustellen.

So hat sich in Südafrika selbst die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt. Gegenwärtig befindet sich das Land in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Jahr 1930 (15). In Zukunft wird es immer weniger in der Lage sein, die Erlöse aus dem Goldverkauf zur Stabilisierung der Wirtschaft zu verwenden.

Auf politischem Gebiet formiert sich der Widerstand gegen die Herrschaft der weißen Minderheit auf breitester Ebene. Der Zeitpunkt des Siegs der Befreiungsbewegung läßt sich nicht vorhersehen; die Unterdrückung des Widerstands der nichtweißen Bevölkerungsmehrheit wird der Regierung in den nächsten Jahren jedoch immer mehr Kraft abverlangen.

Die wohl deutlichsten Veränderungen sind in den letzten vier Jahren vor sich gegangen: Nachdem Südafrika mit der Unabhängigkeit von Mozambique und Angola schon Mitte der Siebzigerjahre wichtige Verbündete verloren hatte, brach mit der Unabhängigkeitserklärung von Zimbabwe im Jahr 1980 der rassistische Block im Südlichen Afrika völlig zusammen. Anstatt sich auf eine von der Republik Südafrika vorgeschlagene *Constellation of States* einzulassen, haben die ehemaligen *Frontstaaten* Tanzania, Sambia, Botswana, Angola und Mozambique gemeinsam mit dem soeben unabhängig gewordenen Zimbabwe, mit Lesotho, Swasiland und Malawi 1980 die *Southern African Development Coordination Conference* (SADCC) gegründet.

Gemeinsam zu verfolgende Entwicklungsziele dieser Organisation sind

- die Verringerung der ökonomischen Abhängigkeit im allgemeinen und von der Republik Südafrika im besonderen;
- die Schaffung einer echten und gleichmäßigen regionalen Integration;
- die Aufbringung von Mitteln zur Förderung und Durchführung nationaler, zwischenstaatlicher und regionaler Politiken und
- koordinierte Aktionen zur Gewährleistung internationaler Zusammenarbeit im Rahmen einer Strategie wirtschaftlicher Befreiung (16).

Die Staaten des Südlichen Afrika haben mit der Gründung der SADCC einen „neuen Typus des Befreiungskampfes, die ökonomi-

sche Befreiung" (Seretse Khama, verstorbener Präsident Botswanas) eingeleitet und damit auch den - falschen - Rechtfertigungen der Handelsbeziehungen mit Südafrika den Boden entzogen. Sollten hochentwickelte Industrieländer nicht in der Lage sein, ihre Beziehungen zu Südafrika abzubrechen, wenn sich Entwicklungsländer, die zum Teil zu den ärmsten Ländern der Erde zählen und die in bezug auf ihre Nahrungsmittelversorgung und ihre Transport- und Kommunikationsstruktur im Netz der Spinne Südafrika zappeln, dazu entschließen, ihre eigenen Ressourcen zu mobilisieren und ihre Abhängigkeit soweit als möglich abzubauen und deshalb auch zum Opfer einer ökonomischen und militärischen Destabilisierungspolitik werden?

Die SADCC hat innerhalb kurzer Zeit eine beträchtliche Dynamik entwickelt und ein erstaunlich konkretes Stadium erreicht. Sie verfügt tendenziell über ein Südafrika überlegenes, aber noch weitgehend unerschlossenes Potential an mineralischen Rohstoffen und Erdöl. Einzelne Länder weisen auch gute landwirtschaftliche Möglichkeiten auf, die für die Nahrungsmittelversorgung der gesamten Region nutzbar gemacht werden können (17).

Für einen österreichischen Frontwechsel!

Während die Republik Südafrika im Wirtschaftsraum des Südlichen Afrika nicht zuletzt dank der besonderen Anstrengungen Österreichs einen bevorzugten Handelspartner darstellt, nehmen die in der SADCC zusammengeschlossenen Länder eine nur untergeordnete Rolle ein. Zwar existieren vor allem mit Tansania und Sambia relativ stabile Handelsbeziehungen, insgesamt steht der österreichische Warenaustausch mit dieser Region aber in Gegensatz zu den gegenwärtigen und vor allem zu den potentiellen Möglichkeiten der SADCC.

Südafrika war 1982 trotz eines insgesamt ausgeweiteten Handelsvolumens mit Afrika noch immer mit 10,74 % an den österreichischen Afrikaimporten und mit 9,17 % an den Exporten nach Afrika beteiligt. Die entsprechenden Anteile für den weitaus größeren Wirtschaftsraum der SADCC betrugen nur 3,46 beziehungsweise 4,02 %. An den österreichischen Gesamtimporten war dieser Teil Afrikas 1982 mit nur 0,13 und an -exporten mit 0,21 % beteiligt,

HANDELSBEZIEHUNGEN ÖSTERREICH-SÜDLICHES AFRIKA (in 1.000 S)

	1975		1979		1980		1981		1982					
	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Exporte	Importe	Afrika 1) %	Gesamt 2) %	Exporte	Afrika 3) %	Gesamt 4) %
Gesamt	163.376.461	130.884.193	269.861.810	206.252.610	315.845.673	266.168.847	334.510.206	251.768.831	332.550.624	--	--	266.860.356	--	--
Afrika	3.964.654	5.314.402	7.797.582	8.034.484	10.573.435	10.252.192	12.510.719	14.409.164	12.457.998	--	3,75	13.682.251	--	5,13
RSA	816.010	950.309	1.125.018	787.126	1.301.642	1.104.165	1.157.732	1.420.134	1.339.102	10,74	0,40	1.254.575	9,17	0,47
Namibia			98.551	3.947	106.515	6.709	153.541	20.062	108.163	0,86	0,03	11.136	0,08	0,00
Angola	24.460	38.834	15.333	46.680	5.653	48.540	65.307	40.261	30.969	0,25	0,00	124.989	0,91	0,05
Botswana			1.841	774	226	193	69	8.894	45	0,00	0,00	117	0,00	0,00
Lesotho	7	7.276	8	12	196	770	529	135	1.604	0,01	0,00	336	0,00	0,00
Swasiland			59	827	8	480	534	2.350	513	0,00	0,00	1.813	0,01	0,00
Malawi	10	14.089	2.772	5.440	7.017	13.641	5.232	10.305	4.691	0,04	0,00	22.200	0,16	0,00
Mosambik	69.217	21.843	10.537	11.622	40.758	12.801	9.760	22.484	2.289	0,02	0,00	63.319	0,46	0,02
Sambia	70.517	137.505	10.819	77.516	76.939	67.076	24.083	78.027	63.848	0,51	0,02	43.822	0,32	0,02
Tansania	22.968	48.337	31.164	68.742	40.865	64.245	15.285	117.468	18.639	0,15	0,00	163.298	1,19	0,06
Zimbabwe	--	--	--	--	69.729	30.756	345.033	150.462	309.409	2,48	0,09	131.391	0,96	0,05
SADCC	187.179	267.884	72.533	211.612	241.391	238.502	474.832	430.392	432.007	3,46	0,13	551.285	4,02	0,21

1) Anteil der Importe an den gesamten Importen aus Afrika
2) Anteil der Importe an den Gesamtimporten
3) Anteil der Exporte an den gesamten Exporten nach Afrika
4) Anteil der Exporte an den Gesamtexporten

Quelle: Österreichisches Statistische Zentralamt, "Der Außenhandel Österreichs, Serie 1 A"

während Südafrika immerhin 0,40 beziehungsweise 0,47 % allein auf sich vereinigen konnte (siehe Tabelle 3).

Die Gründe dafür liegen in der unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Südafrikas auf der einen und der schwarzafrikanischen Staaten im Südlichen Afrika auf der anderen Seite. Es steht außer Zweifel, daß in der Vergangenheit die ökonomischen Probleme und infrastrukturellen Unzulänglichkeiten der SADCC-Region die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Österreich beeinträchtigten.

Die positive Entwicklung des Warenaustausches mit dem 1980 unabhängig gewordenen Zimbabwe - von 1980 bis 1981 haben sich sowohl die Exporte als auch die Importe knapp verfünffacht - ist ein Hinweis auf das beachtliche Potential der Region. Es ist aber zu fragen, ob sich die ausgezeichneten Wirtschaftsbeziehungen, die Österreich gegenwärtig zu Südafrika unterhält, nicht als Hemmschuh für zukünftige gute Beziehungen mit den schwarzafrikanischen Staaten im allgemeinen und mit den in der SADCC zusammengeschlossenen Staaten im besonderen erweisen könnten.

Die österreichische Wirtschaft wäre gut beraten, die ideologische Brille abzulegen und die Entwicklung im Südlichen Afrika einmal nach rein ökonomischen Gesichtspunkten zu analysieren. Sie wäre dann vielleicht eher in der Lage, das Krachen im Gebälk des Apartheidstaates wahrzunehmen und das zu erkennen, was die unabhängigen schwarzafrikanischen Staaten der Region zu bieten haben. Wenn sich die SADCC weiterhin so dynamisch entwickelt und ihren Reichtum an Gold, Kupfer, Bauxit, Chrom, Uran, Erdöl, Diamanten verwerten kann, wird sie sich in einigen Jahren zu einem bedeutenden Handelspartner entwickelt haben. Österreich sollte mithelfen, diesen Prozeß durch direkte materielle Hilfe, vor allem aber durch die politische und ökonomische Isolierung Südafrikas zu beschleunigen.

Anmerkungen

(1) I. V. Cerkasova, Die ökonomische Zusammenarbeit des Westens mit dem rassistischen Regime in der Republik Südafrika, in: Asien, Afrika, Lateinamerika (Berlin 2/1980), S. 330 ff; vgl. Rolf Hofmeier, Wirtschaftsstruktur und außenwirtschaftliche Beziehungen Südafrikas - der Apart-

heidstaat auf dem Weg zu stärkerer Binnenorientierung, in: Die Neue Gesellschaft (Bonn), 26/1979
(2) Cerkasova, Die ökonomische Zusammenarbeit, S. 330
(3) Leo Katzen, Economy South Africa, in: Africa South of the Sahara 1982 - 1983 (London 1982), S. 949 f.
(4) ebda., S. 949
(5) New York Times (New York), 7. 7. 1982; ifo-Schnelldienst (München) 16/82 und 18/83
(6) UNCTAD, Yearbook of International Trade Statistics 1980 (New York 1981), S. 874 ff.
(7) Peter Körner, RSA sucht Verbündete. Südafrika und die Schwellenländer, in: Der Überblick (Frankfurt 1/1982), S. 48 ff.
(8) Gerald Braun/Helmut Bachmann, Interview mit Lothar Puxkandl, 14. 10. 1982
(9) Vgl. Jan Stankovsky, Die Absatzmärkte in den Entwicklungsländern, in: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wien 2/1980); ders., Marktlücken in Entwicklungsländern, in: ebda., (Wien 2/1981)
(10) Yearbook of International Trade Statistics 1980
(11) Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Hg.), Außenhandelsstellen der österreichischen Wirtschaft. Stand 15. 10. 1982 (Wien o. J.)
(12) ebda.
(13) Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Hg.), Exportwerbung (Wien 1983), S. 100 f.
(14) Les de Villiers/Jan S. Marais/Nic. E. Wiehan, Doing Business with South Africa (New York 1982), S. 75
(15) Die Presse (Wien), 9. 11. 1983
(16) Record of the Southern African Development Coordination Summit Conference, 1. 4. 1980 (Lusaka), Annex V.
(17) Zur Entstehung und weiteren Entwicklung der SADCC vgl. Rolf Hofmeier, Die Southern Africa Development Coordination Conference (SADCC), in: afrika spectrum (Hamburg), Heft 3/1981 sowie Margit Scherb, Neue Fronten im Südlichen Afrika - Wo steht Österreich? in: International (Wien), Heft 4-5/1982

Theresia Zeschin

Kauft österreichische Qualität!

„Die Struktur unseres Angebotes nach Südafrika hat sich in den zehn Jahren sehr stark gewandelt. Als ich nach Südafrika kam, na ja, da gab es Trinkgläser aus Österreich und Schuhe aus Österreich und Krawatten aus Österreich und Hemden aus Österreich und Anzüge aus Österreich und Feuerzeuge aus Österreich - nichts! Heute gibt es Kraftwerke aus Österreich, Geländefahrzeuge aus Österreich, Kunststoffextrudermaschinen aus Österreich und es gibt Bahnbaumaschinen aus Österreich" (1).

Der frühere österreichische Handelsdelegierte Puxkandl bringt damit eine typische Verschiebung in Österreichs Exportgeschäft mit Südafrika zum Ausdruck. Während die Struktur unserer Importe mit ihrem Schwerpunkt auf Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten im letzten Jahrzehnt weitgehend konstant blieb, ist bei den Exporten ein deutlicher Wandel von Konsum- und Gebrauchsgütern zu technologisch hochwertigen Industriewaren zu bemerken. Zum einen waren dafür die verstärkten österreichischen Exportbemühungen seit dem Ende der 1960er Jahre verantwortlich, in deren Rahmen auch die Ausfuhren nach Südafrika - z. B. durch Exportkredite - staatlich gefördert werden (2). Zum anderen war der Apartheidstaat angesichts der drohenden Sanktionen bestrebt, vor allem solche Güter zu kaufen, die ihn an eine weitgehende industrielle Autarkie heranführen und somit für den Bestand seines Systems von strategischer Wichtigkeit sind. Die Einfuhr weniger wichtiger Güter - vor allem, wenn sie bereits im Inland erzeugt werden konnten - wurde durch gezielte Zollvorschriften und Importlizenzen gedrosselt. So manches österreichische Unternehmen wurde dadurch wieder vom südafrikanischen Markt verdrängt (3).

„Eiserne Regeln im Geschäft mit südafrikanischen Partnern" (4) sind auch heute noch typisch. Das Überlebensinteresse der Apartheidgesellschaft - des Staates wie der Privatwirtschaft - kommt darin zum Ausdruck. Für die österreichischen Firmen sind Exporte nach Südafrika daher nicht ohne Probleme. Nur durch außergewöhnliche Effizienz und Schnelligkeit - darauf weist die Bundeskammer

in ihren Veranstaltungen und Publikationen immer wieder hin - sind die hohen Profitraten im Apartheidgeschäft zu realisieren.

Messen und Delegationen

Von daher ist es erklärlich, daß die Fachzeitschriften kontinuierlich über den Südafrikahandel berichten. Aber auch das persönliche Kennenlernen der Interessenten spielt offenbar eine wichtige Rolle; eine Möglichkeit dazu bietet die Teilnahme an Messen und Verkaufsausstellungen in Südafrika. 1980 hatten sich österreichische Firmen zum zwanzigsten Mal in ununterbrochener Reihenfolge an der Johannesburger *Rand Easter Show* beteiligt (5). Bei dieser größten und populärsten Messeveranstaltung Südafrikas wird vom *Wirtschaftsförderungsinstitut* zumeist ein österreichischer Gemeinschaftspavillon organisiert; die *Bundeswirtschaftskammer* unterstützt die teilnehmenden Firmen nicht selten mit einem Fahrtkostenzuschuß. Während der zirka zwei Wochen dauernden Messe wird von den Auslandsösterreichern ein sogenanntes „Wiener Kaffeehaus" betrieben, in dem neben kulinarischen Spezialitäten auch Gösser Bier ausgeschenkt wird (6); kein Wunder, daß der österreichische Pavillon des öfteren mit einer Goldmedaille bedacht wird.

Unter den Auslandsausstellern der Messe ist Österreich seit jeher einer der größten (7). In der Regel sind zwischen 20 und 40 österreichische Firmen vertreten, wobei eine steigende Tendenz zu verzeichnen ist. Allerdings ist die Zahl der Teilnehmerländer in den letzten Jahren drastisch gesunken. 1981 - nach dem Rückzug Zimbabwes - waren gar nur mehr die BRD und Österreich übrig geblieben, 1982 beteiligten sich Taiwan, Österreich und die BRD, die sich aber seither von der Rand Show zurückzog (8). 1983 konnten die 42 Firmen aus Österreich „bereits zur Messehalbzeit interessante Kontakte anbahnen und teilweise überraschend gute Abschlüsse" melden (9).

Auch weitere Ausstellungen werden von Unternehmen aus Österreich frequentiert. 1976 organisierte die Bundeswirtschaftskammer erstmalig die Beteiligung an der Lebensmittel- und Landwirtschaftsausstellung in Pretoria (10), 1978 an einer Werkzeugmaschinenausstellung in Johannesburg (11). Ein Jahr darauf fand ein „Austrian Food Festival" in einem Johannesburger Restaurant statt, während dem der österreichische Zither-Spieler Gottfried Rieder für alpenländische Stimmung sorgte (12).

Daß auch Südafrika an Messen in Österreich teilnimmt, wird dem gegenseitigen Handel sicherlich gut tun. Vor allem die schon traditionelle Beteiligung an der *Wiener Internationalen Messe* ist hier zu nennen; ebenso zieht die *Wiener Ferienmesse* die Manager aus dem Apartheidstaat an. 1979 organisierte die Südafrikanische Botschaft darüber hinaus eine *Südafrika-Woche* im Wiener Kursalon, bei der angeblich 120 Anfragen österreichischer Unternehmen registriert wurden (13).

Ebenso wie Messen und Ausstellungen zählen auch Wirtschaftsmissionen und Abnehmermeetings zu den Maßnahmen, die die Bundeswirtschaftskammer zur Förderung des Handels mit Südafrika einsetzt. Diese Kontakte finden nahezu jährlich, abwechselnd in Österreich und Südafrika, statt. Eine erfolgreiche Bilanz wurde schon 1969 gezogen, als eine österreichische Delegation, geleitet vom Industriellen-Präsident Mayer-Gunthoff, in Johannesburg weilte (14). Ein Gegenbesuch der südafrikanischen Handelskammervereinigung fand 1975 unter der Leitung des Stv. Präsidenten H. Wolffe statt (15). Ein Jahr darauf kam es zur bislang größten österreichischen Wirtschaftsmission: Unter der Leitung von Bundeskammer-Vizepräsident Rudolf Seidl studierten 30 österreichische Firmen und 2 Banken die Absatz- und Investitionsmöglichkeiten in Südafrika bzw. den Bantustans (16). Konkrete Vertragsabschlüsse wurden für Laboreinrichtungen, elektrische Geräte, Bestandteile für Meßeinrichtungen sowie für Metall- und Installationswaren getätigt (17). 1978, ein Jahr nach dem üblichen Gegenbesuch, fuhren 18 österreichische Bankiers und Industrielle aus den Bereichen landwirtschaftliche Maschinen, Stahltechnologie, Chemie- und Bauwirtschaft in die Kaprepublik; die Delegation wurde vom Präsidenten der Industriellenvereinigung Igler geleitet (18). An der Mission der Bundeswirtschaftskammer 1981 nahmen 25 Firmen, vom Elektroniksektor bis zur synthetischen Fasererzeugung, teil (19), und an der bisher letzten Mission im November 1983 zum Thema „Technische Spezialprodukte und -verfahren" waren 19 österreichische Unternehmen beteiligt (20). Außerdem gab es 1983 Abnehmermeetings für „Sport und Freizeit" und eine von der *Österreichischen Fremdenverkehrswerbung* organisierte Reise von 13 österreichischen Tourismusvertretern, die in drei südafrikanischen Städten 600 Reisebüroagenten vorgestellt wurden (21).

Die Teilnahme an Messen und Wirtschaftsmissionen besitzt eine Eigendynamik: Man lernt nicht nur den potentiellen geschäftlichen



Österreichs größte Wirtschaftsdelegation nach Südafrika, 1976: Bundeskammervizepräsident Rudolf Seidl überreicht dem Vizebürgermeister von Kapstadt eine Lipizzanerfigur.

Partner, sondern auch Land und Leute Südafrikas kennen; weiße Gastfreundschaft und Propaganda tun wohl ein übriges. Schon ist Südafrika ein attraktives Im-/Exportland, mit dem Handelsbeziehungen anzuknüpfen, bzw. aufrechtzuerhalten sich für den Unternehmer auch menschlich lohnt.

Wer exportiert nach Südafrika?

Bei der detaillierten Darstellung der Handelsbeziehungen ist man vielfach auf Eigenaussagen der jeweiligen Firmen angewiesen. *Die Industrie* erwähnte 1976, die Zahl der in der Republik Südafrika vertretenen österreichischen Firmen liege bei etwa 600 (22). Wenn diese Zahl überhaupt stimmt, so dürfte sie die obere Grenze markieren und sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert haben. So schrieb *Die Presse* im November 1983: „Etwa 300 bis 600 österreichische Firmen bearbeiten regelmäßig den südafrikanischen Markt" (23).

Einen besonderen Platz nehmen in der Reihe der österreichischen Exporteure die Betriebe der direkt (ÖIAG) oder indirekt verstaatlichten Industrie (CA- und Länderbank-Konzern) ein. Von den ÖIAG-Betrieben ist an erster Stelle die *VOEST-Alpine* zu nennen. Abgesehen von der Verwicklung der VOEST in das 155 mm-Kanonen-Kartell, das im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit dargestellt wird, fallen hier Kompensationslieferungen für das abgeblasene Saldanha-Projekt ins Gewicht. So erteilte die *Barlows Industrial Plant Supply & Co (Pty.) Ltd.* 1980 den Auftrag zum Bau einer Stranggießanlage für rostfreie Brammen sowie für alle mit der Montage und der Inbetriebnahme zusammenhängenden Aktivitäten (24). Im selben Jahr erhielt die bundesdeutsche VOEST-Tochter *Didier Engineering* von *ISCOR* den Auftrag zur Errichtung zweier Kohlebrikettierungsanlagen in Newcastle und Vanderbijlpark im Wert von 100 Mio DM (25). Der besondere Nutzen dieses Projektes für Südafrika wird darin liegen, daß es durch Verwendung eines neuartigen japanischen Verfahrens die Qualität der Kohle verbessern und dadurch ISCOR's Kapazität in der Stahlerzeugung bedeutend erhöhen wird (26). Darüber hinaus wird die erst kürzlich bekannt gewordene Lizenzvergabe für den sogenannten Plasma-Ofen die Effizienz Südafrikas in der Stahlveredelung weitgehend steigern; mit diesem revolutionären Verfahren können auch minderwertige Erze rentabel und umweltfreundlich verarbeitet werden (27).

Die nunmehrige VOEST-Tochter *VEW*, die auch über Niederlassungen in Südafrika verfügt, ist ebenfalls mit im Apartheidgeschäft: Einerseits importiert sie Mangan, andererseits liefert sie seit Jahren Kompressoren und Schweißzusatzstoffe für die Nuklear- und Energieindustrie (28).

Auch die ÖIAG-Unternehmen *Simmering-Graz-Pauker* (mit Lokomotiven für die südafrikanischen Staatsbahnen) (29) und *Elin* (mit Bahntransformatoren im Wert von 150 Mio öS an *ESCOM* und einem Aluminiumofen für *Metal Sales*) (30) sind als Exporteure nach Südafrika tätig.

Vom CA-Konzern ist in erster Linie *Steyr-Daimler-Puch* mit den Traktorenlieferungen in die Transkei zu nennen. Zum LB-Konzern zugehörig ist hingegen die *Chemiefaser-Lenzing*, die Südafrika als ihren größten Kunden ausgibt (31) und deren seinerzeitiger Generaldirektor Rudolf Seidl bei der Anbahnung von Geschäftskontakten mit dem Apartheidstaat führend hervorgetreten ist.

Entgegen der verbreiteten Annahme, daß Österreichs Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika vor allem von der Privatwirtschaft zu verantworten seien, werden also sehr große und für Südafrika wichtige Geschäfte von direkt oder indirekt verstaatlichten Unternehmungen abgeschlossen. An die österreichische Bundesregierung ist daher die Forderung zu richten, die Boykottbeschlüsse der Vereinten Nationen auch und nicht zuletzt im eigenen Einflußbereich zu befolgen.

Daß darüber hinaus auch die österreichische Privatwirtschaft am Export nach Südafrika entscheidend beteiligt ist, steht außer Frage. Von den 500 größten Unternehmen, die das Wirtschaftsmagazin *Trend* im Dezember 1983 auflistete, sind etwa 10 % im Südafrikahandel tätig. Aber auch zahlreiche spezialisierte Mittel- und Kleinbetriebe werden von der Apartheidwirtschaft für Lieferungen herangezogen. Die Palette reicht hier von militärisch sensitiven Technologien (*AVL, Polyair*) über Elektronik (*Siemens*), Werkzeugmaschinen (*Voith, Andritz-Ruthner*) und Kraftwerksbau (*Umdasch*) bis zu Sportartikeln und Kriegsspielzeug (*Roco*). Österreichische Qualität trägt somit nicht nur zur industriellen, sondern auch zur psychologischen Aufrüstung der weißen Bewohner Südafrikas bei.

Eine Auswahl österreichischer Firmen mit Geschäftsbeziehungen zu Südafrika ist im Anhang am Schluß des Buches enthalten.

Anmerkungen

(1) Gerald Braun/Helmut Bachmann, Interview mit Lothar Puxkandl, 14. 10. 1982
(2) Trend (Wien), Mai 1977, S. 85
(3) Schreiben einer Möbeldekorfirma vom 17. 11. 1983: „Die südafrikanische Regierung hat (ab 1974) begonnen, durch Schutzzölle und Importbeschränkungen die eigene Industrie zu schützen, sodaß ein Verkauf unserer Produkte auf diesem Markt fast unmöglich wurde."
(4) Internationale Wirtschaft (Wien), 22. 12. 1983
(5) Internationale Wirtschaft (Wien), 25. 4. 1980. Das Folgende nach Berichten in der Internationalen Wirtschaft (Wien), da Kataloge der Rand Show nicht zugänglich waren.

(6) Rand Daily Mail (Johannesburg), 18. 9. 1979
(7) Internationale Wirtschaft (Wien), 17. 3. 1978
(8) Rand Daily Mail (Johannesburg), 22. 1. 1981; telefonische Auskunft von AUMA (Köln), 12. 3. 1984
(9) Internationale Wirtschaft (Wien), 21. 4. 1983
(10) ebda., 17. 10. 1975
(11) Wochenpresse (Wien), 22. 3. 1978
(12) Rand Daily Mail (Johannesburg), 27. 9. 1979
(13) The Argus (Kapstadt), 1. 11. 1979; Südafrikanisches Panorama (Bern), Feb. 1980
(14) The Star (Johannesburg), 11. 10. 1969
(15) Internationale Wirtschaft (Wien), 30. 5. 1975
(16) ebda., 5. 3. 1976; Rudolf Seidl, der innerhalb der Bundeskammer eine Schlüsselrolle im Bereich der Handelsbeziehungen zu Südafrika zu spielen scheint, ist übrigens auch Vorsitzender des Handelspolitischen Ausschusses der Handelskammer OÖ, Mitglied der Paritätischen Kommission, der Vereinigung österreichischer Industrieller und Präsident des Österreichischen Chemiefaserinstituts. Er fungiert als Aufsichtsratvorsitzender bei Hämmerle, Ferngas Holding AG, Austroplan, Export- u. Mustermesse AG Dornbirn sowie OÖ Ferngas und gehört dem Aufsichtsrat von Chemiefaser Lenzing und Treibacher Chemische Werke an (Personen-Compass Österreich, Wien 1981, S. 508).
(17) Die Presse (Wien), 8. 4. 1976
(18) The Star (Johannesburg), 18. 11. 1978
(19) ebda., 11. 4. 1981
(20) Die Presse (Wien), 9. 11. 1983; Internationale Wirtschaft (Wien), 22. 12. 1983
(21) ebda., 17. 11. 1983
(22) Die Industrie (Wien), 5. 11. 1976
(23) Die Presse (Wien), 9. 11. 1983
(24) Internationale Wirtschaft (Wien), 5. 12. 1980
(25) Volksstimme (Wien), 7. 8. 1980; Financial Mail (Johannesburg), 8. 8. 1980
(26) Ray Bush/Lionel Cliffe/Peter Sketchley, Steel: The South African Connection, in: ICSA-Bulletin (London), Dezember 1982
(27) Internationale Wirtschaft (Wien), 20. 10. 1983
(28) Wochenpresse (Wien), 14. 12. 1977; Extrablatt (Wien), September 1979
(29) Internationale Wirtschaft (Wien), 14. 8. 1981
(30) CA-Wirtschaftsbrief (Wien), Oktober 1975; Elin-Geschäftsbericht (Wien 1979), S. 16
(31) Ecco (Wien), 16. 4. 1975

Gerald Braun

Die Kohlen müssen stimmen – Österreichs Rohstoffimporte aus Südafrika

„Persischer Golf an Mineralien" - ein Sonderkomitee des amerikanischen Kongresses wählte diesen einprägsamen Begriff, um die Bedeutung Südafrikas zu umschreiben (1). Der Hinweis auf das Öl suggeriert eine andernorts oft explizit ausgesprochene, angeblich ausweglose Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten vom Mineralienschatz am Kap. Ohne Südafrikas Lieferungen würde unser Wohlstand schrumpfen, so sagt man, die Abhängigkeit von der Sowjetunion würde zunehmen, und - man wagt es kaum auszusprechen - Arbeitsplätze wären gefährdet.

Die Mythen, die sich um die sogenannten strategischen Mineralien ranken, und die ihnen zugrundeliegenden Schätzungen stammen meist von südafrikanischen Einrichtungen und ihren Parteigängern in Europa und Amerika. Sie alle zeichnet das starke Interesse aus, Nachteile und Kosten eines Lieferausfalls für den Westen zu übertreiben. Durchdachte Maßnahmen in Richtung eines Rohstoffimportboykotts gegen Südafrika setzen daher eine realistische Einschätzung des Mineralienreichtums voraus; ohne die Bedeutung des Apartheid-Staates als Rohstofflieferanten zu unterschätzen, wird sie doch nicht der südafrikanischen Selbsteinschätzung aufsitzen müssen.

Umgekehrte Abhängigkeit

Ein kurz- oder mittelfristiger Lieferausfall muß tatsächlich einkalkuliert werden, will man die südafrikanische Regierung auch durch wirtschaftliche Sanktionen zur Aufgabe ihres menschenverachtenden Rassismus veranlassen. Während aber meist - mit begeisterter Unterstützung südafrikanischer Stellen - die fatalen Folgen eines Wirtschaftsboykotts für den Westen beschworen werden, wird ein anderer Aspekt dieser ökonomischen Beziehung dezent ignoriert: Die viel größere Abhängigkeit Südafrikas von seinen westlichen Handelspartnern, gerade auf dem Rohstoffsektor:

- Die Wirtschaft Südafrikas ist von den Rohstoffexporten in höchstem Maß abhängig. Nach George Y. Nisbet, Vorstandsmitglied der *International Gold Corporation*, erbringen die Mineralien-Ausfuhren etwa zwei Drittel aller Devisen (2). 1981 waren das 11,6 Mrd Rand von einem Gesamtexportvolumen von 18 Mrd Rand (3).
- Der Wirtschaftssektor *Bergbau und Steinbruch* trägt wesentlich zum südafrikanischen Bruttoinlandsprodukt bei. 1982 belief sich dieser Beitrag (ohne Gold) auf 14,3 %, das sind 10,4 Mio Rand (1981: 16,3 %, das sind 10,7 Mio Rand) (4). Zählt man auch die Bearbeitung der Mineralien hinzu, so steigt der Anteil des Bergbaus an den Einkünften der südafrikanischen Wirtschaft auf ein Viertel (5).
- Auch für den Arbeitsmarkt besitzt die Rohstoffgewinnung große Bedeutung. 1980 waren von insgesamt 9,6 Mio Beschäftigten 912.000 Arbeiter im Bereich der Rohstoffgewinnung tätig, davon knapp 100.000 Weiße (6).

Die massive Exportabhängigkeit des rohstoffproduzierenden Sektors und seine große volkswirtschaftliche Bedeutung sind maßgeblich für eine starke Verwundbarkeit der südafrikanischen Wirtschaft durch internationale Sanktionen. Südafrikas aufgeregtes Betonen der eigenen Unersetzbarkeit sollte daher unseren Blick für seine Abhängigkeit nicht trüben.

Gigantische Reserven?

Südafrika zählt ohne Zweifel zu jenen Gebieten, die im Verhältnis zu ihrer Größe mit überdurchschnittlichem Rohstoffreichtum gesegnet sind. Daß es bei den 10 wichtigen Mineralien einen der ersten beiden Plätze der Weltrangliste für Produktion und Reserven beansprucht, gleichzeitig aber - wie jeder Blick in die offiziellen Statistiken zeigen kann - zahlreiche Daten als sogenannte „classified data" geheimhält, gibt allerdings Anlaß zur Hinterfragung dieser Behauptung.

Dabei sollte man sich vor Augen halten:

- Die stolze Behauptung, die „größten bekannten Reserven" an wichtigen Mineralien zu besitzen, verzichtet völlig auf eine Differenzierung der Lagerstätten anhand eines der international üblichen Vorratsklassifikationssysteme. So unterscheidet z. B. die

ÖNORM zwischen sicheren, wahrscheinlichen, angedeuteten, vermuteten und prognostischen Vorräten (7). Gibt man „prognostische Vorräte" (USA: „undiscovered resources") als bauwürdig aus, so führt das in die Irre.

- Während in manchen Ländern die Prospektierung erst begonnen hat, ist Südafrika bereits intensiv nach Mineralien untersucht und füllt die Statistiken. Hinzu kommt, daß die ausgedehnte Infrastruktur mit gutausgerüsteten Häfen, der leistungsfähigen Bergbauindustrie und nicht zuletzt die niedrigen Löhne für die schwarze Arbeiterschaft der Republik Südafrika große Vorteile gegenüber anderen Ländern der Dritten Welt verschaffen, deren Ressourcen kostspieliger zu fördern wären.
- Auch das Interesse der Minengesellschaften soll nicht vergessen werden, das Ausmaß von Lagerstätten herunterzuspielen, wo es möglich und nützlich ist. Viele Regierungen der Dritten Welt werden so über die Dimensionen ihres Reichtums an Mineralien oft im Dunkeln gelassen; das hält nicht nur die Rohstoffpreise hoch, sondern schafft auch günstige Ausgangspositionen für Konzessions- und Steuerverhandlungen. Der südafrikanischen Regierung kann dies angesichts ihrer engen Verflechtung mit dem Bergbaukapital kaum passieren.
- Zur Relativierung der Bedeutung Südafrikas trägt auch bei, daß ein Teil der als eigene Rohstoffreserven ausgegebenen und geförderten Mineralien in Wahrheit aus anderen Ländern stammt. So werden Botswanas Mineralien (Diamanten, Kupfer, Nickel), die von britisch/südafrikanischen, US-amerikanischen und deutschen Konzernen geschürft werden, ausschließlich durch Südafrika verschickt und oft in südafrikanischen Statistiken registriert (8). Auch während des seinerzeitigen Rhodensienboykotts wurde Südafrika benützt, um illegale Geschäfte zu verschleiern. Und schließlich leistet Namibia, das nach wie vor von Südafrika illegal besetzt gehalten wird, wohl den größten Beitrag zur Beschönigung der südafrikanischen Statistik. Sein „Rohstoffsektor wird fast ausschließlich von südafrikanischem und anderem ausländischen (amerikanischem und britischem) Kapital beherrscht" (9). Die illegal nach oder über Südafrika gelieferten Güter sind in der Statistik schwierig zu spezifizieren. Im Falle eines Lieferausfalls der Republik Südafrika könnte eine legale Regierung in Namibia eine wichtige Quelle für die verschiedensten Mineralien anbieten, - und es scheint wahrscheinlich, daß diese lieber mit „anderen Ländern und Gesell-

Tabelle 1

Rohstoffimporte aus Südafrika 1975 - 1982 (in 1000,– öS)

	Gold	Kohle	Chrom (1)	Mangan (2)	Asbest	Kupfer (3)	Nickel
1975	208 566	-	121 106	-	51 320	113 846	11 304
1976	229 958	-	40 919	-	39 236	125 125	27 997
1977	341 640	-	125 015	-	52 712	128 433	23 031
1978	296 257	-	42 609	-	55 211	176 937	26 983
1979	54 202	1 025	40 855	-	45 915	154 056	20 162
1980	2 816	4 569	64 947	-	35 820	189 667	25 318
1981	248 571	5 988	56 523	548	22 847	236 299	35 670
1982	351 111	70 030	80 157	369	9 655	161 116	25 414

(1) Ohne Ferrochrom
(2) Ohne Ferromangan
(3) Ab 1978 inklusive Namibia

Quelle: Österreichische Außenhandelsstatistik Serie 1 A und 2

Tabelle 2

Anteile Südafrikas an den Gesamtimporten des jeweiligen Rohstoffes (in %)

	Gold	Kohle	Chrom (1)	Mangan (2)	Asbest	Kupfer (3)	Nickel
1975	30	-	38,4	-	24,9	70	7,7
1976	11,6	-	19,2	-	13,2	59	14,4
1977	44	-	44	-	16,6	49,2	12,6
1978	45	-	25,2	-	24	58,8	17,3
1979	18	0,04	33,6	-	25	72,4	10,3
1980	1,4	0,18	38,9	-	24	62,8	12,3
1981	45	0,17	54	30,1	7,7	88,9	13,8
1982	68	1,7	72,2	19,4	3,1	65,2	12,6

(1) Ohne Ferrochrom
(2) Ohne Ferromangan
(3) Ab 1978 inklusive Namibia

Quelle: Österreichische Außenhandelsstatistik Serie 1 A

schaften zu tun haben wird, als jenen, die gegenwärtig in diesem Landstrich mit Südafrika kollaborieren." (10)

Österreichs Anteil

Österreich importiert aus Südafrika Gold, Steinkohle, Chrom, Mangan, Asbest, Nickel, Kupfer, Platin und Uran (vgl. Tabellen). Das Datenmaterial über Rohstoffimporte ist jedoch sehr unzureichend. So beklagt auch das Handelsministerium, daß z. B. bei Legierungen keine Prozentgehalte angegeben werden, sensible Rohstoffe zum Teil nur in Sammelpositionen aufscheinen und vor allem bei Importen kaum ein Unterschied zwischen Ursprungs- und Herkunftsland gemacht wird (11).

Von den genannten Rohstoffen fallen nach Beurteilung des Handelsministeriums alle außer Gold und Platin unter die Kategorie „besonders kritisch bezüglich Versorgung und Zielgefährdung", womit sowohl die instabile Lage Südafrikas als auch der österreichische Bedarf an diesen Mineralien gemeint sind (12).

Gold

Francis Wilson eröffnet sein Buch über die Arbeit in den Goldminen Südafrikas mit dem Hinweis auf ihre Bedeutung als Modell für die südafrikanische Industrialisierung; mehr als jede andere Branche habe sie die Struktur des Arbeitsmarktes geformt. Was das bedeutet, kann an einem Beispiel gut illustriert werden: das Realeinkommen schwarzer Minenarbeiter war im Jahr 1969 tatsächlich geringer als im Jahr 1911, während sich die Kluft zwischen den Einkommen schwarzer und weißer Minenarbeiter von 11,7 : 1 auf 20 : 1 vergrößert hatte (13). Vom Bergbau aus übertrug sich diese Tendenz auch auf die anderen Bereiche der südafrikanischen Wirtschaft (14).

Gold ist Südafrikas wichtigstes Exportgut. Im Jahr 1982, welches die schwerste Rezession seit 1975/77 brachte, erzielte der Goldbergbau alleine 18 % des Bruttosozialprodukts und beschäftigte 475.000 Arbeiter (15). Obwohl das Bruttoinlandsprodukt, das im Vorjahr noch um 5 % gestiegen war, um 1 % fiel, konnte der Goldbergbau als einziger Sektor positive Veränderungsraten erzielen (+ 1,5 %) (16).

Der Wert der Goldproduktion 1982 betrug 8.627 Mio Rand (1981 waren es 8.340 Mio Rand), wodurch das Außenhandelsdefizit von - 7.967 Mio Rand wieder abgedeckt werden konnte. 1981 war das, bedingt durch das hohe Defizit von - 8.532 Mio Rand, nicht der Fall. Da die Goldproduktion bis ins Jahr 2000 auf rund 350 t im Jahr fallen wird (17), verringert die „einseitige Exportabhängigkeit vom Gold" (18) zunehmend die Wachstumschancen Südafrikas. Derzeit liegt der südafrikanische Anteil an der Welt-Goldproduktion bei durchschnittlich 50 % (1980: 54,5 %), der Anteil an der Produktion der westlichen Länder bei ca. 70 % (1982: 65,5 %).

Österreich und das Gold? Der kurzangebundene Goldeinkäufer der *Nationalbank* meint: „Bei solchen Fragen sagen wir gleich: Grüß Gott." Wer nach Österreich Gold importiert und woher dieses Gold kommt - es soll ein Geheimnis bleiben. „Devisenpolitische Gründe", so meint der an Bedeutung gewachsene Geheimnisträger der Nationalbank, ließen das Amtsgeheimnis wirksam werden, jene beliebte Einrichtung aus der Zeit des Vormärz, die alles mögliche vor den Interessen der Staatsbürger schützt. Im übrigen sei alles sehr, sehr kompliziert...

Gold und Goldmünzen werden vom Devisengesetz (1946, seither zahlreiche Novellierungen) erfaßt, das den Handel mit ihnen nur der Nationalbank und den von ihr dazu ermächtigten Personen (sogenannten Devisenhändlern) gestattet. Sie bekommen jährlich eine Goldzuteilung in Devisenform von der Österreichischen Nationalbank und müssen die davon verkaufte Menge melden (19). Feingold darf nicht an Privatpersonen verkauft werden. Gold- und Silberscheideanstalten, wie z. B. *Ögussa,* beliefern das einschlägige Schmuckgewerbe, die Industrie und die zahngoldverarbeitende Branche. Für den technischen Bedarf ist es auch möglich, daß Firmen die Erlaubnis zum Import von Speziallegierungen erhalten. Kreditinstitute und das Hauptmünzamt sind auch im Münzgeschäft tätig. Sie alle, und noch andere, kaufen Gold.

Seit 1975 wurde jährlich im Durchschnitt um ca. 700 Mio öS Gold eingekauft, ein Drittel davon in Südafrika - wobei der Anteil 1981 sogar 63 % ausmachte (351,11 Mio öS) (20). Berücksichtigt man aber, daß auch große Mengen von Gold aus Südafrika stammen, die aus nicht-goldproduzierenden Ländern importiert werden, steigt dieser Anteil noch. So wird z. B. der Zürcher Goldmarkt bis zu 80 % mit südafrikanischem Gold versorgt; in der österreichischen Außenhandelsstatistik scheint dennoch die Schweiz als Ursprungsland auf,

nicht aber das tatsächliche Herkunftsland. Rechnet man hypothetisch 70 % der Goldeinkäufe aus der Schweiz jenen aus Südafrika hinzu, so verdoppelt sich der durchschnittliche Anteil der Apartheid-Republik an den österreichischen Goldimporten 1975 - 1980 auf 60 %.

187 t Gold wurden 1978 allein mit den 6.012.293 Krügerrand-Münzen von Südafrika ins Ausland verbracht (21). Die Bedeutung des Goldes als wichtigste Devisenquelle wird einem deutlich, bedenkt man, daß damals „alleine von den bundesdeutschen Krügerrandkäufern sämtliche südafrikanischen Waffenimporte (hätten) bezahlt werden" können (22). 1978 war jedoch ein Rekordjahr. Seitdem ist der Verkauf zurückgegangen, obwohl im September 1980 drei neue Münzen auf den Markt gebracht wurden, die mit geringerem Goldgehalt (1/2, 1/4 und 1/10 Unze Feingold) auch dem „kleinen Anleger" die Möglichkeit zum Goldkauf bieten sollen. Auch der Beschluß des US-Kongresses, den Handel mit Krügerrands zu untersagen (November 1983), wird bedeutende Einbußen für den südafrikanischen Goldverkauf mit sich bringen (23).

Wer als Österreicher gern Gold besitzt, sollte auf den Dukaten zurückgreifen. Seit er mit Mehrwertsteuer (derzeit 20 %) belegt wurde (1973), hat er zwar an Beliebtheit verloren, aber allemal noch den Vorteil, nicht der Finanzierung eines rassistischen Staates zu dienen, der den Schwarzen und Farbigen die grundlegendsten Menschenrechte vorenthält. Als ausländisches Zahlungsmittel bedarf der Handel mit Krügerrands der Bewilligung der Nationalbank. Seit 1976 hat diese angeblich keinem Österreicher mehr die Bewilligung zum Erwerb einer Krügerrandmünze erteilt. Bis dahin existierten sogenannte Rahmenbewilligungen, die es den Kreditinstituten ermöglichten, pro Name und Münzenjahrgang eine Münze auch an inländische Sammler abzugeben. Aber wer ist kein heimlicher Sammler...! Ölpreissteigerung, Rezession, Devisenknappheit und übertriebene Nachfrage von Nichtnumismatikern mündeten in der ersatzlosen Streichung der Bewilligungen. Man mag zwar bedauern, daß solche Entscheidungen nie politischen oder humanitären Überlegungen entspringen, aber auch als Folge akuter Devisenknappheit ist der Sachverhalt lobenswert. Solange es freilich kein Einfuhrverbot für Krügerrands gibt, kann diese Regelung spielend umgangen werden - was jedem einleuchtet, der einen Ausländer kennt.

Da Ausländer natürlich ausländische Zahlungsmittel, wie der Krügerrand eines ist, ohne weiteres ausführen dürfen, ist den Banken ein lukratives Nebengeschäft geblieben, vor allem im Grenzgebiet

und in Touristenzentren. Mitgenascht wird praktisch von allen Banken; die besten Kontakte zur *International Gold Corporation Ltd.* hat allerdings die *Schoeller-Bank*, an die man von der Münchner Niederlassung der Südafrikaner verwiesen wird. „Österreich ist nach Angaben des Deutschland/Österreich-Managers der IGC ein ausgezeichneter Markt für die südafrikanische Goldmünze, obwohl Inländer keine Krügerrand kaufen dürfen. Ausländer können die Goldmünzen in Österreich dagegen mehrwertsteuerfrei erwerben - eine Begünstigung, die es europaweit sonst nur noch in Luxemburg gibt" (24).

Daß mit dieser umstrittenen Goldmünze ein „fragwürdiges Regime" mit dem „Schandmal der Rassentrennung" finanziert wird, wurde kürzlich auch von kirchlicher Seite deutlich hervorgestrichen. Das *Salzburger Rupertusblatt* befürwortet einen Boykott der Krügerrandmünzen, indem es auf die 5 Mrd Schilling (!) verweist, die 1983 den Verkaufserlös in Österreich ausmachten. Wie die Kirchenzeitung bemerkt, kümmert sich die österreichische Finanzwelt von BAWAG bis Raiffeisen wenig darum, zu welchen Zwecken der Goldgewinn verwendet wird (25).



Ein Beispiel für viele: Mehrwertsteuerfreier Krügerrandverkauf in Salzburg (Foto: Ferd. Altnöder)

Kohle

„Aus Südafrika sei in den nächsten vier Jahren keine Kohle zu erhalten", zitiert die *Wiener Zeitung* im Mai 1981 den Generaldirektor der *Verbundgesellschaft*, Walther Fremuth (26). Das dürfte manche gekränkt haben, denn „... wenn wir ehrlich sind, es wäre nur zu begrüßen, wenn dieses Südafrikageschäft zustande käme." Wolfgang Sperner vom *Volksblatt*, kurz zuvor von einer Südafrikareise zurückgekehrt, erklärt auch den Grund seiner Hoffnung: Es „halten sich wohl nur noch die dümmsten Länder an den Wirtschaftsboykott gegenüber Südafrika" (27).

Die Kohle, das *Schwarze Gold*, markiert ein sogenanntes Hoffnungsgebiet der Südafrikaner. Die Expansion des Kohlewelthandels kommt auch Südafrika zugute, das an ihm 1980 mit 11 % beteiligt war. Südafrikas Kohlereserven liegen im Weltmaßstab an 8. Stelle (28), als Förderland belegt es den 6. (29), als Exporteur den 3. Platz (30). Die südafrikanische Regierung meinte 1981 noch, 82 Mrd t Kohle zu beherbergen, von denen 25 Mrd wirtschaftlich abbaufähig wären; bei stagnierender Produktion würde das immerhin 250 Jahre reichen (31). An anderer Stelle ist bereits von 130 Mrd t abbaufähiger Kohlenreserven die Rede (32).

Wie immer es sich genau verhält, der rasche Aufschwung der Kohleförderung ist unübersehbar. Mit 131,2 Mio t (116,04) im Jahre 1981 (1980) hat Südafrika seit 1975 sein Produktionsvolumen nahezu verdoppelt (33). Die Produktion geht Hand in Hand mit gewaltigen Exportanstrengungen und mit erhöhtem eigenem Bedarf. Kohle war von Anfang an Motor der südafrikanischen Industrie. Rund die Hälfte der geförderten Kohle (die schlechtere Qualität) wird möglichst nahe den Gruben ohne Bearbeitung verbrannt und deckt rund 3/4 des südafrikanischen Energiebedarfs; das restliche Viertel wird größtenteils durch Mineralöle (24 %) und zu einem kleinen Teil (1 %) auch durch Wasserkraft abgedeckt. 1982 wurden allein 30 Mio t in den Kohleverflüssigungsanlagen SASOL I und II zu Öl hydriert.

Der Export der Kohle war bis 1973 mit ca. 1,5 Mio t pro Jahr minimal (34). Inzwischen hat sie sich - nach dem Gold, aber mit Einkünften von 2,1 Mrd Rand (1982) noch deutlich vor den Diamanten - zum zweitwichtigsten Exportgut Südafrikas entwickelt. Lukrative Aufträge, vor allem im Zuge der Ölverknappung Anfang der Siebzigerjahre, beschleunigten den Ausbau der Infrastruktur.

1976 wurde der Kohlehafen von Richards Bay fertig, in dem nach weiteren Vergrößerungen inzwischen 30 Mio t pro Jahr umgeschlagen werden (35).

Ein Drittel der geförderten Kohle wird heute exportiert. Wie auch bei anderen Rohstoffen liegt der entscheidende Vorteil Südafrikas im Preis: Heere von schwarzen, unterbezahlten Wanderarbeitern halten, wie selbst eine OECD-Studie zugibt (36), die Lohnkosten gering. die 100.000 Beschäftigten (1981) sehen wenig von den 2,1 Mrd Rand Erlös des Kohlegeschäftes (37). Daß 14 der 92 Minen im Tagbau arbeiten können, trägt in besonderem Maße zu den niedrigen Preisen und den massiven Profiten auch dieses Bergbausektors bei.

Nach Informationen des *South African Congress of Trade Unions* entfallen 94 % der Kohlegewinne auf 8 Gesellschaften, auf zwei davon alleine 65 %. Die *Anglo American Corporation of South Africa* (durch *Amcoal*), die mit ihren 12 Minen 33,8 Mio t Kohle förderte, beziffert ihren Gewinn mit 79,1 Mio Rand. *General Mining* (vor allem über *Trans Natal Steelkoolkorporasie Beperk*) schöpfte mit 13 Minen und 30,3 Mio t Kohle 73 Mio Rand Gewinn ab (38).

Seit 1976 erfreuen sich auch drei Ölgesellschaften einer Förder- und Exportkonzession für Kohle. *BP, Shell* und *Total* sollen zusammen 30 % des Exportanteils unter der Bedingung erhalten, „daß sie weiterhin ihre Verpflichtungen erfüllen, an unser Land flüssige Erdölbrennstoffe zu liefern" (südafrikanischer Handelsminister Chris Heunis, Mai 1979) (39). Dieses Tauschgeschäft „Kohle für Öl" ist seit dem OPEC-Embargo von lebenswichtiger Bedeutung, obwohl Südafrika mit den Kohlehydrierungsanlagen massive Anstrengungen unternimmt, vom Öl zunehmend unabhängig zu werden.

Hauptabnehmer der exportierten Kohle ist vor allem die EG, die aufgrund der südafrikanischen Dumping-Preise sogar Gruben zugunsten von Importkohle zusperrte. Das „Kohle-für-Öl"-Geschäft auf Kosten Europas scheint eine wichtige Triebkraft der steigenden Kohleimporte in Europa zu sein. Rotterdam ist der Hauptumschlagplatz dafür.

Ob es für die EG klug ist, 23 % des Kohlebedarfs in Südafrika zu decken, sei dahingestellt. Die Johannesburger Zeitung *Financial Mail* machte jedenfalls deutlich, daß der Einsatz von Kohle und Uran als politische Waffen Südafrika zum Saudiarabien des Westens machen könnte (40).

Österreich importiert erst seit 1979 Steinkohle aus Südafrika; offenbar ist die ÖMV-Tochter *Elan* dafür verantwortlich (41). Die Zahlen geben eigentlich zu keiner Besorgnis Anlaß, wenn man sie mit den Import-Mengen der EG vergleicht. Kaum 0,2 % des österreichischen Steinkohlenimports kamen 1980 und 1981 aus Südafrika. 1979 waren es gar nur 0,04 %. Seit aber die österreichische E-Wirtschaft mehr auf Steinkohle als bedeutendsten Primärenergieträger setzt, sind auch verstärkte Bemühungen um südafrikanische Kohle zu bemerken. Ob die Steigerung auf 2,5 % im Jahr 1982 - immerhin 70 Mio öS - einen neuen Trend ankündigt, wird sich erst zeigen.

Nach Fertigstellung aller Kraftwerksprojekte rechnet der *Verbundkonzern* mit einem zusätzlichen Kohlebedarf von 1,5 Mio t, der in Australien, den USA oder in Südafrika gedeckt werden soll (42). 1979 wurden von der E-Wirtschaft Verhandlungen mit der Firma *Shell* geführt, die für das Zwentendorf-Ersatzkraftwerk Kohle aus eigenen Gruben in Südafrika anbot. Befürchtungen wegen der politischen Lage am Kap trat man seitens *Shell* mit dem Angebot einer Ausfallshaftung entgegen, die Lieferungen von Öl und amerikanischer Kohle in Aussicht stellte, sollte die Versorgung aus Südafrika je unterbrochen werden (43). Die Lieferungen sollten ab Mitte der 1980er Jahre aktuell werden, wenn der Rhein-Main-Donau-Kanal als Transportweg zur Verfügung stehen wird.

Als zweite Möglichkeit, um ihre südafrikanische Kohle an den Mann zu bringen, hat *Shell* den Bau einer Pipeline von Triest ins Tullnerfeld vorgeschlagen. Das Projekt, das auch eine Kohleverflüssigungsanlage in Triest erfordern würde, hat man 1979 bereits mit 8 Mrd öS veranschlagt. Da aber die 5 Mio t pro Jahr, die zur Rentabilität erforderlich wären, in Österreich nicht unterzubringen sind, erwog man eine Verlängerung der Leitung bis nach Bayern (44). Allerdings sind diese Pläne vorerst auf Eis gelegt worden.

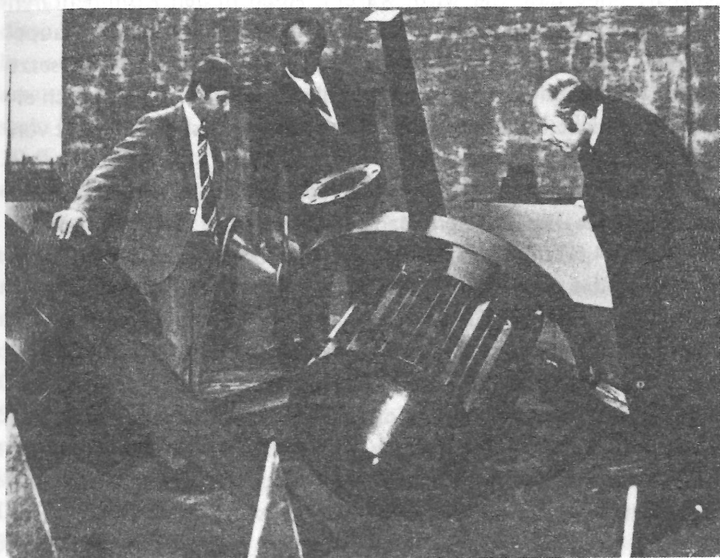
Hingegen tauchen in gewissen Abständen immer wieder Meldungen über südafrikanische Kohle für Dürnrohr auf. In den Pressekonferenzen des Verbund-Generaldirektors Fremuth zwischen März 1980 und Mai 1981 war viel die Rede von einem „zweiten Bein" in der Kohleversorgung, bzw. vom „Bemühen um die Diversifizierung österreichischer Energiequellen" (45).

Minenbeteiligungen und Lieferungen aus dem westlichen Ausland sollten den Liefervertrag mit Polen politisch absichern. Problematisch an der amerikanischen Kohle war aber der Preis (87 bis 105 Dollar je t gegenüber 55 Dollar für polnische Kohle). Die Schwie-

rigkeiten mit Südafrika wiederum liegen im komplizierten Transportweg. Eine im Juli 1981 ins Leben gerufene *Adria Hafen Studiengesellschaft* (46), die die Möglichkeit eines Ausbaus der Adriahäfen für die Kohleverschiffung prüfen sollte, winkte ein Jahr später ab. Die Pläne, mit österreichischem Kapitaleinsatz einen eigenen Kohlehafen in Triest zu errichten, der insbesondere für die Versorgung der österreichischen E-Wirtschaft zur Verfügung stehen sollte, wurden verworfen (47). Die vorgesehene Kapitalbeteiligung an der italienischen Gesellschaft zur Errichtung von Kohlehäfen, die inzwischen mit staatlicher Hilfe ins Leben gerufen wurde, erschien wegen der geringen Einflußmöglichkeiten nicht sinnvoll (48).

Der spezifisch österreichisch-deutsche Kohlehafen wird somit nicht errichtet, jedoch wird der Triester Hafen von einer italienischen Gesellschaft ausgebaut. Voraussetzung, daß Österreich und Süddeutschland daran mitnaschen, ist der doppelgleisige Ausbau der italienischen Bahnlinie „Pontebbana" durchs Kanaltal.

D. h.: sobald die Italiener die Infrastruktur aufgebaut haben und man die Angst vor streikenden italienischen Staatsbahnen eingedämmt haben wird, wird es neue Liefermöglichkeiten für Kohle



Südafrikas Bergbau braucht ausländische Maschinen und Technologien. Im Bild die Übergabe von Lamelleneindickern der Wiener Firma Chemie & Metall an die Anglo-American Corporation, Johannesburg.

geben. Und wenn ein ausgebauter Adriahafen auch für Lieferungen aus den USA und Australien gedacht sein sollte, so ist doch damit zu rechnen, daß sich *Shell-Austria* weiterhin darum bemühen wird, ein „zweites Bein" aus Apartheid-Kohle zur Verfügung zu stellen.

Mangan

Mangan kommt in der Natur häufig vor, ebenso häufig wie Phosphor und Schwefel. Sein geringer Preis hat es zu einem der wichtigsten Legierungsmetalle der Stahlerzeugung gemacht, wo auch über 90 % des produzierten Mangans verbraucht werden.

Ob es mit seinen entschwefelnden und desoxydierenden sowie härtenden und verstärkenden Eigenschaften durch andere Metalle substituiert werden kann, wird nicht einheitlich beantwortet: eine im Auftrag niederländischer Anti-Apartheidgruppen erstellte Studie (49) sieht die Attraktivität alleine im niedrigen Preis von Mangan begründet; ansonsten sei es mit gleichen oder günstigeren Folgen durch andere Erze zu ersetzen. Die Mitglieder einer amerikanischen Studienkommission (50) halten es hingegen für unverzichtbar, ohne daß klar wird, warum. Auch in den Kommentaren zum österreichischen Rohstoffkonzept heißt es: „In seinen Hauptverwendungszwecken ist Mangan kaum substituierbar" (51). Ersetzt man es durch andere Legierungsmetalle, bekommt man einfach eine andere, nicht unbedingt schlechtere, aber meist teurere Art von Stahl.

Mit einem rund 50 %igen Anteil (Selbsteinschätzung: 78 %) besitzt Südafrika die größten Manganreserven der Welt. Hinter der UdSSR (30,4 %) und Brasilien (12,88 %) produziert es derzeit 24 % der Weltproduktion, was 1979 5,2 Mio t und einen Erlös von 113,3 Mio Rand ausmachte (52).

Zwei Drittel der Produktion werden exportiert, ein kleiner Teil auch nach Österreich. Der österreichische Bedarf von durchschnittlich 440 t Manganerz (Wert nie mehr als 2 Mio öS) wird erst seit 1981 von Südafrika mitgedeckt. Verantwortlich dafür sind die *VEW*, die als Manganeinkäufer 1981 30 % (1982: 20 %) ihres Bedarfs aus Südafrika bezogen.

Chrom

Chrom kommt in der Natur hauptsächlich als Chromeisenstein vor. Die wichtigsten Fundorte sind Südafrika, Neukaledonien und Kleinasien. Als Ferrochrom dient es vor allem zur Herstellung von nichtrostenden Spezialstählen, wobei Chrom vor allem die Härte, Nickel) die Zähigkeit vergrößert. Die Hitze- und Korrosionsbeständigkeit macht es zu einem wichtigen Werkstoff in der chemischen Technik sowie beim Kraft- und Triebwerksbau.

Die erwähnte niederländische Studie hält rund 12 % des in Europa verarbeiteten Chroms für wirklich lebenswichtig für die Industrie (z. B. für Raffinerien, den Generatoren- und Triebwerksbau), während jene 40 %, die der Herstellung rostfreier Gegenstände zu dekorativen Zwecken dienen, leicht durch andere Legierungen oder durch Aluminium ersetzt werden könnten (53). Der US-Report befürchtet dagegen Konkurrenznachteile wegen höherer Kosten und der niedrigeren Qualität möglicher Substitutionen und schließt sie daher weitgehend aus (54).

Auf Österreich, dessen Bedarf an Chromerzen vor allem in der Feuerfestindustrie und kaum in der Dekorationsbranche liegt, sind diese Einschätzungen nicht einfach zu übertragen. Chrom kann nur in „wenigen Fällen durch Nickel, Kobalt, Molybdän oder Vanadium ersetzt werden" (55). Wo Österreich allerdings seinen Bedarf deckt, steht ihm frei. Mit einem Anteil an der Weltproduktion von nur rund 30 % hat Südafrika nicht die strategisch unersetzbare Position, die es sich selbst gerne zuschreibt.

Südafrika selbst meint, daß allein 80 % der Weltreserven im *Bushveld Ingneous Complex* in Transvaal liegen (56). Der US-Report nennt nur 66,4 % was wohl stimmen dürfte. Hinzugefügt werden muß, daß es sich weitgehend um Erze von schlechter Qualität handelt. Nur 14 % dieser Reserven weisen einen entsprechend hohen Chromanteil auf, der bis vor kurzem noch für die Herstellung von Stahl gefordert wurde (57). Zimbabwe, das mit seinen Erzen während des Rhodesien-Boykotts die südafrikanische Statistik aufbesserte, besitzt hingegen ca. 60 % des hochwertigen Chromeisensteins. Die Weltreservenstatistik zeigt trotzdem für Südafrika 80 % und 14 % für Zimbabwe.

Die von rund 10 Gesellschaften betriebenen gut 20 südafrikanischen Minen produzieren in zunehmendem Maße Ferrochrom. So wird nur mehr ein Drittel des südafrikanischen Chromerzes roh ex-

portiert, der Rest geht in die rasch wachsende Ferrochromindustrie. Ihre Profitrate mit 60 - 72 Rand pro Tonne liegt um einiges höher als bei Chromeisenstein (nur 14 - 15 Rand). Wie auch bei anderen Rohstoffen sind es die schamlos niedrigen Löhne, die dem Rassistenstaat seine Position am internationalen Chrommarkt sichern.

Die Chromerzimporte Österreichs aus Südafrika haben seit 1976 kontinuierlich zugenommen. Die absolute Menge hat sich von ca. 40 Mio öS auf 80 Mio öS (1982) erhöht. Der von Südafrika gelieferte Anteil an den importierten Chromerzen stieg von 19,2 % (1976) auf 72,2 % (1982). Diese Entwicklung ist traurig und bedenklich. Auf keinen Fall rechtfertigt der Weltproduktionsanteil Südafrikas (30 %), daß Österreich fast drei Viertel seines Chroms von dort bezieht.

Uran

Am 18. 9. 1971 berichtete die südafrikanische Zeitung *The Star* über ein bevorstehendes Uran-Geschäft: „Die Gesellschaft, die für die Errichtung von Österreichs erstem Atomkraftwerk verantwortlich ist, teilte gestern mit, daß sie Angebote von 2 Firmen zur Lieferung von Uran bis 1983 angenommen hätte. Die zwei Firmen - die *Nuclear Fuels Corporation of South Africa* und die *Deutsche Uran-Gesellschaft* - werden je eine Hälfte der 1100 t benötigten Natururans liefern" (58). Daß sich Österreich mit einer „südafrikanischen Firma in Verhandlungen" befände, wobei jedoch noch wichtige Finanzierungsfragen ungeklärt seien, bestätigte vier Jahre später der damalige Handelsminister Staribacher (59). Nach weiteren eineinhalb Jahren wußte *Profil* bereits von einem „Liefervertrag über 450 Tonnen Natururan"; dieser Vertrag wäre mit einem Produzenten in Südwestafrika, also im illegal besetzten Namibia, abgeschlossen worden (60). Weniger exakt in der Ortsangabe berichtete dieselbe Zeitschrift im Juli 1977, daß bereits 1270 Tonnen Uran für Zwentendorf, ausreichend bis 1985, in Afrika gekauft, jedoch noch nicht in Österreich gelagert worden wären (61). Zur Lieferung kam es am 18. Jänner 1978, als die ersten Brennelemente von der Herstellerfirma, der *Reaktor-Brennelement-Union* in Hanau (BRD), nach Linz und von dort mit einem Hubschrauber nach Zwentendorf gebracht wurden; sie trafen dort exakt „um 16,32 Uhr" ein (62).

Auch für das zweite geplante Atomkraftwerk in St. Pantaleon waren inzwischen 450 Tonnen Uran gekauft und angereichert wor-

den (63). Wie der *Kurier* im November 1979 berichtete, waren die 584 Brennelemente für Zwentendorf aus südafrikanischem Uran gefertigt und in den Vereinigten Staaten angereichert worden; das Uran für St. Pantaleon war ebenfalls teils aus Südafrika, teils von einer bundesdeutschen Uran-Handelsgesellschaft geliefert und in der Sowjetunion angereichert worden; die Kosten für die Anreicherung beider Uran-Kontingente hatten 400 Mio Schilling betragen (64). Im Lichte der innenpolitischen Auseinandersetzung wurde die Inbetriebnahme von St. Pantaleon allerdings immer unwahrscheinlicher. Schon Anfang 1978 sprach der Wiener Stadtrat Nekula davon, die langfristig geschlossenen Verträge über Ankauf und Aufbereitung des Urans für St. Pantaleon zu lösen (65).

Nach dem 5. November 1978, als die legendäre Volksabstimmung über Zwentendorf der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks einen Riegel vorgeschoben hatte, hatte sich auch die Hoffnung zerschlagen, die für St. Pantaleon gedachten 450 Tonnen Natururan für Zwentendorf verwenden zu können (65). Stattdessen ging man daran, die Anreicherungsverträge mit der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zu lösen und das südafrikanische Uran zu verkaufen (67).

Mit welch politischer Instinktlosigkeit dies vor sich ging, berichtete der sowjetische UN-Delegierte Berezovsky am 10. Juli 1980 im Verlauf eines Hearings über namibisches Uran. Demnach hatte die österreichische *Kernkraftwerk-Planungsges.m.b.H.* die sowjetische Anreicherungsfirma gebeten, den Re-Export des Urans nach Südafrika zu gestatten (68). Es handelte sich dabei um die 450 Tonnen für St. Pantaleon. Von sowjetischer Seite wurde der österreichische Wunsch abgelehnt, da er gegen zahlreiche Boykottbeschlüsse der Vereinten Nationen gegen Südafrika verstoßen hätte; nicht zuletzt, so wurde argumentiert, hätte dieses Ansuchen auch dem Standpunkt Österreichs in der Südafrikafrage widersprochen.

Als Berezovsky von diesem skandalösen Vorfall berichtete, war das angereicherte St. Pantaleoner Uran, das inzwischen in der BRD gelagert war, schon in amerikanischen Händen. Die *Rochester Gas Electric Corporation* in New York hatte vom US-Außenministerium die Erlaubnis erhalten, das Uran einzuführen. Nicht zuletzt der „Okkasionspreis" von 45 Mio Dollar (das Pfund für 31 statt für 42 Dollar) hatten es einem US-Versorgungsunternehmen erstmals möglich gemacht, Brennstoff aus dem Ausland zu kaufen (69). Seitens des US-Departments of Energy wurde übrigens im Juli 1980

bestätigt, daß das von Rochester Gas und Electric erworbene österreichische Uran ursprünglich aus Südafrika stammte (70).

Südafrikanisches (wahrscheinlich namibianisches) Uran in Österreich - der Tatbestand steht in eindeutigem Widerspruch zu den Beschlüssen der Vereinten Nationen über die nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika, vor allem zum Dekret Nr. 1 des *UN-Council for Namibia* über den Schutz der natürlichen Güter des besetzten Gebietes. Man wundert sich nicht über die erstaunliche Sorgfalt, mit der diese Frage aus amtlichen Dokumenten und Statistiken ausgeklammert wird. Außer der Erwähnung des Urans für St. Pantaleon im Energieplan 1976 sind keine „seriösen" Informationen erhältlich. Man erinnert sich noch an die besondere Geheimhaltung seinerzeit, kann aber nichts Genaues sagen.

Sogar Herbert Vetter, der in seinem Buch mit dem Untertitel „Ein Arzt untersucht die Kernenergie" kurioserweise beklagt, daß sich so viele Nicht-Kernphysiker mit Kernkraft befassen - auch er verliert in seinem materialreichen Konvolut zu Ehren Zwentendorfs über die Herkunft des Urans kein Wort (71).

Anmerkungen

(1) Hugo Portisch, Kap der letzten Hoffnung. Das Ringen um den Süden Afrikas (Wien-München-Zürich 1981), S. 16
(2) Africa Now (London), Jänner 1983, S. 87
(3) South Africa 1983. Official Yearbook of the Republic of South Africa (Johannesburg 1983), S. 536, 559
(4) Siegfried Bräuer, Weltwirtschaft zur Jahresmitte 1983: Südafrika, in: Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Bonn), August 1983, S. 4
(5) Wie Anm. 2
(6) Survey of Race Relations 1982 (Johannesburg 1983), S. 69 f.
(7) Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie (Hg.), Die Grundlagen der Rohstoffversorgung. Verwendung und Verbreitung mineralischer Rohstoffe sowie statistische Daten zur Rohstoffversorgung Österreichs (Wien 1981), S. 27

(8) Barbara Rogers/Brian Bolton, Sanctions against South Africa. Exploding the Myth. (Manchester 1981), S. 5
(9) Peter Ripken (Hg.), Südliches Afrika. Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft (Westberlin 1978), S. 112
(10) Rogers/Bolton, Sanctions, S. 6
(11) BMfHGI, Rohstoffversorgung, S. 156
(12) ebda., S. 146
(13) Francis Wilson, Labour in the South African Gold Mines 1911 - 1969 (Cambridge 1972)
(14) Heute schätzt man das Verhältnis zwischen weißen und schwarzen Löhnen im Bergbau auf etwa 7 : 1. Allerdings waren während dieser „Verbesserung" in den 1970er Jahren die Nettoprofite der Minenindustrie durchwegs größer als die gesamten Lohnkosten.
(15) Fischer Weltalmanach 1984 (Frankfurt/Main 1983), S. 585 ff.
(16) ifo-Schnelldienst (München) 18/1983
(17) Bräuer, Südafrika, S. 3
(18) ifo-Schnelldienst (München) 16/1982
(19) Hellmut Scheidl, Der Wert des Goldes (Wien 1981), S. 14
(20) Während man aber z. B. 1982 für 341 Mio öS nur mehr 1807 kg Gold aus Südafrika bekam, waren es 1977 für denselben Betrag noch 4293 kg gewesen.
(21) Krügerrand-Bulletin (München), Juli 1983
(22) informationsdienst südliches afrika (Bonn), März 1979
(23) The Times (London), 25. 11. 1983
(24) Die Presse (Wien), 17. 12. 1982
(25) Rupertusblatt (Salzburg), 22. 1. 1984
(26) Wiener Zeitung (Wien), 13. 5. 1981
(27) Neues Volksblatt (Linz), 2. 2. 1980
(28) Hinter den USA, der Sowjetunion, China, Australien, Großbritannien, der BRD und Indien.
(29) Fischer Weltalmanach 1984, S. 890
(30) Wie Anm. 2
(31) South Africa 1983, S. 569
(32) ifo-Schnelldienst (München), 18/1983
(33) UN-Monthly Bulletin of Statistics (New York), Juni 1983
(34) Ruurd Huisman, The Role of South African Coal in the Benelux-Countries, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 13/81 (New York), April 1981, S. 1
(35) Vgl. die begeisterte Schilderung von Portisch, Kap der letzten Hoffnung, S. 15 sowie Wiener Zeitung (Wien), 15. 8. 1979
(36) Huisman, South African Coal, S. 2
(37) ifo-Schnelldienst (München), 18/1983
(38) John Gaetsewe, Investment in South African Coal. Document presented at the UN-Sanctions Conference (Paris 1981), S. 2
(39) Huisman, South African Coal, S. 3; das restliche Exportkontingent wurde auf andere Minenkonzerne verteilt, ein Teil davon auf die Transvaal Coal Miners Association, die bis 1976 alleine das Geschäft machte.
(40) Financial Mail (Johannesburg), 29. 6. 1979

(41) Volksstimme (Wien), 11. 11. 1980
(42) Die Presse (Wien), 13. 5. 1981
(43) Wiener Zeitung (Wien) und Volksstimme (Wien), beide 26. 7. 1979
(44) Die Presse (Wien), 26. 7. 1979; Bayrische Staatszeitung (München), 30. 10. 1981
(45) Die Presse (Wien), 1./2. 3. 1980; Wiener Zeitung (Wien), 20. 12. 1980; Volksstimme (Wien), 21. 12. 1980; Wiener Zeitung (Wien), 13. 5. 1981
(46) Gegründet von Shell-Austria, VOEST-Alpine, Wiener Stadtwerke, NEWAG, STEWAG und Verbundgesellschaft
(47) Wiener Zeitung (Wien), 13. 3. und 11. 5. 1982
(48) Internationale Wirtschaft (Wien), 15. 9. 1983
(49) Rogers/Bolton, Sanctions, S. 8 f.
(50) Study Commission on U.S.-Policy toward Southern Africa (Hg.), South Africa - Time running out (Berkely-Los Angeles-London 1981), S. 315 f.
(51) BMfHGI, Rohstoffversorgung, S. 90
(52) Institute of Geological Sciences (Hg.), World Mineral Statistics 1977 - 1981 (London 1983)
(53) Rogers/Bolton, Sanctions, S. 9 f.
(54) Study Commission, Time Running out, S. 311 - 315
(55) Wie Anm. 51
(56) Ironischerweise liegt ein großer Teil dieser Chromreserven im angeblich unabhängigen Bobhutatswana.
(57) Die Umstellung auf ein neues Lichtbogenschmelzverfahren bietet die Möglichkeit, auch Chromerze schlechterer Qualität, wie sie in Südafrika vorhanden sind, zu verwerten.
(58) The Star (Johannesburg), 18. 9. 1971. An die beiden Firmen wurde rund eine dreiviertel Milliarde Schilling bezahlt (Trend, Wien, März 1978).
(59) Die Presse (Wien), 18. 3. 1975
(60) Profil (Wien), 27. 10. 1976
(61) Ebda., 12. 7. 1977
(62) Kurier (Wien), 19. 1. 1978
(63) BMfHGI, Energieplan (Wien 1976), S. 111; Kurier (Wien), 26. 1. 1978
(64) Kurier (Wien), 3. 11. 1979
(65) Die Presse (Wien), 21./22. 1. 1978
(66) Ebda., 29. und 30. 8. 1978
(67) Die Presse (Wien), 10. 3. 1980
(68) UN-Council for Namibia, Report of the Panel for Hearings on Namibian Uranium II, S. 164 (Doc. Nr. A/AC.131/82/Add.10)
(69) Kölner Stadtanzeiger (Köln), 7. 3. 1980; Die Presse (Wien), 10. 3. 1980
(70) Schreiben vom 8. 7. 1980 an Wolff Geisler
(71) Herbert Vetter, Zwickmühle Zwentendorf. Ein Arzt untersucht die Kernenergie (Wien-Heidelberg 1983), S. 255

Wolfgang Gasser

Früchte der Apartheid

„Für einen Verkäufer mit Ehrgeiz gilt die Outspan-Saison als besondere Herausforderung; denn Orangen während eines Ausnahmesommers erfolgreich an den Mann zu bringen - in einer Zeit, die durch Nachfrage nach Pfirsichen, Melonen und Weintrauben gekennzeichnet ist - erfordert einiges Geschick und beinhaltet somit echte Profilierungschancen. Da muß man sich schon einiges einfallen lassen, um den Kunden zu seinem saftigen Glück zu zwingen" (1).

In der Tat ist es für Südafrika nicht mehr einfach, auf den Märkten der EG und in Österreich Fuß zu fassen. Schutzmaßnahmen für die heimische Landwirtschaft und der wachsende Fruchtimport aus dem Süden Europas, aber auch erfolgreiche Boykottaktionen in mehreren Ländern haben die Einfuhrmöglichkeiten aus der Kaprepublik eingeschränkt (2). So versucht Südafrika verstärkt, die anderen Lieferanten durch - nach Meinung der Importeure - hohe Qualität und geschicktes Marketing der Früchte auszukonkurrenzieren. „Beharrlichkeit führt zum Ziel. Eine ansprechende Dekoration und ein nettes Lächeln animieren zusätzlich zum Kauf" (3).

Was Österreich betrifft, so hatten die südafrikanischen Farmer bis vor kurzem Grund zum Jubeln. Wie die Außenhandelsstatistik ausweist, machen die Agrarimporte einen großen und seit Beginn der 1970er Jahre steigenden Anteil des österreichischen Gesamtimports aus Südafrika aus. Insgesamt führte die Republik Österreich 1982 südafrikanische Waren im Gesamtwert von etwa 1,34 Mrd öS ein. Davon waren 29 % - in Geldwert 394,3 Mio öS - Importe von agrarischen Produkten, zum allergrößten Teil von Früchten in frischem und zubereitetem Zustand (vgl. Tabelle). Nur von Österreichs Goldimporten aus Südafrika (26 %) wurde der Agrarsektor annähernd erreicht. In einigen Bereichen sind die Apartheidfrüchte fast marktbeherrschend: etwa ein Viertel aller importierten Äpfel, Birnen und Grapefruits beim Frischobst und etwa die Hälfte aller importierten Pfirsiche sowie fast zwei Drittel der Ananas beim Dosenobst kommen aus Südafrika. Für Südafrika galt Österreich mit Recht als ein Hoffnungsmarkt. Wie lange dies jedoch noch der Fall ist, ist fraglich. Die inländischen Rekordernten der letzten Jahre haben die

Südafrikanische Früchte in Österreich

1982 wurde südafrikanisches Frischobst im Wert von 249,4 Mio öS nach Österreich importiert. Davon entfielen auf

	in 1000 öS	in % der Importe	Rangordnung nach Geldmenge
Äpfel	108.567	25,96	(2)
Tafeltrauben	35.390	12,97	(2)
Orangen	29.185	7,63	(5)
Birnen	29.147	23,46	(2)
Zitronen	19.558	11,50	(3)
Grapefruits	14.529	26,63	(2)
Mango,Mangostan, Avocado, Guaven	2.055	20,23	(2)
Ananas	1.211	13,35	(2)

Früchte in zubereitetem Zustand (also vor allem Dosenobst) wurden 1982 im Wert von 132,6 Mio öS importiert. Davon entfielen auf

	in 1000 öS	in % der Importe	Rangordnung nach Geldmenge
Pfirsiche	44.834	49,75	1
Ananas, Guaven	41.710	62,37	1
Sonstige	41.381	35,51	1

Quelle: Österreichische Außenhandelsstatistik, Serie 1A

Nachfrage nach Auslandsobst insgesamt gesenkt, und Anti-Apartheid-Kämpfer und bewußte Konsumenten machen auch in Österreich mobil. Sie fordern im Rahmen der *Aktion Früchteboykott-Südafrika* ihre Landsleute auf, keine Produkte der Apartheid mehr zu kaufen.

Ausbeutung schwarzer Arbeitskraft

Landwirtschaft in Südafrika zerfällt in zwei völlig getrennte Sektoren: die auf Subsistenzerhalt aufgebaute Bewirtschaftung der Bantustans, die aufgrund von Überbevölkerung, Bodenerosion, Kapitalmangel und der gegenwärtig noch hinzukommenden Dürre immer weniger imstande ist, den Lebensunterhalt der dorthin eingewiesenen Bevölkerung zu sichern; und die hochkommerzialisierte und exportorientierte Farmwirtschaft der Weißen, die großbetrieblich organisiert und technologisch und bewässerungsmäßig gut ausgestattet ist. 95 % der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung Südafrikas kommen aus den Betrieben der weißen Farmer, deren Durchschnittsgröße 1978 knapp tausend Hektar betrug (4).

Das Bild, das die südafrikanische Propaganda von dieser weißen Landwirtschaft zeichnet, ist harmonisch und freundlich: „Die Arbeiterfamilien sind in einem kleinen Dorf in der Nähe der Farm untergebracht... Vor jedem Haus ist ein kleiner Garten, und die Straßen im Dorf tragen Namen wie Liebesweg und Lavendelstraße, was die Atmosphäre in dem romantischen Tal widerspiegelt. Die Farm hat sogar eine eigene Kirche und einen fest angestellten Pfarrer... Die Arbeiter erhalten neben einem kräftigen Frühstück, das unter anderem aus Eiern, Brot, Marmelade und Kaffee besteht, auch ein kostenloses Mittagessen... Zusätzlich zu den Leistungen von Kost und Logis, Schulung, Kleidern, Pensionskasse und medizinischer Betreuung verdient ein Farmarbeiter bis zu 600 Rand monatlich" (5). Für Interessenten werden Reisen zu südafrikanischen Musterfarmen oder landwirtschaftlichen Forschungsstationen angeboten (6).

Wer sich allerdings näher mit Organisation und Funktion der südafrikanischen Landwirtschaft und der Situation ihrer schwarzen Arbeitskräfte beschäftigt, dem könnte ob solch zuckrigem Lügengebäude das Obst im Hals leicht stecken bleiben. Denn die Blüte des weißen Agrarbereichs ist auf einer verschärften Ausbeutung der schwarzen Arbeitskraft aufgebaut; etwa 1,3 Mio Menschen - davon

die Hälfte aus den Bantustans, die nur zur Ernte ins weiße Gebiet kommen dürfen - sind davon betroffen (7).

Farmarbeit in Südafrika ist - teils aufgrund rechtlicher Bestimmungen, teils aufgrund der gängigen Praxis - durch weit zurückreichende quasi-leibeigenschaftliche Traditionen bestimmt. Erst 1974 wurde der 1856 erlassene *Master and Servants Act* aufgehoben, der weißen Bauern weitreichende Vollmachten über ihre schwarzen Arbeitskräfte verlieh, diesen jedoch selbst das Kündigungsrecht absprach (8). Die gesetzliche Maßnahme hat de facto allerdings wenig verändert. So sind die Praktiken der körperlichen Züchtigung der Farmarbeiter durch ihre Herren, die schon in den 1950er Jahren immer wieder für Skandale sorgten (9), die gleichen geblieben. 1981 gab ein Sprecher des *Südafrikanischen Kirchenrates* bekannt, Tausende landwirtschaftliche Arbeitskräfte, darunter Frauen und Kinder, hätten keine Chance, der physischen Mißhandlung zu entkommen; körperliche Züchtigung würde von vielen nicht mehr als außergewöhnlich empfunden (10). Einige wenige Vorfälle fanden den Weg in die südafrikanische Presse:

„Ein Farmer aus Paulpietersburg wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er eine im siebten Monat schwangere schwarze Frau auf seiner Farm getötet hatte. Er rechtfertigte sich damit, daß die Frau Holz gestohlen und er auf ihr Gesäß geschossen hätte. Der Meinung des Richters zufolge hätte er auf ihre Füße schießen sollen..." (11).

„Der Weinbauer Du Toit aus Rawsonville wurde für schuldig befunden, einen dreizehnjährigen Burschen am Hals angekettet zu haben, einen Arbeiter im selben Zustand mit einer Schlauchspritze geschlagen und einen anderen damit getötet zu haben" (12).

Durch die massenhafte Heranziehung von Gefangenen zur Arbeit auf den Farmen werden die Verhältnisse natürlich nicht besser (13). Tatsächlich ist die Verhängung der Zwangsarbeit über die von Südafrikas Rassenjustiz verurteilten Schwarzen nicht selten; in einzelnen Fällen wurden Gefängnisse in unmittelbarer Nähe von landwirtschaftlichen Produktionsgebieten errichtet. Auch Kinderarbeit ist in der Apartheid-Landwirtschaft weit verbreitet, angesichts der unzureichenden gesetzlichen Regelungen kein Wunder; nur etwa ein Drittel dieser arbeitenden Kinder besitzt die Möglichkeit, von den Farmern errichtete Behelfsschulen zu besuchen (14).

Sofern in der Landwirtschaft überhaupt Barlöhne bezahlt werden - Entlohnung in Naturalien (Kost-Quartier, Lebensmittel) oder

mit Alkohol (das sogenannte *tot-System*) ist immer noch üblich -, so liegen diese weit unter dem südafrikanischen Durchschnitt. Eine Regierungsstatistik gibt für Anfang 1980 folgende monatliche Durchschnittslöhne für vollbeschäftige Landarbeiter an (15):

Gebiet	Geldlohn Rand	plus Naturalien im Wert von Rand
Oranje/Ost	26,60	31,98
Western Transvaal	33,56	34,26
Oranje/Nordwest	33,51	34,26
Highveld	26,42	50,87
Western Cape I	53,42	76,35
Western Cape II	79,08	67,24

Zur selben Zeit betrug der monatliche Durchschnittslohn für Schwarze, berechnet für die südafrikanische Gesamtwirtschaft 173 Rand, für Weiße 714 Rand (16). Die Verdienstmöglich

Zur selben Zeit betrug der monatliche Durchschnittslohn für Schwarze, berechnet für die südafrikanische Gesamtwirtschaft 173 Rand, für Weiße 714 Rand (16). Die Verdienstmöglichkeiten für Farmarbeiter liegen am untersten Ende der Skala.

Nicht nur wegen der günstigen Voraussetzungen für die extreme Nutzung und die Kontrolle von fast einem Viertel der schwarzen Arbeitskraft ist die Landwirtschaft ein strategisch bedeutender Sektor der Ökonomie Südafrikas. Die weißen Farmer, zumeist Angehörige des burischen Bevölkerungsteils, bilden die soziale Basis der *National Party* und damit der seit 1948 führenden Kraft des Rassistenregimes. Fast jeder südafrikanische Farmer ist Mitglied einer der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die über bedeutenden politischen Einfluß verfügen (17). Darüber hinaus leisten die agrarischen Exporte einen großen Beitrag zur Stabilisierung der südafrikanischen Zahlungsbilanz; immerhin machte die Ausfuhr landwirtschaftlicher Güter 1977 etwa 20 % der Gesamtexporte Südafrikas aus (18).

Angesichts dieses wahrhaft strategischen Charakters der Landwirtschaft für die Aufrechterhaltung des Apartheidsystems könnte ein konsequenter Importboykott von Agrarprodukten mit hoher Wahrscheinlichkeit die gesamte Ökonomie Südafrikas treffen. Umgekehrt trägt der Absatz von Früchten und anderen agrarischen Produkten in Europa zur Stärkung dieses Systems bei. Der frühere Ministerpräsident John Balthasar Vorster brachte diesen Zusammenhang offen zu Ausdruck: „Jedes Mal, wenn ein südafrikanisches Pro-

dukt gekauft wird, wird ein neuer Baustein der Mauer unseres Fortbestandes hinzugefügt" (19).

Südafrikanische Früchte in Österreich: Outspan und Cape

Etliche renommierte Firmen sind von Österreich aus am Bau der Apartheidmauer beteiligt. Südafrikanisches Frischobst wird von 3 Firmen an die Kunden gebracht: *Ahorner, Fruchtunion* und der Agentur *Barton*. Für Dosenobst aus dem Apartheidsstaat sorgt eine Reihe anderer Unternehmen. Eine vollständige Liste aufzustellen ist schwierig: zu diskret laufen oft die Geschäfte. Wir haben im folgenden dennoch versucht, einige wichtige Firmen, die mit der Apartheid-Landwirtschaft im Geschäft sind, aufzuzählen.

Im Zitrusfrüchtehandel ist es die Firma *J. Barton & Co Ges.m.b.H.* mit einem Büro im Wiener Hotel Hilton, die die Interessen der *South African Cooperative Citrus Exchange Ltd.* (SACCE) vertritt. Die Produkte der SACCE sind weltweit unter dem Markennamen *Outspan* bekannt (20). Die Firma Barton besitzt kein eigenes Lager und arbeitet als SACCE-Agent, der zwischen Ketten, Großverteilern und der Outspan-Zentrale in Berkhamsted nahe London sowie dem für Österreich, die BRD, Finnland und die Schweiz verantwortlichen Outspan-Verkaufsbüro in Hamburg vermittelt (21).

Von 1962 bis 1979 hatte die Firma *Josef Ahorner OHG*, als deren Prokurist Herr Barton arbeitete, die Outspan-Vertretung für Österreich inne. Der findige Prokurist machte sich jedoch selbständig, und eine Änderung der südafrikanischen Geschäftspolitik warf die Firma Ahorner aus dem Rennen. In der Fruchthandelsbranche ist es ein offenes Geheimnis, daß es zwischen Herrn Barton, der nun wohl eifrig Provisionen für seine Vermittlungstätigkeit kassieren darf, und dem Fruchtriesen Ahorner zu ernsten Verstimmungen kam.

Die Verkaufsrechte für Outspan wurden dreizehn österreichischen Handelsketten, Importfirmen und Verteilern übertragen. Dieser sogenannte *Panel*, der sich verpflichtet hat, bestimmte Auflagen der SACCE zu erfüllen, ist für den Absatz von Outspan in Österreich verantwortlich (22).

Auffällig ist hier der relativ hohe Pro-Kopf-Verbrauch an Outspan-Zitronen: 1982 wurden pro tausend Einwohnern 21 Kartons verkauft, während es in der BRD nur 0,9, in Finnland 4 und in der Schweiz 5 Kartons waren (23). Dies resultiert aus der Tatsache, daß sich Outspan auf dem österreichischen Markt während der Sommer-

monate nahezu die Position eines Alleinlieferanten für Zitronen eroberte. Trotz einem insgesamt eher rückläufigen Trend auf dem europäischen Obstmarkt kann Outspan also zufrieden sein.

Sehr zufriedenstellende Ergebnisse konnte auch - nicht zuletzt mit Hilfe österreichischer Geschäftspartner - die Outspan-Tochter *Prodex* verbuchen. Sie ist für den Vertrieb südafrikanischer Exoten und Off-Season-Produkte zuständig, die unter dem Markennamen *Caprice* angeboten werden (24). Ihre Interessen werden in Österreich gleichfalls von der Firma Barton vertreten (25). Die Palette von Caprice reicht von Spargel, Mangos, Lychees, Avocados, Kirschen und Melonen bis zu Papayas, Ananas, Kumquats, Knoblauch und Zwiebeln. Der österreichischen Außenhandelsstatistik zufolge konnte Südafrika 1982 mit Produkten wie Mangos, Mangostan, Guaven und Avocado auf dem österreichischen Markt Rang zwei für sich behaupten. Dabei erfreuten sich die Mangos, wenn man der Zeitschrift *Fruchthandel* glauben schenkt, ganz besonderer Beliebtheit (26).

Gute Geschäfte macht weiters das *Deciduous Fruit Board* (D.F.B.), dessen Produkte wie Äpfel, Birnen, Tafeltrauben, Zwetschken, Pfirsiche und Marillen unter dem Markennamen *Cape* in heimischen Geschäften zu finden sind. Zwei österreichische Importfirmen teilen sich den heimischen Markt und vertreiben bei uns das Cape-Obst an Ketten und Läden (27). Es sind dies die schon genannten Firmen *Ahorner* und *Fruchtunion*, ein Unternehmen der deutschen Scipio-Gruppe. Beide Firmen besitzen mehrere Niederlassungen in Österreich.

Zu ihren Apartheidgeschäften schreibt die Firma *Ahorner*, Wien: „Voller Erwartungen ging man hier auf dem österreichischen Markt in die neue Cape-Saison... Wir haben heuer, was die Werbung betrifft, ein noch größeres Programm als letztes Jahr vor und hoffen, daß dies zusammen mit unserem totalen Einsatz sowie weiteren Verkaufssteigerungen einen großen Erfolg der Cape-Produkte in Österreich bewirken wird" (28).

Die *Fruchtunion* freilich steht in ihren Bemühungen der Firma Ahorner um nichts nach: „Als langjähriger Panelist hatten wir besonders Gelegenheit, die positive Imageentwicklung von Cape sowohl im Handel als auch beim Verbraucher zu beobachten. Die Voraussetzungen dafür wurden nicht nur durch entsprechend gute Kontakte zum D.F.B. auf der einen Seite, sondern auch durch die partnerschaftliche Kooperation unserer Niederlassungen mit deren Handelspartnern geschaffen... Abschließend bleibt nur festzustellen,

daß wir ... einen wesentlichen Beitrag zur guten Position der Marke Cape am österreichischen Markt geleistet haben" (29).

Wenn aus Transport- oder Werbegründen nötig, werden die exotischen Produkte zum Zweck österreichischer Gaumenfreuden mit dem Flugzeug eingeflogen. Die Herren von der Firma Ahorner und Fruchtunion scheuen sich auch nicht, selbst hinter das Verkaufspult im Supermarkt zu treten und im Rahmen von Promotions (wie bei Carrefour in der Shopping City Süd) die Apartheidfrüchte persönlich an die Konsumenten zu bringen. Herr Ahorner ist übrigens auch sonst noch aktiv: Er ist, ob aus ideologischen oder geschäftlichen Gründen, Vorstandsmitglied im *Österreichisch-Südafrikanischen Club* Wien.

Dosenobst und Trockenfrüchte

Nicht nur das relativ teure Frischobst wird importiert, auch der Handel mit Dosenobst und Trockenfrüchten nascht eifrig am Geschäft mit den Rassisten mit.

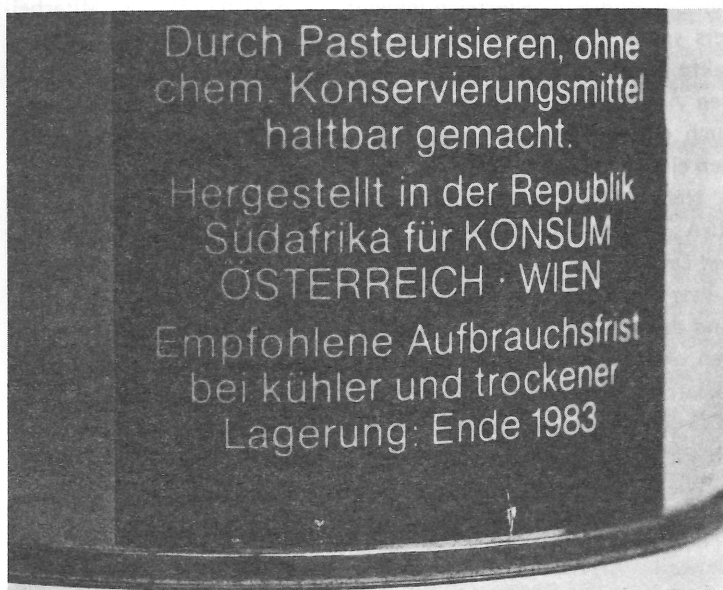
„Durch Südafrikas Fähigkeit, eine solche Vielfalt an Obst in so gewaltigen Mengen zu produzieren, ist die Konservenindustrie zu einer der größten des Landes geworden. Zahlreiche Fabriken sind in den vier hauptsächlichen geographischen Gebieten der südwestlichen und östlichen Kapprovinz, von Natal und Transvaal angesiedelt worden. Gemeinsam beträgt der Ausstoß dieser Anlagen jährlich schätzungsweise 15 Millionen Kartons (jeder zu 20 kg) Obstkonserven, zwei Millionen Kartons Marmelade, eine Million Kartons Fruchtsäfte und 120.000 Kartons Fruchfleisch-Konserven. Außerdem werden bis zu 15.000 Tonnen Trockenfrüchte von den Farmern und Fabriken jährlich vermarktet. Die Hälfte dieser Mengen wird exportiert." (30).

Kein Wunder, daß gerade in der Konservenindustrie eine kämpferische, nichtrassistische Gewerkschaft entstanden ist - die *African Food and Cannings Workers Union*. Die Ermordung ihres Funktionärs Neil Aggett im Gefängnis ging 1982 auch durch die österreichische Presse. Das Apartheidregime reagiert nicht umsonst in diesem Bereich der Dosenindustrie besonders empfindlich.

Die Verflechtung österreichischer Firmen mit der Dosenobst-Industrie Südafrikas zu entwirren, ist nicht einfach. Anders als beim Frischobsthandel, wo es nur die zwei Handelsmarken *Cape* und *Outspan* gibt, ist südafrikanisches Dosenobst unter zahlreichen Namen

in Österreich erhältlich. Zwar sind auch die südafrikanischen Dosenproduzenten zu einem Board zusammengeschlossen, das die Preise reguliert und Absprachen trifft, die Dosen werden jedoch nicht nur unter dem Namen der südafrikanischen Firmen abgepackt, sondern auch unter den Etiketten der Importeure an die Käufer gebracht. Einer der größten Abpackbetriebe für Dosenobst und -gemüse ist die *Langeberg-Kooperative*, ein kartellähnliches Gebilde, das für den Export von Dosenfrüchten zuständig ist. Sie besitzt mehrere Fabriken in Ashton, Boksburg, Dal Josafat, East London, Ficksburg und Mossel Bay. Für sie hat in Österreich die Handelsagentur *Transagent Lehag Ges.m.b.H.* die Alleinvertretung. Sie vertreibt Langeberg-Marken die *KOO, Gold Reef, Summit, Pearl Reef, Golden Glory* etc. und vermittelt Geschäfte für österreichische Handelsketten wie *Konsum, Adeg* und *Spar*. Langeberg packt in Südafrika auch direkt unter dem Käufernamen ab; so werden etwa *William Christ-Birnen* in Südafrika eigens für den einst so fortschrittlichen *Konsum-Österreich* abgefüllt (31).

Nach eigenen Auskünften steckt auch die Firma *Donaufrucht Handelsges.m.b.H.* mit drin im Apartheidgeschäft. Sie importiert



Langeberg-Früchte aus Südafrika, direkt für den Konsum-Österreich abgefüllt (Foto: Hausner)

die Dosenware der südafrikanischen Firmen *Ceres* und *Deep Freezing*. Die Produkte von Ceres (Pfirsiche, Birnen, Marillen, Fruchtcocktail) sind auf unseren Märkten unter den Bezeichnungen *Ceramin* und *CR* erhältlich, die der Deep Freezing unter *Donald Cook for Maids* und *LAYCO*.

Ebenso ist die Firma *Friedrich Glatz* im illustren Kreis des Fruchthandels zu finden. Sie vertreibt unter anderem die Marken *Gants* (Namen wie Giant, Le Giant's) sowie *Farm Pride, Western Pride, Summit* für diverse andere Packer. Die Firma Glatz hat auch die Eigenmarke *Excelsior* auf den Markt gebracht, bei der nach eigenen Angaben im Moment keine südafrikanischen Produkte zu finden sind. Bei der Marke *Beach Flower* der Firma *Imgro-Nahrungs- und Genußmittelgroßhandel und Import Ges.m.b.H.* war dies allerdings schon der Fall. Die Firma *Coloniale Commerce* wiederum vertreibt *Ligo*-Dosen mit Obst aus Südafrika (32). *Hilcona*, die 1981 mit *Felix Austria* funsionierte, ist offensichtlich auch mit drin im Apartheidgeschäft. In den Regalen österreichischer Supermärkte findet sich Apartheidobst unter dem Markennamen *Hilco*.

Last not least wäre die Firma *Etti* zu nennen, die die Vertretung für *Del Monte* in Österreich innehat. Nach Auskunft eines Mitarbeiters spielt für diese Firma das Erzeugerland keine Rolle, die Kontakte gehen über eine Zentrale in London. Etti arbeitet nach eigenen Angaben als Agentur für österreichische Ketten, besitzt aber auch ein eigenes Lager und kauft schon mal Apartheidfrüchte für den eigenen Weiterverkauf auf.

Neben Obstkonserven sind auch noch Trockenfrüchte aus der RSA auf dem österreichischen Markt erhältlich. Für das *South African Dried Fruit Board* (SAD) besitzt ebenfalls die Firma *Transagent Lehag* die Vertretungsrechte für Österreich. In unseren Geschäften sind da vor allem auch Rosinen und Sultaninen aus Südafrika zu finden. Abgepackt wird Trockenobst sowohl unter Käufermarken in Südafrika, aber auch - und das ist besonders bei Balgware der Fall - in Österreich selbst. Ein solcher Betrieb, der Balgware abpackt, ist die Firma *Südfrucht-Import Dkfm. L. Hofmann Ges.m.b.H.* mit Sitz in Wiener Neudorf. Sie bringt Spezialrosinen aus Südafrika unter dem Markennamen *Farm Gold* auf den Markt.

Wein

Nicht nur frische Weintrauben und Rosinen, sondern auch Weine werden von Südafrika nach Österreich geliefert. Zwar ist Österreich selbst ein traditionelles Weinland; heimische Bauern klagen über Überproduktion und Absatzprobleme. Nichtsdestotrotz werden auch in unser Land Apartheidweine importiert. Laut Außenhandelsstatistik entsprach der Weinimport 1975 einem Wert von 135.000 öS; 1981 war er immerhin auf 315.000 öS gestiegen, 1982 auf 223.000 öS zurückgegangen.

Mit seinen Weinbaugebieten im Kapland ist Südafrika heute angeblich der zwölftgrößte Weinproduzent der Welt. „Sozusagen alle Bauern sind Mitglied der Dachorganisation, der KWV, die über eine beträchtliche Macht verfügt, wenn es sich darum handelt, in diesem Industriezweig Stabilität und langfristigen Wohlstand zu erlangen.“ Ein Mittel dazu ist die Festlegung von Obergrenzen für die Produktion, ein anderes die Vorschreibung eines gewissen Anteils für den Export (33).

In Österreich ist etwa die Firma *Grams & Co* in Wien seit 1979 im Weingeschäft mit Südafrika; sie bezieht ihre Weine direkt von der Weinbauerngenossenschaft KWV (34). Ein Kärntner Unternehmer, *Helmut Ratz* aus Weizelsdorf, betreibt selbst eine Weinplantage im Kapland. Dort werden angeblich 1 Mill. Flaschen pro Jahr produziert (35). Wieviel davon nach Österreich exportiert werden, ist unbekannt.

In *Minimundus*, der kleinen Welt am Wörthersee, einem von der Österreichischen Gesellschaft *Rettet das Kind* aufgebauten Museum für historisch wertvolle Gebäudemodelle, ist übrigens ein Modell des ehemaligen südafrikanischen Weingutes *Groot Constanzia* zu besichtigen. Gebaut wurde es von der Höheren technischen Lehranstalt Villach, die zu diesem fraglichen Unterfangen von der Südafrikanischen Botschaft in Wien angeregt wurde (36).

Mit Leuten, die das Recht verlachen...

Trotz der Exporterfolge im Agrarbereich besteht für Südafrika kein Grund zu ungetrübter Freude. Heimische Obstproduzenten feuerten in den vergangenen Jahren angesichts der inländischen Überschüsse erste Breitseiten gegen die Fruchtimporteure ab. Sie fürchten den Umstand, daß sich die Konsumenten an bestimmten

Obstsorten sattgegessen haben, bevor das heimische Obst auf den Markt kommt. Daher werden verschärfte Imporbestimmungen gefordert (37).

Der Leiter des Marktbüros der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, Rüdiger Führing, bemängelte weiters die oft „minderwertige Qualität" der Importware, die auf Grund niedriger Kosten von Importeuren hereingenommen werde und zu einem Großteil nicht dem heimischen Lebensmittelgesetz entspreche: „Wenn wir nach dem Lebensmittelgesetz hart vorgehen, dürfte überhaupt kein Apfel importiert werden. Die Importäpfel weisen chemische Rückstände auf, die nach unserem Gesetz nicht erlaubt sind, weil sie, um Lagerschäden vorzubeugen, chemisch gebadet werden" (38). Tatsächlich wird auch südafrikanisches Obst, um gaumenfreundlicher zu wirken, einem Wachsbad unterzogen und gegen mikrobiellen Befall mit Thiabendazol behandelt (39).

Aber auch Europas Apartheid-Gegner machen sich gegen die südafrikanischen Obstimporte stark. Die Früchteboykott-Kampagnen haben seit Beginn der 1970er Jahre etwa in Großbritannien, den Niederlanden oder der Bundesrepublik Deutschland stark an Bedeutung gewonnen. 1982 z.B. stornierte die Grafschaftsverwaltung des englischen Leicestershire den Ankauf südafrikanischer Fruchtkonserven im Wert von ca. 900.00 öS (40). Österreichische Dritte-Welt-Gruppen und -Läden sowie Konsumenten veranstalteten 1983 eine erste Südafrika-Früchteboykott-Woche. Von Vorarlberg bis ins



Früchteboykott-Woche 1983 in Salzburg

Burgenland, von Oberösterreich bis nach Kärnten wurden in zahlreichen Gemeinden und Städten Konsumenten dazu aufgefordert, keine Früchte der Apartheid mehr zu kaufen. Die österreichischen Apartheid-Gegner schlossen sich damit der internationalen Boykottwoche 1983 an: mit Büchertischen, Informationsständen, phantasievollem Straßentheater, mit Filmen und Lesungen, einer Briefaktion an die österreichischen Großhändler und einer Unterschriftenaktion an die österreichische Bundesregierung, die nahezu 10.000 Unterstützungserklärungen brachte (41).

Unter dem Slogan „Mit Leuten, die das Recht verlachen, soll man nicht Geschäfte machen" werden auch 1984 und in den folgenden Jahren Aktivitäten gegen Apartheid-Importe gesetzt werden.

Anmerkungen

(1) fruchthandel (Düsseldorf), 3. 9. 1983, S. 1653
(2) Roger Riddell, Economic Sanctions and the South African Agricultural Sector (Genf 1980), S. 24
(3) fruchthandel (Düsseldorf), 12. 3. 1983, S. 410
(4) Riddell, Economic Sanctions, S. 7
(5) Südafrikanischer Digest (Bern), 6. 10. 1982
(6) Südafrikanisches Obst (Kapstadt 1980)
(7) Riddell, Economic Sanctions, S. 12
(8) Südafrika-Handbuch (Wuppertal 1982), S. 91
(9) Esau du Plessis, Bausteine für Apartheid (Bonn o. J.), S. 44 f.
(10) Allen Cook, Akin to Slavery. Prison Labour in South Africa (London 1982), S. 31
(11) Daily Dispatch (East London), 4. 1. 1979
(12) Sunday Express (Johannesburg), 3. 6. 1979
(13) Vgl. Cook, Akin to Slavery
(14) Vgl. Anti-Slavery Society (Hg.), Child Labour in South Africa (London 1983)
(15) Survey of Race Relations 1981 (Johannesburg 1982), S. 157
(16) ebda., S. 113. Zum gesamten Problemkreis vgl. The Farm Labour Project (Hg.), Submission to Manpower Commission (1981)
(17) Financial Times (London), 25. 5. 1982
(18) Riddell, Economic Sanctions, S. 10
(19) The Star (Johannesburg), 26. 8. 1972

(20) Vgl. Gerhard Kienast, South African Citrus Exports to Austria in the Context of other Exports of Citrus Fruits to Austria (Diplomarbeit Wirtschaftsuniv. Wien, 1982), S. 35 ff.
(21) fruchthandel (Düsseldorf), 3. 9. 1983, S. 1644 und Auskunft der Firma Barton, 9. 1. 1984
(22) Kiennast, South African Citrus Exports, S. 69
(23) fruchthandel (Düsseldorf), 18. 6. 1983, S. 1184
(24) Ebda., 12. 3. 1983, S. 1197
(25) Auskunft der Firma, 9. 1. 1984
(26) fruchthandel (Düsseldorf), 3. 9. 1983, S. 1652
(27) Auskunft der Firma Ahorner, 9. 1. 1984
(28) fruchthandel (Düsseldorf), 12. 3. 1983, S. 428
(29) ebda.
(30) Südafrikanisches Obst (Kapstadt 1980)
(31) Auskunft der Firma Transagent Lehag, 3. 11. 1983
(32) Auskunft der Firma, 13. 12. 1983
(33) Südafrikanisches Panorama (Bern), April 1982
(34) Wirtschafts- und Handelsnachrichten (Wien), Jänner 1981
(35) Volksstimme (Wien), 24. 8. 1979
(36) Auskunft von Minimundus, 28. 11. 1983; vgl. S. 213
(37) Raiffeisen-Zeitung (Wien), 22. 7. 1982
(38) ebda.
(39) Vgl. Tages-Anzeiger (Zürich), 5. 5. 1981
(40) Rand Daily Mail (Johannesburg), 28. 1. 1983
(41) Entwicklungspolitische Nachrichten (Wien), 27. 5. 1983 und 5. 1. 1984

3
Ungebrochenes Vertrauen
Österreichs Kapitalverflechung mit Südafrika

Abgesehen von den Handelsbeziehungen stellen ausländische Investitionen und Bankkredite das wichtigste Element zur ökonomischen Stabilisierung Südafrikas dar. Ohne diesen ständigen Zufluß von Kapital und Know-How könnte die Apartheid-Wirtschaft nicht überleben.

Mit welchen Summen sich auch Österreich daran beteiligt, ist unbekannt. Etwa 30 Unternehmungen haben Niederlassungen in Südafrika errichtet, Investitionsgesellschaften bieten darüber hinaus auch Beteiligungen am Goldbergbau für Private an. Und alle großen Banken Österreichs finanzieren Pretorias strategische Wirtschaftsprogramme in überdurchschnittlich hohem Ausmaß mit.

Theresia Zeschin

Investieren wegen Apartheid

Nicht weniger als 26 österreichische Firmen hatten bis 1978 - einer Mitteilung des österreichischen Handelsdelegierten in Johannesburg, Puxkandl, zufolge - Niederlassungen in Südafrika gegründet. „Wir wissen, daß auch andere österreichische Firmen die Möglichkeit prüfen, sich in Südafrika zu etablieren" (1). Bis Ende 1983 war tatsächlich eine Steigerung auf etwa 30 zu vermerken (2).

Angesichts der mehr als 3000 ausländischen Investoren in Südafrika mag die Zahl der österreichischen Anleger gering sein. International ist Österreich deshalb weitgehend unbeachtet geblieben (3). Dennoch sollte festgehalten werden, daß sich die heimischen Investitionen - unbeeinflußt vom *Soweto-Schock* - in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre deutlich vermehrten, und daß sie sich heute auf die Kernbereiche der verarbeitenden Industrie Südafrikas konzentrieren. Österreichisches Kapital und Know-How kommt neben der Textilindustrie vor allem dem Stahl- und Kunststoffsektor sowie dem strategisch wichtigen Bahnbau zugute. Kaum erfaßbar sind weiters die durch österreichische Investmentgesellschaften und Einzelpersonen vorgenommenen Beteiligungen am südafrikanischen Bergbau. Der Kapitaltransfer durch Kredite hat zudem ein überproportional hohes Ausmaß erreicht. Insgesamt gesehen, trägt Österreichs Unternehmerschaft dadurch verstärkt zur Aufrechterhaltung des krisengeschüttelten Apartheidregimes bei. Ob dabei wirtschaftliche oder politische Gründe an erster Stelle stehen, mag dahingestellt bleiben.

Auslandsinvestitionen und Apartheid

„Warum soll man in einem Erzeugerkonzern in der Republik Südafrika investieren? Kurz gesagt wegen des Ertrages aus ihrer Kapitalinvestition, der Sicherheit - ja, der Sicherheit - des Landes in einer großteils instabilen Welt, der vorhandenen Rohstoffe und Arbeitskräfte, der finanziellen Unterstützung, die Exporteuren und Unternehmen gewährt wird" (4). Die Argumente, mit denen die südafrikanische Botschaft in Wien um ausländische Investoren wirbt,

haben sich schon in der Vergangenheit als wirksam erwiesen. Das Auslandskapital spielte seit der Anfangsphase der Industrialisierung Südafrikas, um die Jahrhundertwende, eine wesentliche Rolle. Die Erschließung der ersten Minen zum Beispiel ging auf britisches und US-amerikanisches Kapital zurück: Nirgendwo sonst auf dem afrikanischen Kontinent wurden die mineralogischen Gegebenheiten so massiv ausgenützt, nirgendwo sonst unterlag die schwarzafrikanische Arbeitskraft einer brutaleren Ausbeutung als hier in Südafrika. Auch der Aufbau der verarbeitenden Industrie war nur durch das Zusammenspiel von Auslandskapital und Apartheidgesetzgebung möglich (5).

Der wichtigste Faktor dabei wird in den südafrikanischen Propagandabroschüren nicht erwähnt: Die Bereitstellung billiger Arbeitskraft. Der massive Landraub an der schwarzen Bevölkerung, der ab 1913 zur Einrichtung von Bantustans führte, geschah zu diesem Zweck. Streiks wurden vom Gesetz her verboten bzw. erschwert, und durch die Aberkennung der politischen Rechte gerieten die Schwarzen in einen völlig rechtlosen Status. Arbeitskonflikte konnten angesichts der hohen Arbeitslosenrate leicht beigelegt werden: durch den Abtransport der Protestierer in ihre Bantustans.

Die Verschärfung der Apartheidgesetze und neue Investitionen gingen so Hand in Hand. Für die ausländischen Firmen erwies sich das „gute Betriebsklima" in Südafrika als höchst profitabel. Mitte der 1970er Jahre z. B. waren die Ertragsraten der britischen Direktinvestitionen in Südafrika um 6 % höher als in den meisten anderen Ländern (6). Für 1979 bezifferte Südafrika selbst - etwas übertreibend - die Profitmöglichkeiten aus Kapitalinvestitionen in der Textilbranche mit 32 %, auf dem Chemie-Sektor mit 33 % und bei Maschinen mit 29 % (7). Kein Wunder, daß etwa der Vorarlberger Textilindustrielle Heinz Hämmerle vom „angenehmen Wirtschaftsklima" schwärmt: „Man steht unter dem Schutz einer Regierung, die regiert und reagiert und nicht nur schwätzt" (8).

Der *Internationale Bund Freier Gewerkschaften* faßt diese Situation zusammen: Es sei nicht verwunderlich, „... daß Gesellschaften in Südafrika investieren wegen der Apartheid und nicht trotz der Apartheid... Diese ganze Konzeption der sogenannten getrennten Entwicklung und territorialen Abspaltung, die die Afrikaner zu Fremden in ihrem eigenen Land macht, war von Anfang an darauf ausgerichtet, den Wirtschaftsinteressen der herrschenden weißen Minderheit und der Auslandsinvestoren zu dienen. Ohne dieses Sy-

stem könnte das tyrannische Minderheitenregime niemals auf ein Überleben hoffen" (9).

Was der IBFG für die Vergangenheit formuliert, gilt auch heute noch. Neben Bankkrediten und den Handelsbeziehungen stellen die ausländischen Investitionen das wichtigste ökonomische Element zur Bewältigung jener Krise dar, in die der Apartheid-Staat in den letzten Jahren geraten ist. Nach wie vor ist der Inlandskapitalmarkt nicht in der Lage, die für den weiteren Aufbau der *White Economy*, für den Ausgleich der Zahlungsbilanz und für die militärischen Operationen in Namibia und den Frontstaaten notwendigen Mittel aufzubringen. Auch die wirtschaftliche Konsolidierung der Bantustans, eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der Apartheidpolitik, kann offenbar nur mit ausländischer Hilfe funktionieren (10). Eine Propagandaschrift Südafrikas meint nicht mit Unrecht: „Die spektakuläre Entwicklung der letzten Jahre konnte nur mit Hilfe ausländischer Investitionen zustandegebracht werden" (11).

Auslandsinvestitionen beliefern das Regime aber nicht nur mit Kapital, sondern vor allem auch mit modernstem Know-How. Die Firmen senden Ingenieure und Facharbeiter nach Südafrika und stellen ihre eigenen Forschungsergebnisse für die dortigen Tochtergesellschaften zur Verfügung. Wie sehr Südafrika darauf angewiesen ist, ist statistisch gar nicht erfaßbar. Daß die weiße Regierung dabei nicht nur wirtschaftliche Ziele verfolgt, ist offensichtlich. Mittelfristig wird eine weitgehende wirtschaftliche Autarkie angestrebt, „um für den gefürchteten Tag X einer totalen politischen Isolation nicht durch wirtschaftlichen Boykott in die Knie gezwungen zu werden" (12). Vor allem wird dieses Bestreben in den sogenannten strategisch wichtigen Sektoren wie Elektronik, Energiewesen, chemische und Schwerindustrie sichtbar. „Multinationale Konzerne spielen eine entscheidende Rolle für die Stärkung der militärischen Leistungsfähigkeit des südafrikanischen Regimes... sie stellen Technologie und Kapital zur Verfügung, um die wichtigsten Schlüsselbereiche der kapitalintensiven Maschinen- und Ausrüstungsindustrien aufzubauen, welche die Grundlagen für den militärisch-industriellen Komplex ausmachen" (13). Der Apartheidstaat ist so beispielsweise immer mehr in der Lage, das gegen ihn verhängte Waffenembargo zu unterlaufen.

Kein Kapital für den Rassismus

„Die Wichtigkeit von Sanktionen gegen Investitionen liegt darin, daß sie das Herz des Apartheidsystems treffen, indem sie den Kapital- und Technologiezufluß abschneiden, der die strategisch bedeutendsten Elemente des Systems aufrecht erhält. Investitionen bringen langfristige Verpflichtungen mit sich und reagieren daher auf die zu erwartenden Bedingungen empfindlich. Daher haben sogar begrenzte Sanktionen oder die Androhung von solchen unter Umständen einen Schneeballeffekt" (14). Die Forderung nach dem Abzug der in Südafrikas Wirtschaft investierten Kapitalien ist daher immer ein zentrales Anliegen der demokratischen Kräfte im Inland, aber auch der internationalen Solidaritätsbewegung und der Vereinten Nationen gewesen (15).

Die *Desinvestment-Kampagne* ist bereits zu Ergebnissen gelangt. Als erstes westliches Land hatte Schweden seinen Exportunternehmern ab 1. Juni 1979 Neuinvestitionen in Südafrika verboten; erst in letzter Zeit wurde diese Bestimmung wieder etwas gelockert (16). Die norwegische Regierung versucht den Abfluß von Kapital nach Südafrika durch finanzpolitische Maßnahmen zu stoppen. Nigeria und Tanzania haben Sanktionen gegen multinationale Konzerne, die auch in Südafrika operieren, ergriffen (17). Selbst in den USA wurden von seiten einzelner Bundesstaaten Maßnahmen gegen Apartheid-Investitionen getroffen (18).

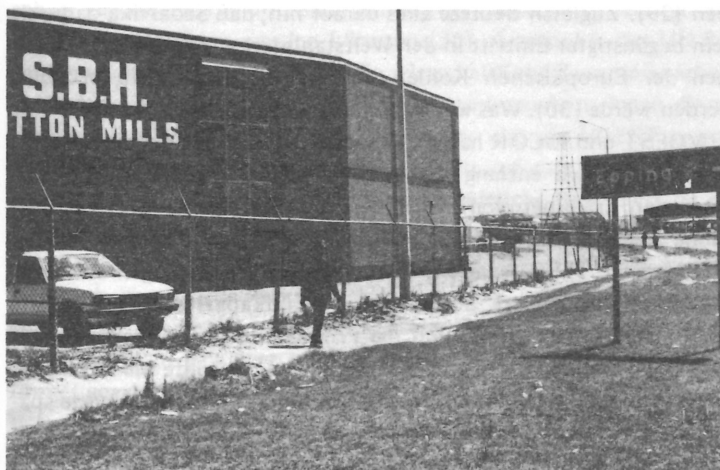
Auch die Formulierung sogenannter *Codes of conduct* für multinationale Konzerne wurde durch die Desinvestment-Kampagne verursacht. Als erster arbeitete der US-amerikanische Geistliche Sullivan 1971 solche sozialen Prinzipien aus; sie sollten die Benachteiligung der schwarzen Arbeitskräfte Südafrikas zumindest in den ausländisch dominierten Unternehmungen verringern und so den Nachweis erbringen, daß ein Abbau der Apartheid durch ausländische Investitionen und nicht durch ihren Boykott bewirkt werden könnte (19). Ein Jahr nach den Aufständen von Soweto verabschiedete die Europäische Gemeinschaft einen ähnlichen Kodex, Kanada und Australien folgten (20). Allerdings konnten diese Bestimmungen die Apartheid am Arbeitsplatz nicht wesentlich verändern. Für Südafrika war es leicht, ihre Intentionen durch kleine kosmetische Korrekturen zu unterlaufen (21). Verstärkt muß daher heute festgestellt werden: Nicht neue Investitionen, sondern nur die völlige wirtschaftliche Isolation bietet realistische Aussichten auf eine wesentliche

Veränderung der Apartheid-Gesetze. Die Forderung nach einem Investitionsstopp ist daher aktueller denn je, und je mehr die Stabilität des Apartheid-Regimes schwindet, desto eher werden auch langfristig denkende Investoren zu dieser Einschätzung kommen. Bereits jetzt ist ein starker Trend zu kurzfristigen Kapitalanlageformen zu merken (22).

Österreich nascht mit

Im Gegensatz dazu gilt Südafrika österreichischen Unternehmern immer noch als „guter Boden für Investoren" (23). Sie profitieren vom günstigen Investitionsklima, den niedrigen Arbeitskosten und den Förderungsmaßnahmen der Regierung in Pretoria. Seitdem sich um 1950 die ersten österreichischen Unternehmen am Kap etabliert hatten, riß die investitionsfördernde Werbung nicht ab: Sowohl der österreichische Handelsdelegierte als auch südafrikanische Emissäre luden dazu ein und fanden bei den Medien große Resonanz (24). Auch österreichische Delegationen - „Österreichs Investoren mustern die Republik", schrieb der *Star* 1978 - wurden in diese Richtung hin tätig (25).

1974 konnte das Wirtschaftsmagazin *Trend* bereits zwölf österreichische Firmen nennen, die den „Sprung nach Südafrika" gewagt



S.B.H. Cotton Mills: Werksgebäude der Vorarlberger Textilfirma Hämmerle und ihrer Schweizer Partner in Kapstadt

hätten. Es handelte sich dabei um folgende Unternehmen (26): Gebrüder Böhler (VEW), Plasser & Theurer, F.M. Hämmerle, Hörbiger Ventilwerke, F. Kohmaier Ges.m.b.H., Bauer Beregnungsanlagen, Benedikt Mäser, Klinger Bremsbeläge, Reichert AG, Alpenölfeuer, Kraus & Naimer sowie Prutscher. Als dreizehnte Firma verhandelten die Merkur Gummiwerke gerade über die Errichtung eines Zweigwerks; sie kam - nach Auskunft der Firma - allerdings nicht zustande. Die Gesamtsumme aller österreichischen Direktinvestitionen in Südafrika betrug angeblich nahezu eine Milliarde Schilling (27). Ein Jahr darauf wurden Investitionspläne von sechs weiteren Firmen berichtet (28).

Das VOEST-Projekt in Saldanha

Eine bedeutende Erweiterung des österreichischen Engagements in Südafrika hätte sich ergeben, wäre die damals geplante Mitbeteiligung der VOEST-Alpine am Projekt Sishen-Saldanha zustandegekommen. Das grundsätzliche Übereinkommen dazu, im Juni 1972 zwischen der VOEST und dem staatlichen südafrikanischen Stahlkonzern ISCOR geschlossen, wurde von der Apartheid-Presse als stolzer Erfolg für die eigene Wirtschaft bewertet. Durch den Vertrag schien es möglich, auf relativ einfache Weise an das Know-How der VOEST für Planung und Betrieb von Stahlwerken heranzukommen (29). Zugleich deutete alles darauf hin, daß Südafrika dadurch „ein begünstigter Eintritt in den Weltstahlmarkt", vor allem im Rahmen der Europäischen Kohle- und Stahl-Gemeinschaft, eröffnet werden würde (30). Was war vereinbart worden?

VOEST und ISCOR hatten sich über den Bau eines riesigen Stahlwerkes irgendwo entlang der im Bau befindlichen Bahnlinie zwischen den Erzminen von Sishen und dem geplanten Hafen von Saldanha geeinigt. Das von der VOEST zu errichtende Werk sollte aus 2 Hochöfen, 3 LD-Anlagen, mehreren Stranggußanlagen sowie einem Knüppelwalzwerk bestehen, eine Endkapazität von 12 Mio t Stahl-Halbzeug aufweisen und die Produktion 1978/79 aufnehmen (31). Der Export von 5 Mio Tonnen Halbzeug sollte die südafrikanische Handelsbilanz entlasten. Als Standort des Werkes wurde später auf Druck der Kapstädter Handelskammer die Bucht von Saldanha fixiert, wo es neben allgemeinen Standortvorteilen ein ausreichendes Potential an farbigen Arbeitskräften mit entsprechenden Billiglöhnen zu nutzen gab (32). Die Kohle sollte per Schiff aus den

Revieren von Natal herangeschafft werden. Die VOEST verpflichtete sich, allein oder mit Partnern 49 % der neuen Gesellschaft zu übernehmen und in Zusammenarbeit mit ISCOR für die Finanzierung von etwa 350 Mio Rand - teils direkt, teils über Haftungen - zu sorgen. Außerdem sollten die entsprechenden Fachkräfte für die Errichtung des Werkes und die Einschulung der Arbeiter bereitgestellt werden.

Seitens der VOEST wurde dieses Projekt vor allem wegen seiner voraussichtlich sicheren Rohstoffbasis vorangetrieben. Nach dem letzten Verhandlungsstand sollten jährlich 400.000 Tonnen Halbzeug an die VOEST zurückfließen, zugleich wurden Erzimporte aus Südafrika in Erwägung gezogen (33). Die Lieferungen der VOEST an Saldanha sollten 2 Mrd öS betragen. Offensichtlich fungierte die VOEST zugleich als Schrittmacher für die Europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft, auf deren Vermittlung sich Klöckner, Hoesch (beide BRD) und Finsider (I) beteiligten (34).

Erst als Vorstand und Aufsichtsrat der VOEST sich 1974 für das riesige Investitionsprojekt ausgesprochen hatten, nahm die österreichische Öffentlichkeit Notiz. Der damalige Bundeskanzler Kreisky und sein Außenminister Bielka äußerten im März 1975, als die Beschlußfassung der ÖIAG anstand, Bedenken (35). Außenpolitisch wurde dahingehend argumentiert, daß mit der Präsenz der VOEST in Südafrika der österreichische Schwarzafrikahandel in Mitleidenschaft gezogen würde und Sanktionen gegen österreichische Firmen nicht ausgeschlossen werden könnten (36). Angesichts des UN-Beschlusses vom Dezember 1974, die wirtschaftliche Zusammenarbeit verschiedener Staaten mit Südafrika zu untersuchen, hatte dieses Argument seine Berechtigung (37); zudem war die VOEST wegen Verletzung des Rhodesien-Embargos bereits auf eine Schwarze Liste gesetzt worden (38). Hinzu kamen wirtschaftliche Bedenken, da bis zu diesem Zeitpunkt weder die VOEST noch ISCOR ihre Kapitalanteile aufgebracht hatten und eine weltweite Stahlkrise drohte. Dennoch konnte die *Presse* melden, daß der „ÖIAG-Aufsichtsrat sich gegen das Projekt aussprechen werde, wenn rein außenpolitische Bedenken geäußert werden"; es bestünden jedoch keine wie immer gearteten betriebswirtschaftlichen Bedenken (39) - eine ziemliche Fehleinschätzung, wie sich später zeigen sollte.

Südafrika reagierte nervös. Ein Rückzug der VOEST schien dem *Rand Daily Mail* ein „gefährlicher Präzedenzfall" zu sein, der den Wirtschaftsboykott Südafrikas begünstigen würde (40). Die burische

Tageszeitung *Beeld* stellte die Forderung, die Investitionen verstaatlichter Auslandsgesellschaften überhaupt zu begrenzen, um politischen Pressionen auszuweichen (41). In Österreich traten die Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ vehement für den Vertragsabschluß ein. Auch die Gewerkschaften sprachen sich - aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung - für das Projekt aus.

Die Regierung argumentierte dagegen, es handle sich „in erster Linie doch um Arbeitsplätze in Südafrika und nicht um solche in Österreich" (42); und Bundeskanzler Kreisky meinte: „Haben die VOEST-Arbeiter wirklich Interesse daran, daß in Südafrika ein Stahlwerk gebaut wird, das dann jene Produkte liefert, die sie heute selbst produzieren?" (43). - „Jede Form von Kapitalexport stellt eine direkte oder indirekte Drohung für die Beschäftigung zu Hause dar" (44).

Während sich im Parlament und in den Zeitungen diese Diskussion abspielte, meldeten sich auch andere engagierte Kritiker zu Wort: Das Spektrum reichte von verschiedenen Dritte-Welt-Gruppen, der Gewerkschaftsjugend bis zu kirchlichen Organisationen und dem Gewerkschaftlichen Linksblock. Eine Beteiligung der VOEST im Rassistenstaat sei aus moralischen und völkerrechtlichen Gründen abzulehnen, die Verhandlungen sollten daher nicht positiv abgeschlossen werden (45).

Unter dem Druck der Öffentlichkeit reduzierte die VOEST zwar ihre Beteiligung auf 6,75 % und ihr Haftungsrisiko auf 3,8 Mrd S. Am 22. April gab die ÖIAG - der Kreisky die letztliche Entscheidung überlassen hatte - jedoch grünes Licht für die Vertragsunterzeichnung (46).

Der Umschwung erfolgte, als nun plötzlich von südafrikanischer Seite die Rentabilität des Projekts Saldanha in Frage gestellt wurde. Mit Berufung auf einschlägige Quellen meldete *Die Presse*, daß man sich bei den Kohlepreisen für Saldanha verkalkuliert hätte; die Kohle aus Natal sei einerseits zu teuer und andererseits zu wenig für das geplante Stahlwerk. Außerdem wäre mit dem Ansteigen der Löhne zu rechnen. Der betriebswirtschaftliche Nutzen wurde also plötzlich in Frage gestellt (47). 40 % des Kohlebedarfes sollten nun vom Konzern Armco aus den USA angeliefert werden (48).

Die Diskussion über die Rentabilität des Stahlwerkes zog sich mehrere Monate hin. „Mitte 1976 kamen ISCOR und ihre Partner überein, den Baubeginn des Stahlwerkes auf unbestimmte Zeit zu verschieben, was in erster Linie nicht auf die Stahlrezession zurück-

zuführen ist, sondern auf den Mangel an Kapital auf lange Frist und zu bestmöglichen Bedingungen. Die Partner halten jedenfalls die Kontakte zu ISCOR aufrecht. Sie werden 1977 zu neuen Gesprächen zusammentreffen" (49). In Österreich konnte man den Inhalt dieser Meldung erst gegen Ende des Jahres vernehmen (50); im *South African Yearbook* wurde das Projekt 1982 als fallengelassen bezeichnet (51).

Obwohl die *Sozialistische Korrespondenz* im September 1980 vermeldet, daß „eine große Südafrika-Investition der VOEST sicher deshalb unterblieben sei, weil die Regierung sich dafür nicht erwärmen konnte" (52), ist doch festzuhalten, daß das Projekt Saldanha von südafrikanischer Seite aus wirtschaftlichen Gründen storniert wurde. Die Proteste der internationalen Öffentlichkeit mögen dazu mit beigetragen haben. Die VOEST blieb dennoch im Geschäft: ihre Tochter *Didier-Engineering* baut im (Kompensations-?)-Auftrag von ISCOR Erzzerkleinerungs- und Kohlebrikettierungsanlagen in Vanderbijlpark, wo die Erze von Sishen jetzt verarbeitet werden (53).

Österreichs Investoren

Mitte der Siebzigerjahre war das Rassistenregime betrebt, Handel und Investitionen vor allem in den sogenannten „Homelands" zu fördern. Die 1940 gegründete *Industrial Development Corporation* (IDC) verlagerte ihre Tätigkeit immer stärker in diese Richtung. Sowohl „industrial growth points" in den Bantustans als auch Industriekomplexe an ihren Grenzen (sog. Border Industries) sollten dadurch gefördert werden. Auch Österreich erhielt Angebote in diese Richtung. 1976 besuchte die bis dahin größte Wirtschaftsmission der Bundeskammer die Industrieaufschließungszone Babelegi in Bophutatswana, damals eines der „Glanzstücke" der wirtschaftlichen Dezentralisierungspolitik (54). Konkrete Investitionen zu tätigen, lehnten die Österreicher jedoch ab; es mangelte an der nötigen Infrastruktur und an entsprechend qualifizierten Arbeitskräften - ein guter Einblick in die soziale Situation eines „aufstrebenden" Bantustans (55).

Generell gesehen, intensivierte sich dennoch die österreichische Kapitalverflechtung mit dem Apartheidstaat. 1978 waren, wie erwähnt, schon 26 Firmen mit Zweigbetrieben in Südafrika vertreten, 1983 waren es etwa 30. Nicht mitgerechnet sind jene, die als Bestandteile multinationaler Konzerne über ihre jeweiligen Mutterge-

sellschaften in Südafrika repräsentiert sind, wie Siemens Österreich, Philips, Liebherr Austria, Bunzl & Biach etc. Etwa die Hälfte der in Südafrika vertretenen österreichischen Firmen verfügt über Produktions- oder Assemblingbetriebe; bei der zweiten Hälfte dürfte es sich um Vertriebsgesellschaften und diverse Beteiligungen handeln. Auch die Existenz einiger Briefkastenfirmen - der Mindestvoraussetzung für die Erlangung von Staatsaufträgen - ist zu vermuten.

Genaue statistische Unterlagen über das Ausmaß dieser Investitionen sind - zum Unterschied von anderen Ländern - in Österreich nicht zugänglich. Laut einer Mitteilung der Österreichischen Nationalbank wurden zwischen 1974 und 1980 insgesamt 133,7 Mio S direkte Neuinvestitionen in Afrika getätigt, davon der Großteil im Industriebereich. Eine Aufschlüsselung nach Ländern war nicht erhältlich (56). Das genaue Ausmaß österreichischer Investitionen in Südafrika bleibt damit im Dunkeln. In der folgenden Aufstellung ist daher nur eine unvollständige Übersicht möglich.

Österreichische Unternehmen mit Niederlassungen in Südafrika

Alpen-Ölfeuer (6380 St. Johann i. T.)

Das Unternehmen - eine Schwesterfirma existierte in Brunntal bei München - erzeugte Ölbrenner und andere Heizgeräte. 1974 bestand ein Zweigbetrieb in Südafrika. Kurz darauf wurde die Firma in St. Johann aufgelöst und nach Südafrika verlagert.

Wilhelm Anger Ges.m.b.H. (4050 Traun)

Die ehemals österreichische Brillenfabrik (heute im Besitz der Münchner Optyl Brillenmode International) besaß schon 1975 die Vertriebsgesellschaft Optyl SA (Pty.) Ltd. in Johannesburg.

Röhren- und Pumpenwerk Rudolf Bauer G.m.b.H. (8570 Voitsberg)

„Trockene Erde fruchtbar machen" - unter diesem Motto verfügte die Firma schon 1974 über einen Produktionsbetrieb in SA. Heute bestehen die Bauer Monoveld Irrigation Co. (Pty.) Ltd. und die Bauer Plant Installations in der Nähe Johannesburgs. Darüber hinaus wurden auch Lieferungen getätigt, z. B. eine komplette Sprinkleranlage. Als der Konzern Anfang 1983 in wirtschaftliche Nöte geriet, richtete er neuerlich „Umsatzhoffnungen" auf SA.

Julius Blum Ges.m.b.H. (6973 Höchst)
Die Beschlägefirma unterhält auch in Südafrika eine Tochtergesellschaft.

Ludwig Engel KG (4311 Schwertberg)
verkaufte seit Anfang der 1960er Jahre Kunststoffverarbeitungsmaschinen nach SA. 1976 wurde als Zweigniederlassung für den Vertrieb die Ludwig Engel (SA) (Pty.) Ltd. in Roodepoort bei Johannesburg gegründet, der ein technisches Büro angeschlossen ist.

Alfred Grass Ges.m.b.H. Metallwarenfabrik (6973 Höchst)
produziert Möbelbeschläge und verfügt über einen Erzeugungsbetrieb in SA.

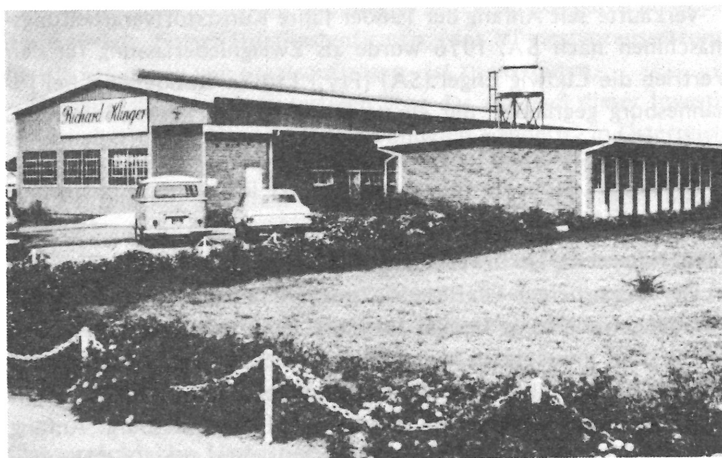
F. M. Hämmerle Textilwerke AG (6850 Dornbirn)
Der Vorarlberger Textilriese exportiert seit 30 Jahren modische Hemdengewebe u. a. Bereits im Jahre 1949 trat er den Weg nach SA an und gründete da, gemeinsam mit Schweizer Partnern, die S.B.H. Cotton Mills, eine Weberei und Spinnerei in Kapstadt mit Verkaufsstellen in Kapstadt, Durban und Johannesburg. Anfang der Siebzigerjahre dürften sich die Investitionen aller Teilhaber auf etwa 3 Mio Rand belaufen haben; von den etwa 600 Beschäftigten waren damals 2/3 Farbige und Schwarze sowie - im qualifizierten technischen und Verwaltungspersonal - 150 Weiße. 20 % des gesamten Hämmerle-Umsatzes werden angeblich in Südafrika getätigt.

Richard Hirschmann Electric KG (6830 Rankweil-Brederis)
Die Firma, die auf Produkte der Elektronik und Nachrichten- bzw. Sicherheitstechnik spezialisiert ist, befindet sich im Eigentum der Richard Hirschmann Radiotechnik-Werke in Esslingen, BRD. Diese unterhält eine Auslandsvertriebsgesellschaft im südafrikanischen Krugersdorp, die u.a. für den militärischen Bedarf produziert.

Hoerbiger Ventilwerke AG (1110 Wien)
erzeugt verschiedene Ventile für diverse Maschinen und vertreibt sie in aller Welt. Der südafrikanische Lizenznehmer ist die Firma Compressor Valves (SA) (Pty.) Ltd. in Alberton. 1980 lieferte Hoerbiger an SA eine automatische Schmiervorrichtung für Flugzeugtriebwerke, was als revolutionärer technologischer Durchbruch für die südafrikanische Industrie gefeiert wurde.

Richard Klinger AG (2352 Gumpoldskirchen)
Die 1893 gegründete Firma erzeugt Armaturen, Dichtungen und Reibbeläge. Seit 1922 wurde über Tochterfirmen in England und

Australien nach SA geliefert. 1967 kam es zur Gründung der Richard Klinger S.A. (Pty.) Ltd. in Brakpan, wo vor allem Dichtungen aus Klingerit hergestellt werden.



Franz Kohmaier KG (1050 Wien)

1968 wurde die Elite Chains SA (Pty.) Ltd. als Vertriebsorganisation für Kohmaiers Präzisionsketten gegründet. 5 Jahre danach kam es zum Erwerb der Fabrik International Transmission in Johannesburg mit etwa 40 Arbeitern, in der zunächst importierte Ketteneile assembliert, später auch erzeugt wurden. Die Wiener Firma ging 1983 in Konkurs.

Kraus & Naimer Ges.m.b.H. (1181 Wien)

Das Unternehmen, das elektrische Schaltgeräte erzeugt und auch nach Südafrika exportiert, unterhält eine Auslandsniederlassung in Bramley bei Johannesburg.

Benedikt Mäser Textilwerke KG (6850 Dornbirn)

Ende der 1940er Jahre wurde B. M. D. Knitting Mills (Pty.) Ltd. in Kapstadt (mit Büros in Johannesburg und Durban) gegründet.

Kartonfabrik Franz Mayr-Melnhof & Co (8130 Frohnleiten)

Die zugehörige Holding verfügt über eine 40 %ige Beteiligung an der Firma Stafford Mayer Co (SA) Ltd. in Durban, die in mehreren Fabriken Wellpappe erzeugt; der jährliche Umsatz beziffert sich auf 400 Mio öS.

Firmengruppe Plasser & Theurer (1010 Wien)

Die Firma erzeugt und exportiert Bahnbaumaschinen in alle Welt. Als südafrikanische Auslandstochter fungiert die Plasser Railway Machinery (SA) (Pty.) Ltd. in Stromill bei Johannesburg; weitere Büros bestehen in Brakpan, Kapstadt, Roodepoort und Pietermaritzburg. Regelmäßig werden auch in Österreich erzeugte Maschinen nach SA geliefert.

Johann Prutscher Ges.m.b.H. (1150 Wien)

1974 hatte - einer Meldung des *Trend* zufolge - dieser Betrieb für Laboreinrichtungen eine Niederlassung in Südafrika. Von der Firma selbst wird das heute dementiert.

Helmut Ratz (9162 Weizelsdorf)

besitzt Weingärten in der Kapprovinz und verkauft davon angeblich 1 Mio Flaschen pro Jahr.

G. Reichert Optische Werke AG (1170 Wien)

erzeugt Mikroskope, Mikrotome und dazugehörige Apparate. Sie gehört seit 1962 mehrheitlich der American Optical Corporation in Southbridge, USA. Die Geschäftsführung der Tochterfirma Optolabor bei Johannesburg wird von Wien aus installiert. 1978/79 konnte die Firma vermelden: „Von den im Berichtsjahr wichtigsten Abnehmerländern konnten in ... Südafrika ... zum Teil beträchtliche Steigerungen im Auftragseingang realisiert werden".

Vereinigte Edelstahlwerke AG (1010 Wien)

Die nunmehrige Tochtergesellschaft der verstaatlichten VOEST-Alpine bezieht einerseits Rohstoffe aus SA und liefert andererseits hochspezialisierte Produkte auch an ESCOM und SASOL. Südafrikanische Tochtergesellschaften sind Böhler Investment (Pty.) Ltd. in Johannesburg und Böhler Steel Africa (Pty.) Ltd. in Johannesburg mit Büros in Brakpan, Elandsfontein, Epping, Isando, Kempton Park, Pinetown und Port Elizabeth; das Gesellschaftskapital beträgt angeblich 300.000 Rand.

VOEST-Alpine AG (4020 Linz)

es besteht ein sogenanntes Verbindungsbüro in Johannesburg.

Zumtobel AG (6850 Dornbirn)

Beleuchtungs- und Elektrotechnik sind die Spezialgebiete dieses Unternehmens. In Südafrika besteht die 100 %-Tochter Zumtobel (SA) (Pty.) Ltd. in Johannesburg mit 120 einheimischen Beschäftigten. An der Kapstädter Firma Decalight Manufacturing (Pty.) Ltd. ist Zumtobel beteiligt.

Anmerkungen

(1) Financial Mail (Johannesburg), 6. 10. 1978; Internationale Wirtschaft (Wien), 25. 5. 1979
(2) Die Presse (Wien), 9. 11. 1983
(3) Die Investorenliste des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften enthält beispielsweise nur 5 österreichische Firmen (IBFG, Investitionen in Apartheid, Brüssel September 1981); bezüglich anderer Staaten vgl. Wolff Geisler/Gottfried Wellmer, DM-Investitionen in Südafrika (Bonn 1983) und Centre Europe - Tiers Monde (Hg.), Suisse - Afrique du Sud, Relations Economiques et Politiques (Genf 1972)
(4) Wirtschafts- und Handelsnachrichten (Wien), Mai 1981
(5) Luli Callinicos, Gold in Südafrika. Schwarze Arbeit - Weißer Reichtum (Bonn 1982); Peter Ripken/Gottfried Wellmer, Wanderarbeit im Südlichen Afrika. Ein Reader (Bonn 1976)
(6) Simon Clarke, Financial Aspects of Economic Sanctions on South Africa (Genf 1980), S. 12
(7) Wirtschafts- und Handelsnachrichten (Wien), Mai 1981
(8) Ecco (Wien), 16. 4. 1975
(9) IBFG, Investitionen, S. 4
(10) Erst kürzlich wurde wieder ein 2 Mio Rand-Investitionsprogramm für die Homelands angekündigt, „um den Menschenstrom in die Städte zu zügeln" (The Argus, Kapstadt, 27. 6. 1983). Die zustände Behörde ist die Industrial Development Corporation, die auch in Österreich ständig durch Werbe-Anzeigen hervortritt.
(11) Les de Villiers/Jan S. Marais/Nic. E. Wiehan, Doing Business with South Africa (New York 1982), S. 82
(12) Gerald Braun/Helmut Bachmann, Interview mit Lothar Puxkandl, 14. 10. 1982
(13) Ann Seidman/Neva Makgetla, Transnational Corporations and the South African Military-Industrial Complex, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 24/79 (New York), September 1979, S 1
(14) Clarke, Financial Aspects, S. 102
(15) John Gaetsewe, Life and Labour in Transnational Enterprises in South Africa. In: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), Dez. 1980, S. 26 f.; UN-Resolution 2054 (XX) A vom 15. Dezember 1965
(16) Die Presse (Wien), 18. 1. 1979; Die Neue (Westberlin), 27. 2. 1981; Rand Daily Mail (Johannesburg), 30. 3. 1983
(17) Clarke, Financial Aspects, S. 105
(18) Massachusetts z. B. beschloß, öffentliche Gelder im Wert von 90 Mio $ aus Firmen abzuziehen, die in Südafrika engagiert sind. Vgl. Sandy Boyer, Divesting from Apartheid (Mitteilung des American Committee on Africa, New York 1983)
(19) Vgl. Elizabeth Schmidt, Decoding Corporate Camouflage. U.S. Business Support for Apartheid (Washington 1980), S. 47 f.
(20) IBFG (Hg.), Codes of Conduct for Firms investing in South Africa? (Brüssel o. J. - 1981)

(21) Schmidt, Decoding Corporate Camouflage, S. 50
(22) Financial Times (London), 30. 11. 1982
(23) Internationale Wirtschaft (Wien), 9. 6. 1982
(24) Neben regelmäßigen Werbeartikeln in der Presse bzw. der Industrie wurden z. B. von der südafrikanischen Botschaft oder der Handelskammer Kärnten entsprechende Veranstaltungen organisiert; vgl. z. B. Kärntner Wirtschaft (Klagenfurt), 30. 5. 1980; Internationale Wirtschaft (Wien), 1. 4. 1982
(25) The Star (Johannesburg), 18. 11. 1978
(26) Trend (Wien), Juni 1974, S. 83
(27) Ecco (Wien), 16. 4. 1975
(28) Salzburger Nachrichten (Salzburg), 11. 3. 1975
(29) Rand Daily Mail (Johannesburg), 14. 6. 1972; Cape Times (Kapstadt), 14. 6. 1972
(30) The Star (Johannesburg), 14. 7. 1973
(31) Kurier (Wien), 19. 9. 1974
(32) Rand Daily Mail (Johannesburg), 20. 11. 1973; vgl. Cape Times (Kapstadt), 15. 6. 1972
(33) Rand Daily Mail (Johannesburg), 20. 11. 1973; Die Presse (Wien), 27. 8. 1975
(34) Die Presse (Wien), 25. 8. 1975
(35) Ebda., 28. 2. 1975
(36) Vgl. zusammenfassend Außenminister Bielka im Kurier (Wien), 21.3.1975
(37) Die Bundesregierung wurde sowohl durch UN-Generalsekretär Waldheim als auch durch den damaligen Präsidenten der UN-Vollversammlung, Bouteflika, auf diesen Aspekt hingewiesen (Profil, Wien, 26. 3. 1975).
(38) Die Presse (Wien), 31. 1. 1975
(39) Ebda., 20. 3. 1975
(40) Rand Daily Mail (Johannesburg), 17. 3. 1975
(41) Beeld (Johannesburg), 18. 3. 1975
(42) Die Presse (Wien), 14. 3. 1975
(43) Die Presse (Wien), 17. 3. 1975
(44) Financial Gazette (Johannesburg), 27. 3. 1975
(45) So berichtete Die Presse (Wien) am 19./20. 4. 1975 von einer Veranstaltung mit Dr. Wolff Geisler (Bonn) in Graz.
(46) Tageszeitungen vom 23. 4. 1975
(47) Die Presse (Wien), 24. 4. 1975 und weitere Berichte
(48) Arbeiter-Zeitung (Wien), 3. 2. 1976
(49) Sishen-Saldanha. Erz für die Welt (Wien, o. J. - 1976), S. 7. Vgl. Financial Gazette (Johannesburg), 9. 7. 1976
(50) Die Presse (Wien), 17. 11. 1976
(51) South Africa 1982. Official Yearbook of the Republik of South Africa (Johannesburg 1982), S. 489
(52) Sozialistische Korrespondenz (Wien), 15. 9. 1980
(53) Financial Mail (Johannesburg), 8. 4. 1981
(54) Rand Daily Mail (Johannesburg), 1. 3. 1976
(55) Ebda., 29. 3. 1976
(56) Schreiben der Österreichischen Nationalbank vom 9. 11. 1983

Adalbert Krims

Banken finanzieren Apartheid

Ausländisches Kapital hat bei der Schaffung und Aufrechterhaltung der Apartheid in Südafrika von Anfang an eine große Rolle gespielt. Relativ neu ist jedoch die enge Verbindung zwischen transnationalen Konzernen und ausländischen Banken auf der einen sowie dem südafrikanischen Staat und staatlich dominierten Wirtschaftsinstitutionen auf der anderen Seite (1). Während bis 1970 weit über die Hälfte aller Investitionen auf den privaten Sektor entfielen, kam es im Laufe der Siebzigerjahre zu einem tiefgreifenden Wandel: bereits 1975 investierten der südafrikanische Staat und von ihm direkt abhängige Gesellschaften mehr als der gesamte Privatsektor. Und diese Tendenz hat sich seither noch weiter verstärkt. Ursache für diese Entwicklung ist die sich verschärfende politische und soziale Krise des Apartheidstaates nach der Befreiung der portugiesischen Kolonien und durch das Anwachsen des inneren Widerstandes. „Daher nahm die Lösung, die zur Bewältigung dieser Krise gesucht wurde, unvermeidlich deutlichere faschistische Formen an, die nicht nur die Ausweitung der Rolle des Staates in der Wirtschaft umfaßten, sondern auch den Aufbau einer organischeren Beziehung zwischen dem Staat und dem multinationalen Finanzkapital, um die Militarisierung, die Selbstversorgung und das Überleben der Wirtschaft zu sichern“ (2).

Um das Überleben der Apartheid als System zu sichern, mußte der Staat auch in der Wirtschaft eine führende Rolle übernehmen, um sie auf dieses übergeordnete strategische Ziel hin ausrichten zu können. Dabei ist der Apartheidstaat jedoch mehr denn je auf ausländische Finanzierung - sowohl in Form von Direktinvestitionen wie auch von Krediten - angewiesen. In bezug auf die Kredite haben während des letzten Jahrzehnts drei grundlegende Faktoren entscheidende Bedeutung erlangt (3):

1. Ein Investitionsprogramm der Regierung zum Auf- und Ausbau infrastruktureller und strategischer Projekte, die aufgrund der Erfordernisse eines Wirtschaftswachstums und der Notwendigkeit, die Verwundbarkeit Südafrikas gegenüber möglichen internationalen Sanktionen zu reduzieren, unentbehrlich sind. Vor allem zwei Pro-

jekte von strategischer Bedeutung sind hier zu nennen: die von SASOL betriebenen Kohlehydrierungsanlagen in Secunda und Sasolburg, die Südafrika gegen einen möglichen Ölboykott weitgehend unverwundbar machen sollen (4), und die Aktivitäten der staatlichen *Electricity Supply Commission* ESCOM, deren Kapital fast zur Hälfte durch Anleihen im Ausland aufgebracht wurde (5). ESCOM ist u.a. verantwortlich für das südafrikanische Nuklearprogramm, d. h. vor allem für die Urananreicherungsanlage in Valindaba und das Atomkraftwerk in Koeberg. Die Kredite an ESCOM zusammen mit der Lieferung modernster Nukleartechnologien durch die USA, die BRD, Israel und andere westliche Länder haben Südafrika inzwischen bereits in die Lage versetzt, die Atomkraft auch für militärische Zwecke zu nutzen.

2. Hohe Zuwachsraten der Verteidigungsausgaben aufgrund der steigenden Kosten für Militär und Polizei sowie aufgrund des starken militärischen Engagements in Namibia. So wurde das südafrikanische Verteidigungsbudget zwischen 1971 und 1981 um das Achtfache auf 2,6 Mrd Rand erhöht (6). Die *South African Armaments Development and Production Corporation* (ARMSCOR) gab allein 1980 2 Mrd Dollar für die Beschaffung und Erzeugung von Kriegsmaterial aus (7).

3. Ein rapides Anwachsen der Ölrechnung aufgrund der internationalen Preisentwicklung und vor allem des Ölboykotts der Arabischen Liga 1973. Dazu kam, daß nach dem Sturz des Schah-Regimes im Iran kein einziges OPEC-Land mehr legal Öl nach Südafrika lieferte und sich daher der Apartheidstaat auf den wesentlich teureren Spotmärkten versorgen mußte. Zwischen 1972 und 1979 waren Südafrikas Kosten für Ölimporte daher - trotz eines geringeren Verbrauchs - von 190 Mio Rand auf 2,6 Mrd Rand gestiegen (8).

Nach Angaben des *UN-Centre Against Apartheid* hat Südafrika zwischen 1970 und Mitte 1982 Kredite in der Höhe von mehr als 8 Mrd Dollar von westlichen Banken erhalten (9). Die Verbindlichkeiten des Apartheidregimes gegenüber 14 westlichen Gläubigerländern (inklusive Österreich) sollen sich im September 1982 auf fast 11 Mrd Dollar netto (also ohne Zinsen) belaufen haben (10). Dazu muß allerdings einschränkend vermerkt werden, daß es sich dabei nur um bekanntgewordene Kredite mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr handelt. Das heißt, daß alle kurzfristigen Kredite (wie z. B. die meisten Handelskredite) nicht enthalten sind. Außerdem

haben die von der UNO, anderen internationalen Organisationen und Anti-Apartheid-Gruppen erhobenen Forderungen nach Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika sowie diesbezügliche Kampagnen in zahlreichen Ländern sicherlich dazu geführt, daß viele Banken ihre Kredite an Südafrika möglichst geheimhalten. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß die tatsächlichen Summen, die Südafrika an Bankkrediten erhalten hat, wesentlich höher sind als die vom UN-Centre Against Apartheid statistisch erfaßten.

Obwohl also die Liste der an Südafrika vergebenen Bankkredite sehr lückenhaft ist (wahrscheinlich umfaßt sie nur rund die Hälfte der Kredite mit mehr als 1 Jahr Laufzeit), ist sie dennoch sowohl in bezug auf die Kreditgeber wie auch die Kreditnehmer sehr aufschlußreich. Die Hauptempfänger waren neben der südafrikanischen Regierung die staatlich kontrollierten Gesellschaften *South African Iron & Steel Corporation* (ISCOR), *Electricity Supply Commission* (ESCOM) und *South African Railways & Harbours Board* (SARH) - also durchwegs Gesellschaften von strategischer Bedeutung. Nach den Massakern an schwarzen Jugendlichen in Soweto im Juni 1976 ist die südafrikanische Regierung bis 1980 aus der Liste der Kreditnehmer verschwunden.

Betrachtet man die Liste der Kreditgeber, so umfaßt sie zwischen 1972 und 1978 insgesamt 382 Banken aus 22 Ländern. In diesem Zeitraum lagen die BRD vor den USA, Großbritannien, Frankreich und der Schweiz an der Spitze. Österreichische Banken nahmen in der Rangliste der ausländischen Geldgeber immerhin den 14. Platz ein (11). Von 1979 bis Mitte 1982 waren 181 Banken aus 18 Ländern nachweislich an Kreditvergaben an Südafrika beteiligt. Dabei nahm Großbritannien den ersten Platz ein, gefolgt von der Schweiz, der BRD und den USA. Österreich rückte in diesem Zeitraum auf den 10. Platz vor (12).

Bankenboykott als Teil einer Anti-Apartheid-Strategie

Da Kredite an Südafrika heute zu den wichtigsten Mitteln zur Aufrechterhaltung der Apartheid zählen, besteht gerade hier ein zentraler Ansatzpunkt für internationale Aktionen zur Bekämpfung der Apartheid. Während der letzten 10 Jahre sind in Kanada, Belgien, Frankreich, Großbritannien, der BRD, Irland, Japan, der Schweiz, den Niederlanden und in den USA Kampagnen für eine Beendigung von Bankkrediten an Südafrika entstanden, deren Trä-

ger zumeist Kirchen bzw. christliche Organisationen, Anti-Apartheid-Bewegungen, aber auch z. T. Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen sind.

In den USA haben sich 38 Organisationen im *Committee to Oppose Bank Loans to South Africa* (COBLSA) zusammengeschlossen (vor allem Solidaritätsgruppen, christliche Organisationen und Gewerkschaften) (13). Das COBLSA sammelt Informationen über die Zusammenarbeit amerikanischer Banken mit Südafrika und gibt sie über ein Netzwerk an die Mitgliedsorganisationen sowie lokale Aktionsgruppen weiter. Das Ziel besteht darin, die Banken durch öffentlichen Druck sowie durch Auflösung von Konten zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen. Es ist gelungen, daß eine Reihe größerer Organisationen - vor allem Farbigen- und Bürgerrechtsbewegungen, Kirchen, Gewerkschaften, aber auch Universitäten und Stadtverwaltungen, ja sogar ein Bundesstaat (Michigan) - ihre Guthaben von Banken abgezogen haben, die Geschäfte mit Südafrika treiben. Einige Banken - darunter die *Continental Illinois*, die *Citibank* und die *Chemical Bank* - haben daraufhin erklärt, sie würden in Zukunft keine Kredite mehr an Südafrika vergeben. In einigen Fällen gibt es sogar Beschlüsse von Banken - z. B. der *First Pennsylvania Bank*, der *First National of Boston* -, ihre Geschäftspolitik gegenüber dem Apartheidstaat zu ändern (14).

Auch in Kanada und in den Niederlanden reagierten einige Banken auf Boykottkampagnen mit der Ankündigung, in Hinkunft keine Kredite mehr an Südafrika zu gewähren. Allerdings ist es oft schwierig, die tatsächliche Durchführung solcher verbaler Erklärungen zu überprüfen. Immerhin zeigen diese Beispiele, daß es durchaus möglich ist, durch öffentlichen Druck (und nicht zuletzt durch organisierten Boykott) Banken in die Defensive zu drängen und sie zu öffentlichen Reaktionen zu zwingen.

Eine besondere Rolle im Rahmen der internationalen Aktionen zur Beendigung der Bankkredite an Südafrika spielt der *Weltkirchenrat*. Diese Weltvereinigung von 300 nichtkatholischen christlichen Kirchen mit Sitz in Genf löste bereits im Jahre 1974 ihre Konten bei der britischen *Midland Bank* und 1981 bei der US-amerikanischen *Citibank* auf. Besondere Aufmerksamkeit erregte der Weltkirchenrat, als er im September 1981 bekanntgab, daß er seine Beziehungen zu zwei der fünf größten Schweizer Banken (*Schweizerische Bankvereinigung* und *Schweizerische Bankgesellschaft*) sowie zur bundesdeutschen *Dresdner Bank* lösen werde.

Am 24. Februar 1981 beschloß das Exekutivkomitee des Weltkirchenrats einen Katalog von Kriterien, die für den Abbruch der Beziehungen zu Banken ausschlaggebend sind (15):

1. Das Fortbestehen von Bankniederlassungen innerhalb Südafrikas;
2. das regelmäßige Management von südafrikanischen Anleihen und Wertpapieren;
3. die Fortsetzung der Gewährung beträchtlicher Kredite an Südafrika nach den Soweto-Ereignissen von 1976;
4. die Gewährung von Krediten an Südafrika für direkte oder indirekte militärische Zwecke (darunter fallen z. B. Kredite an die südafrikanische Regierung, den Strategic Oil Fund, die Südafrikanische Luftfahrtgesellschaft und die Südafrikanische Eisenbahn- und Hafenbehörde);
5. die Gewährung von Krediten, die der Nuklearindustrie dienen (d. h. an die ESCOM).

Nachdem diese Kriterien beschlossen waren, führte der Weltkirchenrat mit allen Banken, zu denen er Beziehungen unterhält, Gespräche. Das Ergebnis war, daß sich sechs Banken (darunter drei aus skandinavischen Ländern) nach mehrmonatiger Diskussion bereit erklärten, sich in Hinkunft an die Kriterien zu halten. Mit sechs weiteren Banken, die in einem geringeren Ausmaß Beziehungen zu Südafrika unterhalten, führt der Weltkirchenrat den Dialog weiter (16).

Besondere Bedeutung haben die internationalen Aktionen gegen die britische *Barclays Bank*, die zu den wichtigsten ausländischen Geldgebern des Apartheidstaates gehört. 1978 löste die nigerianische Regierung alle Konten bei dieser Bank auf - ebenso wie die Allafrikanische Kirchenkonferenz und die Karibische Kirchenkonferenz (3 Millionen Dollar). Auch in Großbritannien steht Barclays im Zentrum der Boykottkampagne: hier lösten mehrere Stadtverwaltungen, kirchliche Organisationen und Gewerkschaften ihre Konten auf. Dadurch hat die Bank allein in Großbritannien Guthaben in Höhe von 5 Milliarden Pfund pro Jahr verloren (17).

Österreichische Bankkredite an Südafrika

Zwischen 1972 und Mitte 1982 waren 5 österreichische Banken an 18 Krediten mit einer Gesamthöhe von 682,1 Millionen Dollar beteiligt (18). An der Spitze steht die *Creditanstalt-Bankverein*, die

an 15 Krediten mit einer Gesamthöhe von 565 Millionen Dollar beteiligt war, gefolgt von der *Girozentrale und Bank der Österreichischen Sparkassen AG* (14 Kredite/512), der *Österreichischen Länderbank* (9/360), dem Bankhaus *Schoeller & Co* (5/180) und der *Genossenschaftlichen Zentralbank AG* (3/134).

Die meisten Kredite, an denen österreichische Banken beteiligt waren, stammen aus dem Jahr 1972 und haben eine Laufzeit von 15 Jahren (vgl. Tabelle S. 134). Sie wurden an die südafrikanische Regierung, an die Stadtverwaltung von Johannesburg, die Anglo-American Corporation Ltd. sowie an ISCOR (die staatliche Eisen- und Stahlgesellschaft) vergeben. 1973 beteiligten sich die Creditanstalt und die Girozentrale an zwei Krediten an die Südafrikanische Eisenbahn- und Hafenbehörde und an die ISCOR; am letzteren Kredit waren auch die Länderbank und Schoeller beteiligt.

Im Jahr 1974 findet man nur die Creditanstalt-Bankverein mit einem Kredit an ESCOM, die damals mit dem forcierten Ausbau des südafrikanischen Nuklearprogramms begann. Im Jahre 1975 waren 3 österreichische Banken an 4 Krediten beteiligt: die Girozentrale an zwei Krediten für ESCOM und zwei für ISCOR, die Creditanstalt an je einem für ESCOM und ISCOR und die Länderbank an einem.

1976 - kurz vor den Ereignissen in Soweto - nahmen die Creditanstalt und die Girozentrale an einem 5-Jahres-Kredit an die südafrikanische Regierung teil.

Das Massaker von Soweto führte zu einem starken Rückgang der (bekanntgewordenen) Kredite an Südafrika. Während 1976 mit 1,5 Milliarden Dollar ein absoluter Höhepunkt ausländischer Bankkredite an den Apartheidstaat verzeichnet wurde, fielen sie 1977 auf knapp 300 Millionen Dollar zurück. 1978 stiegen sie allerdings wieder auf 725 Millionen Dollar. Der „Soweto-Schock" wirkte offensichtlich auch auf die österreichischen Banken, denn in den Jahren 1977 bis 1979 findet sich in der internationalen Liste der Kreditgeber kein einziges österreichisches Institut.

Erst 1980 wurde der „Soweto-Schock" ganz überwunden, als dem südafrikanischen Staat die vielbeachtete Rückkehr auf den europäischen Finanzmarkt gelang. Obwohl viele Banken angesichts des ANC-Anschlags auf SASOL und der neuerlichen Unruhen im Kapland Zurückhaltung übten (19), wurde die Anleihe ein voller Erfolg. Natürlich waren wiederum drei österreichische Banken - die Creditanstalt-Bankverein, die Österreichische Länderbank und die Giro-

Österreichs Bankkredite an Südafrika

Laufzeit	Kreditsumme (in Mio)		Zinsfuß	Empfänger
Creditanstalt-Bankverein				
1972/75	$	50	k.A.	Finanzministerium
1972/87	DM	100	6,25 %	Stadt Johannesburg
1972/87	DM	100	7,00 %	ISCOR
1972/87	$	50	7,50 %	Anglo-American
1972/87	$	25	8,00 %	Republik Südafrika
1972/87	DM	100	7,00 %	Republik Südafrika
1973/88	DM	100	7,50 %	SARH
1973/88	DM	100	8,50 %	ISCOR
1974/89	$	15	9,25 %	ESCOM
1975/80	$	25	10,00 %	ISCOR
1975/80	DM	100	9,25 %	ESCOM
1976/81	$	25	9,75 %	Republik Südafrika
1980/87	DM	100	9,25 %	ESCOM
1980/87	DM	100	9,00 %	Republik Südafrika
1982/90	DM	100	9,50 %	ESCOM
1983/90	DM	100	9,00 %	Ministerium f. Post/Telekomm.
1983/91	DM	200	8,50 %	Republik Südafrika
Genossenschaftliche Zentralbank				
1972/87	DM	100	6,25 %	Stadt Johannesburg
1982/90	DM	100	9,50 %	ESCOM
1982/97	$	60	9,25 %	MINORCO
1983/90	DM	100	9,00 %	Ministerium f. Post/Telekomm.
1983/91	DM	200	8,50 %	Republik Südafrika
Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen				
1972/87	DM	100	7,00 %	ISCOR
1972/87	DM	100	6,25 %	Stadt Johannesburg
1972/87	$	50	7,50 %	Anglo-American
1972/87	$	25	8,00 %	Republik Südafrika
1972/87	DM	100	7,00 %	Republik Südafrika
1973/88	DM	100	7,50 %	SARH
1973/88	DM	100	8,50 %	ISCOR
1975/80	$	25	10,00 %	ISCOR
1975/80	$	25	10,00 %	ESCOM
1975/80	EMU	30	9,25 %	ISCOR
1975/80	DM	100	9,25 %	ESCOM
1980/87	DM	100	9,25 %	ESCOM
1980/87	DM	120	9,00 %	Republik Südafrika
1983/90	DM	100	9,00 %	Ministerium f. Post/Telekomm.
1983/91	DM	200	8,50 %	Republik Südafrika

Österreichische Länderbank AG

1972/87	DM	100	6,25 %	Stadt Johannesburg
1972/87	DM	100	7,00 %	ISCOR
1972/87	$	50	7,50 %	Anglo-American
1973/88	DM	100	8,50 %	ISCOR
1975/80	DM	100	9,25 %	ESCOM
1980/87	DM	100	9,25 %	ESCOM
1980/87	DM	120	9,00 %	Republik Südafrika
1982/90	DM	100	9,50 %	ESCOM
1983/90	DM	100	9,00 %	Ministerium f. Post/Telekomm.
1983/91	DM	200	8,50 %	Republik Südafrika

Schoeller & Co

1972/87	$	25	8,00 %	Republik Südafrika
1972/87	DM	100	7,00 %	ISCOR
1972/87	DM	100	6,25 %	Stadt Johannesburg
1972/87	$	50	7,50 %	Anglo-American
1973/88	DM	100	8,50 %	ISCOR

Es bedeuten:

ESCOM	Electricity Supply Commission
ISCOR	Iron and Steel Industrial Corporation
MINORCO	Minerals and Resources Corporation
SARH	South African Railways & Harbour Organisation

Die erwähnten Banken waren an den Anleihen im Rahmen von Konsortien beteiligt. Die Girozentrale übernahm darüber hinaus für die EMU-Anleihe von 1975 das Management.

Quelle: Beate Klein, Bank Loans to South Africa, 1972 - 1978 in: Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 5/79 (New York, Mai 1979) und diesselbe, Bank Loans to South Africa 1979 - Mid 1982 in: Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents, Special issue (New York, October 1982).

zentrale - beteiligt. Die Tatsache, daß der südafrikanische Finanzminister kurz zuvor auf „Privatbesuch" in Österreich war und hier auch Gespräche mit dem damaligen Vizekanzler und Finanzminister Hannes Androsch geführt hat, soll in diesem Zusammenhang nur vermerkt werden. Jedenfalls tauchen kurz nach diesem Besuch österreichische Banken - nach mehr als 4-jähriger Enthaltsamkeit - erstmals wieder als Kreditgeber Südafrikas auf. Daß dieser zeitliche Zusammenhang auch ein ursächlicher ist, kann hier mangels an Beweisen nicht behauptet werden.

1982 finden sich in der Statistik zwei weitere Kredite an Südafrika: CA, Länderbank und Girozentrale beteiligten sich an einem Kredit an ESCOM und die Genossenschaftliche Zentralbank an einem Kredit an MINORCO, eine auf den Bermudas registrierte Auslandsbeteiligungsgesellschaft des südafrikanischen Bergbaukonzerns *Anglo-American*.

1983 wurden zwei weitere Kredite an das Ministerium für Post und Telekommunikation und an die Regierung in Pretoria bekannt; österreichischerseits waren daran die Creditanstalt-Bankverein, die Genossenschaftliche Zentralbank, die Girozentrale und die Österreichische Länderbank beteiligt (20).

Hat Österreich sich selbst verurteilt?

Wenn man auch sagen muß, daß österreichische Banken bei den erwähnten längerfristigen Krediten an den Apartheidstaat jeweils nur gemeinsam mit anderen europäischen Banken in Erscheinung traten, so ist dennoch auffällig, wie engagiert das kleine Österreich bei der Beteiligung an internationalen Kreditoperationen für das von den Vereinten Nationen - mit Unterstützung Österreichs - geächtete südafrikanische Regime ist. In den letzten 10 Jahren waren nur 7 europäische Länder an mehr Bankkrediten beteiligt als Österreich. Auch wenn die Initiative vor allem von britischen, schweizerischen und westdeutschen Banken ausging, so ist die österreichische Teilnahme an der Finanzierung der Apartheid im Vergleich zur Größe und wirtschaftlichen Stärke unseres Landes doch als überproportional zu bezeichnen.

Dazu kommt, daß die *Creditanstalt-Bankverein* noch eine besondere Rolle spielt, indem sie gemeinsam mit 5 anderen europäischen Banken eine Gruppe (die *European Banks International Company* - EBIC) bildet, die das führende internationale Bankenkonsortium

für Südafrikakredite darstellt. Neben der CA gehören die *Deutsche Bank*, die französische *Societe Generale*, die britische *Midland Bank*, die holländische *Amsterdam-Rotterdam Bank*, die *Banca Commerciale Italiana* und die belgische *Banque de la Societe* der EBIC an.

Es muß auch hervorgehoben werden, daß der größte und der drittgrößte österreichische Kreditgeber - die Creditanstalt-Bankverein und die Länderbank - verstaatlichte Banken sind. Dies steht in einem direkten Gegensatz zum österreichischen Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen, deren Generalversammlung seit 1976 jedes Jahr die Einstellung der Bankkredite an Südafrika fordert. In nahezu gleichem Wortlaut hat die Generalversammlung der UNO - zuletzt im Dezember 1983 acht Mal Resolutionen beschlossen, in denen es u. a. hieß: „Die Generalversammlung ... ist überzeugt, daß die Beendigung aller neuen Auslandsinvestitionen in und Finanzanleihen an Südafrika einen wichtigen Schritt in der internationalen Aktion für die Beseitigung der Apartheid darstellen würden, da solche Investitionen und Kredite die Apartheidpolitik in jenem Land unterstützen und ermutigen; sie begrüßt die Aktionen jener Regierungen, die legislative und andere Maßnahmen in Richtung jener Beendigung ergriffen haben" (21). Solche Resolutionen wurden von der UN-Generalversammlung jeweils mit überwältigender Mehrheit angenommen. 1979 z. B. lautete das Abstimmungsergebnis 130 gegen null bei 12 Enthaltungen. 1982 stimmten 134 Länder für die Beendigung von Investitionen in und Krediten an Südafrika, die USA stimmten als einzige dagegen und 9 Länder enthielten sich der Stimme (Botswana, die BRD, die Elfenbeinküste, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Malawi und Swaziland). Österreich gehörte immer - auch 1982 und 1983 - zu den Befürwortern eines Investitions- und Kreditstops.

Wenn man das Abstimmungsverhalten in der UNO mit der Liste der wichtigsten Kreditgeber an Südafrika vergleicht, so fällt auf, daß nur zwei jener Länder, die dem Kreditboykott zugestimmt haben, mehr Kredite an Südafrika vergeben haben als Österreich - nämlich Japan und die Niederlande. Im Falle von Japan besteht allerdings bereits seit 1974 ein gesetzliches Verbot von Krediten an das Apartheidregime - die in der UNO-Statistik aufscheinenden Kredite stammen daher auch nicht direkt aus Japan, sondern von Niederlassungen japanischer Banken im Ausland. In den Niederlanden gibt es zumindest keine staatlichen Garantien für Exportkredite im Südafrikahandel mehr (ähnlich wie in Dänemark, Schweden und Norwe-

gen). Da es in Österreich bislang überhaupt keine gesetzlichen Einschränkungen im Bankenverkehr mit Südafrika gibt, ist bei uns der Widerspruch zwischen Abstimmungsverhalten in der UNO und tatsächlicher Praxis noch krasser als in anderen Ländern. Die Tatsache, daß zwei der Hauptkreditgeber an Südafrika außerdem verstaatlicht sind, kommt noch erschwerend hinzu.

Halten wir also nochmals fest: Österreich erklärt seit 1976 in den Vereinten Nationen, daß die Beendigung von Bankkrediten an Südafrika einen wichtigen Schritt zur Beseitigung der Apartheid darstellen würde, daß diese Kredite die Apartheidpolitik unterstützen und ermutigen, und Österreich begrüßt alle Maßnahmen, die zur Beendigung von Krediten an Südafrika ergriffen werden. Gleichzeitig haben aber seit 1980 vier österreichische Banken - davon zwei verstaatlichte - die Kreditvergabe an die südafrikanische Regierung und an ESCOM (Atombombe!) nach mehr als 4-jähriger Unterbrechung wieder aufgenommen. Aus diesem Widerspruch kann nur die Schlußfolgerung gezogen werden, daß sich Österreich vor der UNO selbst verurteilt hat.

Anmerkungen

(1) Vella Pillay, Transnational Capital and the Growth of the South African Corporate State, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), December 1979, S. 1
(2) Ebda., S. 8
(3) Beate Klein, Bricks in the Wall, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), May 1981, S. 6
(4) Vgl. Martin Bailey, SASOL. Financing of South Africas Oil-from-Coal-Programme, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), February 1981
(5) David Haslam, The Financing of South Africa's Nuclear Programme, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), March 1981, S. 1
(6) informationsdienst südliches afrika (Bonn), März 1981
(7) Klein, Bricks in the Wall, S. 7; vgl. Terry Shott, Role of Banks in Strengthening South Africa's Military Capability, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), August 1981

(8) Klein, Bricks in the Wall, S. 8; zum Problem der Umgehung des Ölembargos vgl.: The Shipping Research Bureau, Oil Tankers to South Africa (Amsterdam 1981) und - am Beispiel des ehemaligen Rhodesien - Martin Bailey, Oilgate. The Sanctions Scandal (London 1979)
(9) Corporate Data Exchange Inc. (Hg.), Bank Loans to South Africa, 1972 - 1978, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), May 1979; Beate Klein, Bank Loans to South Africa 1979 - mid 1982, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), October 1982
(10) Cape Times (Kapstadt), 26. 1. 1983
(11) Bank Loans to South Africa 1972 - 1978, S. VIII
(12) Bank Loans to South Africa 1979 - mid 1982, S. 7
(13) Prexy Nesbitt, Anti-Apartheid Activities in the United States of America, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), December 1977, S. 8
(14) George M. Houser, Ending Bank Loans to South Africa, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents (New York), June 1979, S 2 f; Beate Klein, Bricks in the Wall, S. 2 f.
(15) Ecumenical Press Service (Genf), 18. 9. 1981; vgl. zur Vorgeschichte Bankkredite für die Apartheid und der Ökumenische Rat der Kirchen (Frankfurt/Main 1978)
(16) Ecumenical Press Service (Genf), 18. 9. 1981
(17) Barclays Shadow Report (London 1983), S. 10
(18) Vgl. Anm. 9
(19) Rand Daily Mail (Johannesburg), 21. 6. 1980
(20) Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt/Main), 23. 9. und 21. 12. 1983
(21) Resolution 37/69 H v. 9. 12. 1982

4
Schlupfloch Österreich

Das UN-Waffenembargo gegen Südafrika wird durchbrochen

Durch Beschluß des Weltsicherheitsrates wurden alle Staaten 1977 verpflichtet, keine Rüstungsgüter und dazugehöriges Material mehr an Südafrika zu liefern. Trotz gegenteiliger Beteuerungen verletzt Österreich dieses Embargo: es beliefert den Apartheidstaat mit Waffen und militärischen Technologien, es hat durch lückenhafte Gesetze dem internationalen Waffenschmuggel die Tore geöffnet. Und die verstaatlichte VOEST ist in ein weltweites Rüstungskonsortium eingegliedert, dem auch Südafrika angehört.

Walter Sauer

Die Rüstungszusammenarbeit mit Südafrika

Als „Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit" haben die Vereinten Nationen 1977 die Apartheidpolitik Südafrikas verurteilt (1). Die völkerrechtswidrige Besetzung Namibias, die militärische Invasion in Angola, die Angriffe auf zivile Objekte in Lesotho, Mozambique oder in anderen Staaten bestätigen diese Formulierung zur Gänze. Ein gigantisches Rüstungsprogramm hat Südafrika in den letzten zwanzig Jahren zur stärksten Militärmacht auf dem afrikanischen Kontinent werden lassen. Die offiziellen Militärausgaben stiegen zwischen 1958 und 1982 von 36 Mio Rand auf 2,7 Mrd Rand jährlich, die Mannschaftsstärke der Einsatztruppen wuchs etwa im selben Zeitraum von 11.500 auf 180.000 (2). Die militärische Ausrüstung der *South African Defence Force* hat sich erheblich verbessert; 1977 konnte Südafrika seine erste Atombombe testen (3). Auch der innenpolitische Einfluß der Streitkräfte und damit der Militarisierungsgrad des weißen Minoritätsregimes ist in den letzten Jahres drastisch gestiegen; die Regierung von Ministerpräsident Botha ist auf die unausweichliche Konfrontation mit dem eigenen Volk vorbereitet.

Nur durch die intensive Zusammenarbeit mit den großen westlichen Mächten konnte es zu dieser Situation kommen. Transnationale Konzerne erhöhten durch die Lieferung von spezialisiertem Material und Know How das technologische Niveau der südafrikanischen Wirtschaft; sie trugen entscheidend zur Entwicklung militärisch relevanter Bereiche bei, etwa der Schwerindustrie, der Kohlehydrierung, des Atomprogramms, des Kommunikationswesens oder des Bahnbaus (4). Darüber hinaus haben sich ursprünglich vor allem Großbritannien und die Vereinigten Staaten, später auch Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Israel und Italien als Waffenlieferanten für die Apartheidregierung betätigt (5). Sie verfolgten damit nicht nur kaufmännische Ziele. Vor allem mit BRD-Hilfe wurde Anfang der 1970er Jahre in der Nähe von Simonstown das Radarsystem *Advokaat* errichtet, das Pretoria die Überwachung des gesamten Südatlantiks und des Indischen Ozeans im Dienste der NATO

ermöglicht (6). Darüber hinaus dürfte ein geheimer Militärpakt zwischen Südafrika, Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Taiwan und Israel existieren (7).

Angesichts dieser dichten Einbindung des Apartheidregimes in die strategischen Konzeptionen des Westens hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen schon 1963 gefordert, „Verkauf und Lieferung von Waffen, Munition aller Sorten und von Militärfahrzeugen an Südafrika zu beenden" (8). Dieses erste, freiwillige Waffenembargo wurde 1977 durch einen weiteren Beschluß des Sicherheitsrates verpflichtend. Alle Staaten müssen demnach „ab sofort die Lieferung von Waffen und dazugehörigem Material aller Art nach Südafrika einzustellen haben, einschließlich des Verkaufs oder der Weitergabe von Waffen und Munition, von Militärfahrzeugen und -ausrüstungen, von paramilitärischer Polizeiausrüstung sowie von Ersatzteilen für die vorgenannten Gegenstände, und daß sie gleichermaßen sowohl die Bereitstellung aller Arten von Ausrüstungen und Materialien als auch die Gewährung von Lizenzvereinbarungen für die Herstellung oder Wartung der vorgenannten Rüstungsgegenstände" beenden. Weiters müssen alle vertraglichen Vereinbarungen und Lizenzen, die sich auf die Erzeugung oder Wartung von Waffen, Munition oder militärischen Fahrzeugen und Ausrüstung beziehen, in Hinblick auf deren Beendigung überprüft werden (9).

Südafrika hat dieses Embargo mit der Behauptung abzuwerten versucht, die Anwendung von Sanktionen würde die Selbstversorgung der eigenen Rüstungsindustrie nur erhöhen und das Land umso eher militärisch autark werden lassen. Auch wenn diese Argumentation noch so oft wiederholt wird - an den Tatsachen geht sie offensichtlich vorüber. Denn in den Kernbereichen der Rüstung ist der Apartheidstaat von seinen ausländischen Lieferanten und Lizenzgebern abhängig geblieben. Schätzungen zufolge müssen etwa 30 % des militärischen Bedarfes eingeführt werden, und von dem in Südafrika selbst produzierten Rest setzen sich auch wiederum etwa 80 % aus ausländischen Komponenten zusammen (10). Angesichts dessen hat der UN-Beschluß Südafrika die Beschaffung von militärischem bzw. paramilitärischem Material sowie von anderen sensitiven Produkten deutlich erschwert. Das Waffenembargo sei real und würde äußerst effizient überwacht, erklärte erst kürzlich der Generalmanager des Rüstungskonzerns ARMSCOR; Südafrika würde daher nicht zögern, zur Beschaffung auswärtiger Militärtechnologie auch „schmutzige" Methoden zu verwenden (11). Mit seltener Of-

fenheit wurde hier die fortdauernde Auslandsabhängigkeit der Apartheid-Kriegsmaschinerie bestätigt.

Das Waffenembargo der Vereinten Nationen besitzt somit einen zentralen Stellenwert im Rahmen der Kampagne zur Isolierung Südafrikas: seine strikte Durchführung würde sich als geeignetes Mittel erweisen, die militärische Schlagkraft des Apartheidregimes drastisch zu senken und damit die Durchsetzungsfähigkeit der unterdrückten Bevölkerung entscheidend zu stärken. Das Embargo würde darüber hinaus nicht nur zum Abbau der inneren Gewalt, sondern auch zum Frieden in Namibia, Angola sowie den übrigen angrenzenden Staaten wesentlich beitragen und Prozesse der regionalen Entspannung und Entmilitarisierung im Südatlantik und im Indischen Ozean erleichtern. Daß diese Ziele heute - sieben Jahre nach dem bindenden Beschluß des Sicherheitsrates - noch nicht erreicht sind, liegt am mangelnden politischen Willen der westlichen Mächte.

Österreich liefert Waffen...

Österreichische Waffenlieferungen an Südafrika gebe es nicht, eine militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern schon gar nicht: Regierung und Rüstungsbetriebe sind sich in dieser Aussage einig. Tatsächlich hat Österreich vor dem Sicherheitsrat seinen politischen Willen bekundet, „Waffenexporte nach Südafrika nicht zu gestatten und Genehmigungen für die Aus- und Durchfuhr militärischen Materials ... nicht zu erteilen“ (12). Als gesetzliche Handhabe zur Durchführung des Waffenembargos wurde der § 4 des Kriegswaffenexportgesetzes geschaffen, der es der Bundesregierung gestattet, die Ausfuhr von zivilen und militärischen Waffen in ein bestimmtes Land auf dem Verordnungsweg zu untersagen (13). Allerdings wurde - für das inkonsequente Verhalten Österreichs in Apartheidfragen charakteristisch - eine solche Verordnung in bezug auf Südafrika noch nicht erlassen. Auch bestehende Gesetzeslücken wurden nicht geschlossen. Es gebe ja ohnehin keine Waffenexporte...

Nur auf den ersten Blick scheint die Außenhandelsstatistik diese offizielle Haltung zu untermauern. Die nach dem SITC-revised-System gruppierte Serie 2 der Statistik weist tatsächlich relativ geringe Waffenausfuhren nach Südafrika aus: 1980 wurde zwar die Ein-Millionen-Schilling-Grenze noch einmal überschritten, 1982 hinge-

gen war der Stand bereits wieder auf ganze 54.000 öS gesunken (vgl. Tabelle).

Ein zweiter Blick läßt freilich erkennen, daß die Außenhandelsstatistik offenbar nicht in der Lage ist, das wirklich getätigte Ausmaß des Waffenexports zu erfassen. Benützen wir nämlich die nach der Brüsseler Tarif-Nomenklatur (BTN) gegliederte Serie 1 A der Statistik, so sind die Angaben über Rüstungslieferungen in den Apartheidstaat wesentlich größer. Österreichs Erlös in dieser Sparte hätte demnach zwischen 1975 und Mitte 1983 mehr als hundert Mio Schilling betragen - etwa das Zwanzigfache dessen, was das SITC-revised-System für dieselbe Zeit angibt.

Schon durch eine innerhalb des gesetzlichen Rahmens erfolgende statistische Umgruppierung ist es also offenbar möglich, die Größenordnung politisch problematischer Waffenexporte beliebig zu manipulieren. Hinzu kommt die im Waffengeschäft offensichtlich übliche Praxis, die Bestimmungen des Kriegswaffenexportgesetzes durch falsche Deklaration des Ausfuhrgegenstandes zu umgehen; so wurden zum Beispiel in einem bekannt gewordenen Fall Spezialgeschoße als „Glasflaschen“ und Kanonen als „kaltgewalzte Rohre“ bezeichnet, um sie problemlos über die Grenze zu schaffen (14). Praktiken dieser Art sind für Lieferungen an Südafrika erst recht wahrscheinlich.

Hinzu kommt ein weiteres Faktum: seit 1978, dem ersten Geschäftsjahr nach Verhängung des Waffenembargos, haben sich immer wieder Rüstungsexporte nach Swaziland ergeben. Serie 1 A zufolge handelt es sich dabei vor allem um „Teile von Waffen“, wie sie in Serie 2 ab 1980 nicht mehr enthalten sind. Die Vermutung liegt nahe, daß gewisse zerlegte militärische Waffen (oder Ersatzteile hiefür) nun über Swaziland in die Hände südafrikanischer Händler geraten; mit Recht hat die Bundesregierung schon mindestens einem Transport nach Swaziland die Ausfuhrgenehmigung verweigert (15).

Welche Waffen liefert Österreich? Der BTN-Statistik zufolge haben sich 1976/77 vor allem die von Hirtenberger gelieferten zehn Millionen Patronen zu Buche geschlagen (16); Genehmigungen dafür werden seither offensichtlich nicht mehr erteilt. Auch die erwähnten „Teile von Waffen“ wurden 1980 letztmalig nach Südafrika geliefert. Insofern ist ein Einfluß des Waffenembargos in der Tat festzustellen. Andererseits wurde die UN-Entscheidung 1980 und 1983 mit der Lieferung von Pistolen zweifelsohne mißachtet; in den Vereinigten Staaten oder in Dänemark werden Pistolentranspor-

Österreichische Waffenexporte ins Südliche Afrika (in 1.000 öS) *)

Waffenexporte nach	Statistisches System	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1. Halbj. 1983
SÜDAFRIKA	SITC-revised	70**	2.737**	40**	417	348	1.264	118	54	4
	BTN	8.313	30.009	43.850	576	711	3.589	7.220	4.704	3.077
NAMIBIA	SITC-revised	-	-	-	5	15	17	4	2	3
	BTN	-	-	-	-	-	-	526	-	-
SWAZILAND	SITC-revised	-	-	-	-	378	306	534	1.028	859
	BTN	-	-	-	203	378	296	534	1.028	859

*) Ohne Botswana und Lesotho
**) Auch andere nicht genannten Waren enthalten

Quelle: Österreichische Außenhandelsstatistik

te sogar strafrechtlich verfolgt (17). Auch die regelmäßige Lieferung von „Kleinkaliber"- und „Sonstigen Jagdgewehren", die seit 1980 stark ansteigt, stimmt bedenklich; gerade die Bewaffnung der weißen Haushalte Südafrikas sowie der Werkschutzeinheiten mit sogenannten „zivilen Waffen" ist ein wesentlicher Bestandteil der Militarisierung der Apartheidgesellschaft (18).

... und militärische Technologien

Nicht nur durch die Lieferung von Munition oder Waffen werden Buchstabe und Geist des UN-Embargos verletzt, sondern auch durch den Transfer militärisch verwendbarer Technologien. Auf diesem Sektor ist die Bedeutung Österreichs für Südafrika noch wesentlich größer; sensitive Geräte oder Verfahren werden von österreichischen Firmen immer wieder an Apartheidkunden geliefert. Dem Regime wird es dadurch erleichtert, internationale Sanktionen durch den Aufbau einer autarken Produktion zu unterlaufen.

1979 zum Beispiel, kurz nachdem Pretoria der einheimischen Computerindustrie eine strategische Priorität dieser Art eingeräumt hatte, standen bei der österreichischen Beteiligung an der *Rand Show* ausgerechnet Nukleartechnik und Elektronik im Vordergrund; dabei wurde besonderes Augenmerk auf die Vergabe von Lizenzen an südafrikanische Firmen gelegt (19). In der Folge wurden mehrere Lieferungen von elektronischer Hard- oder Software bekannt, so etwa seitens österreichischer Firmen wie *Datentechnik*, *Tele-Haase* oder *Siemens-Austria*, das erst jüngst ein ausfallsicheres Datenbanksystem für den Rangierbahnhof Sentrarand entwickelt hat (20). Daß es sich bei Elektronik um einen Kernbereich der südafrikanischen Rüstungspolitik handelt, steht außer Frage: 1981 wurden die Ausgaben der Streitkräfte auf diesem Sektor mit 250 Mio Rand angegeben (21), und die erste Anlage zur Herstellung von Quarzkristallen für elektronische Schaltelemente wurde im selben Jahr nicht zufällig von Verteidigungsminister Malan eröffnet (22). Auch optische oder chemische Präzisionstechnologien stellen einen unerläßlichen Bestandteil der modernen Kriegswaffenerzeugung dar; Österreichs Lieferungen auf allen diesen Gebieten tragen somit zumindest indirekt zur Stärkung des militärischen Potentials des Apartheidregimes bei.

Manche Unternehmen sind freilich auch direkt in die Kriegsmaschinerie der Apartheid verwickelt; ihre Tätigkeit ist als eindeutige

Verletzung des UN-Embargos zu werten. Als Südafrika beispielsweise ab 1976 an die Entwicklung des für angolanische Einsätze gedachten Kampfschützenpanzers RATEL ging, konnte es eine österreichische Lizenz für einen besonders wichtigen und verwundbaren Teil des Fahrzeugs erwerben. Die Plastikreifen der burgenländischen Firma *Polyair* erwiesen sich als den gestellten Anforderungen bestens entsprechend: schnell und geländegängig, schußsicher und auch ohne Luft noch verwendbar (23). Die raschen Vorstöße südafrikanischer Truppen im Süden Angolas, in der Regel von Flächenbombardements mit Napalm begleitet (24), sind dadurch erst möglich geworden: denn die österreichischen Reifen, heute von *Sandock-Austral* in Boksburg gefertigt, sind auch napalm- und feuerfest.



RATEL - Südafrikas Einsatzfahrzeug für den Angolakrieg, mit Reifen in Polyair-Lizenz ausgestattet.

Nur selten ist die direkte Verwicklung eines österreichischen Unternehmens in die südafrikanische Rüstung so konkret zu belegen; Diskretion ist gerade in dieser Branche alles. So läßt sich die Grazer *Anstalt für Verbrennungsmotoren* (AVL-List) ihre Anonymität in vielen Fällen per Vertrag sichern (25). Neben der Motorenentwick-

lung und -herstellung sind Mikroelektronik, Laser- und Computertechnologie sowie Ballistik- und Präzisionsmeßversuche die Spezialgebiete der Firma (26). Ein nicht unwesentlicher Teil ihrer Aktivitäten ist für den militärischen Bereich, vor allem im Rahmen der NATO, bestimmt. Daß Know How und Produkte von AVL aber auch den südafrikanischen Streitkräften zugute kommen, ist mehr als wahrscheinlich: als Repräsentant im Apartheidstaat fungiert ein Spezialist für Militärelektronik, die Firma *Hubert Davis Electrical Engineering* in Elandsfontein (27). Ist es ein Zufall, daß sich in dieser Stadt auch die zentralen Forschungs- und Wartungsanlagen für Fahrzeuge des südafrikanischen Heeres befinden?

Die elektronischen Sicherheits- und Alarmeinrichtungen, wie sie Firmen wie *Hirschmann* oder *Zumtobel* liefern, werden übrigens auch nicht nur als Schutz vor Kunstdiebstählen gedacht sein.

Der rege Besuchsverkehr

Seit 1973 ruft die Generalversammlung der Vereinten Nationen dazu auf, „den Austausch von Militärattaches mit dem südafrikanischen Regime zu beenden" (28). Italien und Australien haben dieser Forderung seither entsprochen. Immer noch aber sind es zwölf Länder, die den offiziellen Kontakt zur Rassistenarmee pflegen. Seltsamerweise zält zu ihnen auch Österreich: Noch immer wird von Seiten der Regierung in Wien ein südafrikanischer Militär- und Luftfahrtattache anerkannt, auch wenn dessen Posten zur Zeit offenbar nicht besetzt ist.

Daß die rege Reisetätigkeit von Angehörigen der südafrikanischen Militär- oder Polizeistreitkräfte nach Österreich anhält, dürfte freilich kein Zufall sein. 1973 wurde eine Offiziersdelegation aus dem Apartheidstaat in einem Patrouillenboot auf der Donau gesichtet (29). Der Kommandant des südafrikanischen Veteranenverbands, Generalmajor Neil Webster, knüpfte 1979 Kontakte zum Österreichischen Kameradschaftsbund an (30); auch Besuche zwischen Politikern aus der Transkei beim hiesigen Militär kamen in diesem Jahr angeblich zustande (31). 1982 wurde einer Kunstflugmannschaft der südafrikanischen Luftwaffe gestattet, drei Wochen lang auf einem privaten Flugplatz bei Freistadt zu üben (32). Und im April 1983 konnte der südafrikanische Zweig des Internationalen Polizeiverbandes (IPA) - einer Organisation, die sich unter anderem den Austausch von „polizeilichem Knowhow" zum Ziel setzt - mit Stolz

eine Einladung nach Österreich melden (33). Zwar wurde offizielerseits klargestellt, „daß zwischen der österreichischen und der südafrikanischen Sicherheitsverwaltung keine wie immer gearteten Kontakte" bestünden, doch wurde zugleich die Existenz „privater" Verbindungen bestätigt (34).

Private Verbindungen sind es auch, die für Söldnernachwuchs aus Österreich sorgen. Die Wiener neofaschistische Zeitschrift *Der Stoßtrupp* suchte 1980 per Inserat Kämpfer gegen die SWAPO; obwohl eine derartige Anzeige eindeutig gegen den Staatsvertrag verstößt, wurden behördlicherseits keine Schritte unternommen. Beim südafrikanischen Putschversuch auf den Seychellen 1981 wurde tatsächlich auch ein österreichischer Staatsbürger gefangengenommen; die Anti-Apartheid-Bewegung hat gegen diesen Herrn Forsell Strafanzeige erstattet (35).

Drehscheibe des Waffengeschäfts

Nicht nur auf bilateraler Ebene wird das Waffenembargo durch die nachlässige Haltung der österreichischen Behörden verletzt, auch die international organisierten Waffenschieberkartelle finden in Österreich eine geeignete Basis. Gerade weil das Rüstungsgeschäft mit Südafrika völkerrechtlich verboten ist, sind zu seiner Durchführung komplizierte (und teure) Geheimdienstoperationen vonnöten, die jeweils dem Weg des geringsten Widerstands folgen. Österreich hat sich dafür schon mehrmals als ideales Schlupfloch erwiesen: ein international angesehener Staat, dessen Verhältnis zu Südafrika über jeden Zweifel erhaben schien, der in Wirklichkeit aber doch unzureichende gesetzliche Regelungen und ein in Apartheid-Fragen niedriges öffentliches Bewußtsein - wenn nicht sogar latente Sympathie - aufwies. Gute Voraussetzungen also, um den Rüstungshandel legal oder illegal, jedenfalls aber möglichst diskret über unser Land abzuwickeln.

Der „Dänische Schiffsskandal"

1980 wurde von den türkischen Zollbehörden ein Frachter der dänischen Reederei *Trigon* beschlagnahmt. Randvoll mit nicht deklarierten Waffen und falschen Papieren beladen, erwies sich die Vermutung der Fahnder alsbald als richtig: Südafrika war das eigentliche Bestimmungsland gewesen.

Polizei- und Journalistenrecherchen sowie die Aussagen von ehemaligen Matrosen ließen bald den Umfang dieser als „Dänischer Schiffsskandal" bekanntgewordenen Affäre erkennen (36). Die Kopenhagener Schiffahrtsgesellschaft Trigon war zwischen 1976 und 1980 in zwanzig Transporte nach Südafrika im Wert von jeweils fünf bis zwölf Millionen US-Dollar verwickelt gewesen. Die dänischen Frachter hatten in zahlreichen Ländern (Niederlande, Portugal, Italien, Belgien, aber auch in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien) Rüstungsgegenstände aller Art an Bord genommen, auf hoher See die Bemalung des Schiffs und die Frachtpapiere geändert, nach Abbruch des Funkverkehrs mit den Kontrollstellen schließlich Kurs auf Südafrika genommen. Nach Löschen der Ladung hatte sich die Rückfahrt in umgekehrter Weise vollzogen.

Als Auftraggeber der abenteuerlichen Operationen, in deren Verlauf neben gefälschten Endverbraucherzertifikaten auch Unsummen an Bestechungsgeldern an die Besitzer der Reederei sowie an Kontaktpersonen in den beteiligten Staaten flossen, zeichnete die Londoner Tarnfirma *Yuco Properties* verantwortlich. Der deutsche Waffenhändler Oskar Mulack hatte sie als Beschaffungsunternehmen des südafrikanischen Rüstungskonzerns ARMSCOR gegründet; der Kontakt war von Charles Cronfield, einem der Apartheid-Botschaft in Paris zugeordneten Geheimdienstagenten, hergestellt worden (37). Als Mulacks Partner in Europa wurden der Wiener Großhändler Wilhelm Weiss sowie die Exilbulgarin Maria Kelemer und ihre Tochter Vera Mayerhofer genannt. Auch diese beiden leben als Geschäftsfrauen in Wien.

Mehreren Berichten zufolge war es ihnen aufgrund privater Kontakte zum Sofioter TV-Generaldirektor Ivan Slavkov gelungen, auch bulgarische Waffen für das Südafrika-Geschäft zu erhalten; die entsprechende Vereinbarung mit Mulack wurde im Wiener Hotel Hilton getroffen (38). Daß neben den gefälschten Endverbraucherzertifikaten auch in diesem Fall Geld eine erhebliche Rolle spielte, darf als sicher angenommen werden.

Slavkov wurde inzwischen seines Postens enthoben und ist in der bulgarischen Versenkung verschwunden. Mulack hat sich sicherheitshalber in die USA abgesetzt, und die Manager der Firma Trigon sind heute im Gefängnis oder in Südafrika zu treffen. Nur die beiden Frauen in Wien sind bislang unbehelligt geblieben.

Die Affäre Montana

Ein deutscher Rüstungsbetrieb, der für diverse Geschäfte eine österreichische Fluggesellschaft errichtet und sie später aus dem Verkehr zieht: auf diese knappe Formel ließe sich die seinerzeit vielbeachtete Geschichte der Firma *Montana* in Wien bringen. Zur Erinnerung: Eine Boeing der privaten Fluggesellschaft Montana wurde am 12. Mai 1981 am International Airport in Houston/Texas beschlagnahmt. An Bord befanden sich etwa 1.300 Gewehre, 150 Granatwerfer, Pistolen und Munition, insgesamt „genug, um einen kleineren Krieg zu führen", wie ein FBI-Agent formulierte. Bestimmungsort war Johannesburg, von wo die Fracht an die anti-angolanische Untergrundbewegung UNITA gehen sollte (39).

Ausgestattet mit einem ARMSCOR-Kreditbrief über 1,5 Mio US-Dollar hatten die Briten John Parks und Peter Towers die Waffen bei *Colt Industries* in Hartford eingekauft, wobei sie ein gefälschtes Endverbraucherzertifikat des Sudan vorweisen konnten. Beide waren schon 1980 für Südafrika tätig gewesen, als sie hunderttausend Granaten aus Südkorea beschafft hatten (40). Als Auftraggeber fungierte in beiden Fällen *Servotech International*, eine Briefkastenfirma in Liechtenstein; Zahlungen wurden über eine *Internautic Shipping & Trading Corporation* in Hamburg geleistet. Eigentümer von Servotech ist die deutsche Speditionsfirma *Deugro*, die wiederum dem Multimillionär Carl Eberhard Press gehört (41).

Press ist der internationalen Rüstungsindustrie keineswegs unbekannt. Mit einer Sperrminorität von 26 % (260.000 DM) ist er Zweitaktionär der *Orbital Transport- und Raketen-Aktiengesellschaft* OTRAG in Neu Isenburg (42). Zweck dieses Unternehmens, das in engster Zusammenarbeit mit Einrichtungen der deutschen Bundesregierung agiert, ist angeblich die Produktion von Weltraumraketen; die wirklichen Ziele sind Bau, Erprobung und Stationierung von Cruise Missiles in Afrika - auf einem zu diesem Zweck gemieteten Testgelände im Südosten Zaires, hunderttausend Quadratkilometer groß.

Das OTRAG-Projekt ist nicht nur ein Versuch zur verbotenen Raketen-Bewaffnung der Bundesrepublik; es ist zugleich Kernstück einer NATO-Strategie zur Sicherung der militärischen Präsenz des Westens in Afrika, vor allem nach dem absehbaren Zusammenbruch des südafrikanischen Rassistenregimes. Und dieser Hintergrund wirft ein neues Licht auf das Schicksal der Wiener Fluggesellschaft Montana.

Denn eben Carl E. Press war es gewesen, der dem österreichischen Piloten Hansjörg Stöckl 1976 zu ihrer Gründung verholfen hatte; seine *F. G. Flugzeugleasing* in Frankfurt hatte drei Boeing-Maschinen bereitgestellt, er selbst Aktien in beachtlicher Höhe gezeichnet (43); nicht zufällig war die Montana-Adresse mit jener der Wiener Niederlassung von Deugro identisch. Vornehmlich durch Langstrekkenreisen in Urlaubsziele wie Bangkok, Gambia und Kenia wurde das junge Unternehmen bekannt. War die geplatzte Fuhre von Houston tatsächlich das einzige Waffengeschäft der Montana?

Dies ist allerdings wenig wahrscheinlich. Sehen wird davon ab, daß auch für den Transport der Korea-Granaten zumindest eine Anzahlung von Servotech bei Montana erfolgte (44); auch die Art und Weise, wie man die Fluglinie aus dem Verkehr zog, läßt auf tiefere Verwicklungen schließen. Denn schon wenige Wochen nach der Beschlagnahme in Houston forderte Press die von der Montana geschuldeten Leasingraten ein, was sofort zum Konkurs der Firma führte; die geschädigten Flugpassagiere müssen noch heute um ihr Geld prozessieren. Beim Konkursprozeß konnte Stöckl beweisen, daß Press „die Firma in selbstzerstörerischer Manier in die Liquidierung getrieben hat" (45) - für ihn war Montana offensichtlich nicht mehr zu gebrauchen. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, daß der Zweck der Gesellschaft in erster Linie nicht im Tourismus lag. Ungeklärt blieb, welche Rolle das Wiener Außenministerium bei Beratung und Sicherung von Landerechten für den geplatzten Waffentransfer gespielt und worüber OTRAG-Finanzier Press Gespräche mit den *Austrian Airlines* geführt hatte (46). Des weiteren wurde seitens der Justizverwaltung verabsäumt, die Untersuchungsakten des FBI für den Konkursprozeß zu beschaffen, was angesichts des klar politischen Hintergrunds der Affäre von Nutzen hätte sein können. Der Skandal, daß ein österreichisches Unternehmen entgegen dem UN-Embargo an der Weitergabe von Kriegsmaterial an Südafrika beteiligt war, blieb unaufgeklärt.

Das Zollfreilager in Schwechat

„Flughafen Wien: Drehscheibe für internationale Waffentransporte". Der *Kurier* wird nicht müde, auf diesen Zusammenhang zu verweisen (47). Ein neutrales Land mit lückenhaften Gesetzen und einer gut ausgebauten Zollfreizone in Schwechat - der internationale Rüstungshandel weiß dieses Service zu nützen. Gleichsam auf ex-

territorialem Gebiet werden hier Waffentransporte aus verschiedenen Ländern zusammengestellt, Angaben über Herkunfts- und Bestimmungsorte geändert. Nicht zuletzt der Apartheidregierung kommt dieses Verfahren zugute.

Die Wiener Speditionsfirma *Kirchner* stellte im Juni 1983 in besagtem Zollfreilager eine für Südafrika bestimmte Waffensendung zusammen: etwa 400 Pistolen verschiedener Marken, Jagdgewehre sowie Ersatzteile aus verschiedenen Ländern, alles Lieferungen der einschlägigen Handelsfirmen *A. Kind* (Vösendorf), *H. Wrage* (Wien-Hamburg) und *Grünig & Ellmiger* (Malters bei Luzern) (48). Als Adressat dieser Sendung, der bereits mehrere ähnliche vorausgegangen waren, schien *Austro Engineering* in Johannesburg auf, eine Tochterfirma des Rüstungskonzerns *Sandock-Austral* (49). Die Flugroute sollte aus Tarngründen über Kopenhagen verlaufen.

Daß der Transport in Dänemark aufflog, ist der Wachsamkeit zweier Transportarbeiter zu danken. Der zuständige Manager von SAS wurde verhaftet und wegen Verletzung des UN-Embargos angeklagt, die Waffen nach Österreich zurückgeschickt. Hier hatte die Affäre allerdings keinerlei Folgen. Zeitungsberichten zufolge wurden die Pistolen nun via Israel nach Südafrika transportiert, Lieferanten und Spedition blieben ungestraft. Auch eine weitere Sendung von elf Pistolen, die am 10. Juni von Wien über Frankfurt am Main nach Johannesburg ging, wurde von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen (50). Hingegen begann sich das vom Weltsicherheitsrat eingesetzte Komitee zur Beobachtung des Waffenembargos für die österreichische Gesetzgebung zu interessieren.

Die Auskünfte der Beamten des Außenamts waren für die UNO schockierend und für Österreich peinlich. Entgegen der Behauptung der Bundesregierung, Österreich habe das Waffenembargo schon seit 1963 beachtet, wurde eindeutig klargestellt, daß das heimische Kriegsmaterialgesetz diesem (seit 1977 verpflichtenden) UN-Beschluß in keinster Weise Genüge tut. Kriegswaffen, die sich als Durchfuhrgüter in der Schwechater Zollfreizone befinden, werden überhaupt nicht erfaßt, und auch Jagdwaffen bzw. Pistolen österreichischen Ursprungs können ohne Genehmigung ausgeführt werden (51). Damit bietet Österreich dem internationalen Waffenhandel ein Schlupfloch, das verbindliche Waffenembargo durch eine unzureichende innerstaatliche Regelung zu umgehen.

Sowohl der UN-Sicherheitsrat als auch die Commonwealth-Konferenz in New Delhi haben sich mit diesem besonderen Beitrag Öster-

reichs zur Aufrüstung der Apartheid beschäftigt (52). Der Bundesregierung ist dieses weltweite Aufsehen offensichtlich unangenehm. So wird die Durchführung des Waffenembargos derzeit durch die zuständigen Ressorts neuerlich „eingehend geprüft" (53). Auf das Resultat dieser Prüfung darf man gespannt sein.

Das Kanonen-Kartell

Überraschungen bot die 2. Internationale Waffenmesse *Defendory*, die im Oktober 1982 in Athen stattfand: trotz des UNO-Embargos war auch Südafrika unter den Ausstellern vertreten. Eine Delegation des Rüstungskonzerns ARMSCOR war kurzfristig angereist (und wurde ebenso kurzfristig wieder hinauskomplimentiert), um das neueste Rüstungs-Exportprodukt des Apartheidstaats vorzustellen: die Kanonenhaubitze G 5. Meldungen über dieses „Supergeschütz", das zum Abfeuern von Atomgranaten geeignet sein sollte und gegen das vergleichbare amerikanische Waffen angeblich „wie Spielzeuge" wirkten, waren schon im März durch die westliche Presse gegeistert (54). Diese G 5 nach kurzer Zeit auch in Europa zu sehen, kam für die Kenner der Branche überraschend. Und was sie daran erstaunte: Südafrikas angeblich „beste Kanone der Welt" war mit dem österreichischen Artilleriesystem GHN 45 „praktisch identisch" (55).

Beide Haubitzen weisen ein Kaliber von 155 mm auf und sind für Base Bleed-Munition der belgischen PRB-Gruppe ausgelegt, mit der sie eine Reichweite von bis zu 40 km erzielen. Sie sind im Höhen- wie im Seitenbereich außerordentlich weit schwenkbar und notfalls auch ohne Zugmaschine mittels Hilfsmotor manövrierbar. Unterschiede liegen in Detailkonstruktionen und in verkehrsbedingt unterschiedlichen Maßen (56). Südafrikas Supergeschütz wird von *Lyttelton Engineering* in Verwoerdburg bei Pretoria hergestellt; Zulieferungen von mehr als 50 angeblich einheimischen Firmen finden Verwendung, die Erprobung findet gefechtsmäßig in Namibia statt. Österreichs GHN 45 hingegen wird von VOEST-Alpine und ihrem Tochterkonzern VEW in Kapfenberg bzw. Liezen gefertigt und auf dem umstrittenen Eisenerzer Schießplatz getestet. Woher also die merkwürdige Ähnlichkeit?

Blenden wir in die Mitte der Siebzigerjahre zurück. Die US-amerikanisch-kanadische *Space Research Corporation* hatte damals unter Leitung des Ballistikers Dr. Gerry Bull den Prototyp eines 155-



„Bull-Kanone" auf dem VOEST-Schießplatz in Eisenerz: Der südafrikanischen G 5 zum Verwechseln ähnlich...

mm-Geschützes und der dazugehörigen Munition (ERFB) entwickelt (57). In ausgeklügelten, vom CIA unterstützten Operationen, die später vom englischen TV-Journalisten Martin Bailey dokumentiert werden konnten, gelang es Südafrika, zwischen 1976 und 1978 mindestens vier dieser Haubitzen, etwa 60.000 Granaten und die dazugehörige Technologie zu erwerben. Bull wurde zwar in den USA wegen Verletzung des Waffenembargos gerichtlich verurteilt, Space Research mußte in Kanada den Weg zum Konkursrichter beschreiten, und in der BRD wird gegen *Rheinmetall* Anklage wegen Beihilfe zu diesem illegalen Rüstungstransfer erhoben (58). Südafrika freilich war in den Besitz eines der modernsten Artilleriesysteme geraten und konnte daraus seine G 5 entwickeln.

Um das Supergeschütz zu vermarkten, hatte Space Research noch vor ihrem Ende eine Tochterfirma in Brüssel - *Space Capital International* - gegründet; Teilhaber waren die belgische PRB-Gruppe, die über die Weltrechte der besonders weittragenden Base Bleed-Munition verfügte, und Südafrikas ARMSCOR, die das zum Erwerb dieser Lizenz nötige Kapital einbringen konnte. Ob auch eine von der kanadischen Regierung erwartete 10-Mio-US-Dollar-Beteiligung

der VOEST-Alpine Wirklichkeit wurde, ist nach wie vor ungeklärt (59). Gesucht wurden jedenfalls europäische Produzenten: SCI-Munition entsteht heute in Belgien bzw. den Niederlanden, die Bull-Haubitze ... in Österreich!

Bau- und Verkaufslizenz wurden 1979 an die VOEST übertragen; die hohen staatlichen Exportförderungsmöglichkeiten sowie Österreichs guter außenpolitischer Ruf - an dem es einer Rüstungsfirma mit Apartheid-Beteiligung mangelt - gaben den Ausschlag (60). Daß österreichischen Firmen die Produktion von Geschützen mit über 30 km Reichweite laut Staatsvertrag nicht erlaubt ist, spielt offenbar keine Rolle, ebenso nicht der Widerstand der Eisenerzer Bevölkerung gegen den Schießplatz. Zur Vermarktung der „Bull"-Kanone gründeten VOEST und VEW den gemeinsamen Tochterbetrieb *Noricum*; die von der VOEST gemeinsam mit *Ranshofen* gekaufte *Hirtenberger Patronenfabrik* erzeugt zudem ERFB-Munition, die über eine gemeinsame österreichisch-belgische Firma in der Schweiz verkauft werden soll.

An allen diesen Transaktionen ist Südafrika via SCI-Brüssel mit 20 % beteiligt; Österreichs Erfolge im Rüstungsexport schlagen positiv für die Apartheid zu Buche. Daß Konstrukteur Gerald Bull heute nicht nur für Südafrika, sondern auch für die VOEST als Konsulent wirkt, wird zwar von seiten der Firma bestritten (61); daß aber Ströme von Technologie und Know How zwischen den am Kartell beteiligten Firmen hin- und herfließen, ist kaum zu bestreiten. Südafrikas G 5 und Österreichs GHN 45 stammen aus einer gemeinsamen Wurzel und wurden gemeinsam weiterentwickelt. Erzeugung und Absatz werden von Space Capital International, der Kartell-Zentrale in Brüssel, gesteuert. Die internationale Rüstungslobby ist in dieser Frage stärker als das verpflichtende Waffenembargo gewesen, und Österreichs VOEST hat einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet. Die Rüstungszusammenarbeit mit Südafrika geht weiter, als man denkt.

Anmerkungen

(1) Resolution des Sicherheitsrats 418 (1977) vom 4. 11. 1977 und der Generalversammlung 32/105 F vom 14. 12. 1977
(2) Angaben aus: The Apartheid War Machine. The Strength and Deployment of the South African Armed Forces (London 1980)
(3) Zusammenfassend vgl. Dan Smith, South Africa's Nuclear Capability (London 1980)
(4) Ann Seidman/Neva Makgetla, Transnational Corporate Involvement in South Africa's Military Build-Up, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 35/78 (New York), Oktober 1978
(5) The Apartheid War Machine, S. 13
(6) Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler, Südafrika. Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf (Köln 1978), S. 102
(7) Sunday Times (Johannesburg), 11. 4. 1982
(8) Resolution 181 (1963)
(9) Resolution 418 (1977)
(10) Background Paper der Anti-Apartheid Trade Union Conference (London 1981), S. 1
(11) The Star (Johannesburg), 14. 5. 1983
(12) Note vom 5. 8. 1980 an den Sicherheitsrat (S./14105)
(13) Entwicklungspolitische Nachrichten (Wien), 3. 10. 1983
(14) Profil (Wien), 13. 4. 1982
(15) Peter Pilz, Die Panzermacher. Die österreichische Rüstungsindustrie und ihre Exporte (Wien 1982), S. 65 (betr. die Firma Voere in Kufstein)
(16) Trend (Wien), März 1977
(17) Beispiele dafür bieten die Montana-Affäre und der geplatzte Pistolen-Schmuggel über Kopenhagen, auf die später eingegangen wird.
(18) informationsdienst südliches afrika (Bonn), September 1983
(19) Rand Daily Mail (Johannesburg), 18. 4. 1979; The Star (Johannesburg), 24. 4. 1979
(20) industrie (Wien), 11. 1. 1984
(21) Daily Dispatch (East London), 13. 2. 1981
(22) Financial Times (London), 27. 5. 1981
(23) Truppendienst (Wien), Juni 1977, S. 498
(24) Antiimperialistisches Informationsbulletin (Marburg), 7-8/83, S. 20 f.
(25) Kurier (Wien), 1. 4. 1982
(26) Pilz, Panzermacher, S. 55 f.
(27) Military Electronics Defence Exposition (1980); vgl. Wochenpresse (Wien), 14. 12. 1977
(28) Resolution 3151 (XXVIII G) vom 14. 12. 1973
(29) Marine - gestern, heute 5 (Mistelbach 1978), S. 40
(30) South African Digest (Pretoria), 9. 3. 1979
(31) Daily Dispatch (East London), 1. 11. 1979
(32) Paratus, Dezember 1982
(33) The Star (Johannesburg), 29. 4. 1983
(34) Schreiben des Innenministers an die Anti-Apartheid-Bewegung, 12. 7. 1983

(35) informationsdienst südliches afrika (Bonn), Juli 1981; Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung 25 (Wien), März 1983
(36) Politiken (Kopenhagen), 1. 6. 1980
(37) ebda., sowie The Observer (London), 20. 2. 1983
(38) ebda., sowie Kurier (Wien), 12. 5. 1980
(39) Zusammenfassend: Profil (Wien), 18. und 25. 5. 1981
(40) Guardian (London), 30. 5. 1981
(41) Profil (Wien), 17. 1. 1983
(42) Kallu Kalamiya, Rape of Sovereignty: OTRAG in Zaire, in: Review of African Political Economy (London), Jän.-April 1979, S. 16 ff.; informationsdienst südliches afrika (Bonn), Oktober/November 1978
(43) Die Neue (Westberlin), 22. 9. 1981
(44) Profil (Wien), 18. 5. 1981
(45) ebda., 17. 1. 1983
(46) ebda.
(47) Kurier (Wien), 15. 5. 1983
(48) ebda., 11. 6. 1983
(49) The Star (Johannesburg), 13. 6. 1983
(50) Kurier (Wien), 14. 6. 1983
(51) Interview mit Abdul S. Minty, in: Volksstimme (Wien), 10. 7. 1983
(52) Sunday Times (Johannesburg), 27. 11. 1983
(53) Brief des Außenministers an den Verfasser, 21. 11. 1983
(54) Guardian (London), 29. 3. 1982
(55) Internationale Wehrrevue (Genf), 3/83, S. 269
(56) Vergleiche beider Geschütze in: ebda., 12/1982, S. 1731 und in Jane's Armour and Artillery (London 1984), S. 591 und 614 f.
(57) Internationale Wehrrevue (Genf), 6/82, S. 754
(58) Der Spiegel (Hamburg), 29. 8. 1983
(59) The Burlington Free Press (Burlington), 13. 7. 1979
(60) Internationale Wehrrevue (Genf), 6/82, S. 754
(61) Profil (Wien), 13. 4. 1982

5
„Weiße gehören zusammen!“
Südafrikas Propaganda in Medien, Tourismus, Kultur und Sport

In allen Ländern des Westens spielt Südafrikas Propaganda eine wichtige Rolle: die politische und wirtschaftliche Kollaboration kann nur funktionieren, wenn die demokratische Öffentlichkeit über den wahren Charakter des Apartheid-Regimes getäuscht wird. Dem Aspekt der „Solidarität unter Weißen“ kommt dabei ein zentraler Stellenwert zu: „wir Europäer“ haben - ob in Europa oder in Südafrika - um unser Überleben zu kämpfen. Tourismus und Einwanderung, kultureller und sportlicher Austausch sollen diesem Ziel dienen: als Instrumente zur psychologischen Aufrüstung der weißen Herrscher Südafrikas.

Eva Enichlmayr/Walter Sauer

Apartheid-Propaganda in Österreich

„Das Unverkaufbare verkaufen" - mit diesen Worten hat der skandalumwitterte frühere südafrikanische Staatssekretär Eschel Rhoodie mehrmals die eigentliche Aufgabe von Pretorias Informationsarbeit im Ausland beschrieben. Nur in einem Klima allgemeiner Uninformiertheit über das *Verbrechen gegen die Menschlichkeit*, das im Apartheidstaat tägliche Realität ist, können Südafrikas wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zu anderen, vor allem demokratischen Ländern florieren. Das Regime ist daher - ebenso wie seine Geschäftspartner und Gesinnungsfreunde im Ausland - in höchstem Maß darauf angewiesen, vor der Weltöffentlichkeit den wirklichen Charakter des südafrikanischen Gesellschaftssystems zu verbergen. Auslandspropaganda-Arbeit ist ein zentraler Bestandteil jener *totalen Strategie*, die der derzeitige Ministerpräsident Botha proklamiert hat.

Welcher Methoden sich die südafrikanische Regierung bedient, um die internationale Berichterstattung über ihr Land in einem für sie günstigen Sinne zu prägen, ist spätestens seit dem Auffliegen des *Muldergate-Skandals* im Jahr 1978 bekannt. Der erwähnte Staatssekretär Eschel Rhoodie enthüllte damals die Existenz eines geheimen Fonds von mehreren hundert Millionen Dollar. Das Geld sei dazu benützt worden, ohne Kontrolle des weißen Parlaments „südafrikafreundliche Organisationen und Institutionen zu gründen und Einzelpersonen oder Gruppen zu überreden, in wichtigen Fragen die südafrikanische Politik zu unterstützen. In einigen Fällen sei es darum gegangen, dem Land gegenüber negativ eingestellte Personen oder Gruppen zu einer neutraleren Haltung zu bewegen, in anderen darum, ‚lauwarme' oder neutrale Personen oder Gruppen zu einer positiveren Haltung gegenüber Südafrika zu bringen" (1).

Im Verlauf der Untersuchung, die von der Regierung nach Kräften behindert und deren Ergebnis weitgehend wieder vertuscht wurde (immerhin kam es zum Rücktritt des schwer belasteten Staatspräsidenten Vorster), traten auch für Österreich interessante Details über die alltägliche Praxis südafrikanischer Propaganda- und Bestechungsarbeit im Ausland zutage.

Anfang der 1970er Jahre spielte der ehemalige Österreicher Roland Hepers in Pretorias Informationsministerium eine wichtige Rolle. Seinen Beziehungen gelang es, mehr als 2000 Propagandaberichte in Schweizer und österreichischen Zeitungen „unterzubringen" (2). Eine ähnliche Aufgabe erfüllte - auch das wurde während des Muldergate-Skandals enthüllt - der deutsche Journalist Karl Breyer, „der in über 60 westeuropäischen Magazinen publizierte und mit seinen Kontakten von unschätzbarem Wert für das südafrikanische Staatssicherheitsbüro war" (3). Als es für Pretoria darum ging, die regierungsfinanzierte Johannesburger Tageszeitung *The Citizen* in verläßliche private Hände zu bringen, griff es auf einen anderen in Österreich bekannten Politiker zurück: der jetzige Europa-Parlamentsabgeordnete Otto Habsburg fungierte 1978 als einer von drei ausländischen Aktienbesitzern des *Citizen* (4). Journalisten aus Österreich wurden (und werden) auf Kosten des Ministeriums regelmäßig zu Besuchen eingeladen. Für 1977 zum Beispiel wurden vier solcher Reisen bekanntgegeben; insgesamt hatte Pretoria in diesem Jahr mehr als 433.000 Rand für ausländische Propagandisten aufgewendet (5). Auch einer der bekanntesten Vertreter der Apartheid, der Herzchirurg Christian Barnard, erhielt seine Reisen aus Rhoodies Geheimfonds bezahlt; vielleicht ist er auch deshalb ständig in Österreich (6)?

Die Auslandsaktivitäten des Informationsministeriums laufen - trotz der Muldergate-Affäre - unbehindert weiter. Unter den wenigen Budgetansätzen, die dem Kapstädter Parlament zur Kenntnis gebracht wurden, fanden sich 1978/79 mehr als 500.000 Rand für den Propagandisten Heinz Behrens in der BRD und fast 600.000 Rand für ein sogenanntes „europäisches Korrespondenzprojekt" (7). Was genau darunter zu verstehen ist, wurde nicht bekannt. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch Südafrikas Apartheid-Propaganda in Österreich aus Töpfen wie diesen finanziert wird.

Die „Informationsabteilung" der Botschaft ...

An der Wiener südafrikanischen Botschaft war ab 1963 eine sogenannte Informationsabteilung aufgebaut worden; der zuständige Attache, Cornelis E. Mulder, hatte 1972 sogar an der Salzburger Universität zum beziehungsreichen Thema „Eine Untersuchung der Rolle der Information als Instrument der zwischenstaatlichen Beziehungen mit besonderem Bezug auf die Republik Südafrika" pro-

moviert (8). Mulder wußte ohne Zweifel, wovon er schrieb, lag doch der Zweck der von ihm gegründeten Abteilung in weit mehr als der bloßen Information über Südafrika. Vielmehr sollten Österreichs Politiker, Wirtschaftstreibende und Journalisten für das System der Apartheid gewonnen werden: diplomatischer Schutz also für die Propagierung eines institutionalisierten Rassismus!

Bei ihrer Arbeit wird die südafrikanische Botschaft von ihren Konsulaten in Graz und Innsbruck unterstützt, die auf Anfrage gern mit Werbematerial, Reiseprospekten oder Einwanderungsratschlägen dienen. Vor allem aber sind es etliche Vereine im Vorfeld der Botschaft, die in mehr oder weniger offener Form Pretorias Propagandaarbeit betreiben und über eine Reihe einschlägiger Behörden- und Wirtschaftskontakte verfügen. An erster Stelle sind hier die *Österreichisch-Südafrikanischen Clubs* in Wien, Graz und Salzburg sowie der *Kärntner Süd- und Südwestafrikanische Club* zu erwähnen.

Zur „Vertiefung und Förderung der kulturellen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sportlichen Beziehungen" wurde etwa der Salzburger Club Ende 1978 gegründet (9). In seinem Vorstand saßen neben dem Salzburger Rechtsanwalt Reinhold Möbius (Bruder des damaligen österreichischen Botschafters in Pretoria) der Direktor der Salzburger Hypobank Kurt Schmalzl, der Pelzkaufmann Alexander Wilk und der Primararzt Hans Erich Diemath; als Schriftführer fungierte der Journalist Gerhard Neureiter von den *Salzburger Nachrichten*.

In Wien gehören dem Österreichisch-Südafrikanischen Club unter anderem der Vorsteher des Bundeswirtschaftskammer-Gremiums Fremdenverkehr, Otto Scheiner, der Früchteimporteur Josef Ahorner und der Direktor der Werbe- und Handelsagentur Dorland, Armin Fehle, an. Kontakte zu Bildungsinstitutionen werden über den Leiter der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft für Wien, Wolfgang Steffanides, und die Schuldirektorin Helene Tollich, hergestellt.

Der Kärntner Süd- und Südwestafrikanische Club wird vom ehemaligen FPÖ-Nationalratsabgeordneten Otto Scrinzi geleitet (10).

... und ihre Aktivitäten

Jeder Bitte um Informationsmaterial kommt die südafrikanische Botschaft in Wien postwendend nach: zahlreiche vielfarbige Hochglanzbroschüren, die Zeitschriften *Südafrikanischer Digest* und *Süd-*

afrikanisches Panorama sowie etliche andere Presse- und Werbematerialien versorgen den Anfrager mit einem Bild von Südafrika, das für Investoren, Touristen und Immigranten keinerlei Wunsch offen läßt. Informiert, im Sinn der südafrikanischen Botschaft, werden jedoch nicht nur jene, die dies gern möchten; an viele Ärzte, Schulen und Bibliotheken wird das Material auch unaufgefordert versendet.

Offenbar konzentriert sich die Botschaft auf sogenannte opinion leaders. Vor allem zählen dazu Journalisten, Lehrer und Pfarrer. Zu den ersteren baute bereits der schon erwähnte Cornelis E. Mulder gute Kontakte auf: „Ich danke auch den Chefredakteuren und Redakteuren Alfons Dalma, Alfred Payrleitner, Otto Schönherr, Otto Schulmeister, Thomas Chorherr, Wolfgang Oberleitner, Eberhard Strohal, Hans Thür, Clemens M. Hutter, Rudolf Fuhrmann, Hans Schuster, Josef Riedler und Hubert Feichtlbauer, die als maßgebliche Persönlichkeiten in den österreichischen Informations- und Nachrichtenmedien mithalfen, meine Aufgabe hier in Österreich besonders interessant zu gestalten" (11). Viele von den Erwähnten sind tatsächlich durch südafrikafreundliche Berichte hervorgetreten, in so manchem Fall auch vermittelt durch Besuche vor Ort auf Kosten der Apartheid-Regierung (12). Abgesehen davon sind Meldungen der südafrikanischen Nachrichtenagenturen, Korrespondentenberichte westlicher Medien oder gar Reisebeschreibungen die überwiegenden (und überwiegend weißen) Hauptquellen der Berichterstattung in Österreichs Zeitungen.

Auch der Österreichische Rundfunk tritt immer wieder durch apartheid-freundliche Sendungen und Filme hervor; propagandistische Darstellungen der südafrikanischen Rassenpolitik (13) oder der angeblich unabhängigen Bantustans ließen nicht nur den SP-Abgeordneten Fritz Hochmair von einer Verletzung des Objektivitätsgebots im Rundfunkgesetz sprechen (14).

Neben den Journalisten wendet sich die Botschaft vor allem an Lehrer. 1977 zum Beispiel - ein Jahr nach Soweto - erhielten die Wiener Schulen gehäuft Propagandamaterial von südafrikanischer Seite. Der *Anti-Apartheid-Bewegung* gelang es damals, einen Erlaß des Unterrichtsministeriums (Zl.10.017/3-190/77) zu erwirken, der sehr deutlich sprach: „Dieses Informationsmaterial propagiert... den südafrikanischen Standpunkt in der Frage der Rassentrennung. Österreich trat und tritt hingegen für die Gleichheit aller Rassen ein..." Damit sind die Propagandaschriften Südafrikas von der Schulbehörde nicht approbiert. Freilich liegt es immer noch an der einzelnen

Objektive Propaganda

„In jedweder noch so umfangreichen Aufzählung von kulturellen Leistungen ... fehlen zur Gänze die schwarzen Menschen Afrikas... Das kann doch nicht allein auf die koloniale Unterdrückung durch die Weißen zurückgehen... Wo sind in all den Jahrtausenden die Schwarzen geblieben".

(Richard Nimmerichter/Staberl, Neue Kronenzeitung, 23. 1. 1977)

„Mißwirtschaft und totale Unfähigkeit im abstrakten Denken haben unter der wehenden Fahne der Unabhängigkeit aus reichen Überschußländern Armenhäuser des Elends gemacht... In dieser Anklage wird der Wahnsinn offenbar, der mit der Todesformel ‚Ein Mann, eine Stimme' durch eine schwarze Herrschaft auch noch die Maiskammer ‚Südafrika' vernichten will".

(Ingomar Pust, Volkszeitung, 28. 1. 1982)

„Gibt man den Farbigen sofort die Gleichberechtigung, so geraten die Weißen in die Minderheit, verlieren ihre führende Stellung und die Industrie sowie der Staat brechen zusammen. Den Nachteil hätten wieder nur die Farbigen als die wirtschaftlich Schwächsten".

(Geyer/Fink/Luger, Geschichte und Sozialkunde IV für die 8. Klasse AHS, Wien 1974, S. 109)

„Man sollte der Regierung nur Zeit geben, um alle ihre positiven Pläne durchzusetzen ... die Kritiker außerhalb Südafrikas sollten erst einmal bei sich selbst nachforschen, ob bei ihnen alles so gut ist, wie man es von Südafrika fordert".

(Wolfgang Sperner, Volksblatt, 16. 3. 1979)

„So unbefriedigend die Diskriminierung der Schwarzen für europäische Gleichheitsfanatiker sein mag, die weißen Südafrikaner müssen die Last der Reformen selber tragen ... da ist es relativ belanglos, was die Besserwisser in aller Welt meinen. Die schimpfen auf die Buren und kommen nicht einmal mit ihrem Haustürken klar".

(Rupert Kerer, Tiroler Tageszeitung, 4. 11. 1983)

„Gewiß soll Europa in seiner Politik nach Kräften für Menschenrechte eintreten und diese wo immer möglich verfechten. Man darf aber nicht vergessen, daß auch Europäer Menschen sind und ein Recht auf Leben haben".

(Otto Habsburg, Vorarlberger Nachrichten, 4. 9. 1982)

„Wir Menschen des Westens dürfen unsere Freunde in Südwest- und Südafrika nicht enttäuschen. Wir müssen zu ihnen stehen, denn es geht im südlichen Afrika ... nicht um Rassenprobleme dieser Länder, es geht um Europa und damit um die Zukunft unserer Kinder".

(Nora u. Diether Schäfer-Elmayer, Vorarlberger Nachrichten, 5.9.1981)

Lehrkraft, die wirklichkeitsverfälschende Darstellung dieses Materials aufzuzeigen.

Leicht wird es dem Lehrer offiziellerseits dabei freilich nicht gemacht. Die Unterrichtsmaterialien - wie die vielverwendeten IRO-Wandkarten (15) - sind von Pretorias Werbeschriften oft kaum zu unterscheiden. Seitens der staatlichen Lichtbildstelle SHB werden für den Geschichts- und Sozialkundeunterricht überhaupt keine, für Geographie eher fragwürdige Filme und Diaserien zu Apartheid oder Südafrika angeboten; daß schon im Katalog „Südwestafrika" als „Provinz Südafrikas" bezeichnet wird, spricht wohl Bände (16). Und während die Zwei-Millionen-Stadt Soweto in den Schulatlanten bis vor kurzem nicht aufschien, wurde die Transkei im Historischen Weltatlas sofort nach ihrer Entlassung in die „Unabhängigkeit" eingezeichnet (17). Aber auch die Lehrbuchautoren scheinen Direktiven der südafrikanischen Botschaft zu folgen: während Rassismus und Apartheid in den meisten Geschichtsbüchern totgeschwiegen werden, findet sich in einigen anderen und vor allem in den Geographieunterlagen platte Propaganda. Warum zwar derartige Bücher, nicht aber objektiv über Rassismus und Apartheid informierende Unterlagen von der Schulbehörde approbiert werden, beantwortete ein zuständiger Ministerialrat bei einer Schulbuchtagung mit dem Hinweis, es seien sonst Konflikte mit der diplomatischen Vertretung Südafrikas zu erwarten ... (18)

Kein Wunder, daß die südafrikanische Botschaft immer wieder versucht, in der Lehrerschaft Fuß zu fassen. Seit 1982 veranstaltet der Österreichisch-Südafrikanische Club Wien jeweils im August Lehrerseminare, bei denen nahestehende „Fachleute" Informationen zu Südafrika als einem „derzeitigen Brennpunkt der Weltgeschichte" vermitteln sollen. Die Referenten von 1983 waren: der als Apartheid-Bildungsexperte hervorgetretene Klagenfurter Universitätsprofessor van Trotsenburg, der Geograph Schadlbauer, der Ethnologe Duchateau, der Historiker Schmidl (19), der Zoologe Wendelberger, die Vorsitzende des Vereins *Flüchtlingshilfe Ovamboland*, Fleischmann, die Malerin Mally, der Journalist Kerer (*Tiroler Tageszeitung*) sowie Angehörige der südafrikanischen Botschaft. Für den willigen Lehrer hält der Informationsattache auch entsprechende Filme bereit. Das *Österreichische Filmservice*, eine von einem Filmunternehmen getragene Public-Relations-Agentur, bietet insgesamt zwölf von der Botschaft und fünf von SATOUR hergestellte Kurzfilme für den Unterricht an - kostenlos (20).

Auch der Klerus zählt zu den bevorzugten Zielgruppen der südafrikanischen Botschaft. Maßgeblich dafür ist ohne Zweifel die Agitation gegen das *Anti-Rassismus-Programm* des Ökumenischen Rates der Kirchen, das eine intensive Aufklärungsarbeit auch über Apartheid und eine darauf fußende Hilfe an die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias vorsieht (21). Um die anhaltende Diskussion unter Österreichs Protestanten zu beeinflussen, wurde beispielsweise 1982 eine Polemik „Weltkirchenrat und Dritte Welt" an alle evangelischen Pfarrämter des Landes versendet. Die Aktion war allerdings nicht sehr erfolgreich: „Zwanzig evangelische Pfarrer aus Österreich forderten die südafrikanische Botschaft in Wien auf, die ‚unter einem frommen Schleier sich tarnende Werbung für die unmenschliche und unchristliche Apartheidpolitik einzustellen' " (22). Einige Zeit zuvor war ein Pamphlet von Arnt Spandau, „Wirtschaftsboykott gegen Südafrika", an die katholischen Pfarrämter Wiens verschickt worden.

Unterstützung für Südafrikas Kriegspolitik

Eine besondere Rolle spielt in Österreich die propagandistische Arbeit für Südafrikas Aggressionspolitik. Kein Wort davon, daß südafrikanische Truppen das ehemalige UN-Mandatsgebiet Südwestafrika völkerrechtswidrig besetzt halten und vom Norden des Landes aus ihre mörderischen Angriffe gegen den Süden Angolas starten, teils selbst, teils mittels der Terrororganisation UNITA.

Für die neofaschistische Szene in Österreich ist die Unterstützung von UNITA „Ehrensache". Dazu bekennt sich etwa das Blatt der *Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde*: „Trotz umfangreicher Anstrengungen der Kubaner, DDR-Berater und sowjetischer Führungsoffiziere gewinnt die UNITA ständig an Boden. Da Savimbis Truppen nun auch im Norden Angolas erfolgreich sind, haben die Sowjets Bomber zu Napalm-Angriffen auf UNITA-Gruppen eingesetzt... Verständlicherweise haben bisher weder der (kommunistische) Weltkirchenrat, noch die sozialistische Internationale gegen diese Morde protestiert" (23). Obmann dieses Vereines ist Dr. Herbert Fritz - erster Wiener Landessprecher der *National-Demokratischen Partei* (NDP), sein Stellvertreter ist Dietmar Sulzberger - dritter Landessprecher der NDP Niederösterreichs (24).

Allerdings geht die Unterstützung für Pretorias Namibia-Politik über die rechtsextreme Szene hinaus. Auch der Kärntner Sensations-

journalist Fritz Sitte, der erst kürzlich ein Buch über Namibia publiziert hat (25), pflegt gute Beziehungen zur UNITA. Schon vor einigen Jahren berichtete er (auch im Fernsehen) von einem Besuch bei UNITA-Chef Jonas Savimbi. Der als sensationell vermarktete Trip wirkte im Fernsehen, wie der *Kurier* schrieb, „ohnehin wie vom nächsten Reisebüro arrangiert" (26). Die Wirksamkeit auf die Öffentlichkeit ist dennoch nicht ausgeblieben.



Vereinsgründerin Ingrid Fleischmann (2. v. l.) mit der Leiterin des südafrikanischen Roten Kreuzes in „Südwestafrika" und „Ministern" der Kavangoland-Marionettenregierung (Mai 1981, Rundu)

Auch der Verein *Flüchtlingshilfe Ovamboland*, 1976 von Ingrid Fleischmann gegründet, macht Südafrikas Politik zu der seinen. Dieser Verein hat zum Ziel, Flüchtlinge aus Angola im Norden „Südwestafrikas" finanziell zu unterstützen. Daß es sich dabei teils um Ausbildungscamps der UNITA, teils um Lager für die mehr als 70.000 aus Angola Verschleppten handelt, hat sich nach Recherchen der Vereinten Nationen, des Internationalen Roten Kreuzes und verschiedener kirchlicher Organisationen herausgestellt (27). 1981 konnte durch die Aufdeckung dieses Zusammenhanges die Auszahlung von 1,5 Mio öS aus dem *Solidaritätsfond für Kinder der Dritten Welt*, dessen Mittel die Bundesregierung verdoppelt, verhindert werden. Auch die steirische Landesregierung hat es abgelehnt, Projekte des Vereins aus Mitteln der Entwicklungshilfe zu fördern. Dennoch wurde 1983 durch den Solidaritätsfond eine Million Schilling für den Verein zugesagt, ein Teil bereits ausbezahlt (28).

Die Auszahlung öffentlicher Gelder für südafrikanische Propaganda-Projekte zu verhindern, ist sicher eines der ersten Ziele der Boykott-Bewegung in Österreich; die genaue Beobachtung der Vergabepraxis der staatlichen Mittel für Entwicklungshilfe, Forschungsaufträge oder Fremdenverkehrsförderung, aber auch etwa die des Rundfunkbudgets, ist dazu nötig. Darüber hinaus sollte - wie auch in der Vergangenheit immer wieder erfolgreich geschehen - der Wiedergabe von südafrikanischem Rassismus in unseren Medien durch Leserbriefe verstärkt entgegengetreten werden.

Aber nicht nur dort findet sich Apartheid-Propaganda, wo ausdrücklich politische Standpunkte der südafrikanischen Regierung zu Wort kommen. Auch die vielfach als unpolitisch betrachteten Berichte über touristische und kulturelle Fragen, über Einwanderungsmöglichkeiten und sportliche Kontakte enthalten ihr gezieltes Maß an Werbung: das *Verbrechen gegen die Menschlichkeit*, als das Apartheid von den Vereinten Nationen definiert ist, soll als harmlos hingestellt, seine Vertreter als ,,Menschen wie Du und ich" sympathisch gemacht werden. Mit welchen Methoden dies geschieht und wo sich Ansatzpunkte für Aktionen der Boykottbewegung finden, wird in den folgenden Beiträgen behandelt.

Anmerkungen

(1) Frankfurter Rundschau (Frankfurt), 23. 3. 1979
(2) Sunday Times (Johannesburg), 21. 5. 1978
(3) Die Tageszeitung (Westberlin), 13. 9. 1979; vgl. Gordon Winter, Geheim agent voor Zuid-Afrika. 16 jaar in dienst van de BOSS (Amsterdam 1981), S. 409 f. Hepers wie Breyer hatten übrigens in der Tiroler Tageszeitung eines ihrer österreichischen Sprachrohre.
(4) Guardian (London), 3. 5. 1978; The Times (London), 31. 10. 1978
(5) Debates (Pretoria), 6. 3. 1978; Rand Daily Mail (Johannesburg), 7. 3. 1978. War es ein Zufall, daß etwa Engelbert Washietl in der Presse (3./4. 12. 1977) von einer Reise nach Südafrika berichtete? 1976 hatte schon Staberl von der Neuen Kronenzeitung über eine Reise ins Apartheidland geschrieben, auf wessen Kosten er sie unternahm, blieb unbekannt.
(6) Sunday Express (Johannesburg), 14. 8. 1979; Sunday Times (Johannesburg), 9. 9. 1979; Cape Times (Kapstadt), 10. 9. 1979
(7) Rand Daily Mail (Johannesburg), 12. 5. 1979

(8) Cornelis E. Mulder, Kommunikation in zwischenstaatlichen Beziehungen. Eine Untersuchung der Rolle der Information als Instrument der zwischenstaatlichen Beziehungen mit besonderem Bezug auf die Republik Südafrika (Phil. Diss. Salzburg).
(9) Volksstimme (Wien), 24. 1. 1979
(10) Kleine Zeitung (Klagenfurt), 14. 12. 1983
(11) Mulder, Kommunikation, S. 3 f.
(12) So z. B. Wolfgang Sperner vom Volksblatt (Linz), 16. 3. 1979
(13) Vgl. den Protestbrief des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik vom 7. 7. 1980 über eine Sendung „ex libris", der seitens der Kulturredaktion sogar ein positives Echo fand (Entwicklungspolitische Nachrichten, Wien, 15. 9. 1980).
(14) Sozialistische Korrespondenz (Wien), 10. 5. 1982 aufgrund einer Beschwerde von Johannes Dantine gegen eine Schulfunksendung, in der eine Rede von Außenminister Pik Botha unkommentiert ausgestrahlt wurde.
(15) Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung (Wien), März 1978
(16) BMUK (Hg.), Audio-visuelle Medien für Geographie und Wirtschaftskunde (Wien 1980), S. 23
(17) Putzger/Lendl/Wagner, Historischer Weltatlas (Wien 1977), S. 137
(18) Die Tagung wurde vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik im Dezember 1983 veranstaltet. An dieser Stelle soll auf brauchbare Unterrichtsmaterialien über Südafrika verwiesen werden: ÖIE (Hg.), Apartheid hat keine Zukunft (Wien 1982); Christian Vielhaber, Wir untersuchen die Ursachen und Auswirkungen der Apartheid am Beispiel Südafrikas, in: GW Unterricht 10 (Wien 1982), S. 23 ff.
(19) Schmidls Dissertation „Die Teilnahme österreichischer und ungarischer Freiwilliger am Burgenkrieg 1899 - 1902" (Wien 1981), approbiert von den Professoren Wandruszka und Gall, wurde von südafrikanischer Seite begeistert aufgenommen (vgl. Südafrikanisches Panorama, Bern, November 1981). Eine Studienreise Schmidls nach Südafrika, die unter Mithilfe des ÖSAC und des damaligen südafrikanischen Militärattaches zustande kam, war vom Wissenschaftsministerium und dem Universitätsbund „Alma Mater Rudolphina" finanziell unterstützt worden.
(20) Österreichisches Filmservice (Hg.), Verleihkatalog Gratisfilme (Wien 1983), S. 174 f.
(21) Erika Fuchs, Antirassismus-Programm 1969 - 1979 (Wien 1979)
(22) Die Furche (Wien), 24. 1. 1982
(23) Der Völkerfreund (Wien), 1/1983
(24) Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 (Wien 1979), S. 150
(25) Vgl. Entwicklungspolitische Nachrichten (Wien), 3. 10. 1983
(26) Kurier (Wien), 13. 1. 1977
(27) Extrablatt (Wien), November 1981 und April 1982
(28) Windhoek Observer (Windhoek), 22. 6. 1983

Claudia Steinman

Kap ohne Hoffnung sucht Mitarbeiter

Als 1981 im Zuge der polnischen Flüchtlingswelle etwa 40.000 polnische Asylwerber und „Touristen" nach Österreich strömten, schien es für die hiesige Öffentlichkeit nur ein Problem zu geben: die Flüchtlinge wieder anzubringen. Daß dann zwischen September 1981 und Juni 1983 fast 3000 Polen nach Südafrika weiter wanderten, wurde mehr oder weniger still begrüßt (1). Vielen dieser Menschen war nicht bewußt, was sie - über die augenblickliche Erwartung, ihre materielle Lage zu verbessern, hinaus - in Südafrika erwartete. Sie bedachten nicht, was sie mittel- und längerfristig von diesem Staat zu erhoffen hätten, der mit seiner alles und jeden unterordnenden *totalen Strategie* der Unterdrückung und des latenten inneren Krieges weit eher zu einem *Kap ohne Hoffnung* geworden ist. Die Apartheidstrategen brauchen solche Menschen, um ihr System aufrechtzuerhalten, aber das war damals nicht mehr unser Problem. Wer nach Südafrika auswandern will, wird bei uns jedenfalls nicht zurückgehalten. Und das gilt nicht nur für Polen.

Österreichs menschlicher Beitrag zur Apartheid

Die zahlenmäßige Entwicklung der österreichischen Auswanderung nach Südafrika in den letzten zwanzig Jahren bestätigt den Eindruck, daß sich die österreichische Staatsräson hier kaum hemmend ausgewirkt hat (vgl. Tabelle 1). So kam es in den 1960er Jahren, parallel zu einer besonders forcierten Einwanderungspolitik seitens Pretorias, zu einem rasanten Aufschwung. Zwischen 1962 und 1969 verzehnfachten sich die jährlichen Zahlen. Anschließend pendelten sie sich auf zirka 600 Auswanderer pro Jahr ein. Die Ursachen des rapiden Absturzes 1976 lagen nicht in Österreich; es war vielmehr der Aufstand von Soweto, durch den das Einwanderungsparadies Südafrika deutlich an Attraktivität verlor. Seit 1978 steigen die Zahlen wieder an. Obwohl für die Zeit nach 1980 keine Daten greifbar waren, dürfte sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Österreich zugunsten der Auswanderung nach Südafrika auswirken. Wenn von öffentlicher Seite damit so umgegangen wird, wie es wäh-

rend der Polenaffäre geschah, so sind Hindernisse dafür nicht zu erwarten. Die Zahl der Auslandsösterreicher (Paßösterreicher) in Südafrika soll 1982 bereits 18.000 betragen haben; die Zahl der ehemaligen Österreicher in Südafrika wird auf 50.000 geschätzt (2).

Qualifiziert, weiß und willig

Im Jahre 1961 wurde das südafrikanische Einwandungsministerium geschaffen und der sogenannte *State-aided immigration plan* eingeführt, um die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach Südafrika zu intensivieren und zu koordinieren (3). Der Plan sah die aktive Rekrutierung von Einwanderern sowie Einwanderungserleichterungen wie zum Beispiel Übernahme der Flugkosten oder Hilfe bei der Quartierbeschaffung vor. Während auf der Grundlage der *Job reservation* den schwarzen Einwohnern Südafrikas der Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen weiterhin verschlossen blieb, wurden in den Sechziger- und Siebzigerjahren rund 660.000 weiße Immigranten, vor allem qualifizierte Arbeitskräfte, geworben (vgl. Tabelle 1). Bei einer Abwanderung von rund 230.000 im gleichen Zeitraum bedeutet das für Südafrika immerhin einen Nettozuwachs der weißen Bevölkerung um rund 430.000 Menschen. Nach einem durch die europäische Wirtschaftsrezession verursachten Einwanderungsrekord im Jahre 1975 kam es, bedingt durch die Sowetoereignisse und die wirtschaftliche Rezession auch in Südafrika, 1977 und 1978 zu Nettoverlusten; noch 1979 überstieg die Einwanderung die Auswanderung nur um 3.000. Seit 1980 erlebt der Apartheidstaat aber einen einzigartigen Einwanderungsaufschwung, vor allem bedingt durch die weltweite Wirtschaftskrise, aber auch durch die Befreiung Zimbabwes, die zu einer Massenflucht weißer Rassisten nach Südafrika führte. 1981 und 1982 kamen insgesamt 70.000 weiße Immigranten ins Land, der Nettogewinn für Südafrika betrug 50.000 Menschen. Allein für 1982 wird eine Einwanderung von möglicherweise 50.000 bei gleichzeitig sinkender Auswanderung angenommen (4).

Die Einwanderung ist streng selektiv. Trotz der Wichtigkeit des Ausbildungsgrades (möglichst qualifiziert) sind die Hautfarbe (weiß) und die politische Einstellung (willig) die entscheidenden Auswahlkriterien. So erfüllen, bei einem hohen Anteil an hochqualifizierten und qualifizierten Arbeitskräften (Tabelle 2), auch die ökonomisch nicht aktiven Einwanderer, hauptsächlich mitreisende Frauen und

Tabelle 1
Einwanderung nach Südafrika
1940 - 1981

Jahr/ -zehnt	Einwanderer	Auswanderer	Nettogewinn /-verlust	Einwanderer aus Österreich*)
1940 -1949	106.640	50.840	+ 55.800	
1950 -1959	156.366	117.321	+ 39.045	
1960				
1961				
1962				98
1963				158
1964				271
1965	333.378 (1960-1969)	103.793	+229.585	312
1966				519
1967				657
1968				881
1969				1.011
1970	41.523	9.278	+ 32.245	751
1971	35.845	8.407	+ 27.438	897
1972	32.776	7.884	+ 24.892	614
1973	23.016	6.401	+ 17.615	560
1974	35.910	7.428	+ 28.482	619
1975	50.464	10.255	+ 40.209	664
1976	46.239	15.641	+ 30.598	ca. 367
1977	24.822	26.000	- 1.178	94
1978	18.669	20.686	- 2.017	115
1979	18.680	15.694	+ 2.986	124
1980	29.365	11.363	+ 18.002	209
1981	41.541	8.791	+ 32.750	

*) Nach dem früheren Wohnsitz

Quellen: South Africa 1983. Official Yearbook of the Republik of South Africa (Johannesburg 1983), S. 285; South African Statistics 1982 (Pretoria 1983), S. 2.8., White Immigration to Southern Africa (Genf, Feb. 1975) sowie die Reports des Departments of Statistics in Pretoria von 1977 - 1980.

Kinder, ihre Funktion: 1975 belief sich der Anteil der Einwanderung am Gesamtzuwachs der weißen Bevölkerung auf rund 46 Prozent (5). Daß Einwanderer auf ihre politische „Sauberkeit" überprüft werden, ist allgemein bekannt (6). *Der Spiegel* stellte diesbezüglich für die BRD fest, daß die südafrikanische Einwanderungsbehörde in München gelegentlich von Erkenntnissen des deutschen Verfassungsschutzes profitiere (7).

Tabelle 2
Südafrika: Nettogewinn durch Einwanderung, nach Beschäftigung aufgeschlüsselt (1981)

Akademiker, Techniker u. ä.	+ 3.646
Management, Verwaltung	+ 861
Büro	+ 2.306
Handel	+ 752
Land-/Fortwirtschaft, Fischerei, Jagd	+ 169
Produktion	+ 4.653
Dienstleistung	+ 626
Beschäftigung nicht klassifizierbar	+ 631
Ökonomisch inaktiv	+ 19.106
Insgesamt	+ 32.750

Quelle: South Africa 1983. Official Yearbook of the Republic of South Africa (Johannesburg 1983), S. 286

Zur Rekrutierung wurden in mehreren europäischen Städten, darunter auch in Wien, im Rahmen des Botschaftsgebäudes Büros des Einwanderungsministeriums eingerichtet. Mit staatlicher Unterstützung begannen halbprivate Organisationen wie *Transa* (zuständig für die BRD, die Schweiz und Österreich) und *Samorgan* (mit acht Büros in Großbritannien) Einwanderer für Südafrika anzuwerben (8). Auch das internationale *Intergovernmental Committee for European Migration* (ICEM) wurde in der Rekrutierung von Immigranten sehr aktiv. Über ICEM waren bis Mitte der Siebzigerjahre mehr als 60.000 Einwanderer nach Südafrika gekommen (9). Auch staatliche und private Unternehmen richteten Rekrutierungsbüros in Europa ein. Es entstanden spezielle Werbeagenturen, die für größere Gruppen südafrikanischer Unternehmer arbeiten. Eine solche Firma, die *International Personnel Placements*, soll auch in Österreich ein Büro eingerichtet haben (10). Schließlich kommen regel-

mäßig Rekrutierungs-Teams nach Europa, um potentielle Einwanderer zu interviewen. In Großbritannien, wo Zeitungsinseratenwerbung für südafrikanische Firmen gestattet ist, werden reguläre Anzeigenkampagnen durchgeführt, meist gefolgt von der Anreise der erwähnten Rekrutierungs-Teams (11). Nach Österreich reisten im Rahmen des *Polenprogramms* Dutzende solcher Teams ein, um in Zusammenarbeit mit dem Einwanderungsbüro der Botschaft massenhaft qualifizierte Arbeitskräfte für staatliche und private südafrikanische Firmen zu heuern. Anzeigenwerbung für Einwanderung nach Südafrika findet sich hierzulande nur selten, ist aber anscheinend auch nicht nötig, um erfolgreich österreichische Einwanderer zu werben. So werden die Österreicher von gewissen Tageszeitungen nur gelegentlich und ganz allgemein darüber aufgeklärt, warum sich ein Gang in die Botschaft für sie lohnen könnte (12).

Einwanderung: Fixer Bestandteil der Apartheidstrategie

Die selektive Einwanderung ist für das Apartheidregime wirtschaftlich und politisch von strategischer Bedeutung. Die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte erspart Südafrika nicht nur Ausbildungskosten, wobei der *Wert* eines einzelnen Einwanderers 1972 auf 10.000 Rand geschätzt wurde (13), sondern führt auch zu einem kostenlosen und ungehinderten Know-how-Transfer aus Europa, den Südafrika notwendig braucht. Natürlich hat der Zuwachs der weißen Bevölkerung durch die Einwanderung für das Rassistenregime auch große psychologische Bedeutung. Die wichtigste politische Funktion der Einwanderer besteht aber darin, daß sie, indem sie wenigstens teilweise den großen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Südafrika abdecken, wesentlich dazu beitragen, daß das Apartheidregime sich weiter weigern kann, in größerem Umfang auch schwarze Arbeitskräfte für besser bezahlte Tätigkeiten auszubilden. Darauf drängen Unternehmerkreise in Südafrika schon seit längerem. Diesen ist freilich jedes Mittel recht, um zu qualifizierten Arbeitskräften zu kommen, weshalb sie sich sehr aktiv an der Rekrutierung in Europa beteiligen. Gerade weil die Regierung unter diesem Druck heute gezwungen ist, Schwarze für Teilbereiche qualifizierter Arbeitsplätze zuzulassen (sogenannte *Job fragmentation* (14)), wenn auch bei kaum besserer Bezahlung als auf unqualifizierten Arbeitsplätzen, ist die Einwanderung politisch von so eminenter Bedeutung. Sie behindert eine Entwicklung, die dazu führen

müßte, daß mehr und besser ausgebildete schwarze Arbeitskräfte mit entsprechendem Nachdruck auch Forderungen nach politischer und sozialer Gleichberechtigung stellen könnten. Das aber würde bedeuten, daß das Apartheidsystem mit seiner Überausbeutung der schwarzen Arbeitskraft in Frage gestellt wäre.

Damit ist der Hintergrund der Rekrutierungskampagnen klar: Einwanderung stützt Apartheid. Andre Coetzee, leitender Manager der *International Personnel Placements*, drückte die Entschlossenheit Südafrikas, sich auf den europäischen Menschenmärkten seinen Teil zu holen, so aus: „Wir haben in diesem Land 1948 einen Fehler gemacht, als wir die Möglichkeit hatten, eine große Zahl hereinzuholen, und wir können es uns nicht leisten, diesmal wieder den Zug zu verpassen" (15).

Eine besondere Bedeutung bekommt die Einwanderung auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Militarisierung der südafrikanischen Gesellschaft. So werden die Weißen immer länger und öfter zum Militärdienst abgezogen, wodurch der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Produktion noch weiter verschärft wird. Die Einwanderer sollen einerseits die so entstandene Lücke füllen, andererseits aber auch direkt im militärischen Bereich eingesetzt werden. Pretorias Politik tendiert dazu, Einwanderer möglichst bald nach ihrer Niederlassung zur Armee einziehen zu können (16).

Der internationalen Öffentlichkeit gegenüber versucht das Regime allerdings weißzumachen, daß die Einwanderung auch der schwarzen Bevölkerung zugute käme. Auf jeden qualifizierten Einwanderer, so wird behauptet, kämen fünf neue Arbeitsplätze für Schwarze (17). Als dieselbe Frage 1974 im Hinblick auf Rhodesien diskutiert wurde, hatte der damalige Führer der Opposition, Edson Sithole, schon das Nötige dazu gesagt: „Wir wissen schon, was für Arbeitsplätze solche Einwanderer bringen - mehr Köchinnen, Hilfsgärtner, Kindermädchen und Handlanger im Haushalt" (18).

Das „Polenprogramm"

Im September 1981 erkannte die südafrikanische Regierung ihre großartige Chance, sich die polnische Flüchtlingswelle nach Österreich zunutze zu machen. Sie beschloß ein großangelegtes Programm zur Rekrutierung polnischer Flüchtlinge. Dabei setzte sie von Anfang an ihre Bedingungen fest. Die Polen wurden nicht als Flüchtlinge, sondern als normale Einwanderer aufgenommen. So erfolgte

auch keine Kontingentierung oder Quotenfestlegung, und die Einwanderer waren den üblichen Selektionsbestimmungen unterworfen (19). Für die Motivation hatten BBC und die *Voice of America* mit vorgesorgt (20). Die Werbeagenten, die freien Zutritt zu den Lagern, Heimen und Privatquartieren der Polen hatten (21), trugen das ihre dazu bei, daß sich die Flüchtlinge bald massenweise in die Botschaft begaben. Dort wurde das Personal aufgestockt, wurden täglich bis zu 150 Ansuchen erledigt (22).

Werbeaktivitäten der polnischen Gemeinschaft in Südafrika und der polnisch-südafrikanischen Ingenieurvereinigung trugen maßgeblich zum Erfolg der Polenrekrutierung bei (23). Gegenläufige Informationsmöglichkeiten gab es für die Auswanderer nicht. Als die österreichische *Caritas* im Herbst 1982 die Polen auf das Schreiben der südafrikanischen katholischen Bischöfe hinwies, waren die Polen längst nicht mehr bereit, politische Überlegungen hinsichtlich ihrer möglichen Auswanderung nach Südafrika anzustellen (24). Der Hauptteil des Programms war außerdem schon abgeschlossen (Tabelle 3).

In Abwicklung des *Polenprogramms* kamen bis Ende 1981 Rekrutierungsteams der staatlichen Energiegesellschaft *ESCOM*, des staatlichen Stahlkonzerns *ISCOR*, der Bergbaugesellschaft *General Mining*, der Kohlehydrierungsfirma *SASOL* und von *Volkswagen SA* nach Österreich (25). Bis August 1982 hatten schon mehr als 50 Firmen solche Teams ausgeschickt. Sie gingen dabei durchwegs wählerisch vor. So interviewte zum Beispiel das Team der Beton-Fertigteil-Firma *Conforce* 200 Polen, von denen 28 Arbeitsverträge erhielten; sie wurden als Spezialhandwerker, Bauingenieure oder Bauleiter verpflichtet, besaßen in der Mehrzahl akademische Grade und hatten alle einschlägige Berufserfahrung (26). Im Rahmen des Polenprogramms wurden Fachkräfte für viele Sektoren der Industrie rekrutiert (27), aber auch Wissenschaftler, zum Beispiel für den *Forschungsrat für Wissenschaft und Industrie* (CSIR), angeworben (28). Die Verträge waren ziemlich attraktiv. Die Gehälter bewegten sich zwischen 10.000 und 20.000 Rand pro Jahr, lagen manchmal aber auch viel höher; die Flugkosten wurden zu 80 % von der südafrikanischen Regierung, zu 20 % von den Firmen bestritten. Manche Verträge beinhalteten einmalige finanzielle Zuschüsse für den Anfang, die meisten Firmen stellten Häuser oder Werkswohnungen zur Verfügung (29). Sogar Gesetzesänderungen wurden für die Polen durchgeführt. Polnisch erhielt den Status einer ersten Unterrichtssprache

Tabelle 3
Das südafrikanische Polenprogramm in Österreich

Chronologie		Ungefähre Anzahl der Polen, die bereits in Südafrika eingetroffen waren	Ungefähre Anzahl der südafrikanischen Firmen die Rekrutierungsteams nach Österreich geschickt hatten
bis Dezember	1981	300	5
bis Januar	1982	400	20
bis April	1982	1.166	35
bis August	1982	2.000	50 und mehr
bis Oktober	1982	2.600	
bis Juli	1983	fast 3.000	

Nach Abschluß der Rekrutierungskampagne wurden individuelle Bewerbungen polnischer Flüchtlinge um Einwanderung natürlich weiter erledigt.

Quellen: Rand Daily Mail (Johannesburg), 22. 12. 1981; Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt/Main), 23. 12. 1981; South African Digest (Pretoria), 27. 1. 1982; heute südafrika (Wien), 15. 4. 1982; Sunday Times (Johannesburg), 15. 8. 1982; Südafrikanisches Panorama (Bern), Oktober 1982; Radio Johannesburg, 22. 7. 1983.

in Südafrika, und in das Gesetz für die Zulassung von Ärzten und Zahnärzten wurde eine Sonderbestimmung für polnisches medizinisches Personal aufgenommen, die die Möglichkeit einer vorzeitigen (Teil-)Registrierung vorsieht (30).

Ärzte, Schwestern und paramedizinisches Personal wurden nicht etwa angeworben, um der katastrophalen medizinischen Versorgung der schwarzen Bevölkerung abzuhelfen; sie wurden vorwiegend für die Militärspitäler der *South African Defence Force* (SADF) rekrutiert. ,,Die gegenwärtige Unruhe in Polen hat es den Südafrikanischen Streitkräften erleichtert, die akute Personalknappheit in den Militärspitälern zu lindern. In den vergangenen drei Monaten unterzeichneten vierzig hocherfahrene Männer und Frauen der polnischen Medizinergemeinschaft bei den SADF" (31). Zu den in Österreich ausgewählten polnischen Medizinern, die heute Kampfsoldaten der Apartheidarmee wieder einsatzfähig machen, gehörte auch das Ärzteehepaar Pieron, das gegenüber der *Sunday Times* erklärte: „Wir schätzen uns glücklich, unter denen zu sein, die zum Dienst in

den SADF ausgewählt wurden." Die *Sunday Times* bestätigt dem Paar die korrekte Einstellung für diese Aufgabe: „Sie entschieden sich für Südafrika, denn: ‚Es ist so antikommunistisch' " (32).

„Hausmädchen aus Lesotho im Preis mitinbegriffen" - Südafrikas Österreicher

Was die Österreicher nach Südafrika lockt, ist kaum untersucht, doch läßt die österreichische Zeitungswerbung für Einwanderung nach Südafrika gewisse Rückschlüsse auf ihre Motivierbarkeit zu. Was diese Werbung in Aussicht stellt, ist vor allem ein Arbeitsmarkt, auf dem eine unvergleichlich höhere Nachfrage nach Fachkräften besteht als in Europa, ein Lebensstandard, den sich ein Lohnabhängiger in Österreich kaum erwerben kann, und ein für Europäer besonders angenehmes Klima. Erwähnt werden auch seltenere Einwanderungsgründe wie „Abenteuerlust" und die Möglichkeit, in Südafrika unterzutauchen, wenn man Schuldenrückzahlungen oder Alimentationsverpflichtungen entgehen will (33). „Einwanderer haben es nicht immer leicht" und „Willkommen ist nur, wer arbeiten will", räumt *Die Presse* zwar ein, „andrerseits ist der Verdienst in fast allen Bereichen so hervorragend, daß sich auch der Einwanderer sehr bald ein Haus leisten können wird" (34). Als Illustration für ihren Artikel „Österreichische Emigrantenschicksale" wählte *Die Presse* ein Bild, das „österreichische Emigranten in Yeoville" zeigt: „Diese jungen Österreicher haben sich im Johannesburger Viertel Yeoville ein Haus gemietet. Das Hausmädchen aus Lesotho (dritte von rechts) war im Preis mitinbegriffen" (35). Mit solchen Vorstellungen und Erwartungshaltungen kommen die Österreicher dann nach Südafrika, wo sie, so der *Kurier*, „in kürzester Zeit akzeptiert und integriert werden" (36).

Es ist in Südafrika einfach so, wieder der *Kurier*, daß „man die Österreicher mag". Diese Sympathie erklärt sich nicht zuletzt aus der Tätigkeit der südafrikanischen Österreicher-Vereine. Sie sind es, die in Südafrika „Österreich" vertreten.

Zur Demonstration der politischen Geisteshaltung der *Österreichisch-Südafrikanischen Kulturgemeinschaft* von Kapstadt und Durban dürften einige (typische) Beispiele aus ihrer Zeitschrift *Die Brücke* genügen. So ging 1965 *Die Brücke*, „trotzdem uns hier Politik und die verschiedenen Anschauungen überhaupt nicht interessieren", in einem Artikel über Südafrika auf die Apartheidpolitik

ein. Sie stellte fest, „daß sich die Bantuvölker in ihren Heimatländern immer mehr einer kompletten Selbstbestimmung nähern" (37). 1966 stellte *Die Brücke* das Voortrecker-Denkmal vor und schloß ihre Betrachtungen mit folgendem Absatz: „Zwischen dem Voortrecker-Denkmal und den Iscor-Werken liegen all die großen Schritte, die die Südafrikaner im Laufe weniger Generationen gemacht haben. Die Urenkel der harten Männer und Frauen, die das Feld durchquerten, dabei gegen die Wilden kämpften und alle Arten der Entbehrung erlitten, sind heute die Administratoren, Hütteningenieure und Planer in einer Industriegesellschaft, die bereits ihre bedeutende Rolle im Atomzeitalter vorausplant" (38). 1968 bekundete *Die Brücke* mit einem Artikel des Gründers der Kulturgemeinschaft, Honorarkonsulent J. Kubisko, „Vertrauen zu Südafrika". Kubisko hielt „mit Nachdruck" fest, „daß zur Zeit und für die unsehbare Zukunft keine Gefahr einer schwarzen Usurpation des Landes besteht. ... Südafrika ist ein prachtvolles Land, ein Zeugnis jahrhundertealter weißer Entwicklungsarbeit. Es ist in der Lage, noch viele Menschen aus dem überbevölkerten Europa aufzunehmen, denn das würde vor allem der besseren zahlenmäßigen Verteilung zwischen Europäern und Nicht-Weißen nützen" (39).

Nicht weiter verwunderlich, konnte die Kulturgemeinschaft immer wieder Grußbotschaften südafrikanischer Diplomaten und Politiker veröffentlichen (40). Aber auch österreichische Politiker, wie Bundeskanzler Klaus und sogar Bundeskanzler Kreisky, schickten der *Brücke* ihre Glückwünsche (41). 1966 begrüßte sie die Gründung der *Südafrikanisch-österreichischen Gesellschaft in der Steiermark* (42) und warb für Österreich als Reise- und Studienland (43). Die Kulturvereinigung veranstaltete jährlich einen Wiener Karneval, der mit Fremdenverkehrswerbung für Österreich verbunden war (44).

1981 wurde die *Felix Austria - Österreichische Gemeinschaft Pretoria* gegründet (45). Zu den von ihr organisierten Veranstaltungen in Pretoria zählten zum Beispiel ein Österreichischer Abend, ein Steirer-Abend, das Erste österreichische Sportfest, ein Lumpenball, ein Wienerabend, ein Topfenpalatschinkenabend und eine Sonnwendfeier. Der Gründungspräsident von Felix Austria, Herr Peter P. Hauser, trat 1982 zurück, um den Posten eines Kapellmeisters bei den *Ciskei Special Forces* anzutreten (46). Herr Gustl Jochum, der neue Präsident, ist 1983 „aus persönlichen Gründen" zurückgetreten (47). Sein Nachfolger konnte für diese Untersuchung noch nicht eruiert werden. Ein österreichischer Abend der Felix Austria fand

übrigens in Anwesenheit des österreichischen Botschafters und seiner Gemahlin statt (48). Daß Mitglieder von Felix Austria das Österreichische Sportabzeichen erworben haben, das Dominieren der zur Fremdenverkehrswerbung geeigneten Heimatabende und die Tatsache, daß Kammersängerin Mimi Coertse aus Wien zum Wienerabend eingeladen wurde, sind Hinweise darauf, daß die Felix Austria gewillt ist, sich im Interesse der österreichisch-südafrikanischen Beziehungen verdient zu machen.

Was die individuellen Österreicher in Südafrika betrifft, scheinen sie ihre Privilegien als Weiße in der Apartheidgesellschaft zu genießen und zu verteidigen. Die österreichische Anti-Apartheid-Bewegung erhält immer wieder Briefe, die das belegen. An die im österreichischen Südafrika-Früchteboykott engagierte evangelische Linzer *Neue Frauenrunde* schrieb eine „österreichische evangelische Christin" aus Südafrika, daß es „fürchterlich" wäre, würde die „sogenannte Freiheit" in Südafrika rasch hereinbrechen (49). Die Apartheidgesetzgebung, die für Einwanderer bei „Zuwiderhandlungen" auch das einfache Mittel der Deportation vorsieht (50), drückt sich im Bewußtsein ab. Die Ohnmacht vor der Unterdrückung wendet sich gegen die Unterdrückten, und die Unfreiheit wird zur Angst vor der Freiheit.

Internationale Aktion gegen Einwanderung nach Südafrika

Vor dem Hintergrund der Poleneinwanderung erneuerte im April 1982 der exilierte *Kongreß der Südafrikanischen Gewerkschaften* (SACTU) die Forderung der südafrikanischen Befreiungsbewegung nach Einwanderungsstop: „Seit Jahrzehnten ruft unsere Befreiungsbewegung zu einem umfassenden Boykott und zu Sanktionen gegen Südafrika auf. Dies beinhaltet auch die Forderung, jegliche Immigration nach Südafrika einzustellen, besonders die von weißen Facharbeitern und angelernten weißen Arbeitskräften, deren privilegierte Position die meisten von ihnen zu begeisterten Anhängern des Regimes werden läßt; deren Ehemänner, Söhne und Töchter in die rassistische Militärmaschinerie eingezogen werden; deren Arbeitsplätze den vielen Millionen schwarzen Arbeitslosen hätten zustehen müssen; und deren Ausbildung unserem Volk hätte zugute kommen müssen" (51). Auch das 1977 verbotene *Christliche Institut* hatte sich schon vor Jahren gegen die weiße Einwanderung gewandt.

1964 hatte die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) den Boykottaufruf der SACTU aufgenommen und Südafrika aus der Organisation ausgeschlossen. Die ILO hat wiederholt zu Aktionen für die Schließung der Rekrutierungsbüros aufgerufen und die Gewerkschaften aufgefordert, Südafrika-Einwanderern die Mitgliedskarten zu entziehen. Auch der *Weltkirchenrat* unterstützt die Kampagnen gegen Einwanderung und Rekrutierung. 1968 nahmen die Generalversammlung und der Sicherheitsrat der *Vereinten Nationen* zwei Resolutionen gegen die Einwanderung nach Südafrika an. Darin verpflichten sie die Mitgliedstaaten, alle denkbaren Maßnahmen zu ergreifen, um in ihren Ländern Aktivitäten zu verhindern, die die Auswanderung nach Südafrika fördern, unterstützen oder ermutigen (52). Seither haben die Vereinten Nationen wiederholt Stellung gegen die Einwanderung nach Südafrika bezogen.

In Großbritannien engagieren sich seit Ende der Sechzigerjahre der *Trade Union Congress* (TUC), die *Labour Party*, der *British Council of Churches* und viele andere Organisationen gegen die Einwanderung nach Südafrika. Die bisherigen Kampagnen waren in begrenztem Maß erfolgreich. So verbieten inzwischen einige TUC-Gewerkschaften ihren Mitgliedern die Annahme von Arbeitsstellen in Südafrika. Die Aktivitäten der Drucker und anderer Gewerkschaften richten sich besonders gegen die Anzeigenwerbung für Arbeiten in militärischen Bereichen der südafrikanischen Industrie. Einige britische Zeitungen haben die Anzeigenwerbung für südafrikanische Firmen eingestellt (53).

Und Österreich?

In Österreich gab es Anfang 1982 eine hitzige Auseinandersetzung zwischen der israelischen Auswanderungsorganisation *Jewish Agency* und der österreichischen Bundesregierung über die Frage der Sowjetemigranten. Die Jewish Agency beschuldigte die österreichische Regierung, die „Abwerbung" von jüdischen Sowjetemigranten (vor allem nach den USA) zu fördern, indem sie die Emigranten auf andere Hilfsorganisationen mit anderen Auswanderungszielen hinweise. Im Laufe der Diskussion sagte Bundeskanzler Kreisky, es sei prinzipiell das Recht eines jeden Menschen, der österreichischen Boden betrete, dorthin weiterzureisen, wohin er möchte und wohin zu reisen die Möglichkeit bestehe (54).

Zur selben Zeit lief das Polenprogramm der südafrikanischen Regierung auf vollen Touren. Selbst eine Kommission der Streitkräfte Pretorias konnte nach Österreich kommen, um polnisches medizinisches Personal für die Apartheidarmee zu verpflichten. Diese Parallelität zeigt, daß die Diskussion über die Emigrationsfreiheit in Österreich dringend einer Erweiterung bedarf. Es muß klargestellt werden, daß die Einwanderung in keinem anderen Land der Welt eine so entscheidende Funktion zur Aufrechterhaltung eines Systems der Unterdrückung besitzt wie in Südafrika. Gerade die Vereinten Nationen, die die Wahlfreiheit des Emigranten in die Menschenrechtscharta aufgenommen haben, verpflichten daher ihre Mitgliedsstaaten auch dazu, die Auswanderung nach Südafrika zu unterbinden.

Unter Berufung auf die UNO-Resolution könnten in Österreich verschiedene Maßnahmen gegen Aktivitäten ergriffen werden, die die Auswanderung nach Südafrika fördern, unterstützen oder ermutigen. Durch Visabeschränkungen könnte man zu verhindern suchen, daß südafrikanische Rekrutierungsteams, insbesonders Teams der *South African Defence Force* und militärisch relevanter Industrien, auf dem Boden unseres neutralen Staates tätig werden. Ferner könnte die Regierung auf die Schließung des Einwanderungsbüros in der südafrikanischen Botschaft in Wien drängen, südafrikanische Rekrutierungsbüros in Österreich für unerwünscht erklären und dafür sorgen, daß die Tätigkeit südafrikanischer Anwerber in den Flüchtlingsunterkünften in Österreich eingestellt wird. Im Interesse des internationalen Ansehens Österreichs müßte die Regierung auch ihre Haltung gegenüber den Österreicher-Vereinen in Südafrika modifizieren, um auszuschließen, daß Österreich mit den Aktivitäten dieser Vereine identifiziert werden kann.

Die Frage der Auswanderung geht besonders auch die Gewerkschaften an. Der ÖGB könnte die Regierung im Sinne von Maßnahmen gegen die Einwanderung nach Südafrika unterstützen und gleichzeitig dafür sorgen, daß die österreichischen Arbeitnehmer über die Funktion der Emigration nach Südafrika informiert werden. Die Einwanderung, die die rassistische Unterdrückung der freien Gewerkschaftsbewegung und der Arbeitnehmerrechte in Südafrika aufrechterhält, schadet dem Interesse der Werktätigen in aller Welt - oder, wie die Losung der SACTU heißt: *An injury to one is an injury to all.*

Anmerkungen

(1) Die Presse (Wien), 24. 11. 1981
(2) Außenpolitischer Bericht 1982. Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (Wien 1983), S. 203
(3) South Africa 1983. Official Yearbook of the Republic of South Africa (Johannesburg 1983), S. 282; das Einwanderungsministerium wurde am 1. 7. 1978 mit dem Innenministerium zum Ministerium für Innere Angelegenheiten verschmolzen
(4) Chris Child, The Emigration of Skilled Personnel to South Africa, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 12/83 (New York), April 1983, S. 2
(5) South Africa 1983, S. 27
(6) Die Auswanderungsorganisation ICEM (vgl. Anm. 9) überprüft alle, die in die USA und nach Südafrika auswandern wollen, auf ihre politische Einstellung. Dabei werden „Linksradikale" abgelehnt, „Rechtsradikale sind offenbar willkommen" (Kurier, Wien, 13. 6. 1974)
(7) Der Spiegel (Hamburg), 4. 10. 1982
(8) Child, Emigration, S. 10
(9) Ökumenischer Forschungsaustausch (Hg.), Beziehungen westeuropäischer Länder zum südlichen Afrika. Die Verantwortung der Kirchen im Kampf um Gerechtigkeit und Befreiung (Genf 1975), S. 47. ICEM in Genf ist eine internationale Auswanderungsorganisation, die ausschließlich von westlichen Industriestaaten und überseeischen Einwanderungsländern getragen wird. Zwischen 1951 und 1977 wurden kollektive Transporte für 2,2 Mill. Menschen durchgeführt (Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 5. 1. 1977).
(10) Sunday Times (Johannesburg), 11. 4. 1982
(11) Child, Emigration, S. 4
(12) Z. B.: Die Presse (Wien), 10. 3. 1972; Kurier (Wien), 19. 9. 1974; Die Presse (Wien), 27. 8. 1975
(13) Child, Emigration, S. 7
(14) Child, Emigration, S. 6; vgl. Helmut Orbon, Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania (Berlin 1980), S. 265 ff.
(15) Sunday Times (Johannesburg), 11. 4. 1982
(16) Child, Emigration, S. 4
(17) South African Digest (Pretoria), 27. 1. 1982; Südafrikanisches Panorama (Bern), Oktober 1982
(18) E. Sithole, damals Leiter des ANC-Zimbabwe, in: Ökumenischer Forschungsaustausch, Beziehungen westeuropäischer Länder zum südlichen Afrika, S. 49
(19) „Wenn bisher nur 400 Antragsteller den Flug zum Kap antreten konnten, dann liegt das daran, daß die Südafrikaner jeden Antragsteller politisch überprüfen, damit ihnen keiner ins Land kommt, der als Demokrat und somit als Gegner der Rassendiskriminierung gelten könnte" (Die Tat, Hamburg, 19. 2. 1982).
(20) Workers Unity (London), April 1982
(21) Neue Zürcher Zeitung (Zürich), 13. 2. 1982

(22) Rand Daily Mail (Johannesburg), 22. 12. 1981
(23) Südafrikanisches Panorama (Bern), Oktober 1982
(24) Kathpress (Wien), 9. 9. 1982. Die bischöfliche Kommission Justitia et Pax hatte die Polen darauf hingewiesen, daß Mitglieder der südafrikanischen Gewerkschaften in Südafrika verfolgt, unterdrückt und gefoltert würden und daß die Kirche aktiv gegen die Apartheidregierung kämpfte: A letter to our Polish friends, in: Church in the World (Johannesburg), Nr. 13
(25) Belege dafür finden sich vielfach in der südafrikanischen Presse, z. B. Rand Daily Mail (Johannesburg), 22. 12. 1981; vgl. Anm. 27.
(26) heute südafrika (Wien), 25. 11. 1982
(27) „Die größten Rekrutierer waren Dorbyl Engineering, Escom, Iscor, Volkswagen, General Mining, Anglo American, Motorenhersteller und Spitäler" (Sunday Times, Johannesburg, 15. 8. 1982)
(28) Vgl. Südafrikanischer Digest (Bern), 27. 1. 1982; Südafrikanisches Panorama (Bern), Oktober 1982
(29) Sunday Times (Johannesburg), 19. 9. 1982
(30) Sunday Times (Johannesburg), 4. 7. 1982
(31) ebda.
(32) ebda.
(33) Die Presse (Wien), 10. 3. 1972
(34) Die Presse (Wien), 27. 8. 1975
(35) Die Presse (Wien), 10. 3. 1972
(36) Kurier (Wien), 19. 9. 1974
(37) Die Brücke (Kapstadt), November 1965
(38) Die Brücke (Kapstadt), April 1966
(39) Die Brücke (Kaptstadt), Dezember 1968
(40) Z. B. vom südafrikanischen Premierminister Dr. H. F. Verwoerd, in: Die Brücke (Kapstadt), November 1965
(41) Die Brücke (Kaptstadt), Dezember 1969 und Dezember 1970
(42) ebda., April 1966
(43) ebda.
(44) ebda, Juni 1968 und Juni 1971
(45) Wiener Zeitung (Wien), 23. 1. 1982; das Folgende nach den Berichten der Wiener Zeitung.
(46) ebda., 16. 5. 1982
(47) ebda., 10. 7. 1983
(48) ebda., 30. 10. 1983
(49) Erika Weber (aus Mittersill), Brief aus Randburg (RSA), 2. 3. 1983
(50) South Africa 1983, S. 287
(51) Workers Unity (London), April 1982
(52) UN General Assembly Resolution 2396 und UN Security Council Resolution 253
(53) So z. B.: Morning Star, Tribune, Labour Weekly, Time Out, City Limits, New Society. Der New Scientist hat sich solcher Inseratenaufträge entledigt, indem er nur Stellenanzeigen entgegennimmt, in denen ausdrücklich angegeben wird, daß die Stelle für Angehörige aller Rassen offen ist.
(54) Wiener Zeitung (Wien), 8. 1. 1982

Bernhard Liebisch

Studentenreisen nach Südafrika

„Einer der wichtigsten Einzelfaktoren, die ein beständiges Wirtschaftswachstum in Südafrika verhindern, ist der akute Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften. Obgleich die laufende Wirtschaftsexpansion steigende Beschäftigung für Ausgebildete gebracht hat, ist die Arbeitslosigkeit unter Unausgebildeten weiter angestiegen" (1). Die Apartheidregierung tut wenig, um die Ausbildungslage der schwarzen Bewohner Südafrikas und damit ihre ökonomischen Chancen zu verbessern. 1981 waren insgesamt erst 82 schwarze Lehrlinge registriert gewesen (2), und im Bereich der Universitäten standen 1982 den 120.425 weißen Studenten nur 23.092 schwarze gegenüber (3). Südafrika sucht seinen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften nicht durch eine Hebung des Ausbildungsniveaus für Schwarze zu beseitigen. Vielmehr steht (vergleiche den vorigen Beitrag) die Anwerbung ausländischer (weißer) Fachkräfte im Vordergrund. Dabei werden auch Arbeitsaufenthalte für Studenten angeboten.

Der Sachverhalt wird von offizieller Seite keineswegs verheimlicht. Im *South African Digest* vom September 1982 heißt es etwa unter dem Titel „Studenten füllen Lücken": „In Anbetracht der steigenden Nachfrage nach ausgebildeten Arbeitskräften nimmt die Zahl der ausländischen Studenten, die den fallweise auftretenden Personalmangel der Betriebe ausgleichen, monatlich zu ..." (4).

Auch in Österreich wird für „Studenten-Arbeitsaufenthalte" geworben. Ziemlich gleichlautende Werbetexte erschienen im *ÖSU-report* (Organ der Österreichischen Studentenunion) (5), im *Neuen Volksblatt* der ÖVP (6), in der *Presse* (7) oder auf Plakaten (8). In diesen von der *South Africa Foundation* durchgeführten Studentenprogrammen werden besonders „fortgeschrittene Studenten naturwissenschaftlicher und technischer Fachrichtungen (Chemie, Medizin, Physik, Ingenieurwesen, Bergbau, Maschinenbau, etc.)" gesucht; „geisteswissenschaftlichen Studenten können ebenfalls gute Tätigkeiten vermittelt werden, jedoch weniger in ihren Fachbereichen", heißt es wörtlich.

Die South Africa Foundation (SAF)

Die SAF ist nach eigener Darstellung eine unabhängige, parteipolitisch ungebundene Organisation, die personelle Kontakte nach Übersee auf höchstmöglichem Niveau einrichten will (9). Die 1960 gegründete Foundation unterhält Büros in Johannesburg, Washington, London, Paris und Bonn. Sie wird von etwa 300 führenden Persönlichkeiten Südafrikas getragen und „ausschließlich von privater Hand - vorwiegend aus der freien Wirtschaft" - finanziert. Einen wichtigen Teil ihrer Arbeit sieht sie darin, hochrangige Besucher nach Südafrika zu bringen, um sie „die Dinge sehen zu lassen, wie sie wirklich sind".

Auch die seit 1972 regelmäßig durchgeführten Arbeitsaufenthalte für Studenten wollen diesem Ziel dienen. Nach zehnjährigem Bestehen hatten insgesamt 605 Studenten aus der BRD, Österreich und der Schweiz einen derartigen Aufenthalt absolviert (10). 1982 waren es 68, davon 51 Bundesdeutsche, 16 Österreicher und ein Schweizer (11); 1983 kamen 49 Studenten aus den drei Ländern (12). Das Programm dauert üblicherweise drei Monate. In der ersten Woche wird ein „Einführungskurs" abgehalten, danach folgen acht Wochen Aufenthalt, während derer „die Studenten auf verschiedenen Gebieten in ganz Südafrika, Südwestafrika und in den unabhängigen Homelands arbeiten" (13). Für den Flug, Transfers, Unterbringung und Versicherung müssen etwa öS 18.000,– (1982) vom Teilnehmer selbst aufgebracht werden. Die Vertretung der South Africa Foundation für Österreich nimmt der Südafrikanische Club in Wien wahr (14).

Neben dem wissenschaftlich-technischen Austausch und der Füllung von Arbeitsmarktlücken haben die Studenten-Arbeitsaufenthalte auch eine Propagandafunktion; in den südafrikanischen Werbeschriften erscheinen regelmäßige Berichte über derartige Reisen (15).

UNO fordert Boykott - Österreichs Wissenschaftsministerium ignoriert ihn

Die UN-Vollversammlung billigte 1980 die Resolution über die Beendigung kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zu Südafrika (16). Darin heißt es unter anderem, das rassistische Regime von Südafrika verwende kulturelle, akademische, sportliche und an-

dere Kontakte dazu, seine Propaganda für die inhumane Apartheid- und Bantustanpolitik fortzusetzen. Die Resolution fordert alle Staaten dazu auf, vom Austausch von Wissenschaftlern, Studenten und akademischem Personal sowie von einer Zusammenarbeit in Forschungsprogrammen abzusehen. Die in Österreich organisierten Studentenreisen stellen somit einen Verstoß gegen diesen UN-Beschluß dar.

Die Resolution der UNO, die zur Unterbindung der akademischen Zusammenarbeit mit Südafrika auffordert, wird aber nicht nur von den österreichischen Universitäten, die das Anbringen der erwähnten Werbeplakate gestatten, sondern auch seitens des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, das Auslandsstipendien mit Südafrika abwickelt, verletzt.

In einer Kundmachung an Universitäten und Institute (GZ 55440/58-19/83 im Nachhang zum Erlaß GZ 55440/138-19/82) brachte das Ministerium die Bedingungen für die Auslandsstipendien 1984/1985 zur Kenntnis. Angesprochen wurden Studierende, absolvierte Akademiker und Wissenschaftler. Südafrika ist erneut mit einem attraktiven Angebot - besonders an Studenten, die vor Abschluß ihres Studiums stehen - vertreten. Die Bewerber können das Studiengebiet ihres Jahresstipendiums frei wählen; die Kosten für den Flug nach Südafrika sowie für eine Bahnfahrt erster Klasse an den Studienort werden übernommen.

Laut Auskunft des Ministeriums besteht mit Südafrika eine „zwei zu zwei"-Austauschvereinbarung: für jeweils zwei Studenten bzw. Akademiker, die in den Apartheidstaat fahren, können zwei Südafrikaner nach Österreich kommen. Jährlich werden auf diese Weise zwischen acht und zehn Österreicher vermittelt (17). Alle entsprechenden Bewerbungen von Österreichern werden übrigens über das Außenministerium an die südafrikanische Botschaft zur Auswahl weitergeleitet (!). Dies eröffnet den Südafrikanern die Möglichkeit, sich über das „zwei zu zwei"-Abkommen hinaus besonders qualifizierte Bewerber zu holen.

Das österreichische Wissenschaftsministerium unterläuft die UNO-Forderung nach einem akademischen Boykott, sowohl was die Vermittlung von Österreichern als auch was die Aufnahme von Südafrikanern als Stipendiaten betrifft. Konsequenter handelt etwa die niederländische Regierung: Im März 1983 untersagte sie einer Gruppe von Forstwirtschaftsstudenten der Universität Stellenbosch, Studien in Holland zu betreiben. Als Begründung wurden die „en-

gen Verbindungen der Universität Stellenbosch mit der südafrikanischen Regierung" angegeben (18).

„Ferialjob wird zum Traumjob"

Unter diesem Titel wird in der *Wiener Zeitung* über die Schwierigkeiten berichtet, die Studenten bei der Suche nach Ferialarbeit haben (19). Dabei wird auch die ÖKISTA (das *Österreichische Komitee für internationalen Studentenaustausch*) erwähnt, die für Technikstudenten Ferialarbeitsplätze im Ausland anbietet - auch in Südafrika. 1982 zog der Rassistenstaat mit 9 Studenten sogar das größte Überseekontingent an. Die Praxisplätze für Techniker werden im Rahmen der *International Association for the Exchange of Students for Technical Experience* (IAESTE) (20) vermittelt. Die 38 Mitgliedsstaaten der IAESTE sammeln in ihren Ländern Angebote der Industrie und anderer Organisationen. In Südafrika handelt es sich dabei um 8 Institutionen und 43 Unternehmen. Die von der ÖKISTA abgewickelten Aufenthalte dauern zumeist zwei Monate.

Eine Studentenreise und ihr Medienecho

Vermutlich erstmals wurde das Thema „Studentenreisen nach Südafrika" 1982 öffentlich erörtert, als zwei Studenten der Wiener Universität für Bodenkultur (Fachrichtung Forstwirtschaft) im Sommer eine sechswöchige Reise nach Südafrika unternahmen; Bekannte hatten ihnen einen Studienaufenthalt an der Universität Stellenbosch vermittelt. Bemerkenswert war, daß die Österreichische Hochschülerschaft ihnen für diese Reise eine Sonderprojektfinanzierung von öS 5.000,— bewilligte. Dafür war ein „Projektbericht" erforderlich, der in Form zweier Artikel im ÖH-Organ *Boku-aktuell*, das an alle Bodenkulturstudenten kostenlos verschickt wird, erstattet wurde (21). Ein weiterer Artikel der beiden Autoren erschien unter dem Titel „Südafrika - eine Welt in einem Land" (dies ist übrigens auch der Werbespruch des südafrikanischen Touristenbüros SATOUR) in der Zeitschrift *Landjugend*, die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als Lehrbehelf für land- und forstwirtschaftliche Schulen empfohlen wird (22).

Alle drei Artikel enthalten Beschreibungen des Aufenthaltes, des Landes und der Landschaft, speziell der Situation an den Universitäten (23), sowie (besonders in der *Landjugend*) einiges zur politi-

Studenten für Apartheid...

Wie schon erwähnt ist dieses Land führend in Afrika, dementsprechend eng ist auch die wirtschaftliche Verflechtung mit den Ländern der westlichen Welt, was sich auch im politischen und gesellschaftlichen Leben widerspiegelt. Auch die exponierte Lage im Süden des Kontinents hat größte Bedeutung für den Westen.

So gesehen ist es unverständlich, wenn dieses Land von allen Seiten angefeindet und boykottiert wird, wie dies mit dem Weltkirchenrat, diversen Handelsembargos oder dem Nichtzulassen südafrikanischer Sportler zu internationalen Sportveranstaltungen demonstriert wird. Viele Länder brauchen auf internationaler Ebene anscheinend einen „Sündenbock", um auf diese Art von ihren eigenen innenpolitischen Problemen abzulenken bzw. eigene Verfehlungen zu übertünchen. Man soll nicht die großen Anstrengungen des Landes in den letzten Jahren übersehen, der schwarzen Bevölkerung Bildung, Arbeit, Wohnungen und soziale Einrichtungen zu geben, die ja nur von den weißen Steuerzahlern getragen werden.

Für diese Anstrengungen braucht man aber Zeit, denn der Übergang aus der „Steinzeit" in das 20. Jahrhundert kann nicht innerhalb weniger Jahre vollzogen werden. Dies erfordert aber auch das Verständnis der übrigen Welt für die besondere Situation. Ansonsten könnt das passieren, was aus konservativen Kreisen Südafrikas laut wird: „Die Wiedereinführung der Apartheit würde wesentlich weniger Geld kosten. Und wenn der Westen die ehrlichen Bemühungen nicht anerkennt und Südafrika weiterhin boykottiert - warum kehren wir dann nicht zur früheren Politik zurück?"

Eine Übergabe der Macht an die Schwarzen, wie sie manchmal gefordert wird, würde wohl ohne deren langfristige Vorbereitung genauso zum Niedergang führen, wie dies heute in Zimbabwe (früher Rhodesien) der Fall ist: Die Weißen mußten zum Teil über Nacht das Land verlassen. Heute ist Zimbabwe ein wirtschaftliches Notstandsgebiet.

Daher verfolgt die Regierung das Ziel, aus den unabhängigen Kernländern der Schwarzen und dem „Weißen Südafrika" eine Föderation zu machen. Und das geht eben nicht von heute auf morgen. Ein Tip zum Schluß: Die Berichte der Medien über die Republik Südafrika sind nicht immer angetan, über das Land wirklich zu informieren... Südafrika ist eine Reise wert.

(aus: Landjugend, Wien, Feb. 1983)

schen Situation. Die Abhandlung dieses Themas (vgl. Kasten) spricht für sich.

Allerdings hatten die Artikel ein für die Redaktionen wie auch für die Autoren unerwartetes Echo: *Boku-aktuell* druckte in den zwei folgenden Nummern insgesamt 6 Leserbriefe ab: die *Landjugend* erhielt nach Auskunft der Redaktion insgesamt etwa zwanzig Zuschriften und veröffentlichte davon vier (24). In sämtlichen Leserbriefen wurden die Autoren kritisiert, teilweise sogar heftig angegriffen.

Für die ungleiche Verteilung der Mittel, der Macht und der Zukunftschancen in Südafrika wurde in den teils umfangreichen Zuschriften eine Menge an Belegen erbracht. Die ständige Aufrüstung, die Zwangsumsiedlungen in Bantustans, die Einschränkungen der Freiheit durch Paßgesetze etc., das Verhalten der südafrikanischen Regierung während der Soweto-Unruhen, die Besetzung Namibias u. a. wurden als Indizien für die Aussichtslosigkeit des offiziellen südafrikanischen Weges gewertet. Leserbriefschreiber im *Boku-aktuell* brachten weiters ihren Unmut über die Verwendung von Hochschülerschaftsgeldern für Apartheidwerbung zum Ausdruck.

Zusammen mit den Briefen erschien jedoch auch eine unerwartete Erklärung der Autoren: „Diese Stellungnahme soll sowohl eine Entschuldigung als auch eine Rechtfertigung für unsere einseitige Betrachtungsweise sein, und wir geben auch zu, daß uns diese Reaktion veranlaßt hat, die Problematik Südafrikas intensiver zu studieren. Die geschilderten positiven Eindrücke beruhen nicht auf Informationen aus Medien, sondern hauptsächlich auf unserem Aufenthalt in Südafrika. Dabei besteht die Gefahr, daß man der Propaganda und Manipulation unterliegt, die man vorerst nicht erkennt, die aber von seiten der weißen Bevölkerung durchaus richtig erscheinen mag. Wir haben zahlreiche Kontakte geknüpft und viele Gespräche mit Befürwortern der Apartheid als auch mit Gegnern geführt, die wissen, daß die Zukunft nur gemeinsam mit der schwarzen Bevölkerung gestaltet werden kann“ (25).

Manches spricht dafür, daß viele aus Südafrika zurückkehrende Studenten eine solche distanzierte Sichtweise teilen. Jene, die für diesen Beitrag ausfindig gemacht und befragt werden konnten, lobten nahezu übereinstimmend die Gastfreundschaft der weißen Südafrikaner, berichteten aber über nur geringe Kontakte zur schwarzen Bevölkerungsmehrheit und beurteilten die Zukunftsaussichten des weißen Südafrika durchwegs mit kritischem Vorbehalt. Solange

ein Boykott von Studentenreisen nach Südafrika nicht erreicht ist, erscheint es umsomehr sinnvoll, eventuelle Teilnehmer auf die südafrikanische Problematik bereits im vorhinein hinzuweisen.

Anmerkungen

(1) Beate Klein, Bricks in the Wall, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 15/81 (New York), May 1981, S. 8 f.
(2) Survey of Race Relations in South Africa 1981 (Johannesburg 1982), S. 370
(3) Survey of Race Relations in South Africa 1982 (Johannesburg 1983), S. 508 (ohne die Zahlen für Medunsa und die Transkei, die nicht verfügbar sind.)
(4) South African Digest (Pretoria), 17. 9. 1982
(5) ÖSU-report (Wien), Dez./Jän. 1982/82
(6) Neues Volksblatt (Linz), 27. 1. 1982
(7) Die Presse (Wien), 6. 12. 1983
(8) Diese jährlichen Werbeplakate wurden z. B. von den Dekanaten der juridischen und der formal- und naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien bewilligt.
(9) South Africa 1983. Official Yearbook of the Republic of South Africa (Johannesburg 1983), S. 263
(10) Südafrikanischer Digest (Bern), 10. 2. 1982
(11) ebda., 6. 8. 1982
(12) ebda., 19. 8. 1983
(13) Rand Daily Mail (Johannesburg), 24. 7. 1981
(14) Die Adresse des ÖSAC wird auf den Plakaten der Foundation ausdrücklich angegeben.
(15) Vgl. etwa Anm. 10 - 12 und Südafrikanisches Panorama (Bern), Sept. 1982; Reinhard Rode, Die Südafrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1968 - 1972 (München - Mainz 1975), S. 74
(16) UN-Resolution 35/206 E vom 16. 12. 1980; Österreich enthielt sich der Stimme.
(17) Telefonische Mitteilung von MR Dr. Temmel, 28. 11. 1983
(18) Sunday Times (Johannesburg), 27. 3. 1983
(19) Wiener Zeitung (Wien), 8. 6. 1983
(20) IAESTE, Annual Report (Athen 1982)

(21) ÖH-Boku-aktuell (Wien), Nov./Dez. 1982
(22) Landjugend. Illustrierter Landkurier (Wien), Februar 1983
(23) Nicht umsonst, so meint einer der Autoren, „sieht man unser Studiensystem mit seinen Rechten aus einem anderen Blickwinkel und lernt es vielleicht etwas mehr schätzen." (Boku-aktuell Nov./Dez. 1982, S. 17)
(24) Landjugend (Wien), Mai 1983, S. 29 f.
(25) ebda., S. 29

Claudia Steinman

Touristen: Botschafter Südafrikas

Seit 1978 geht die Entwicklung des internationalen Südafrikatourismus im wesentlichen wieder in die Erfolgsbilanzen des Apartheidregimes ein. Infolge der Sowetoereignisse und der allgemeinen Konflikteskalation im Südlichen Afrika hatte 1976/77 die Nachfrage nach Reisen in den Rassistenstaat stark nachgelassen. Seither steigen die Besucherzahlen wieder; jährlich zählt Südafrika mehr als 700.000 Touristen.

Daß die staatliche *South African Tourist Corporation* (SATOUR) auf dem Fremdenverkehrssektor gewaltige Anstrengungen setzt, ist kein Wunder. Der internationale Reiseverkehr bringt nicht nur beträchtliche Deviseneinnahmen, die sich derzeit in der Höhe von mehr als 600 Millionen Rand pro Jahr bewegen, sondern er erfüllt vor allem eine wichtige Funktion im Rahmen der allgemeinen Propagandastrategie des Regimes. Aus der touristisch verzerrten Perspektive ergeben sich ideale Voraussetzungen, positive Identifikationen mit dem Herrschaftsinteresse der weißen Minderheit zu befördern. Der generell niedrige Stand kritischer Bewußtseinsbildung auf dem Tourismussektor kommt dieser Instrumentalisierung besonders entgegen. Schließlich dient, im Gegensatz zu den weltweiten Boykottbemühungen, der Aufschwung des internationalen Tourismus dem Regime als willkommene Bestätigung für seinen aggressiven politischen und militärischen Kurs, der auch von den südafrikanischen Weißen nicht mehr kritiklos geteilt wird. Es muß als eine der folgenschwersten Rückwirkungen des internationalen Tourismus auf die innenpolitische Landschaft des Apartheidstaates angesehen werden, daß er hier wesentlich zur psychologischen Aufrüstung der veränderungsunwilligen Kräfte im weißen Lager beiträgt.

Der hochpolitische Charakter des Südafrikatourismus ist somit nicht zu leugnen. In der breiten österreichischen Öffentlichkeit nimmt man ihn allerdings nicht zur Kenntnis. Reisen nach Südafrika werden hierzulande als Privatsache betrachtet. Inzwischen sind sie Privatsache von mehr als 5000 Österreichern jährlich. Daß es in der unabhängigen österreichischen Tagespresse keine Stellungnahmen

dazu gibt, heißt übrigens nicht, daß nicht schon Stellung bezogen worden wäre: längst ist die Zuständigkeit für dieses Thema vom politischen Kommentator auf den Werbetexter der Reisebeilage übergegangen.

Dennoch Anlaß zu einer vorsichtigen optimistischen Prognose?

1980 zählte Südafrika nach offiziellen Angaben 702.794 ausländische Besucher. Ihre Ausgaben werden auf 476 Millionen Rand geschätzt (1). Für die folgenden Jahre waren keine offiziellen Statistiken greifbar, doch dürfte 1981 der südafrikanische „Fremdenverkehr mit ausländischen Besuchern ... einige Abstriche gegenüber dem Vorjahr verzeichnet haben"; steigende Flugpreise und „kräftig anziehende Preise im Inland" werden angeschuldigt (2). Für die zwölf Monate von Juli 1981 bis Juni 1982 werden allerdings wieder „mehr als 700.000 Touristen" mit geschätzten Ausgaben von 630 Millionen Rand angegeben (3).

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Südafrikatourismus bis 1980. Man erkennt den Schlag, den die Schüleraufstände in Soweto dem internationalen Reiseverkehr versetzt haben. Nach dem steilen Aufwärtstrend der Sechziger- und frühen Siebzigerjahre kam es 1976/77 zu einem Rückgang der Gesamtzahlen ausländischer Besucher um fast ein Fünftel gegenüber 1975. Der 1975er Rekord war noch 1980 ungebrochen. Demgegenüber setzte bei den Südafrikareisen der Österreicher nach dem Sowetotief ein vergleichsweise viel kräftigerer Aufschwung ein. Im Vergleich zu 1975 waren es 1980 schon rund 31 % mehr Apartheidtouristen gewesen. Für die folgenden Jahre liegen noch keine schlüssigen Angaben vor; einem Bericht des *Rand Daily Mail* zufolge hatte sich jedoch 1982 die Zahl der österreichischen Besucher gegenüber dem Vorjahr gesteigert (4).

In die Gruppe der Spitzenreiter des internationalen Tourismus nach Südafrika ist Österreich nicht vorgedrungen. Dabei handelt es sich einerseits um die altbekannte verschworene Gemeinschaft der westlichen Staaten (1980 kamen aus Großbritannien 17,6 % aller Besucher, aus der BRD 7,1 % und aus den USA 6,9 %), andererseits um einige Nachbarländer Südafrikas wie das damalige Rhodesien (24,3 %) und die sogenannten BLS-Staaten (Botswana, Lesotho und Swaziland mit 14,9 %). Bei den letztgenannten Ländern gehen möglicherweise auch Wanderarbeiter mit in die Statistik ein, wäh-

Tourismus nach Südafrika

Jahr	Südafrika-besucher insgesamt	davon: Geschäfts-reisen	Urlaubs-reisen	Reisen zu Studien-zwecken	österreichische Südafrika-besucher
	N	%	%	%	N
1940	41.820				
1950	99.320				
1960	190.590				
1970	403.742				
1971	483.066				1.544
1972	533.898	10,43	86,96	2,61	2.214
1973	610.170	14,00	84,10	1,90	1.529
1974	608.425	19,54	78,58	1,88	3.629
1975	730.368	18,66	79,37	1,97	3.847
1976	638.479	18,03	80,07	1,90	3.611
1977	589.025	20,92	76,85	2,23	3.184
1978	644.329	19,62	78,21	2,16	4.089
1979	682.198	19,03	79,05	1,92	4.445
1980	702.794	20,15	77,86	1,99	5.033

Quelle: South African Statistics 1982 (Pretoria 1983), S. 2.3 und 2.4; South Africa 1983. Official Yearbook of the Republic of South Africa (Pretoria 1983), S. 860

rend bei Rhodesien/Zimbabwe der Besucherverkehr von Angehörigen der weißen Minderheit ausschlaggebend sein dürfte (5). Jedenfalls geben die Besucherzahlen aus diesen Ländern den jeweiligen Stand des verzweifelten Kampfes um Befreiung aus der wirtschaftlich-infrastrukturellen Umklammerung durch den Rassistenstaat wider (6). Aus den genannten afrikanischen Staaten sowie aus Sambia kamen 1980 etwa 92 % aller Besucher - kein repräsentativer Beleg für die „guten südafrikanischen Beziehungen zum restlichen Kontinent".

In bezug auf die nach dem Reisezweck differenzierten Besucherzahlen ist der internationale Trend sicherlich auch auf Österreich übertragbar. Bezeichnenderweise hat sich zwischen 1972 und 1980 der Anteil der Geschäftsreisen prozentmäßig verdoppelt. Der überdurchschnittlich starke Rückgang der Urlaubsreisen infolge des Sowetoschocks macht auch die besondere Krisenanfälligkeit dieser Sparte deutlich.

Die Zukunft des österreichischen Apartheidtourismus sieht für die Veranstalter nicht unbedingt rosig aus. Werbung und Propaganda werden gegen Negativfaktoren wie weiter steigende Preise in Südafrika und vertiefte Wirtschaftskrise in Österreich einen zunehmend schwierigen Stand haben. Letztlich entscheidend für die Österreicher dürfte aber auch in Zukunft das Moment der persönlichen (und wirtschaftlichen) Sicherheit sein. Während das Apartheidregime auf seinem aggressiven Kurs Gefahr läuft, solche Sicherheiten immer weniger garantieren zu können, windet sich die österreichische Veranstalterwerbung schon heute in diesbezüglichen Vermittlungsschwierigkeiten: „Südafrika ist ein Reisetraum, der noch viel zu wenig wahr wird ... Vergessen Sie (die Vorurteile) und überzeugen Sie sich selbst. Rassenprobleme? Ehrlich gesagt, als Tourist merkt man nichts von politischen Unstimmigkeiten. Luxus ist Alltag" (7).

Wie „Eine Welt in einem Land" entsteht

Südafrika ist, so will es SATOUR, „Eine Welt in einem Land". Mit diesem Slogan, inzwischen Inbegriff erfolgreicher Südafrikawerbung, lockt auch MERIDIAN, Österreichs größter Veranstalter für Südafrikareisen. Die „Welt in einem Land", das touristische Südafrika, wird propagandistisch in einem Verfahren entwickelt, in das das Apartheidregime über ein weitreichendes und verzweigtes System staatlicher Förderungspolitik eingreift und es mitbestimmt.

Das Ministerium für Industrie, Handel und Tourismus (8) fördert (über eine entsprechende Budgetpolitik) die Entwicklung einer privaten, weißen Touristikindustrie in Südafrika. Ferner berät und koordiniert es tourismusrelevante Aktivitäten auf der Ebene der Ministerien und der Provinz- und Stadtverwaltungen sowie im Bereich staatlicher Körperschaften und privater Unternehmen (9). Besonders rührig ist das Ministerium bezeichnenderweise auf dem Gebiet der Tourismuswerbung. Dabei wird die Behörde selbst in großem Umfang in der Herstellung und unentgeltlichen Verbreitung von touristischem Werbematerial aktiv. In ihrem Zentralbüro in Pretoria und in elf sogenannten National Tourist Bureaux in den bedeutenden Tourismuszentren unterhält sie einen regen Kundendienst. Mit allen Funktionen einer Werbeagentur werden auch die regionalen und örtlichen Tourismusorganisationen unterstützt. Eine spezialisierte Untereinheit des Ministeriums, das South African Congress Bureau, befaßt sich mit der Herstellung von Auslandskontak-

ten, um die internationale Beteiligung an Kongressen, Tagungen und Ausstellungen in Südafrika zu forcieren.

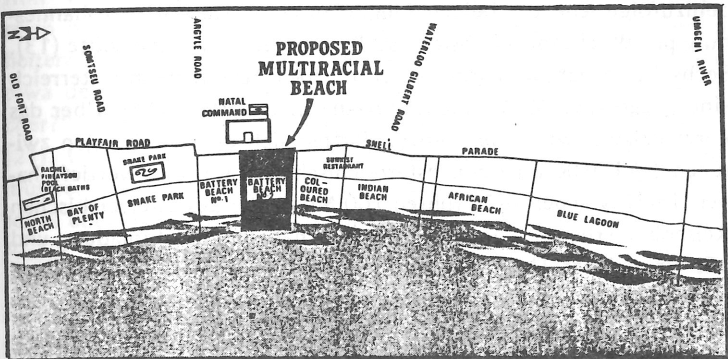
Unter dem maßgeblichen Einfluß dieses Ministeriums entstehen die Wesenszüge der „Welt in einem Land". Dazu gehört eine Touristikindustrie, die die ganze Skala charakteristischer Apartheidmerkmale aufweist, von der Job Reservation - mit der typischen Konstellation weißer Manager / schwarzer Boy - bis zu den rassisch getrennten Einrichtungen (Restaurants, Strände usf.). Zugleich entsteht eine Tourismuswerbung, die eindeutig propagandistische Funktionen für das Apartheidregime erfüllt. Schließlich hat man es mit einem Angebot touristischer Sehenswürdigkeiten, Einrichtungen und Serviceleistungen zu tun, das - mit „viel wilder Natur" im Hintergrund - auf eine Demonstration von (weißem) Wohlstand, (weißer) Leistung, europäischer Zivilisation und weißem Selbstverständnis hinausläuft. Einigermaßen authentische Eindrücke von den Lebensverhältnissen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, von ihren Fähigkeiten und ihrer kulturellen und gesellschaftspolitischen Identität werden prinzipiell ausgeschlossen.

Die Vermarktung

Touristische Auslandsagentur des südafrikanischen Staates ist die staatliche *South African Tourist Corporation* (SATOUR) (10), deren Tätigkeit von der staatlichen Fluglinie *South African Airways* (SAA) ergänzt und unterstützt wird. SATOUR, 1947 gegründet, unterhält gegenwärtig siebzehn Auslandsfilialen. Für Österreich ist das Südafrikanische Verkehrsbüro in Zürich zuständig. Seit einiger Zeit gibt es bei SATOUR Überlegungen, ein eigenes Büro in Wien zu eröffnen (11).

SATOUR wirbt für Südafrikareisen nicht nur durch die massenhafte Verbreitung touristischen Werbematerials, sondern zum Beispiel auch über Presseaussendungen, durch Teilnahme an Touristikmessen, durch Organisation von Südafrikareisen für Reisebüroagenten und Journalisten oder mit Filmvorführungen. Ferner liefert SATOUR Veranstaltern und Reisebüros ein volles Marketing-Service und wird dabei zunehmend auch auf dem Incentive- und Kongreßmarkt aktiv. SATOUR führt jährlich eine intensive Marketing-Kampagne auf allen Übersee-Märkten durch, veranstaltet Tourismus-Workshops in Südafrika und unternimmt regelmäßig Verkaufstouren beim Reisehandel im Ausland (12). Attraktiv für Veranstal-





Der Badestrand von Durban: Die Touristenattraktion ist in rassisch getrennte Sektoren eingeteilt. 1982 wurde vorgeschlagen (!), 650 m (!) des 7 km langen Geländes für Angehörige aller Bevölkerungsgruppen zu öffnen (Natal Mescury, Durban, 21. 8. 1982)

ter im Ausland ist vor allem das einzigartige Marketing-Service. SATOUR liefert fertige, nach dem „Reisebaukastensystem" beliebig kombinierbare Programme, wobei „Südafrika" auch in x-beliebiger Kombination mit „Namibia" (Namib-Wüste, Etosha-Pfanne), „Botswana" (Okawango-Delta) und „Zimbabwe" (Victoria Falls) angeboten wird; Lesotho und Swaziland werden üblicherweise Südafrika zugerechnet. Für die Veranstalter liegen die Vorteile dieses Service auf der Hand. Ohne großen Eigenaufwand können sie eine breite Auswahl flexibler Programme anbieten, die sich individuell auf den Kunden zugeschnitten verkaufen lassen. So tragen denn auch die Reiseprospekte und -programme der großen Veranstalter der BRD, der Schweiz und Österreichs meist in mehrfacher Hinsicht das Markenzeichen von SATOUR: sei es das typische Baukastensystem, seien es die typischen Reiserouten zwischen Johannesburg/Pretoria, Durban und Kapstadt, seien es die Slogans, die Fotos, seien es schließlich auch die politischen Einschätzungen, etwa bezüglich des völkerrechtlichen Status der schwarzen Reservate.

Österreichs Kollaboration

Der Boom der österreichischen Apartheidreisen ist kein Zufall. Schon 1969 schlossen - unter Federführung des damaligen Außenministers Waldheim und des südafrikanischen Botschafters van der Spuy - Austrian Airlines und South African Airways einen Vertrag, demzufolge jede der beiden Fluglinien einen Kurs Wien-Johannesburg pro Woche mit höchstens 80 Passagieren einrichten sollte (13). Sechs Jahre darauf wurde berichtet, SATOUR habe in Österreich eine „aggressive Marketing-Kampagne ... gestartet" (14). Über das kurzfristige Soweto-Tief hinweg dürften sich die Beziehungen zwischen SATOUR und den österreichischen Reisebüros vertieft haben. Im November 1978 fuhren 160 Mitglieder des österreichischen Reisebüroverbands, darunter zehn Journalisten, auf Einladung und mit finanzieller Unterstützung von SATOUR-Chef Theo Behrens nach Johannesburg, um dort ihre Jahrestagung abzuhalten. Der südafrikanische Tourismus-Minister Louis Le Grange erschien als Ehrengast (15).

Im November 1980 kam dann der Gegenbesuch: 300 Mitglieder des Reisebüroverbands des Südlichen Afrika (ASATA) hielten im Wiener Parkhotel ihre Jahrestagung ab. Laut ASATA-Sekretär J. I. Bing sollte „der Kongreß ... zu einer weiteren Intensivierung der

touristischen Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen"(16). Tatsächlich ist die „rotweißrote Besucherzahl seither merklich angestiegen" (17).

Auch die Zahl der Übernachtungen südafrikanischer Staatsbürger in österreichischen Fremdenunterkünften hat seither zugenommen. 1982 waren 71.254 Nächtigungen zu verzeichnen; insgesamt sollen mehr als 28.000 Südafrikaner - 40 % mehr als im Vorjahr - vor allem Tirol (Skisport!), Wien und Salzburg besucht haben (18).

Beigetragen hat zu einer solchen Intensivierung auch eine bemerkenswerte Personalunion an der Spitze der Bundessektion für Fremdenverkehr der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer. So „wirkt" Bundesobmann Otto Scheiner, nebenbei Generaldirektor der Austria-Hotels, nicht nur „im Kongreßwesen, im Aufsichtsrat der AUA, in der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung" und „im Exekutivkommittee der Internationalen Hoteliervereinigung" (19), sondern auch als Vorsitzender des Österreichisch-Südafrikanischen Clubs Wien.

Inzwischen haben sich die touristischen Beziehungen zwischen SATOUR/SAA und Österreich weiter etabliert. Jeden Samstag fliegt eine Boeing 747 der SAA Wien - Johannesburg direkt, mit Rückflug freitags (20). Das Schweizer SATOUR-Büro nimmt regelmäßig mit einem eigenen Stand an der jährlichen Wiener Ferienmesse teil. Auf der Messe fehlt auch weder der obligate touristische „Dokumentarfilm" zu Südafrika, noch fehlt Franz Floch. Der SAA-Chef für Österreich nimmt zum Beispiel an der *Kurier*-Eröffnungssoiree oder an heiteren Podium-Talks teil und ist auch sonst rasch zur Hand. Wenn etwa der *Kurier* endlich wissen möchte: „Was lockt die Österreicher?" - Floch enthüllt es: „Zu allererst einmal die wilden Tiere ..." (21). Überhaupt fehlt es in Österreich nicht an offizieller Tourismuswerbung für Südafrika, sei es über das Wiener SAA-Büro (22), sei es über das Züricher Büro von SATOUR, das regelmäßig in der *Presse*, im *Kurier* und in der *Kronenzeitung* inseriert (23). Die genannten Blätter sind freilich auch selbst auf dem Gebiet der Südafrika-Reiseberichterstattung engagiert, berichten laufend über die Südafrika-Programme der Veranstalter und weisen auch auf Südafrika-Reisevorträge hin. Die alles in allem prächtig zu nennenden Beziehungen sind übrigens keineswegs einseitig. Selbstverständlich hat sich auch die österreichische Fremdenverkehrswerbung in Südafrika in den letzten Jahren merklich intensiviert (24).

Von den guten Beziehungen zum guten Geschäft

Die guten Beziehungen allein machen es freilich noch nicht, solange sich nicht auch gut daran verdienen läßt. Bei Reisen in der Preislage von 30.000 bis 60.000 Schilling und mehr und einem vergleichsweise sehr niedrigen Eigenaufwand lohnt sich das für die Veranstalter allemal. In Österreich ist es neben dem Schweizer KUONI (25) und der deutschen Flug- und Ferntouristik (FFT) (26) in erster Linie MERIDIAN („Ihr österreichischer Veranstalter") (27), der das große Geschäft macht. Meridian verkauft wirklich alles, was die „Welt in einem Land" zu bieten hat: Baukastensystem (28), Blue Train (Luxuszug), Caravaning, Fly-and-drive, Hotelgutscheine, Bus- und Camping-Rundreisen, „Botswana", „Namibia", „Zimbabwe", SAA-Ermäßigungstarife und schließlich „Südafrika a la Carte". Neuerdings vertreibt MERIDIAN sogar Videokasetten. Die Südafrika-Programme von MERIDIAN werden von zahlreichen Reisebüros verkauft, unter anderem von ARBÖ-Reisen, ÖAMTC-Reisen, Dr. Richard und dem Internationalen Reisebüro Intropa. Auch die dem ÖGB nahestehende Ruefa verkauft MERIDIAN—Programme, wirbt daneben aber auch für von Azur gemeinsam mit der Volkshochschule Brigittenau in Wien veranstaltete Südafrikareisen. In diesem Zusammenhang hält Dr. Erich Kolbeck von Ruefa einschlägige Reisevorträge (29).

Studienreisen nach Südafrika werden von Klingenstein (30), vom Akademischen Reisereferat (mit Werbevorträgen von Dr. Gerhard Oberzill und Dr. Alois Beck in der Wiener Urania) (31) sowie vom Akademischen Reisedienst angeboten. Ganz allgemein steigen immer mehr kleinere Veranstalter ins Geschäft ein wie die Wiener Firma Heinrich Seewann, die speziell Jagdreisen ins Südliche Afrika vermittelt. Auch der KURIER-Reisedienst und Billigflug-Veranstalter wie Globe-Tours oder das Büro für Studentenreisen sind mit im Geschäft.

Auch von verschiedenen Verbänden werden spezifische Studienreisen nach Südafrika organisiert, so für Landwirte (32) oder Juristen (33). Reisen politisch einschlägiger Gruppierungen fehlen nicht; so organisiert der rechtsextremen Kreisen zuzurechnende Gmundner Bauer Leopold Gföllner regelmäßige „Brauchtumsreisen" nach Süd- und „Südwestafrika" (34).

Der direkte Weg zu guten Geschäften



52x im Jahr Wien–Johannesburg.
Und retour. Das ist der direkte Draht zwischen Ihnen und Ihren Geschäftsfreunden.
Damit Sie entspannt ankommen, haben wir superbequeme Liegesitze für Sie reserviert. Das ist die bequemste Art, guten Geschäften entgegenzufliegen.
Direkt – ohne Umsteigen.
Und Sie bestimmen, wo Sie sich an Bord der supermodernen BOEING 747 SP wohlfühlen möchten.
In der „Blue Diamond" Class. In der exklusiven „Golden" Class.
Oder in der komfortablen „Silver" Class.

SAA, die einzige Direktverbindung Wien–Johannesburg

Wir freuen uns schon darauf, Sie an Bord begrüßen zu dürfen. Nähere Informationen erhalten Sie bei Einschicken dieses Kupons.
SAA, Opernringhof 1, 1010 Wien, Tel. (0222) 57 15 85 Serie.

Share our world



SOUTH AFRICAN AIRWAYS

Kupon

Name

Straße

PLZ/Ort

Geschäftsreisen nehmen zu - auch die entsprechende Werbung (Trend, Wien, 10/83)

Die „Welt in einem Land" ist weiß

Die Überflutung des Südafrikatouristen mit staatlichem Werbematerial erfüllt eine Entfremdungsfunktion im Interesse des Apartheidregimes. „Die touristischen Reisen", sagen die Franzosen Baretje und Defert, „vollziehen sich in einer Zeichenwelt ... Der Reisende findet seine Befriedigung darin, diese Zeichen mit dem Bild übereinstimmen zu sehen, das man ihm von der touristischen Realität machte (Bücher, Führer, Fotos, Prospekte, Slogans der Organisationen). ... Das Foto erlaubt den Beweis, daß man die fraglichen Zeichen wiedererkannt hat. Die Reise wird zur Tautologie, und der Tourist lernt nichts. Dieses Verhalten führt zu einer zweiten Entfremdung des Individuums. Man muß bestimmte Orte sehen und besuchen. Der Reisende ist nicht frei und folgt dem Führer" (35). Der Apartheidstaat weiß diese allgemeinen Züge der modernen Touristik perfekt für sich auszunutzen, da er, wie wir gesehen haben, eine überaus große Rolle in der Reisewerbung für Südafrika spielt.

Im Rahmen dieser Untersuchung kann keine eingehende Analyse der Tourismuswerbung für Südafrika unternommen werden. Wir begnügen uns mit zwei Hinweisen:

1. Die Südafrikawerbung ist qualitativ einheitlich (36), wenn auch Abstufungen vorhanden sind. Politisch-ideologisch am eindeutigsten ist die Werbung von SATOUR und SAA (37), gefolgt vom Polyglott-Reiseführer Südafrika (38), der übrigens mit zum Handgepäck eines jeden MERIDIAN-Reisenden gehört.

2. Die Einheitswerbung für Südafrikareisen gibt offizielle politische Standpunkte des Apartheidregimes (vor allem bezüglich der „Unabhängigkeit" der schwarzen Reservate) prinzipiell unhinterfragt weiter. Ein weiterer grundsätzlicher Wesenszug dieser Werbung ist es, daß sie einen Schwarz-Weiß-Kontrast herstellt, bei dem die Bezugsebenen verschoben sind, und zwar zugunsten der Weißen. Die Reisen beinhalten, abgesehen von einem Übermaß an unschuldiger Natur (39), ein Kontrastprogramm, bei dem der Besucher zu entscheiden hat zwischen dem „hämmernden Rhythmus urwüchsiger Negertänze", „Stammeszeremonien" und „rätselhaften" Kulturen einerseits und den (weißen) „Aufbauleistungen" (moderne Städte, Minen, Farmen und Luxushotels) und den „Ausdrucksformen europäischer Zivilisation" (Denkmäler, Museen, Theater..) andrerseits. Dem europäischen Besucher wird dabei das Interesse der weißen Minderheit an der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft leicht zu

so etwas wie einem zivilisatorischen Anliegen, ein Standpunkt, der ihn meist hilflos den politischen Konzepten des Apartheidregimes ausliefert. Letztlich besteht die touristisch verzerrte Perspektive der „Welt in einem Land" wesentlich darin, daß sich aus dieser Sicht Apartheid von einem umfassenden rassistischen Herrschaftssystem verkürzt zu dem, was sie für die meisten Besucher auch ist: eine Fremdenverkehrsattraktion.

Was tun?

International sind wiederholt Forderungen erhoben worden, den Fremdenverkehr mit Südafrika einzustellen. Die Vereinten Nationen rufen die Mitgliedsstaaten auf, jegliche Förderung des Südafrikatourismus zu verhindern (40). Australien hat aus Protest gegen die Apartheidpolitik alle Direktflüge nach Südafrika untersagt (41). Das bereits erwähnte Landeverbot für die South African Airways auf dem afrikanischen Kontinent zwingt das Apartheidregime zur Anschaffung kostspieliger Langstreckenflugzeuge, die die Distanz zwischen Europa bzw. den USA und zumindest Windhoek in einem Zug bewältigen können (42). Kenyas Einwanderungsbehörde hat darüber hinaus 1983 das bis dahin geltende inoffizielle Einreiseverbot für aus Südafrika kommende Reisende, gleich welcher Nationalität sie sind, bestätigt (43).

Aktionen gegen den Südafrikatourismus hat es zum Beispiel auch in der BRD gegeben. Solidaritätsgruppen haben Mahnwachen vor dem SATOUR-Büro in Frankfurt organisiert und gegen die Teilnahme von SATOUR an der Internationalen Tourismusmesse in Berlin Protestaktionen durchgeführt (44).

Ein wirklicher Durchbruch wurde bisher sicherlich noch nicht erreicht. Ein großes Hindernis ist dabei die weit verbreitete Meinung, der Südafrikatourismus sei harmlos und außerdem eine Privatangelegenheit. Es wird notwendig sein, diese Fehlmeinung durch eine entsprechend breite Aufklärung zu korrigieren.

Darüber hinaus sind auch behördliche und institutionelle Maßnahmen im Sinne des Boykottaufrufs der Vereinten Nationen erforderlich: Einschränkungen bei der Visavergabe an südafrikanische Touristen, Verzicht auf jegliche Zeitungswerbung für Südafrikareisen. ÖGB und Sozialistische Partei sollten imstande sein, wenigstens in den ihnen nahestehenden Reisebüros und Bildungsinstitutionen die Werbe- und Vermittlungstätigkeit für Reisen ins Apartheidland

zu beenden. Gemeinde Wien und Wiener Messeleitung sind aufgefordert, Veranstalter von Südafrikareisen, vor allem das Südafrikanische Verkehrsbüro SATOUR, von der Teilnahme an der Ferienmesse auszuschließen.

Last, but not least sollten verstärkt Diskussionen mit Angestellten und Leitern von Reisebüros, die Südafrikareisen vermitteln, und mit ehemaligen Besuchern Südafrikas geführt werden. Es liegt an ihnen zu entscheiden, ob sie die Funktion akzeptieren wollen, die ihnen das Apartheidregime zugedacht hat: Botschafter des südafrikanischen Rassismus zu sein.

Anmerkungen

(1) South African Statistics 1982 (Pretoria 1983), S. 2.3; South Africa 1983. Official Yearbook of the Republic of South Africa (Johannesburg 1983), S. 857
(2) Nachrichten für den Außenhandel (Bonn), 8. 2. 1982
(3) South African Digest (Pretoria), 13. 5. 1983
(4) Rand Daily Mail (Johannesburg), 8. 9. 1982
(5) South African Statistics 1982, S. 2.5 und 2.6
(6) Vgl. Ronald Meinardus, Die Afrikapolitik der Republik Südafrika. Von der outward-looking policy bis zur Gegenwart (Bonn 1981)
(7) Tourist Sommer '83 (Wien)
(8) Der folgende Absatz nach South Africa 1983, S. 857 f.
(9) Solche staatlichen Unternehmungen im touristischen Bereich sind z. B. South African Transport Services, South African Airways, Hotel Board etc.
(10) SATOUR, Zentralbüro in Pretoria, wird aus staatlichen Fonds finanziert und von einem siebenköpfigen Verwaltungsrat geleitet, dessen Zusammensetzung der Staatspräsident selbst bestimmt (vgl. South Africa 1983, S. 858 f.).
(11) South African Digest (Pretoria), 14. 11. 1980
(12) „SATOUR bedient sich moderner, dynamischer Marketing-Verfahren, um die touristischen Attraktionen Südafrikas im Ausland zu verkaufen. Diese strategischen Maßnahmen werden durch Werbung und Public-Relations-Aktionen, die sich an das gewerbsmäßige Reisebüro in gleicher Weise wie an den Konsumenten wenden, unterstützt" (SATOUR-Südafrika-Reiseführer, Kapstadt 1983, S. 3).

(13) Rand Daily Mail (Johannesburg), 26. 3. 1969
(14) Financial Gazette (Johannesburg), 25. 7. 1975
(15) Rand Daily Mail (Johannesburg), 27. 11. 1978
(16) Wiener Zeitung (Wien), 1. 11. 1980; Heute aus Südafrika (Wien), 11. 11. 1980
(17) Kurier (Wien), 11. 8. 1979
(18) Österreichisches Statistisches Zentralamt, Der Fremdenverkehr in Österreich (Wien 1976-1982); The Star (Johannesburg), 21. 5. 1983
(19) Die Presse (Wien), 22./23. 10. 1983
(20) Es bestehen weiters fünf indirekte wöchentliche Flugverbindungen von Wien nach Südafrika. Die South African Airways haben auf dem afrikanischen Kontinent Landeverbot, weshalb alle Flüge um Afrika herumgeführt werden müssen. Die Austrian Airlines nehmen ihren Direktflug nach Johannesburg derzeit nicht wahr.
(21) Kurier (Wien), 11. 8. 1979; auch die Teilnahme Südafrikas an der Ferienmesse wird hier regelmäßig berichtet.
(22) SAA gibt seit einigen Jahren ein Handbuch für Südafrikareisende heraus, das den Reisebüros zur Kundeninformation angeboten wird. Es enthält die üblichen SATOUR-Programme, die der deutschen Veranstalter, Anzeigen südafrikanischer Touristikunternehmen und jede Menge Apartheidideologie.
(23) Z. B. Neue Kronenzeitung (Wien), 15. 9. 1983. Auf Einsenden des Anzeigenkoupons hin erhielt die Verfasserin sieben verschiedene Werbeprospekte.
(24) Seit Jahren schon wird vor allem Wintersportwerbung für südafrikanische Touristen betrieben (vgl. Internationale Wirtschaft, Wien, 12. 11. 1976). An der österreichischen Botschaft in Johannesburg besteht ein eigenes „Austrian Tourist Information Office".
(25) KUONI (Zentrale in Zürich, Büros in Wien, Graz, Salzburg, Bregenz und Dornbirn; in Südafrika in Kapstadt und Johannesburg) fliegt mit SAA ab Zürich, nur zwischen Südafrika und Zimbabwe mit Swiss Air.
(26) FFT (Headoffice Austria in Salzburg, Zweigbüro in Wien) fliegt mit Lufthansa ab Frankfurt.
(27) MERIDIAN gehört laut Auskunft des Handelsregisters zu je 50 % den Reisebüros COSMOS und MONDIAL. COSMOS organisiert auch Reisen für Angestellte der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) und hat eine Zweigstelle in der Wiener UNO-City. Offenbar sind die Verbindungen zum Südafrika-Tourismus der UNO zur Zeit nicht bekannt. MERIDIAN fliegt mit SAA ab Wien.
(28) Aufenthalte in Johannesburg, Durban und Kapstadt mit Ausflügen und Safaris von und Fahrten zwischen diesen Städten. Dazu gehören auch Reisen durch die Bantustans Kwa Zulu („Stammeszeremonien") und Transkei („Hauptstadt Umtata, wo das Mittagessen eingenommen wird" - Zitate nach dem MERIDIAN-Prospekt). Zu den „Tagesausflügen" von Johannesburg aus zählt auch die „Soweto-Tour". „Man benötigt für Soweto einen Erlaubnisschein der Stadtverwaltung... Touren müssen individuell mindestens zehn Tage vorher gebucht werden" (Polyglott-Reiseführer Südafrika, München 1982/83, S. 29).

(29) „Afrika - Südlich des Äquator": Laut Augenzeugen bezieht sich der Vortrag vorwiegend auf Südafrika und „Südwestafrika", die Transkei wird als unabhängig dargestellt. Auf den Dias ist die „Negerbevölkerung" als bloße Touristenattraktion zu sehen.
(30) Studienreisen Max Klingenstein (Wien), ist die österreichische Niederlassung von Internationale Studienreisen Klingenstein München. Besonderheit sind zoologische Studienreisen.
(31) Bei den Vorträgen wird, Augenzeugen zufolge, immer wieder betont, Südafrika sei vor Ankunft der ersten Weißen praktisch unbewohnt gewesen, alle Entdeckungen stammten von Weißen. In einer „Zulu-Universität" konnte Dr. Beck den Eindruck gewinnen, daß die Studenten „von ihrer ganzen geistigen Veranlagung her" eher zum Auswendiglernen neigten. Die rassistische Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ist bei Dr. Beck „ein gewisses Problem des Miteinanderauskommens". „13.000 km entfernt von der Problematik" könne man „das alles nicht wirklich begreifen"; „Kommunisten" und „Kubaner" wollten sich „Südwestafrikas" bemächtigen, usw.
(32) Der fortschrittliche Landwirt (Graz), 1. 8. 1983
(33) Österreichisches Anwaltsblatt (Wien), Juni 1983, 3. Umschlagseite
(34) heute südafrika (Wien), 24. 9. 1980; Volksstimme (Wien), 8. 2. 1981 und 16. 2. 1983. Über Gföllner vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 (Wien 1979), S. 177
(35) Zit. nach Gerhard Armansky, Die kostbarsten Tage des Jahres - Massentourismus: Ursachen, Formen, Folgen (Berlin 1978), S. 75
(36) Eine gewisse Ausnahme bildet das Buch von Harald Bilger, 111 mal Südafrika (München 1982). Geschrieben „nach jahrzehntelanger unternehmerischer Tätigkeit" u.a. auch in Südafrika, erhebt es einen scheinobjektiven Anspruch, kritisiert viele Aspekte der Apartheid, ohne jedoch politische Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Die Reiserouten entsprechen den SATOUR-Programmen.
(37) In allen ihren Prospekten werden die Bantustans, die Südafrika für unabhängig erklärt hat, „unabhängige Republiken" genannt; laut SAAtours-Handbuch sind „die Bewohner von Venda stolz auf ihre junge Republik".
(38) „Auf Rassentrennung wird nur noch in einigen Belangen streng geachtet... In Namibia (Südwestafrika) ist die Rassentrennung abgeschaffft... Die Unterrichtsmöglichkeiten für die Schwarzen sind die bestentwickelten in ganz Afrika" (Polyglott-Reiseführer, S. 4).
(39) Die Tiere sollen bei SATOUR wettmachen, was Südafrika nicht zu bieten hat: nämlich Frieden und Freiheit. Alle Zitate stammen aus diversen Reiseprospekten.
(40) Resolution 35/206 E vom 16. 12. 1980
(41) Volksstimme (Wien), 4. 2. 1981
(42) Heute aus Südafrika (Wien), 25. 3. 1976; Cape Times (Kapstadt), 26. 7. 1980
(43) Kenya Times (Nairobi), 15. 6. 1983, zit. nach Monitor-Dienst, 16. 6. 1983
(44) Vgl. informationsdienst südliches afrika (Bonn), März 1983

Eva Enichlmayr

Völkerverbindende Musik?

Die Wiener Sängerknaben, das Salzburger Marionettentheater, Staatsopernstars, Udo Jürgens - alles was als *typisch österreichisch* kulturellen Rang hat und entsprechendes Einkommen genießt, wird von Südafrika fleißig importiert. Aber auch der Export von Apartheidkultur nach Österreich ist beträchtlich.

Als kulturelle Großmacht ist Österreich für die moralische Aufrüstung der politischen Großmacht im Südlichen Afrika ein wichtiger Anhalts- und Bezugspunkt. Die Parallele zum wirtschaftlichen Bereich drängt sich auf: als Kleinstaat, relativ unbeachtet von der internationalen Öffentlichkeit in bezug auf die Kollaboration mit Südafrika, bietet sich unser Land dem Apartheidregime geradezu an, die Boykottbestrebungen auf kulturellem Gebiet zu unterlaufen.

Bei Abstimmungen im Rahmen der Vereinten Nationen mit dem Ziel, der rassistischen Regierung in Pretoria durch Sanktionen die kulturelle Anerkennung zu verweigern, beteiligt sich unsere Diplomatie - Österreich ist schließlich neutral - mit Stimmenthaltung (1). Gemessen an der kulturpolitischen Praxis ist dieses Verhalten wenigstens ehrlich. Zwar existiert kein offizielles Kulturabkommen zwischen Österreich und Südafrika - wie etwa im Fall der Bundesrepublik Deutschland, die als einziger Staat der Welt einen solchen Vertrag aufrechterhält (2) -, der Kulturhandel floriert aber trotzdem.

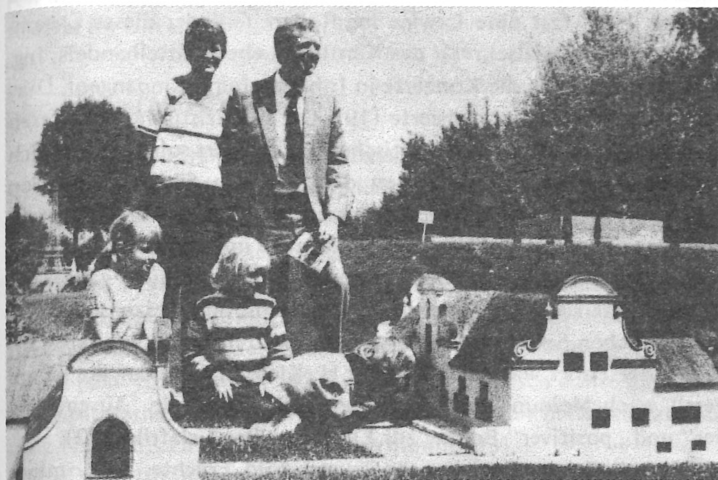
Die kulturellen Ausdrucksformen der weißen Südafrikaner, die es als ihre Aufgabe erachten, „europäisches Kulturgut zu erhalten und weiterzugeben" (3), brauchen die Anerkennung durch den europäischen Maßstab. Ihre Entwicklung ist geprägt durch die Rezeption europäischer Hochkultur und die schroffe Ablehnung von einheimischen, schwarzafrikanischen Lebensformen und Werten. Durch konsequente Sanktionen könnte daher gerade in diesem Bereich das Apartheidsystem an einer empfindlichen Stelle getroffen werden.

Umgekehrt bestärken kulturelle Kontakte das Selbstverständnis des weißen Rassismus. Künstler, die nach Südafrika reisen, akzep-

tieren die Politik der Rassentrennung, die - entgegen anderslautender Propaganda - in den Theatern, Konzertsälen und Kinos noch keineswegs abgeschafft ist. Die Uraufführung des Menschenrechtsfilms *Gandhi* zum Beispiel fand im April 1983 in Südafrika hinter (für Schwarze) geschlossenen Türen statt (4). Selbst der Vatikan sah sich 1982 veranlaßt, das geplante Konzert eines weißen „südwestafrikanischen" Chors zu stornieren, nachdem eine schwarze Nonne zu einer Aufführung der Truppe in Windhoek nicht Zutritt gefunden hatte (5). Auf dem Tourneeplan dieses Chors stand auch Österreich - doch war man hier weit davon entfernt, durch kulturelle Sanktionen einen Beitrag zum Abbau der Apartheid zu leisten. Die weitverbreitete Auffassung von *Kultur als Nicht-Politik* steht dem entgegen.

Das Hauptverdienst an der Ankurbelung der kulturellen Kontakte wird man der seinerzeitigen *Österreichisch-Südafrikanischen Kulturgemeinschaft* in Kapstadt zuschreiben dürfen. Der Textilingenieur Jakob Kubisko, seit 1951 bei einer österreichischen Firma in Kapstadt tätig, und der Maler Alfred Krenz (wohl nicht zufällig 1945 aus Österreich emigriert) hatten sie im Jahr 1965 gegründet (6). „Der alte Völkerstaat Österreich und der moderne Völkerstaat Südafrika vereinigen in sich eine Vielfalt kultureller Traditionen, deren individuelle Förderung größte Unterstützung verdient" (7). Zwar konnte man sich auf gewisse Ansätze stützen: das Musikdepartment der Universität Grahamstown hatte sich durch die Berufung von Auslandsösterreichern schon zu einer Art österreichischen Musikschule entwickelt (8), und in Johannesburg existierte seit Kriegsende ein Lipizzanergestüt, in dem die Wiener hohe Schule des Reitens bis heute gepflegt wird (9). Dazu kamen aber neue Aktivitäten.

1968 und 1970 führte das *Salzburger Marionettentheater* jeweils mehrwöchige Gastspiele in Südafrika durch (10). Der *Cape Performing Arts Board* in Kapstadt und die Kulturgemeinschaft veranstalteten 1970 gemeinsam eine Tournee des *Wiener Johann-Strauß-Orchesters* (11). Auch Udo Jürgens ließ es sich nicht nehmen, das Apartheidwunder mehrmals zu besuchen (12). Ebenso kamen die Pianistin Ingrid Haebler und Alfred Brendel, Kammersängerin Irmgard Seefried und der Dirigent Carl Melles (13). Vor allem aber mit den Tourneen der *Wiener Sängerknaben* - zumindest 1965 und 1968 - feierte die Kulturgemeinschaft Triumphe (14).



Merkwürdiger Kulturaustausch: Der südafrikanische Kulturattache besucht Minimundus am Wörthersee (vgl. S. 107)

Konnten die Wiener Sängerknaben auch während der Siebzigerjahre die „Konzertsäle von Südafrika bis Japan" füllen (15), so erhielten sie 1980 einen Gegenbesuch: 36 Buben des *Drakensberg Boy's Choir* machten während einer Europatournee außer in Bayern und Italien noch in Österreich Halt. Zwölf Konzerte fanden in Wien, Niederösterreich, der Steiermark und vor allem in Kärnten statt (16). Als das Ensemble im Wiener Augartenpalais auch von den Sängerknaben unter Leitung Wilhelm Tautschnigs empfangen wurde, „sprach einer der anwesenden Väter aus der südafrikanischen Reisegruppe von einem historischen Augenblick" (17). Vielleicht wurde dort gleich die nächste Reise der Wiener ans Kap der guten Hoffnung und nach Namibia vereinbart? Im August/September 1981 kam es jedenfalls dazu, und seither genießen die Wiener Sängerknaben einen Ehrenplatz in der kulturellen *Schwarzen Liste* der UNO (18).

Invasion der Chöre

Nicht nur die Auslandsösterreicher, auch die Bundeswirtschaftskammer und ihre Institutionen sind an der Verstärkung der kulturellen Kontakte Österreichs zu Südafrika interessiert. Die Reise des

Kärntner Handelskammer-Sextetts nach Süd- und „Südwest"-Afrika brachte 1981 fast eine Lawine ins Rollen. Gründer dieses Ensembles ist der Gremialsekretär des Kärntner Lebensmittelhandels, Ing. Kleinszig, der auch die Konzerte in Johannesburg, Empangeni, Durban und Windhoek organisierte (19). Die publizistische Nachbereitung der Reise macht den politischen Stellenwert solcher angeblich unpolitischer Kulturbeziehungen deutlich. „In Südafrika wurden die Mitglieder des Kärntner Handelskammersextetts überall gebeten, in Europa über die politischen Verhältnisse in ihrem Land objektiv zu berichten" (20). Die Musiker berichteten denn auch ganz „objektiv", „daß sie bei der ganzen Informations- und Gesangsreise keine politischen Spannungen feststellen konnten" (21). Weiteres Ergebnis der Fahrt war ein Buch von H. Kleinszig, „Südafrika ist anders", nach Meinung des *Südafrikanischen Digest* ein „ausgewogener" und „positiver" Beitrag zur Literatur über Südafrika (22).

Die geknüpften Beziehungen trugen bald Früchte. Im Sommer 1982 kam das *Chor- und Tanzensemble der Universität Empangeni* (Kwa Zulu) nach Österreich. Insgesamt fanden 13 Auftritte, davon 10 in Kärnten, statt. Die Rundreise wurde teils von der südafrikanischen Regierung, teils von privaten südafrikanischen Firmen bezahlt, die Organisation von der *Kleinen Zeitung* unterstützt (23). Es handelte sich überhaupt um das erste öffentliche Auftreten von Buthelezis Folklore-Truppe im Ausland (24) - entsprechend groß war das Medienecho.

1983 folgte dann der *Parijs-Kammerchor* aus Johannesburg, der vier Konzerte in Kärnten und eines im Wiener Raiffeisenhaus abhielt (25); der Jugendfreizeitclub des Raiffeisenverbandes in Salzburg hatte übrigens schon eineinhalb Jahre vorher zu einem Fest der südafrikanischen Rockgruppe *Clout* eingeladen (26). Im Sommer 1983 kamen die schwarze Jazzgruppe *Malopoets* (27) und der weiße *Stellenbosch-Universitätschor* nach Österreich. Ausnahmsweise hatte das *heute südafrika* recht, als es die „intensive und gelungene Werbung" herausstrich, mit der die Chöre „ein zahlreiches und dankbares Publikum erfreuten" (28).

Dasselbe war auch umgekehrt der Fall: 30 Mitglieder der Salzburger *Stierwascher*-Volkstanzgruppe gestalteten das Kulturprogramm des Österreich-Pavillons bei der Johannesburger Rand Show 1983 und gaben bei dieser Gelegenheit auch zahlreiche Konzerte in verschiedenen südafrikanischen und namibischen Städten (29). Und die *Schuhplattlergruppe* von Westendorf trat - gemeinsam mit Chö-

ren aus der BRD, aus Taiwan und Chile - beim Roodepoort-Musikfestival im Oktober 1983 auf (30).

„Jugend und Musik in Wien"

Die Wiener *Vereinigung für internationalen Kulturaustausch* fühlt sich zwar der „Stärkung des Friedens" und der „Schaffung von Harmonie und Fortschritt weltweit verpflichtet" (31), sieht aber dennoch keinen Widerspruch darin, südafrikanische Gruppen an ihrem jährlichen Festival „Jugend und Musik in Wien" teilnehmen zu lassen. Die Argumentation, nur kulturell und nicht politisch interessiert zu sein, mag für den Geschäftsführer der Vereinigung, Dr. Ernst Stock (seit 1980) gelten (32); weniger unpolitisch sollte allerdings das Kulturamt der Stadt Wien sein, das eine jährliche Ausfallshaftung (1983 bis zu öS 750.000) übernimmt (33).

Im Juni 1980 wurde jedenfalls im *South African Digest* freudig die erstmalige Teilnahme Südafrikas an dem Jugendfestival angekündigt; im Jahr zuvor hatte es wegen der zugleich stattfindenden Eröffnung der UNO-City Schwierigkeiten gegeben (34). 1980 gastierte das Orchester *Port Elizabeth Junior Strings*, das unter den fünf teilnehmenden Gruppen den zweiten Platz belegte. Offensichtlich gewohnt, bei Konzertreisen durch Europa mit Kritik an der Apartheidpolitik konfrontiert zu werden, erklärte der Manager des Orchesters, Leon Kuhn, nach der Rückkehr: „... wenn ich auf die herzliche Begrüßung durch die verschiedenen Institutionen, die Konzerte und die Reaktion der Menschen auf unser Spiel zurückblicke, kann ich nur feststellen, daß wir in Österreich bei keiner Gelegenheit auf irgendwelche Weise diskriminiert wurden" (35).

Nach einem Jahr Pause nahmen 1982 am Jugendfestival bereits drei südafrikanische Ensembles teil: die *Wolmaraansstaad Girls Brass Band*, der *Paars Girls High School Choir* und das *Eva Jezkova Jugendstreichorchester* (36). Ein Jahr darauf gewannen der *Tygerberg Kinderkoor* und der Chor der schwarzen Lehrerbildungsanstalt *Sebokeng*, die besondere Attraktion des Festivals, sogar Preise (37). Urkunden - mit der Unterschrift des Unterrichtsministers Zilk - und Pokale werden 1984 sicher wieder für eine südafrikanische Beteiligung sorgen.

Keine Kultur ohne Befreiung!

Während die meisten südafrikanischen Chöre, die in den vergangenen Jahren nach Österreich kamen, die Tradition der weißen Apartheid-Kultur repräsentierten, war dies beim erwähnten Zulu-Ensemble der Universität Empangeni auf den ersten Blick nicht der Fall: ein „Feuerwerk an Rhythmik, Gesang, Bewegung und Melodie", bei dem es eben „afrikanisch" zuging (38). Gab es eine treffendere Bestätigung der kulturellen Betätigungsfreiheit der südafrikanischen Schwarzen?

Gerade die Propagierung einer sogenannten schwarzen Folklore hat für das Apartheid-Regime allerdings seinen Stellenwert, ebenso wie die *Getrennte Entwicklung*: Anerkennung und Gleichberechtigung werden vorgetäuscht, wo das *Anderssein*, das *Andersartige* dazu dienen soll, die Vorenthaltung von Rechten zu begründen. „Wir sind Afrikaner und nichts anderes", erklärte denn auch der Manager des Zulu-Chors bereitwillig dem Reporter des *Südafrikanischen Panorama* (39). Und für Afrikaner sollte das Bantustan in Kwa Zulu ohnehin gut genug sein...



Propagandatänze in der Altstadt von Mödling

Mit Recht verwies die *Anti-Apartheid-Bewegung* in einer Presseerklärung zum Zulu-Chor auf diesen Zusammenhang. Aktionen dieser Art, heißt es, dienten nur dazu, die rassistische Bantustanpolitik der südafrikanischen Regierung, die für Millionen Schwarze Zwangsumsiedlung, Hungersnot und Verweigerung der grundlegenden Menschenrechte bedeutet, indirekt zu unterstützen (40). Auch Rose Motsepe, Mitarbeiterin der Frauensektion des *African National Congress*, verwies in Wien darauf, daß die kulturelle Situation der schwarzen Südafrikaner von einer grundlegenden Polarität geprägt sei: einer stark kommerzialisierten, vor allem fürs Ausland gedachten Folklore stünde die starke Beeinträchtigung der Kultur der einfachen Bevölkerung gegenüber, die keine finanzielle Förderung von staatlicher Seite erhalte (41).

Und dabei beginnt die Beeinträchtigung von Kultur ja bereits früher: wo einem Volk seine Identität geraubt wird und durch Mißachtung der grundlegenden Rechte die Möglichkeit, über sich selbst zu bestimmen. Südafrikanische Künstler wie Abdullah Ibrahim (Dollar Brand), die ihre Musik als bewußten Ausdruck politischer Artikulation und Erfahrung verstehen, sind nach wie vor gezwungen, das Land zu verlassen. Der französische Kulturminister Jacques Lang erklärte mit Recht auf der 2. Generalkonferenz der UNESCO: „Kultur, das ist zuallererst anzuerkennen, daß jedes Volk seine politische Ordnung frei wählen kann" (42). Und das ist in Südafrika (und damit eben auch in Kwa Zulu) nicht der Fall.

Kapstadt - Konkurrenz für die Wiener Staatsoper?

Während sich international *Künstler gegen Apartheid* organisieren und ihre Kolleg/innen dazu auffordern, Einladungen nach Südafrika abzulehnen und dessen Veranstaltungen zu boykottieren, nehmen die Pendler zwischen Wien und Kapstadt zu. Seit Jahren schon ist die gebürtige Südafrikanerin Mimi Coertse als Kammersängerin an der *Wiener Staatsoper* tätig (43). Nicht zuletzt durch ihre Kontakte scheint diese zu einem beliebten Rekrutierungsfeld für Engagements nach Südafrika geworden zu sein, das damit den „Anschluß an den europäischen Standard" (44) erreichen will.

1981 wurde die Sopranistin Leonie Rysanek, Solosängerin und Ehrenmitglied der Wiener Staatsoper, unter Vertrag genommen: Im April 1981 sollte sie in der *Nico-Malan-Oper* in Kapstadt die Titelrolle in *Salome* - in vertrauter österreichischer Kollegenschaft - sin-

gen: die Inszenierung sollte Alfred Wopmann (damaliger Bühnendirektor der Wiener Staatsoper, heute künstlerischer Direktor der Bregenzer Festspiele) übernehmen, den Herodes Eberhard Katz, ebenfalls aus Wien, singen (45).

1982 wurde der Sänger Murray Dickie zum künstlerischen Direktor des Opernhauses in Kapstadt berufen (46). Bühnenausstatter Günther Schneider-Siemssen, schon 1982 an der Oper in Pretoria tätig gewesen, beteiligte sich 1983 an *Tristan und Isolde* in Kapstadt. Und Herbert Prikopa, Dirigent und Sänger an der *Wiener Volksoper*, dirigierte im Februar 1983 in Kapstadt den *Zigeunerbaron*. Altphilharmoniker Alfred Star bessert seine Pension mit Geigenunterricht nahe Kapstadt auf, und last not least gaben Walter Berry und Eric Werba im Oktober 1983 Konzerte in Johannesburg, Pretoria und Bloemfontein (47).

Nachwuchs aus Österreich's Hochschulen

An Österreichs Kunsthochschulen sorgt Südafrika für den eigenen Nachwuchs; seine Studenten inskribieren in Wien oder Salzburg und geben reihum ihre Konzerte. 1981 erging der von der Stadt Salzburg gestiftete Sänger-Förderungspreis an Deon van der Walt aus Südafrika (48), und die pianistische Zukunft Südafrikas rettete Wessel van Wyk, der 1981 den *Bösendorfer Klavierwettbewerb* (nur für Absolventen der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Wien) gewann (49).

Boykottiert und informiert!

Die österreichisch-südafrikanischen Kulturkontakte sind natürlich nicht auf den musikalischen Bereich beschränkt. Auch auf anderen kulturellen Gebieten haben die Künstler aus dem Rassistenstaat immer wieder die Möglichkeit, sich in Österreich zu präsentieren. Angesichts dessen sind Initiativen, die sich mit der starken Präsenz von Apartheid-Kultur in Österreich auseinandersetzen, in verstärktem Maß nötig. Gruppen der Boykottbewegung in Graz, Salzburg und Wien haben in den letzten Jahren damit begonnen, bei Auftritten von Südafrikanern Informationsblätter über die Apartheidpolitik und den propagandistischen Stellenwert solcher Veranstaltungen zu verteilen. Der Aufruf zum Boykott, den sie an die Veranstalter und letztlich an die Bundesregierung (die die Einreise-

visa genehmigt) richten, sollte durch Briefe an österreichische Künstler, die nach Südafrika gehen, ergänzt werden. Die Weitergabe von Informationen für das Publikum ist darüber hinaus wichtig.

Ein positives Beispiel wurde diesbezüglich vom *Wiener Burgtheater* gesetzt. Zur Aufführung von *Aloen*, einem Stück des südafrikanischen weißen Dramatikers Athol Fugard, wurde 1983 ein begleitendes Programmheft herausgegeben, das durch Texte und Dokumente über das System der Apartheid und die Entwicklung des Widerstands informierte (50). Darauf reagierten Pretorias Diplomaten ziemlich gereizt. Im Pressedienst der südafrikanischen Botschaft beschuldigte man das Burgtheater „linkslastiger Texte" und der „unterschwelligen Aufforderungen zum Terror" (51). Die „Entgleisung" wurde in der Hoffnung bedauert, „daß die Schmähschrift ein Einzelfall bleibt und der angerichtete Schaden wieder gutzumachen ist".

Im Gegensatz dazu freilich hoffen wir, daß diese Aufklärung über Apartheid im kulturellen Bereich kein Einzelfall bleibt.

Anmerkungen

(1) UN-Resolution über kulturelle, akademische und andere Boykotts von Südafrika, Nr. 35/206 E vom 16. 12. 1980

(2) Reinhard Rode, Die Südafrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1968 - 1972 (München-Mainz 1975), S. 48; vgl. informationsdienst südliches afrika (Bonn), Dez. 1982

(3) Südafrikanisches Panorama (Bern), Juni 1983

(4) Entwicklungspolitische Nachrichten (Wien), 27. 5. 1983

(5) Windhoek Advertiser (Windhoek), 8. 12. 1982; Windhoek Oberserver (Windhoek), 11. 12. 1982

(6) Die Brücke (Kapstadt), März 1970

(7) ebda., April 1966

(8) ebda.

(9) 1979 wurden vier Lipizzaner aus Piber für Zuchtzwecke nach Johannesburg verkauft (Volksstimme, Wien, 19. 9. 1979). Seit 11 Jahren versucht zudem der Wiener Oberreiter Ignaz Lauscha, durch spezielle Trainingskurse den Standard der Pferde an das Wiener Niveau anzugleichen (Rand Daily Mail, Johannesburg, 19. 1. 1984)

(10) Die Brücke (Kapstadt), Juni 1968 und Dez. 1969; South African Digest (Pretoria), 1. 7. 1983
(11) Die Brücke (Kapstadt), Sept. 1970
(12) ebda., März 1971; über einen neuerlichen Besuch berichtet der Rand Daily Mail (Johannesburg), 15. 4. 1982
(13) Die Presse (Wien), 10. 3. 1972
(14) Die Brücke (Kapstadt), Nov. 1965 und Sept. 1968
(15) Profil (Wien), 3. 1. 1978
(16) heute südafrika (Wien), 11. 9. 1980
(17) Südafrikanisches Panorama (Bern), Nov. 1980; South African Digest (Pretoria), 5. 12. 1980
(18) Windhoek Advertiser (Windhoek), 27. 8. 1981; Rand Daily Mail (Johannesburg), 26. 9. 1981; Register of Entertainers, Actors and others who have performed in Apartheid South Africa (New York), 26. 10. 1983
(19) Windhoek Advertiser (Windhoek), 27. 8. 1981; Der Lebensmittelkaufmann (Wien), Sept. 1981
(20) ebda.
(21) ebda.
(22) Südafrikanischer Digest (Bern), 2. 11. 1983
(23) Kleine Zeitung (Klagenfurt), 26. 6. 1982; Südafrikanisches Panorama (Bern), Nov. 1982
(24) ebda.; zum Programm vgl. heute südafrika (Wien), 8. 7. 1982
(25) Südafrikanisches Panorama (Bern), Juni 1983; Raiffeisen-Zeitung (Wien), 24. 3. 1983
(26) ebda., 21. 5. 1981
(27) Sowetan (Soweto), 20. 5. 1983
(28) heute südafrika (Wien), 21. 7. 1983
(29) Daily Dispatch (East London), 6. 4. 1983
(30) ebda., 7. 9. 1983
(31) Statuten der Vereinigung für internationalen Kulturaustausch
(32) Persönliche Mitteilung der Vereinigung, 10. 11. 1983
(33) Persönliche Mitteilung der Wiener Magistratsabteilung 7, 10. 11. 1983
(34) South African Digest (Pretoria), 6. 6. 1980
(35) heute südafrika (Wien), 31. 7. 1980
(36) ebda., 24. 6. 1982
(37) ebda., 21. 7. 1983; Südafrikanischer Digest (Bern), 13. 7. und 27. 7. 1983
(38) Zitate aus Kleine Zeitung (Klagenfurt), 26. 6. 1982 und Wiener Zeitung (Wien), 20. 7. 1982
(39) Südafrikanisches Panorama (Bern), Nov. 1982
(40) Volksstimme (Wien), 31. 7. 1982
(41) Neue Entwicklungspolitik (Wien), Nr. 3/4-1982
(42) ebda.
(43) Die Presse (Wien), 10. 3. 1972
(44) Salzburger Nachrichten (Salzburg), 20. 8. 1982
(45) Südafrikanischer Digest (Bern), 11. 2. 1981
(46) Das Folgende aus: Salzburger Nachrichten (Salzburg), 20. 8. 1982;

ORF/FS 1, Kulturjournal, 9. 11. 1983; ORF/FS 2, 10 vor 10, 31. 8. 1983; heute südafrika (Wien), 10. 11. 1983
(47) Rand Daily Mail (Johannesburg), 21. 9. 1983
(48) Salzburger Nachrichten (Salzburg), 20. 8. 1982
(49) Wiener Zeitung (Wien), 12. 12. 1981
(50) Burgtheater-Programmheft, 3. Raum, Saison 1982/83, Heft 8
(51) heute südafrika (Wien), 5. 5. 1983

Walter Sauer/Theresia Zeschin

Fairer Sport mit Apartheid?

Als südafrikanische Turnerinnen am 22./23. April in der steirischen Landeshauptstadt Graz zu einem Länderkampf gegen Österreich antreten durften, war den Sportstrategen des Apartheidregimes ein großer Durchbruch gelungen: erstmals seit der Verhängung des UN-Sportboykotts gegen Südafrika wurde in Österreich ein derartiger Wettkampf unter dem Ehrenschutz eines hochrangigen Politikers - des Grazer Bürgermeisters Franz Hasiba - durchgeführt und auch aus öffentlichen Mitteln gefördert. Daß dies gerade im Turnen der Fall war, stellte eine weitere Errungenschaft dar: Südafrikas Auslandsbeteiligung in dieser Sportart hatte sich bisher auf drei Staaten der Erde - die USA, die Schweiz und Israel - einschränken müssen (1). Beobachter wunderte es nicht, daß schon nach wenigen Wochen eine Delegation des sogenannten *Südafrikanischen Olympischen Komitees* (SAONGA) mit hochrangigen Sportfunktionären in Wien konferierte; Österreich solle, so das Anliegen dieser Gespräche, „nicht die Augen vor den Bemühungen Südafrikas um die Rückkehr in die internationale Sportgemeinschaft verschließen". Die Resultate waren offenbar positiv (2).

Während Südafrika auf seine Freunde in Österreich zählen kann, hält der Großteil der Welt ein Fairplay mit Apartheid nicht mehr für möglich. Schon 1956 waren die Tischtennisspieler vom Kap durch ihren internationalen Verband ausgesperrt worden. 1964 suspendierte das *Olympische Komitee* (IOC) Südafrikas Mitgliedschaft, 1970 folgte der Ausschluß. 1977 kamen die Mitgliedsstaaten des Commonwealth im *Gleneagles Agreement* überein, sportliche Kontakte mit dem ehemaligen Bruderland zu unterbinden, und im selben Jahr rief die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Sportboykott auf. 1982 war der Apartheidstaat, wie sein Erziehungsminister in Kapstadt erklärte, aus dreiundzwanzig internationalen Verbänden (darunter aus so wichtigen Disziplinen wie Fußball, Boxen, Ringen, Schwimmen und Tischtennis) ausgeschlossen, in anderen nur teilweise zu Wettkämpfen berechtigt (3). Von mehreren anderen Sportinstitutionen waren Anträge auf Mitgliedschaft abge-

lehnt worden. Mit den meisten Staaten der Dritten Welt sind sportliche Beziehungen unmöglich; aber auch zahlreiche Industriestaaten, wie Frankreich, die Niederlande, Schweden und Japan, erteilen südafrikanischen Sportlern keine Einreisevisa.

Angesichts dessen werden die geradezu verzweifelten Bemühungen der südafrikanischen Weißen, im internationalen Sport wieder hoffähig zu werden, verständlich. Für sie ist der Sportboykott zum Gradmesser der internationalen Gutheißung oder Ablehnung der Apartheid geworden. So meinte der damalige Sportminister Piet Koornhof 1977 bei einer Parlamentsversammlung in Kapstadt: „Spiel und Sport sind stark genug, um politische und wirtschaftliche Beziehungen gedeihen oder zusammenbrechen zu lassen" (4). Mit gigantischem Aufwand werden daher ausländische Sportler für Wettkämpfe in Südafrika gekeilt; allein 1982 standen über zehn Millionen Dollar dafür zur Verfügung (5). Eine weitverzweigte Propagandakampagne bezweckt die Zulassung einheimischer Teams zu internationalen Bewerben. Und ansehnliche Delegationen versuchen - gerade im Vorfeld der Olympischen Spiele von Los Angeles - in wohlgesinnten Ländern den Boden für Südafrikas Rückkehr ins IOC und in die anderen Verbände des Sports zu bereiten. Offensichtlich zählt zu diesen Staaten auch Österreich.

Keine sportliche Notwendigkeit

Die *Schwarze Liste* der UNO, in der die Verletzungen des internationalen Sportboykotts registriert sind, enthält für das zweite Halbjahr 1982 österreichisch-südafrikanische Sportkontakte in acht, für das erste Halbjahr 1983 in drei Disziplinen (6). Im Verhältnis zu den Gesamtbeziehungen ist dies nur ein Ausschnitt: denn obwohl Südafrika und Österreich auch in sportlicher Hinsicht nur wenig gemeinsam ist - die am Kap beliebten Sportarten wie Rugby und Cricket sind hierzulande nur wenig verbreitet, während etwa der Schisport in Südafrika selten ist -, hat sich eine breite Palette an Kontakten entwickelt.

Daß das gegenseitige Verhältnis dabei keineswegs ausgeglichen ist, zeigt die Statistik: etwa doppelt soviele südafrikanische Teams oder Einzelsportler kommen jährlich nach Österreich als dies in umgekehrter Weise der Fall ist: der Apartheidstaat braucht den Sportkontakt dringender. „Der Sportler handelt als Botschafter für Südafrika, und das ist für uns ein Fenster in die Welt, das wir nicht schlie-

ßen dürfen“ (7). Zumindest was Österreich betrifft, war eine Schließung - etwa durch eine striktere Visumpolitik - bisher nicht zu befürchten.

Die Sportart mit der größten Intensität an Apartheid-Kontakten ist unzweifelhaft Tennis. Jahr für Jahr frequentieren die weißen Stars aus Johannesburg zumindest die großen Turniere in Kitzbühel und Wien, nehmen aber gelegentlich auch als Aufputz an lokalen Veranstaltungen teil. Daß der Stadthallen-Grand Prix für sie zu den beliebtesten Wettkämpfen zählt, wie Frew McMillan 1977 in Wien erklärte (8), ist wohl kein Zufall. Dr. Theodor Zeh, der als Präsident des *Österreichischen Tennisverbandes* für die regelmäßigen Einladungen verantwortlich zeichnet, war an den umstrittenen Studienreisen des apartheidfreundlichen *Internationalen Tennisverbands* nach Südafrika beteiligt; von den Verhältnissen im dortigen Sport war er damals ziemlich beeindruckt (9).

Auch bei Motorsport und Motocross sind die sportlichen Kontakte Österreichs zu Südafrika dicht; auch hier geht es um Sparten,



Österreichs Niki Lauda beim Empfang der Siegestrophäe im südafrikanischen Kyalami.

in denen der Einfluß kommerzieller Interessen sehr groß und derjenige grundsätzlicher Erwägungen gering ist. Südafrikas Kyalami ist daher nach wie vor anerkannter Austragungsort für Weltmeisterschaftsläufe, und Niki Lauda „bleibt daher nichts anderes übrig", als ans Kap der Guten Hoffnung zu reisen. Nur wegen der Apartheid wird er wohl keinen Fahrerstreik organisieren (10)...

Sind die Sportbeziehungen Österreichs zu Südafrika in den obigen Fällen noch aus den internationalen Verflechtungen zu erklären, so ist in den folgenden Disziplinen die Situation anders geartet. Im Fechten zum Beispiel ist Südafrika von der Weltmeisterschaft suspendiert, im Sportfischen und Schwimmen aus den internationalen Verbänden ausgeschlossen (11). Gerade auf diesen Gebieten existieren jedoch intensive Kontakte von österreichischer Seite. Was anderes als die bewußte Durchbrechung des Sportboykotts soll man dahinter vermuten? Dieselbe Tendenz kommt zum Ausdruck, wenn die Weltmeisterschaften im Fallschirmspringen im Dezember 1983 auf Wunsch Österreichs ausgerechnet in Südafrika stattfinden konnten (12). Und daß der österreichische Fußball weiße und sogar schwarze (!) Legionäre aus der Kaprepublik heranzieht, obwohl diese seit 1976 durch den internationalen Verband (FIFA) gesperrt ist und obwohl von einem Mangel an einheimischen Talenten wohl nicht zu sprechen ist, läßt auch nur den Schluß zu: es sind weder nationale noch internationale sportliche Interessen, die für die Beziehungen zu Südafrika sprechen. Vielmehr bestehen dafür eindeutig politische Gründe.

Anders ist es nicht zu erklären, wenn die Auslandstourneen der Rettungsschwimmer oder der Sportfischer von der Österreichischen Bundessportorganisation vertuscht werden (13) oder wenn die Tischtennisspieler auf Aufforderung ihres Teamkapitäns unter dem Decknamen *Edelweiß* in den Rassistenstaat reisen, um Sanktionen des internationalen Verbands zu entgehen (14). Und wenn der *Österreichische Turnverband* den Länderkampf mit den Südafrikanerinnen organisierte, obwohl er mit internationalen Sanktionen gegen sich selbst rechnet (15), so zeigt dies: Sportkontakte mit Südafrika sind nicht Zufall, sondern haben Methode. Sie sind Teil einer österreichisch-südafrikanischen Strategie, um den Sportboykott zu durchbrechen.

Beschönigende Apartheid-Werbung, wie sie in Österreich ungehindert verbreitet wird, hat den Boden dafür bereitet. Daß die Rassentrennung im südafrikanischen Sport längst abgeschafft sei, sport-

liche Kontakte ohnehin keine Zustimmung zur Politik des Regimes in Pretoria bedeuteten, unter Umständen aber zu einer stärkeren rassischen Integration führten, ist Gemeinwissen vieler Sportjournalisten. In der Berichterstattung etwa der *Presse*, der *Salzburger Nachrichten* oder der Sportredaktionen des *Österreichischen Rundfunks* sind derlei Argumente, meist direkt mit einer Ablehnung des Sportboykotts verbunden, häufig zu finden. Und vor allem ist es das Wiener Magazin *Sport und Toto*, in dem die südafrikanischen Werbekampagnen ihren direkten Niederschlag finden.

Wie üblich läuft hier vieles über persönliche Kontakte. Der Chefredakteur der letztgenannten Zeitschrift, Helmut Goldschmidt, war seinerzeit als Gast in Südafrika, ebenso der Generalsekretär des *Österreichischen Olympischen Komitees*, Dr. Edgar Fried (16). Bei der SAONGA-Party in der südafrikanischen Botschaft in Wien wurden der Leiter der österreichischen Sportmedizin, Prof. Ludwig Prokop, der Geschäftsführer der *Österreichischen Bundessportorganisation*, Prof. Friedrich Holzweber, und der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Friedrich Probst gesichtet (17). Letzterer ist überhaupt als der Drahtzieher des steirischen Turnländerkampfs zu betrachten (18). Für die Kontakte im Tennis spielt der schon erwähnte Dr. Theodor Zeh eine Rolle, während die Anwerbung der Legionäre im Fußball auf eine Johannesburg-Reise des *Austria-Wien*-Managers Scharmann zurückgeht (19).

Offensichtlich sind hier auch wirtschaftliche Interessen im Spiele. Österreichische Sportfirmen und Reisevermittler blicken in derlei Kontakten ein geeignetes Werbemittel für ihre Geschäfte. Einen besonders deutlichen Hinweis in diese Richtung geben die von der österreichischen Außenhandelsstelle im Mai 1983 durchgeführten Abnehmermeetings zum Thema *Sport und Freizeit* in Johannesburg, Durban und Kapstadt. Achtundzwanzig österreichische Firmen waren insgesamt daran beteiligt (20). Der gute Name des österreichischen Sports in Südafrika war dabei sicher von Vorteil.

Sportboykott und Apartheid

Die verbreitete Annahme, sportliche Kontakte zu Südafrika seien grundsätzlich unpolitischen Charakters, die Befolgung der internationalen Sanktionen würde dagegen eine *Verpolitisierung* des Sports bedeuten, beruhen auf einer fundamentalen Fehleinschätzung der Lage. „Sport ist für die Buren wahrscheinlich das drittwichtigste

politische Thema, nur von der National Party und der Dutch Reformed Church übertroffen" (21). Diese Aussage des aus Südafrika verbannten anglikanischen Geistlichen Michael Lapsley kennzeichnet den hohen politischen Stellenwert, den der Sport im Gefüge des Apartheidsystems einnimmt. Nach außen hin gilt er als erstrangige propagandistische Waffe, „die gerade in dieser kritischen Situation unseres Landes ernste Implikationen für den internationalen Handel, die Militär- und Rüstungsbeziehungen sowie die strategische industrielle Entwicklung besitzt" (22). Und nach innen hin ist Sport ein wesentlicher Bestandteil jenes rassistischen Bewußtseinssyndroms, das die Südafrikaner *weiße Moral* oder *Afrikaanerdom* nennen: die Überzeugung von der körperlichen und geistigen Überlegenheit der weißen Rasse.

Unpolitische Sportbeziehungen zu Südafrika trugen zur Stärkung dieses weißen Rassismus bei, indem sie etwa die südafrikanische Sportgesetzgebung von 1956 tolerierten, die die völlige Rassentrennung im Inland und den Ausschluß der Schwarzen aus dem internationalen Sport vorsah. Sie akzeptierten die von den weißen Sportfunktionären vertretenen Gründe: „Für einige Sportarten sind Afrikaner nicht geeignet; beim Schwimmen beispielsweise schließt das Wasser ihre Poren, und sie werden daher schnell müde" (23); Qualifikationen für Schwarze in Hinblick auf die Olympischen Spiele bräuchten gar nicht veranstaltet werden, da diese „ohnehin nur wild umherrennen würden" (24). Die Aufrechterhaltung sportlicher Kontakte zu Südafrika eröffnete somit nicht nur Möglichkeiten für die Auslandspropaganda des weißen Rassismus, sondern sie beinhaltete praktisch auch die sportliche Isolierung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Dies kann man wohl nicht als *unpolitisch* bezeichnen.

Von Anfang an war daher der Kampf um die Beseitigung der Rassenschranken im Sport mit der Forderung nach internationalen Sanktionen verbunden. Schon 1959 appellierte die nicht-rassistische *South African Sports Association* erfolgreich an brasilianische und westindische Mannschaften, geplante Fußball- und Cricketwettbewerbe in Südafrika zu unterlassen. Seither wurde der Sportboykott von den demokratischen Sportlern Südafrikas immer wieder gefordert. Auch die gegenwärtig bestehende nichtrassistische Sportorganisation SACOS „verlangt von der Welt eine totale und vollständige Auflösung der Sportbeziehungen zum weißen Afrika..., da

diese nur den Apartheidsport fördern und ihn glauben machen, er habe noch Freunde, die mit ihm spielen wollen" (25).

Sportliche Sanktionen gegen Südafrika sind tatsächlich vielfältig wirksam. Sie stellen zunächst den traditionellen Rassismus der Weißen in Frage, die sich zunehmend weniger als *Vorhut Europas am Kap* denn als Parias der Völkergemeinschaft erleben. „Isolation bedeutet die Demütigung, von Plätzen zurückgewiesen zu werden, auf denen sich einst weiße Sportler voller Anerkennung erfreut hatten" (26). Jede Verschärfung des Sportboykotts bringt eine Destabilisierung des Selbstbewußtseins der weißen Wählerschaft mit sich und stellt für die Regierung somit auch eine innenpolitische Gefahr dar: der Boykott läßt die Weißen nicht näher zusammenrücken, sondern fördert ihre desintegrativen Tendenzen. Hinzu kommt, daß das Niveau des südafrikanischen weißen Sports unter der Isolation drastisch leidet. „Du trainierst sechs Mal die Woche und mußt dann doch immer gegen dich selbst antreten, weil du in Südafrika keinen Gegner mehr findest", klagte erst unlängst die Läuferin Ina van Rensburg, Apartheid-*Sportlerin des Jahres* von 1982 (27). Immer mehr weiße Talente zieht es aus diesen Gründen ins Ausland; allein 1982 haben etwa zwei Dutzend südafrikanische Spitzensportler Stipendien für Universitäten der USA angenommen.

Nicht zuletzt stärkt die weltweite Ächtung des südafrikanischen Sports den Kampf der nichtrassistischen Sportler im Apartheidstaat selbst. Schwarze, Inder und Coloureds erhalten die Möglichkeit, ihre Isolation zu durchbrechen. So wird Südafrika etwa im *Obersten Afrikanischen Sportrat* durch den nicht-rassistischen *South African Council of Sport* (SACOS) vertreten. Diese internationale Anerkennung bietet der demokratischen Sportbewegung einen gewissen Schutz vor den Repressalien des Regimes: obwohl SACOS-Funktionären wie Hassan Howa oder Manikum Panther die Pässe abgenommen, ihre Büros mehrfach durchsucht und den ihnen unterstehenden Verbänden die Benützung von Sportanlagen verweigert wurden (28), ist die nicht-rassistische Sportbewegung dadurch nicht zerschlagen. Dies geht sicher auch auf die internationale Solidarisierung zurück.

Kein normaler Sport in einer abnormalen Gesellschaft

Wohl die stärkste Wirkung des Boykotts ist jedoch, daß er die südafrikanische Regierung zwingt, ihre Sportpolitik zu verändern.

Erstmals wurden 1971 Korrekturen vorgenommen, um der Weltöffentlichkeit und vor allem den europäischen Förderern des Regimes eine „Liberalisierung" der Apartheid im Sport vorzutäuschen. Weitere Adaptionen wurden 1976, 1979 und 1981/82 beschlossen und propagandistisch jeweils als „Abschaffung der Rassentrennung im Sport" verwertet. So ist es heute gesetzlich nicht mehr verboten, daß schwarze Teams gegen weiße spielen, schwarze Besucher Sportveranstaltungen in weißen Gebieten frequentieren und umgekehrt, gemischtrassige Teams gebildet werden und daß Schwarze in bestimmten Fällen in weißen Klubhäusern Aufnahme finden. All dies freilich nur dann, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Und diese Bedingungen ziehen so enge Grenzen, daß mit vollem Recht vom Fortbestehen einer *Herrschaft der lokalen Apartheid* (Peter Hein) gesprochen werden kann. Von Regierungsseite wird das Recht der örtlichen Sportvereine, „auf der Basis von Faktoren wie Rasse, Kultur, Religion oder Sprache zu differenzieren", ausdrücklich anerkannt (29). So haben die gesetzlichen Korrekturen zwar Ausnahmen von besonders heftig kritisierten Erscheinungsformen der sportlichen Apartheid ermöglicht, keinesfalls aber Rechte geschaffen, die Schwarze einklagen könnten.

Zweitens obliegt die Entscheidung darüber, ob Sportveranstaltungen gemischtrassig durchgeführt werden, den lokalen Behörden bzw. den Sportstättenbesitzern. Da es sich dabei aber fast immer um weiße oder um regierungsabhängige schwarze Gremien handelt, ist das Ergebnis meist negativ. Gesetzlich freigestellte Möglichkeiten im Sport werden durch die Dominanz des *weißen Bewußtseins* verhindert. 1979 wurde kaum 1 (ein) Prozent aller Sportaktivitäten Südafrikas „integriert" abgehalten (30).

Alle Ausnahmen sind drittens auf sportliche Wettkämpfe beschränkt. „Das Gesetz reduziert schwarze Sportler auf einen niedrigeren Status, sobald sie die Sportanlagen verlassen. Sie können mit ihren (weißen) Teamkollegen nicht ins Kino gehen und in den meisten Städten des Landes nicht gemeinsam in den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Wenn nicht spezielle Arrangements getroffen werden, können sie mit ihren Kollegen nicht mit denselben Zügen fahren und nicht in denselben Hotels mit ihnen wohnen". Diese Bedenken wurden 1981 immerhin von einem weißen Parlamentarier geäußert (31). Die Feststellung Sam Ramsamys, Schwarze forderten Gleichheit an jedem Tag der Woche und in jeder Woche des Jah-

res, also nicht nur für Sportereignisse, die Südafrika der Welt zeigen wolle (32), wird daraus verständlich.

Auch an der Subventionspolitik der Regierung hat sich wenig verändert. Sportliche Aktivitäten von Weißen (16,5 % der Bevölkerung) wurden 1978 mit 2,682.402 Rand gefördert, solche von Schwarzen (71,3 %) jedoch nur mit 435.792 Rand (33). 1982 wurden für den Schulsport, wie ebenfalls im Parlament erklärt wurde, 9,84 Rand pro weißes und 0,41 Rand pro schwarzes Kind ausgegeben (34). Von gleichen Trainings- und Spielmöglichkeiten ist keine Rede. „Man kann keine Rekorde in 25-Meter-Becken brechen", sagte die sechzehnjährige farbige Schwimmerin Anita Giguel einem Reporter. „Die Weißen haben Trainingsgeräte, geheizte Becken, sie üben während des Winters. Alles was ich tun kann, auch wenn es gegen zwölf Grad geht, ist, an den Strand zu laufen und hinaus zu den Hainetzen zu schwimmen" (35). Den 1.180 Fußballteams von Soweto standen 1982 weniger als achtzig Plätze zur Verfügung, und in Langa bei Kapstadt teilten sich 36 Mannschaften ein einziges Spielfeld (36). Derlei Beispiele könnten noch weiter angeführt werden.

Aber selbst wenn es gleiche Trainings- und Spielmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen Südafrikas gäbe und wenn sämtliche sonstigen Ungleichheiten beseitigt wären, wäre Apartheid im Sport noch nicht gebrochen. „Welche Einrichtungen immer bereitgestellt werden", meinte der frühere SACOS-Präsident Hassan Howa, „das Ungleichgewicht, das es einem nichtweißen Kind fast unmöglich macht, sich mit einem weißen zu messen, bleibt bestehen: das Ungleichgewicht in Ernährung, Erziehung und Psychologie" (37). Und diese Faktoren hängen mit den Grundstrukturen der gesamten Apartheid zusammen.

Schon die allgemeinen Lebensbedingungen der Schwarzen Südafrikas verletzen das Menschenrecht auf Erholung (Art. 24 der Erklärung der Menschenrechte): das millionenfache Abdrängen in unfruchtbare Bantustans, die unzureichenden Wohnverhältnisse in den Townships, die durch formelle wie informelle *job reservation* erschwerten Arbeitsbedingungen und - aus all dem resultierend - die schlechte Gesundheitslage der Schwarzen bieten wenig Grundlagen für Freizeitgestaltung. Auch die sportlichen Möglichkeiten sind demgemäß traditionell ungleich verteilt. Den Weißen ist die ausgiebige Nutzung des für Erholungsaktivitäten so günstigen Klimas durch ein höheres Ausmaß an Freizeit und die weitgehende Freistellung von körperlich schwerer Arbeit ermöglicht; für Schwarze hingegen

ist sie durch die genannten Lebensumstände drastisch vermindert. Daraus erklärt sich die relativ geringere Anteilnahme der Schwarzen an sportlichen Aktivitäten (38). Und die Losung der nichtrassistischen Sportler, normaler Sport sei in dieser abnormalen Gesellschaft nicht möglich, findet darin ihre Begründung.

Österreichs Regierung: Was sie tut und was sie tun könnte

Die Haltung der Regierung zum Sportboykott hat sich in den letzten Jahren verändert. 1976 hatte der österreichische Vertreter bei den Vereinten Nationen noch für die Resolution der Generalversammlung über Apartheid im Sport gestimmt; Österreich hat sich dadurch u. a. verpflichtet, Sportkontakte mit Südafrika nicht zu begünstigen oder finanziell zu fördern; Visa für südafrikanische Sportler, Teams oder Funktionäre - ausgenommen nichtrassistische Sportverbände, die von den UN und den Befreiungsbewegungen anerkannt werden - nicht zu erteilen; eigenen Sportlern oder Teams keine Möglichkeiten für Besuche in Südafrika zu eröffnen; nationale Verbände zu ermutigen, für den Ausschluß Südafrikas aus internationalen Sportorganisationen oder Turnieren einzutreten (39).

Eine erste Wirkung dieser österreichischen Haltung war es, daß das Außenministerium im Juni 1977 beim *Verband österreichischer Schwimmvereine* intervenierte, der den in den USA lebenden südafrikanischen Weltrekordschwimmer Jonty Skinner zu einem Wettbewerb geladen hatte (40). Diese Intervention - notwendig, da zu dieser Zeit kein Sichtvermerkszwang für Südafrikaner in Kraft war - blieb zwar erfolgreich; zur selben Zeit gingen in Wien jedoch zwei Fechtländerkämpfe mit Südafrikanern über die Bühne, die vor der Öffentlichkeit weitgehend abgeschirmt wurden und gegen die keine Intervention der Regierung erfolgte (41). Die Reaktionen der veröffentlichten Meinung auf die Intervention bei den Schwimmern waren dennoch sehr negativ; in der *Kronen-Zeitung* machte *Staberl* seinem Ingrimm über das „würdelose" und „miese" Verhalten der Regierung gleich mehrfach Luft (42).

Schließlich blieb die österreichische Pro-Apartheid-Lobby erfolgreich. Schon Ende 1977, als in New York die *Internationale Erklärung gegen Apartheid im Sport* von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde, enthielt sich der Vertreter Österreichs der Stimme. Der 1979 wiedereingeführte Visumzwang für Südafrika wurde in keinem einzigen bekannten Fall dazu benützt, die Verpflichtung

von 1976 zu realisieren, d. h. südafrikanischen Sportlern die Einreise nach Österreich zu verweigern. Praxis der Regierung, die sich zu Interventionen bei Sportverbänden nunmehr „aus rechtlichen Gründen" nicht in der Lage sieht, ist es immerhin, keine Preise für Wettkämpfe mit südafrikanischer Beteiligung zu stiften (43). Andere öffentliche Körperschaften haben aber auch diesen Vorbehalt nicht: der mehrfach erwähnte Turnländerkampf wurde von der Grazer Stadtgemeinde auch finanziell gefördert (44).

Die Bilanz, die der *Internationalen Konferenz für Sanktionen gegen den Apartheidsport* im Juni 1983 präsentiert werden konnte, war angesichts dieser Situation nicht die beste (45). Stärker denn je erweist es sich als Notwendigkeit, Aktionen zur Sensibilisierung des öffentlichen Bewußtseins über die Problematik von Sportbeziehungen mit Südafrika zu unternehmen und die Regierung auf ihre Verpflichtung zur Einhaltung zumindest der 1976 beschlossenen Sanktionen hinzuweisen. Aufbauend auf der Arbeit des Wiener Sportjournalisten Kurt Castka, der schon in den Siebzigerjahren beständig diese Thematik eingebracht hatte, sind die Wiener Anti-Apartheid-Bewegung, die Grazer Arbeitsgemeinschaft Südliches Afrika und die Südafrika-Gruppe in Dornbirn in diese Richtung tätig geworden.

Immerhin scheint ein gewisser Bewußtseinswandel bei offiziellen Stellen wie bei den Sportverbänden in Sachen Sportboykott mög-



Südafrikanische Turnerinnen (begleitet von Funktionären des Turnerbunds) beim Empfang des Bürgermeisters in Graz, mit den Gemeinderäten Gerstl und Heuberger

lich. Durch die Proteste gegen den Grazer Turnländerkampf sensibel geworden, versicherte Bürgermeister Hasiba Ende Juni 1983 im Grazer Gemeinderat, er habe das städtische Sportamt beauftragt, „in Zukunft die Regelungen jener internationalen Sportorganisationen, denen Österreich angehört, zu beachten, was heißt, daß eine derartige Veranstaltung keine Förderung durch die Stadt Graz erfährt" (46). Damit ist ein sehr begrüßenswerter Schritt gesetzt worden. Auch das Bundesministerium für Äußeres sah sich veranlaßt, in einem Brief an die Bundessportorganisation festzuhalten: „Sportliche Beziehungen mit Südafrika können ... aus außenpolitischer Sicht grundsätzlich nicht begrüßt und von staatlicher Seite keinesfalls gefördert werden... Die Entscheidung muß im Einzelfall der betreffenden österreichischen Sportorganisation überlassen bleiben. Es sollte jedoch auch privaten Sportorganisationen bewußt sein, daß durch sportliche Beziehungen zu Südafrika politische Schwierigkeiten mit dritten Staaten entstehen könnten" (47).

Abseits aller politischen Gründe ist der Entschluß, Südafrika sportlich zu boykottieren, jedenfalls auch eine ethische Frage. Der Nigerianer Abraham Ordia vom *Obersten Afrikanischen Sportrat* brachte dies folgendermaßen zum Ausdruck: „Auch wir lieben Medaillen und Goldmedaillen. Aber wir glauben, daß Gerechtigkeit, Fairness, Freundschaft und Gleichheit, aufgebaut auf menschlicher Würde und in Übereinstimmung mit den Olympischen Prinzipien, mehr wert sind als Medaillen" (48). Vielleicht wird sich der österreichische Sport dieser Auffassung anschließen können.

Anmerkungen

(1) Sam Ramsamy, Apartheid - The Real Hurdle. Sport in South Africa & the International Boycott (London 1982), S. 89
(2) Sport und Toto (Wien), 14. 6. 1983
(3) Südafrikanischer Digest (Bern), 7. 4. 1982
(4) Ramsamy, Apartheid - The Real Hurdle, S. 36
(5) Continental Sports (Paris), 15. 6./15. 7. 1983

(6) Register of Sports Contacts with South Africa, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 11/83 und 2/84 (New York)
(7) Rand Daily Mail (Johannesburg), 25. 3. 1982
(8) Sportfunk (Wien), 9. 11. 1977
(9) Austria Tennis (Wien), 3/78; über diese Delegation des Internationalen Tennisverbands vgl. Ramsamy, Apartheid - The Real Hurdle, S. 52 - 54
(10) Lauda hatte 1982 in Kyalami aus Protest gegen Praktiken der Autofirmen einen Pilotenstreik organisiert (Kurier, Wien, 22. 1. 1982).
(11) Ramsamy, Apartheid - The Real Hurdle, S. 89 f.
(12) Rand Daily Mail (Johannesburg), 4. 10. 1983
(13) Wochenpresse (Wien), 27. 5. 1981
(14) Kurier (Wien), 7. 4. 1981
(15) Kleine Zeitung (Graz), 25. 4. 1983
(16) Sport und Toto (Wien), 15. 12. 1981 sowie persönliche Mitteilung von Kurt Castka.
(17) Sport und Toto (Wien), 14. 6. 1983
(18) Steirische Nachrichten (Graz), 15. 5. 1983
(19) Kurier (Wien), 24. 9. 1980
(20) Internationale Wirtschaft (Wien), 23. 6. 1983
(21) CARE Newsletter 47 (Adelaide), Jan./Feb. 1983
(22) John C. Laurence, South African Propaganda. How the Contagion of Racism is spread, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 15/82 (New York), Aug. 1982, S. 12 (Zitat aus einem Dokument des Broederbond)
(23) Zit. n. Joan Brickhill, Race against Race. South Africa's „Multinational" Fraud (London 1976), S. 44
(24) ebda. Das South African Yearbook vertrat noch 1977 - also zu einer Zeit, als Pretoria den Abbau von Rassenschranken im Sport angeblich schon lange vorantrieb - eine ähnliche These (South Africa '77. Official Yearbook of South Africa, Johannesburg 1977, S. 807).
(25) Manikum Pather, Racism in South African Sport, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 12/80 (New York), April 1980, S. 5
(26) Brickhill, Race against Race, S. 8
(27) Die Zeit (Hamburg), 22. 7. 1983; weitere Beispiele bei Brickhill, Race against Race, S. 38 f.
(28) Ramsamy, Apartheid - The Real Hurdle, S. 28 f. und öfter
(29) ebda., S. 42
(30) Sam Ramsamy, Racial Discrimination in South African Sport, in: UN-Centre against Apartheid (Hg.), Notes and Documents 8/80 (New York), April 1980, S. 19
(31) Ramsamy, Apartheid - The Real Hurdle, S. 44
(32) The Cricketer (London), März 1983, S. 27
(33) Ramsamy, Racial Discrimination, S. 51
(34) Cape Times (Kapstadt), 3. 5. 1983
(35) Sports Illustrated (Chicago), 16. 5. 1983
(36) Survey of Race Relations in South Africa 1982 (Johannesburg 1983), S. 355

(37) Wie Anm. 35
(38) Survey of Race Relations 1982, S. 587
(39) Resolution 31/6 F vom 9. 11. 1976
(40) Die Presse (Wien), 7. 6. 1977
(41) Volksstimme (Wien), 12. 6. 1977
(42) Neue Kronenzeitung (Wien), 5. und 6. 6. 1977
(43) Volksstimme (Wien), 10. 4. 1983
(44) Brief von Bürgermeister Hasiba an die ARGE Südliches Afrika vom 9. 5. 1983
(45) Walter Sauer/Theresia Zeschin, Austrian Collaboration with South African Sports. Paper prepared for the International Conference against Apartheid in Sports (London 1983)
(46) Volksstimme (Wien), 30. 6. 1983
(47) Brief an die Österreichische Bundessportorganisation vom 8. 6. 1983
(48) Sanctions against South Africa. Record of the special meeting of the General Assembly etc., 5. 11. 1982 (1983), S. 28

Südafrikas Handelspartner in Österreich

Die folgende Liste enthält eine Auswahl österreichischer Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen zu Südafrika, wobei Angaben seit 1975 berücksichtigt wurden. Dem Firmennamen folgt in der Regel eine Aufzählung der wichtigsten erzeugten bzw. - wenn bekannt - nach SA gelieferten Produkte. Nicht alle verzeichneten Firmen sind gleich zu werten: in manchen Fällen sind auch Unternehmen mit einmaligen oder sehr geringen Lieferungen vertreten. Sie wurden trotzdem aufgenommen, da der vorhandene Geschäftskontakt sich in Zukunft ausweiten könnte. Exaktere Angaben werden in einer späteren Auflage gerne berücksichtigt werden.

„Acca" Baugesellschaft m.b.H. (1050 Wien)
wurde 1976 in den Bau und die Inbetriebnahme von Eisenbahnsignalanlagen eingeschaltet

actual-Kunststoffgesellschaft m.b.H. & Co KG (4053 Haid)
Werkzeuge, Kunststoff-Fenster und Extruder; inzwischen in Konkurs

Adidas Sportschuhfabriken Ges.m.b.H. (9073 Viktring)

Agrarunion Südost reg. Gen.m.b.H. (8330 Feldbach)
liefert regelmäßig „Desserta"-Käse nach SA

AGGROSSERTA Agrarverwertungsverband reg. Gen.m.b.H. (8042 Graz-St. Peter)
exportiert Trockenmilch

Josef Ahorner OHG (1232 Wien)
Früchteimporteur mit Niederlassungen in Hall, St. Pölten, Wien, Wiener Neustadt; vgl. S. 102 f.

Wilhelm Anger Ges.m.b.H. (4050 Traun)
vgl. S. 122

Carl Auböck Ges.m.b.H. (1070 Wien)
Werkstätte für Design und Kunstgewerbeerzeugnisse

J. Auer, Fabrik elektrischer Maschinen und Apparate (1120 Wien)
erzeugt und liefert Sirenen, Ventilatoren, explosionsgeschützte Blitzleuchten

Austria-Email EHT AG (1140 Wien)
vergab eine Lizenz für Boiler-Emaillierungen an eine Firma in Transvaal

Austro-Asiatic Handels KG (9020 Klagenfurt)

Austromineral. Österr. Gesellschaft für Lagerstättenerschließung, Bergbau und Mineralwirtschaft m.b.H. (1040 Wien)
war Anfang der 1970er Jahre mit den Aufschließungsarbeiten für Kohle und Eisen im Projekt Sishen-Saldanha betraut

AVL Gesellschaft für Verbrennungskraftmaschinen und Meßtechnik m.b.H. DDr.h.c. Hans List (8010 Graz)
vgl. S. 149

Joh. Backhausen & Söhne Ges.m.b.H. (2331 Vösendorf)
Möbelstoff- u. Teppichfabrik; ca. 25 % Exportanteil

J. Barton & Co Ges.m.b.H. (1030 Wien)
Früchteimporteur, vgl. S. 102 f.

Röhren- und Pumpenwerk Rudolf Bauer Ges.m.b.H. (8570 Voitsberg)
vgl. S. 122

Brüder Baumann Ges.m.b.H. (3950 Gmünd)
Dekor- und Möbelstoffe; in letzter Zeit werden allerdings keine Exporte mehr getätigt

Baur Prüf- u. Meßtechnik KG (6932 Sulz)

Benger Ges.m.b.H. (6901 Bregenz)
liefert Strick- und Wirkwaren

Bergland-Molkerei (5143 Feldkirchen)
exportiert „Bergland-Käse"

Beyrhofer Ges.m.b.H. (5020 Salzburg)
„Kunsthandwerk aus Österreich"

Binder + Co AG (8200 Gleisdorf)
ein Unternehmen der VOEST-Alpine-Gruppe, das Stahlhochbauten jeder Art (z. B. für Förder- und Aufbereitungsanlagen) errichtet und eine Lizenz nach SA vergeben hat

Friedrich Blum (6972 Fussach)
Stickereifabrikation und -export; aufgrund einer Geschäftsreise wurde vor ca. 10 Jahren nach SA exportiert

Julius Blum (6973 Höchst)
vgl. S. 123

Paul Bohle Ges.m.b.H. & Co KG (6922 Wolfurt)
Freizeit- und Sportbekleidung

Dr. Michael Böhler (1220 Wien)
importiert Felgen, Räder, Kugeldrehverbindungen, Drahtkugellager, Fahrzeugbaumaterialien etc.

BONUM-WERK F. Hetzmannseder KG (4020 Linz)
Fabrik elektrotechnischer und fotografischer Artikel; ist in SA durch einen Generalvertreter repräsentiert

Justus Bormann (1090 Wien)
importiert Baumaschinen und Bergbaumaschinen aus SA

Werner Bösch Stickereifabrikation und Export (6890 Lustenau)
bestickte Taschentücher, Spitzentaschentücher, Ätzstickereien, etc.

Braun's Söhne (4840 Vöcklabruck)
Feilen und Raspeln, aber auch Trennschleifmaschinen, Schmiedemaschinen und Rechenreinigungsanlagen etc.; derzeit erfolgt angeblich kein Export

Horst Bräutigam Ges.m.b.H. & Co KG (1011 Wien)
Import von Fellen und Rauhwaren

Chemie-Linz-AG (4020 Linz)
liefert chemische Produkte

Chemie und Metall Ges.m.b.H. - Rheax (1010 Wien)
lieferte ab 1974 Maschinen für den Goldbergbau an die Anglo-American Corporation, Johannesburg, vgl. S. 89

Chemiefaser Lenzing AG (4860 Lenzing)
vgl. S. 74

Coloniale-Commerce Großhandel mit Lebens- und Genußmitteln und Handelsvertretung, Lazar Kahan und Oskar Rosenberg (1100 Wien) vgl. S. 106

Creditanstalt-Bankverein (1010 Wien)
vgl. S. 134 f.

Sportschuhfabrik Dachstein International Anton Lintner (4591 Molln)
konnte in den letzten Jahren den Export nach SA erheblich vergrößern.

Datentechnik Ges.m.b.H. (2491 Neufeld a. d. Leitha und 1040 Wien)
liefert Spezialgeräte im Bereich der Datenfernübertragung und Nachrichtentechnik, z. B. an die sa. Postverwaltung, vgl. S. 148

DECOMETALL Außenhandels Import-Export Ing. Herbert Depisch (8280 Fürstenfeld)
importiert verschiedene Ferrolegierungen, Metalle und Mineralien. Der Inhaber ist sa. Honorarkonsul in Graz.

Donaufrucht Handelsgesellschaft m.b.H. (1100 Wien)
vgl. S. 105 f.

Konrad Doppelmayr & Sohn Maschinenfabrik KG (6922 Wolfurt)
exportiert Lifte nach SA

Dorland Werbeagentur Ges.m.b.H. & Co KG (1010 Wien)
vgl. S. 165

Josef Ebner KG (4060 Leonding)
regelmäßige Geschäftskontakte mit Halbzeugfertigern der Stahl-, Buntmetall- und Leichtmetallindustrie; es besteht eine Generalvertretung in Johannesburg

„Eclectic" Ein- und Ausfuhrhandelsges.m.b.H., Nfg. KG (1010 Wien)
Früchteimporteur aus SA

ELAN Mineralölvertrieb AG (1011 Wien)
vgl. S. 88

Electro-Terminal Ges.m.b.H. (6022 Innsbruck)
erzeugt Elektroinstallationen, Klemmen und Verbindungen

ELIN-UNION Aktiengesellschaft für elektrische Industrie (1041 Wien)
vgl. S. 74

EMKA-Stahlwaren Karl Mrvka (2070 Retz)
erzeugt Garten- und Traubenscheren, Messer und Kittstreicherwerkzeuge.

Ludwig Engel KG (4311 Schwertberg)
vgl. S. 123

Epple-Buxbaum Werke AG und

Epple-Tor Ges.m.b.H. (4600 Wels)
Mähdrescher, Hecksler, insbesondere aber Mais-Pflückvorsätze; weiters Surfbretter

Theodor ETTI Feinkost-Import Kom.-Ges. (1100 Wien)
vgl. S. 106

EUDORA WERKE K. A. J. Steininger (4600 Wels)
Waschmaschinen

Karl Eybl Ges.m.b.H. (3500 Krems)
Strickveloure, Badesets, Badezimmerauslegeware, textiles Autozubehör und Teppiche

Faigle Kunststoffe Ges.m.b.H. (6971 Hard)
liefert Stäbe, Rohre und Platten aus hochwertigen Kunststoffen, die dann zu Maschinenteilen wie Zahnrädern, Lagerbüchsen, Gleitelementen u. ä. verarbeitet werden. Faigle wird seit vielen Jahren von einer sa. Firma vertreten.

Feldbacher Backwarenfabrik Dr. Josef Zach Ges.m.b.H. (8330 Feldbach)
Zwieback und Salzgebäck

Foto-Hruby, Foto-Verlags- und Handelsges.m.b.H. & Co. KG (8740 Zeltweg)
Herstellung und Handel mit Ansichtskarten, Posters, Kalendern

Fruchtunion Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln Ges.m.b.H. & Co KG (1232 Wien)
vgl. S. 102 f.

Funder Pacht & Betriebsges.m.b.H. (9300 St. Veit/Glan)
exportiert gelegentlich Holzfaserplatten nach SA

GAMA-electronic Ges.m.b.H. (6844 Altach)
Alarm- und Sicherheitsanlagen, Fahrkartenkontroll-, -erfassungs- und -abrechnungssysteme

Gebirgssicherung Ges.m.b.H. (5020 Salzburg)
Untertagesicherung mit Glasfaserkunstharz; Vertriebsgesellschaft in SA

Genossenschaftliche Zentralbank (1010 Wien)
vgl. S. 134 f.

Brüder Girak (2100 Korneuburg)
erzeugt Personen- und Güterseilbahnen

Girozentrale (1010 Wien)
vgl. S. 134 f.

Friedrich Glatz (1015 Wien und 4651 Stadl-Paura)
vgl. S. 106

Goerz Electro Ges.m.b.H. (1101 Wien)
liefert elektrische Meß- und Registriergeräte; in Booysens, SA, besteht eine Vertretung.

Wolfgang Grabner (3350 Haag)
Sportartikelfabrik

Grams & Co (1010 Wien)
importiert Wein; vgl. S. 107

Alfred Grass (6973 Höchst)
vgl. S. 123

Johann Graßmayr (6020 Innsbruck)
Metallguß, Glocken, Feuerwehrarmaturen

Gruber & Kaja (4050 Traun)
Druckkochtöpfe, Schnellbratpfannen und Bratpfannen

Grundig-Austria Ges.m.b.H. (1120 Wien)
Die österreichische Tochterfirma des deutschen Konzerns AEG-Telefunken exportiert Farbfernseher nach SA.

Haar Salzburg Ges.m.b.H. & Co KG (5020 Salzburg)
Armaturen, Steuerungen, Regelungsanlagen für Tankwagen und Tankanlagen, Pump- und Meßanlagen für Mineralölprodukte

Johann und Karl Haitzinger (4864 Attersee)
Jacht- und Bootsbauer

Kunststoffwerk Attnang, Ing. E. Haller (4800 Attnang-Puchheim)
PVC-Folien, EHA-Kunstholz-Zierrahmen, Zierornamente und Reliefbilder

F. M. Hämmerle Textilwerke AG (6850 Dornbirn)
vgl. S. 123

Josef Haselberger Ges.m.b.H., „Elizabeth"-Schuhfabrik (5163 Mattsee)

Hans Hatschek, Zementwerk (4810 Gmunden) und *Eternitwerk* (4840 Vöcklabruck) importiert Asbest aus SA

Brüder Heichlinger OHG (6020 Innsbruck)
Geschenkartikel, Lederwaren und Souvenirs

Maschinenfabrik Heid AG (1010 Wien und 2000 Stockerau)
erzeugt und liefert hochspezialisierte Werkzeugmaschinen sowie landwirtschaftliche Geräte; 1981 wurde die Erteilung einer Lizenz nach SA überlegt.

Österreichische Heraklith AG (9702 Ferndorf)
Dämmstoff für Wärme- und Schallschutz, Akustikplatten; liefert traditionell auch nach SA.

A. Herzog & Co, Handelsgesellschaft (8055 Graz-Puntigam)

Weinkellerei Hieber (1040 Wien und 2213 Bockfließ)
Wein in kleinen Spezialfässern

Gernot Hietler (4240 Freistadt)
Dieser Wildgroßhändler war 1978 in einen Wild-Schmuggelskandal von sa. Springböcken verwickelt, die er in die BRD als Wild- und Rehfleisch weiterverkaufte.

Hilcona Gesellschaft für moderne Ernährung m.b.H. (6900 Bregenz)
vgl. S. 106

P. Hinteregger KG (2351 Wiener Neudorf)
Tiefziehfolien aus Polystyrol und PVC, z. B. für Eierverpackungen; Lizenzvergabe nach Johannesburg. Die Firma wurde im Dezember 1983 insolvent.

HIRSCH Österreich (9021 Klagenfurt)
Uhrarmbänder aus Leder

Richard Hirschmann Electric (6830 Rankweil-Brederis)
vgl. S. 123 und S. 150

Hirtenberger Patronen- Zündhütchen- und Metallwarenfabrik AG (2552 Hirtenberg)
befindet sich heute im Eigentum der VOEST; vgl. S. 146 und 158

Hoerbiger Ventilwerke AG (1110 Wien)
vgl. S. 123

Hoffmann Flugzeugbau-Friesach Ges.m.b.H. (9322 Hirt)
Motorsegler aus Kunststoff

Alfred Holzer Ges.m.b.H. (6890 Lustenau)
exportierte Stickereiwaren

„Imgro“ Nahrungs- und Genußmittelgroßhandel und Import Ludwig Kohlmann & Sohn (1020 Wien)
vgl. S. 106

Impextrade Import-Export R. Schwendtner, S. Schwendtner (6020 Innsbruck)

Interhydraulik Ges.m.b.H. (2432 Schwadorf)
Ladebordwände

Interplastic-Werk Ges.m.b.H. (4600 Wels)
ein Unternehmen der Semperit-Gruppe; Bodenbeläge, Folien und Dichtungsbahnen; liefert sporadisch nach SA

Intropa, Internationales Reisebüro Dr. L. Polsterer KG (1015 Wien)
vgl. S. 204

isi Metallwarenfabrik Ges.m.b.H. (1210 Wien)
Heimsyphons und Sahneapparate

Jako. Gesellschaft für Meßtechnik m.b.H. (1020 Wien)
Industriemeßgeräte

Kamleitner & Kraupa (4020 Linz)
importiert Springbockfleisch

A. Kind Jagd- und Sportartikel Vertriebsges.m.b.H. (2331 Vösendorf)
vgl. S. 155

Kirchner + Co (1010 Wien)
Spedition, vgl. S. 155

Walter H. Kirschner (4540 Bad Hall)
Export-Import-Handelsagentur

Rich. Klinger AG (2352 Gumpoldskirchen)
vgl. S. 123 f.

Kneissl International Ges.m.b.H. (6332 Kufstein)
vertreibt Tennisschläger

AL-KO Kober Ges.m.b.H. (6280 Zell/Ziller)
Gartengeräte, Artikel für den Hotel- und Gaststättenbetrieb

Franz Kohmaier KG (1050 Wien) vgl. S. 124

Franz Kolar & Co KG (1150 Wien) Zierleisten aus Holz

KONSUM-Österreich (1120 Wien) vgl. S. 105

W. Koreska Ges.m.b.H. (1171 Wien)
Büro- und Schreibmaterialien, aber auch schlüsselfertige Anlagen zur Erzeugung von bürochemischen Artikeln.

kraal shop (1010 Wien)
ursprünglich „swazy galery", importiert sa. Teppiche

Johann Kotanyi, Erste Österreichische Paprikamühle (1191 Wien)
erhält Großaufträge aus Südafrika und Israel

Kraus & Naimer Ges.m.b.H. (1181 Wien)
vgl. S. 124

Camillo Krejci (3131 Getzersdorf)
Wälzlager aus Kunststoff; Kooperation mit einer Firma in Uitenhage.

Johann Laska u. Söhne Ges.m.b.H. (1031 Wien)
liefert laufend Laden- und Schlachthauseinrichtungen; seit 1974 gibt es eine Generalvertretung in Kapstadt.

LEHAG Handelsagentur Ges.m.b.H. (1037 Wien)
vgl. S. 105

Liebherr-Austria-Holding Ges.m.b.H. (5500 Bischofshofen)
Für Exporte ist die Schweizer Tochter zuständig; es existiert in Springs, Transvaal eine Niederlassung.

Viktor J. Maschek (1010 Wien)
Damenkleider

Benedikt Mäser KG (6850 Dornbirn)
Textilwerke; vgl. S. 124

Kartonfabrik Franz Mayr-Melnhof & Co (8130 Frohnleiten)
vgl. S. 124

Meridian (1010 Wien)
vgl. S. 204

Mirabell Salzburger Confiserie und Bisquit-Ges.m.b.H. (5082 Grödig)
Schokolade- (Mozartkugeln, Mozarttaler) und Dauerbackwaren sowie Zuckerwaren; die Exporte erfolgen über die Berner Schwesterfirma Multifood Ltd.

Moorbad Neydharting Ges.m.b.H. (4020 Linz)
Heilmoore und deren Produkte; Auslandsvertriebsgesellschaft in Johannesburg.

Lenz Moser Ges.m.b.H. (3495 Rohrendorf bei Krems)
Weinexport

Motronic, Elektronische Geräte Ges.m.b.H. (8522 Groß-St. Florian)
Der sa. Linzenzpartner war 1981 unter den Ausstellern der Rand-Show

Neuhauser & Obermeyer RING-Nahrungsmittelfabrik Ges.m.b.H. (4010 Linz)
Backwaren für Diabetiker

Hans Nohstadt & Co (9010 Klagenfurt)
liefert Lederhosen und Lodenmäntel sporadisch nach SA.

Nöttling & Fasser OHG (4600 Wels)
minimale Exporte ihrer Bilderleisten, Rahmen und Kunstdrucke

Ing. Gerhard Nowak. Ingenieurbüro für Maschinenbau (1070 Wien)
entwickelt im Auftrag von österreichischen Partnern Anlagen und Anlagenteile, die in Österreich hergestellt und dann exportiert werden; das Büro stellt dabei das technische Know-How zur Verfügung.

ÖKISTA (1090 Wien)
vgl. S. 191

Österreichische Länderbank AG (1010 Wien)
vgl. S. 134 f.

Verbandstoff-Fabrik Ortmann Ges.m.b.H. (1195 Wien)
eine Tochtergesellschaft der Bunzl & Biach AG; liefert Verbandstoffe aller Art aus Watte, Mull und Vliesstoff und Zellstoff

Johann Prutscher Ges.m.b.H. (1150 Wien)
vgl. S. 124

Rudolf Otto (1131 Wien)
beliefert Galerien und den Großhandel in geringem Umfang mit Ölgemälden

Anton Paar KG (8054 Graz-Straßgang)
technologisch hochwertige Maschinen und Instrumente; Vertretung in Johannesburg.

Payer-Lux Elektroprodukte Ges.m.b.H. (8011 Graz)
elektrische Rasierapparate und Geräte; Zusammenarbeit mit sa. Firmen

PIU Gesellschaft für programmierte Instruktion im Unterricht und in der Werbung m.b.H. (1228 Wien)

Plasser & Theurer (1010 Wien)
vgl. S. 124

Pointner Poldy Irmgard & Co (1040 Wien)
Dirndlkleider für Damen und Kinder

Polyair Maschinenbau Ges.m.b.H. (2421 Kittsee)
vgl. S. 149

Alois Pöttinger Maschinenfabrik Ges.m.b.H. (4710 Grieskirchen)
landwirtschaftliche Maschinen, insbesondere Schwadkreisel und Maishäcksler; Generalvertretung in SA

F. Pusterhofer Ges.m.b.H. (8665 Langenwang)
Hochleistungs-Vollgatter-Sägewerksmaschinen

Raiffeisen-Genossenschaft (1020 Wien)
intensive Beziehungen zur sa. Landwirtschaft, auch in den Homelands

Helmut Ratz (9162 Weizelsdorf)
vgl. S. 124

C. Reichert Optische Werke AG (1170 Wien)
vgl. S. 125

Reifenwacht-Pneu-Test Druxi Pneumoskop Michael Thaler (6020 Innsbruck)
Kleinkompressoren mit Luftdruckausgleich

Max Reischl Metallwarenerzeugung (5021 Salzburg)
Spiralbohrer, Wasserverdunster, Lüftungsgitter

Anton Reissigl Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln (6020 Innsbruck)
Inhaber Carl Reissigl ist sa. Honorarkonsul für Tirol.

ROCO Modellspielwaren Ges.m.b.H. & Co KG (5033 Salzburg)
Aus dem Programm wird Eisenbahn- und Kriegsspielzeug nach SA geliefert; Auslandsvertriebsgesellschaft in Northcliff/SA.

ROD Ing. Hans Rodler (8053 Graz-Neuhart)
exportierte früher Massageapparate, Vibratoren u. ä.; Lieferinteresse besteht nach wie vor.

Fritz Rösel (4600 Wels)
Strickwarenfabrik; eine ehemals deutsche Auswanderin nimmt die Interessen in SA wahr.

Konrad Rosenbauer KG (4021 Linz)
Fabrik für Feuerwehrgeräte, technischer und sanitärer Großhandel

„Rositta" Modellwäsche Johann Ludwig (1120 Wien)
Damenbekleidung und -wäsche

Ruefa-Reisen (1010 Wien)
vgl. S. 204

Josef Rupp Ges.m.b.H. und Sennereibetriebe Rupp KG (6922 Lochau)
Schmelzkäse

Andritz-Ruthner Industrieanlagen AG (1120 Wien)
Beiz- und Sprühröstanlagen; derzeit auf der Suche nach einer neuen Vertretung in SA.

Sattler Textilwerke OHG (8041 Graz-Thondorf)
PVC-beschichtete Planenstoffe, Markisenstoffe, Liegestuhlstoffe, Textiltapeten

Schenker & Co AG (1010 Wien)
Spedition, durch die Muttergesellschaft in Kapstadt, Durban, Johannesburg etc. vertreten.

Bankhaus Schoeller & Co (1010 Wien)
vgl. S. 85 und 134 f.

Josef Schönenberger Ges.m.b.H. (6923 Lauterach)
Vorhangstoffe

Seewann Heinrich (1070 Wien)
Jagdreisen nach SA

Senoplast Klepsch & Co (5721 Piesendorf)
Platten und Folien aus thermoplastischen Kunststoffen, Kunststoffschrauben, Torlaufstangen

Siemens-Österreich (1211 Wien)
zu 43,6 % der ÖIAG gehörig, ist Siemens über die Muttergesellschaft in der BRD in Johannesburg vertreten und an der Mondernisierung des Telefonnetzes und des Eisenbahnwesens in SA beteiligt; vgl. S. 75 und 148

Simmering-Graz-Pauker AG (1071 Wien)
vgl. S. 74

Franz Spitz & Co (1060 Wien)
Sportartikel, Zelte, Campingausrüstung

Steirerbrau, Steirische Brauindustrie AG (8021 Graz)
Gösser Exportbier wird durch eine Vertretung in Bergvlei, Johannesburg vertrieben

Steyr-Daimler-Puch-AG (4400 Steyr)
vgl. S. 43 ff.

Leopold Stocker Verlag (8011 Graz)
laufende Belieferung von sa. Buchhandlungen

Südfrucht-Import Dkfm. Hofmann Ges.m.b.H. (2351 Wiener Neudorf)
vgl. S. 106

Süd-Import Weinhandelsgesellschaft Herbert Klein-Ehrenwalten & Co (1010 Wien)
ist Generalimporteur von Ko-Operative Wijnbouwers Vereiniging van Zuid-Afrika

Tapex Großhandelsges.m.b.H. & Co KG (1100 Wien)

Tele-Haase Steuergeräte Ges.m.b.H. (1151 Wien)
erzeugt Steuerungen mit Hilfe von Mikroprozessoren; die Generalvertretung in SA wird von einem gebürtigen Österreicher wahrgenommen; vgl. S. 148

Touropa-Austria, Unternehmen für Reise und Touristik Ges.m.b.H. & Co KG (1150 Wien)

Traub Decor, Atelier Schubert & Traub Ges.m.b.H. (3400 Klosterneuburg)
bedruckte Stofftiere und Decorstoffe

Umdasch Industriegesellschaft m.b.H. (3300 Amstetten)
Die Tochterfirma DOKA lieferte z. B. den Schalwagen für die Kühltürme des sa. Kohlekraftwerkes Lethabo.

Unterberger & Comp. Lebensmittel-Import und -Großhandel (6020 Innsbruck)

VEW-Vereinigte Edelstahlwerke AG (1011 Wien)
vgl. S. 74, 90, 156 ff., 215

Voere Ges.m.b.H. & Co (6330 Kufstein)
vgl. S. 159, Anm. 15

VOEST-Alpine AG (4010 Linz)
vgl. S. 74, 208 f., 156 ff.

Vogelbusch Ges.m.b.H. (1110 Wien)
Entwicklung, Planung und Beratung für die Gärungs-, Nahrungsmittel- und chemische Industrie; Ausführung eines Großauftrages zur Errichtung einer Ethanolgewinnungs-Anlage in SA.

Ernst Vogel Ges.m.b.H. (2000 Stockerau)
beträchtliche Exporte von Kreiselpumpen

J. M. Voith AG (3100 St. Pölten)
1981 konnte ein Auftrag zur Lieferung einer Papiermaschine verbucht werden.

Waagner-Biro AG (1221 Wien)
gehört der Wiener Holding; nach SA nur bescheidene Lieferungen.

SBM Wageneder Ges.m.b.H. (4663 Laakirchen)
ist durch die Muttergesellschaft, die PHB-Weserhütte-AG, in SA vertreten und lieferte Maschinen für Straßen- und Bergbau.

Druckhaus Waldheim-Eberle (1070 Wien)
druckt Propagandamaterial für die Transkei

WEBRA-Modellmotoren Ges.m.b.H. & Co KG (2551 Enzesfeld)
Modellmotoren und Zubehör

Wemer KG (2013 Groß-Stelzendorf)
Tischtennisschläger, Holzteile und Zulieferartikel für die Möbelindustrie

WIBERG Berger & Co KG (5033 Salzburg)
Pökel- und Konservierungspräparate, Zutaten für die Fleisch- und Wurstwarenerzeugung, Gewürze

Wiener Emailmanufaktur Michaela Frey Ges.m.b.H. & Co KG (1061 Wien)
Schmuckstücke und Geschenkartikel aus Email

E. u. B. Winter Handelsges.m.b.H. & Co KG (8020 Graz)

Franz Wittmann & Co (1170 Wien)
Schuhfabrik; vor allem Eislaufschuhe und deren Zubehör werden exportiert.

Franz Wöss Ges.m.b.H. (4101 Feldkirchen)
Strickwaren und Eisbär-Sportmoden

Hans Wrage & Co Ges.m.b.H. (1170 Wien)
vgl. S. 155

MZW Maschinenfabrik Zuckermann Pachtgesellschaft m.b.H. (1130 Wien)
insbesondere Holzbearbeitungsmaschinen

Hubert Zumtobel (6850 Dornbirn)
Webschützen

Zumtobel AG (6850 Dornbirn)
vgl. S. 125 und S. 150

Kurzinformation: Apartheid im Südlichen Afrika

Südafrika

1,2 Mio km^2 an der Südspitze Afrikas, reich an Bodenschätzen, klimatisch begünstigt, strategisch wichtige Lage, ein überseeischer Industriestaat...

Bevölkerung

72 % der fast 28 Mio Einwohner waren 1980 als „schwarz" klassifiziert (fast 20 Mio), 16 % als „weiß" (4,4 Mio), 9,2 % als „coloured" („Mischlinge"; 2,5 Mio) und 2,8 % als „asiatisch" (800.000).

Apartheid

Die Zuordnung zu einer dieser vier großen rassischen Gruppen gleich nach der Geburt entscheidet über den weiteren Lebensweg. Weiße genießen die besten Möglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen, Schwarze die schlechtesten. Die ungleiche Behandlung der Rassen ist verfassungsmäßig verankert, Rassismus ist Staatsgesetz.

Landverteilung

Schwarze besitzen kein Wohnrecht in weißen Gebieten. Nach der Landverteilung von 1913 werden 87 % der Fläche Südafrikas als „weißes Gebiet" betrachtet, 13 % als „schwarzes". In diesen Zonen wurden zehn Bantustans (Homelands) eingerichtet. Schwarze, die in den schwarzen Vorstädten der weißen Städte (Townships, beispielsweise Soweto) leben, können jederzeit in ein Homeland zwangsumgesiedelt werden. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde das weiße Gebiet von etwa zwei Mio schwarzen Menschen „gesäubert".

Paßgesetze

Der Aufenthalt von Schwarzen im weißen Gebiet wird durch sie geregelt. Jeder über-16-jährige Schwarze ist verpflichtet, einen Paß bei sich zu tragen, in dem Aufenthaltsberechtigung, -dauer und -zweck vermerkt sind. Hunderttausende Menschen werden jährlich wegen Übertretungen der Paßgesetze verurteilt.

Bildung und Gesundheit

Für die Erziehung eines weißen Kindes gab der Staat 1983 achtmal soviel aus wie für die eines schwarzen. Während die medizinische Versorgung der Weißen weltweiten Ruf genießt (Herztransplantationen), leiden Schwarze an Unterernährung und Mangelkrankheiten; Tuberkulose, Cholera und andere Seuchen sind weit verbreitet.

Politik

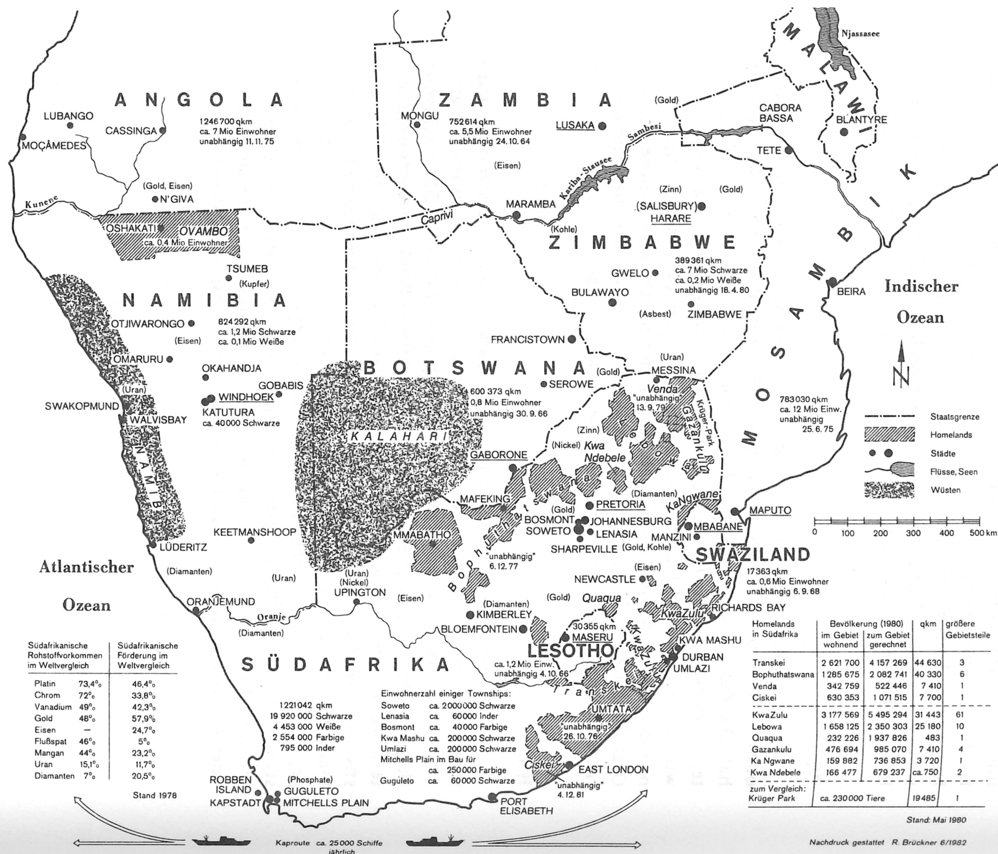
Nur Weiße besitzen die vollen politischen Rechte. Für Schwarze, Inder und Coloureds existieren politische Vertretungen nur auf Gemeinde- oder Bantustanebene. Auch durch die angekündigte Verfassungs„reform" (Schaffung dreier Parlamente für Weiße, Inder und Coloureds, mit Vetorecht der weißen Vertretung) ist die Forderung nach politischer Gleichberechtigung aller Südafrikaner („One man, one vote") nicht einmal in Ansätzen erfüllt.

Namibia

Die ehemalige deutsche Kolonie ist nach wie vor von Südafrika besetzt, obwohl der Internationale Gerichtshof 1971 seine Präsenz für illegal erklärt hat. Die Bestimmungen der UN-Resolution 435 von 1978, die die Einzelheiten eines südafrikanischen Abzugs und der Abhaltung freier Wahlen vorsieht, wurden von Südafrika bisher nicht erfüllt. Die demokratischen Organisationen der etwa 1,5 Mio Namibianer sind in der South West African People's Organisation (SWAPO) zusammengeschlossen, die den politischen und militärischen Kampf gegen das koloniale Apartheidregime führt.

Widerstand

Um die Jahrhundertwende organisierte Gandhi den Widerstand der indischen Bevölkerungsgruppe gegen die Apartheid, unter den Schwarzen begann 1912 der African National Congress (ANC) seine Tätigkeit. Die machtvolle Bürgerrechtsbewegung, der sich auch demokratische Weiße angeschlossen hatten, wurde 1960 verboten. Wenige Jahre darauf wurde auch die nichtrassistische Gewerkschaftsbewegung SACTU in den Untergrund gedrängt. Die Methoden des zivilen Protest werden seit 1961 durch bewaffnete Aktionen gegen wichtige wirtschaftliche Einrichtungen ergänzt. 1983 hat der Widerstand gegen die geplante Verfassungsänderung zur Gründung der United Democratic Front geführt, die auf der Freiheitscharta von 1955 aufbaut und - derzeit noch legal - ein freies, nichtrassistisches Südafrika anstrebt.



Südafrikanische Rohstoffvorkommen im Weltvergleich		Südafrikanische Förderung im Weltvergleich
Platin	73,4%	46,4%
Chrom	72%	33,8%
Vanadium	49%	42,3%
Gold	48%	57,9%
Eisen	–	24,7%
Flußspat	46%	5%
Mangan	44%	23,2%
Uran	15,1%	11,7%
Diamanten	7%	20,5%

Stand 1978

Homelands in Südafrika	Bevölkerung (1980) im Gebiet wohnend	zum Gebiet gerechnet	qkm	größere Gebietsteile
Transkei	2 621 700	4 157 269	44 630	3
Bophuthatswana	1 285 675	2 082 741	40 330	6
Venda	342 759	522 446	7 410	1
Ciskei	630 353	1 071 515	7 700	1
KwaZulu	3 177 569	5 495 294	31 443	61
Lebowa	1 658 125	2 350 303	25 180	10
Quaqua	232 226	1 937 826	483	1
Gazankulu	476 694	985 070	7 410	4
Ka Ngwane	159 882	736 853	3 720	1
Kwa Ndebele	166 477	679 237	ca. 750	2
zum Vergleich: Krüger Park	ca. 230000 Tiere		19485	1

Stand: Mai 1980



ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG IN ÖSTERREICH

Die Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich, 1977 gegründet, ist bestrebt, die österreichische Öffentlichkeit über die Probleme des Rassismus und der Apartheid im Südlichen Afrika zu informieren und durch konkrete Aktionen Zeichen der Solidarität zu setzen.

Die AAB ist eine überparteiliche Organisation und steht in ständigem Gedanken- und Informationsaustausch mit den zuständigen Stellen der Vereinten Nationen, den Anti-Apartheid-Bewegungen anderer Länder und den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO.

Die AAB publiziert vierteljährlich ein Informationsbulletin und veranstaltet zahlreiche Informationsabende zu Problemen des Südlichen Afrika. Sie beteiligt sich an Unterschriftenaktionen zugunsten politischer Gefangener.

Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich: Postfach 146, 1061 Wien

Weitere Möglichkeiten für Information und Solidaritätsarbeit:

AKTIONSGRUPPE FRÜCHTEBOYKOTT – SÜDAFRIKA
(Österreich-Koordination)
Jugendzentrum Klawir
1050 Wien, Arbeitergasse 26

KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA
Info Dritte Welt
5020 Salzburg, Imbergstraße 2

ARBEITSGEMEINSCHAFT SÜDLICHES AFRIKA
c/o Institut für Völkerrecht
8010 Graz, Hans Sachsgasse 10

Mass
Mono

20,-

„Die Apartheid-Connection" - das ist die Verstrickung Österreichs in Beziehungen zu Südafrika. Dieses Buch stellt diese Verbindungen erstmalig dar und tritt für ihren vollständigen Abbruch, also für umfassende österreichische Sanktionen gegen Südafrika ein.

Seit Beginn der 1970er Jahre ist die Bedeutung Österreichs für das Apartheidsystem ständig größer geworden: Handelsbeziehungen wurden intensiviert, mehr Investitionen getätigt, überdurchschnittlich viele Bankkredite vergeben. Abseits allen öffentlichen Aufsehens wurde die Kooperation im Rüstungsbereich enger. Tourismus, Kultur- und Sportaustausch sowie rassistische Propaganda spielen eine immer größere Rolle.

Dieses Buch will Grundlage für österreichische Aktivitäten gegen diese Entwicklung sein: Grundlage für einen Apartheid-Boykott, wie ihn der demokratische Widerstand Südafrikas seit Jahren fordert.

Die Herausgeber sind Mitarbeiter der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich.



ISBN 3-900351-31-7